

DIE WELT

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Schon sparmüde?

Von Paul Spree

Die wirtschaftliche Belebung gewinnt an Fahrt. Export und Investitionslust ziehen an. Der Bundeswirtschaftsminister war gestern sogar so kühn, den Aufschwung mit dem entscheidenden Zusatz „selbsttragend“ zu versehen. Warum also sind die Steuerreformer so knauserig, wenn doch höheres Wachstum, wie man weiß, auch mehr Steuergeld in die Kassen des Fiskus spült? Spricht nicht alles dafür, daß die Staatsverschuldung ihren Schrecken verloren hat, zumal der Bundesfinanzminister, wie man flüstert, schon einige Milliarden in der Hinterhand verbirgt?

Vor dieser verarmenden Weltsicht ist zu warnen. Die Staatsverschuldung ist von dieser Bundesregierung um keine müde Mark verringert worden. Vielmehr häuften sich die Schuldenberg weiter auf, wenn auch nicht mehr in dem atemberaubenden Tempo wie bisher. Die Zinsen, die der Staat zahlen muß, sind ein Ressort von der Bedeutung des Sozialen oder der Verteidigung geworden – finanziell jedenfalls.

Andererseits könnte wohl in einigen Jahren der Zeitpunkt kommen, wo die jährliche Neuverschuldung des Bundes unter zwanzig Milliarden Mark liegt. Erreichbar ist das jedoch nur, wenn Sparen als Daueraufgabe empfunden wird, wenn nicht plötzlich wieder eine große Verteilung ausbricht (die doch nichts anderes ist als die Verteilung ungedeckter Schecks). Und: ein etwas längerer Sparprozeß ist leichter zu ertragen als ein überstürzt abgebrochener mit seinen schädlichen Folgen für Wirtschaft und Arbeitsplätze.

Gerhard Stoltenberg ist auf die Klarheit und die Wahrheit seines Budgets verpflichtet. Er nimmt beides sehr ernst, was sein Ansehen erklären mag. Dabei vermeidet er die Fehler seiner Vorgänger, sich reich zu rechnen mit der Folge, daß ständige Nachtragshaushalte nötig wurden und sich Mißtrauen wie Mehltau über die Finanzpolitik legte.

Der heutige Finanzminister rechnet vorsichtig nicht mit der jeweils günstigsten Erwartung; er will auch auf andere Wechselfälle vorbereitet sein. Die Europäische Gemeinschaft, die uns unvermutet mit acht bis zehn Milliarden Mark zusätzlich beansprucht, bestätigt diesen Kurs. Gewiß ist der beste Aufbewahrungsort für das Bürgers Geld seine eigene Tasche. Aber, wenn es denn Überraschungen geben kann, welche ist angenehmer – wenn ein Mann unvermutet einen Haufen Schuldscheine aus der Tasche zieht, oder wenn er eine überraschend gut gefüllte Brieftasche präsentiert?

Seine schwerste Stunde

Von August Graf Kageneck

Präsident Mitterrand stellt sich am heutigen Mittwoch mit seiner Erklärung zum Stahlplan der bisher schwersten Kraftprobe seines langen politischen Lebens. Als er 1981 nach dreimaligem Anlauf endlich zur höchsten Macht im Staate kam, stand in seiner Wahlplattform aus 110 Punkten, daß die Arbeiter künftig ein besseres Leben haben sollten. Denn man werde ihre Betriebe der Obhut des Staates anvertrauen und die Mehrkosten von den Reichen tragen lassen.

Heute brechen ganze Fronten dieses Programms zusammen. Die Euphorie ständiger Lohnerhöhung und immerwährender Kaufkraftsteigerung wurde von einer Austerität abgelöst, wie sie bürgerliche Regierungen den französischen Lohnempfängern noch nicht zugemutet haben. Die Paradeperle der verstaatlichten Großindustrie – der Stahl, die Kohle und der Schiffbau – müssen eines nach dem anderen aus dem Rennen genommen werden, weil sie lahmten und mit der internationalen Konkurrenz nicht mehr mithalten können.

Allein im Stahlsektor müssen in Lothringen, an der Kanalküste und am Mittelmeer 25 000 Arbeiter ihren Arbeitsplatz ohne Aussicht auf Ersatz aufgeben. Die Antwort der Betroffenen flümmert seit Tagen über Europas Fernsehschirme: Blockierte Straßen und Schienen in Lothringen, brennende Mitterrand-Portraits auf den Plätzen in Dünkirk und Longwy und Marseille.

Mitterrand hat keine andere Wahl. Die Lehre aus seiner USA-Reise war, daß Frankreichs Zukunft als Industriemacht mit der Modernisierung seines Produktionsapparates steht und fällt. Er hat sich dem Stahlakt der EG unterworfen und damit europäische Treue bewiesen. Ob seine Regierungskoalition und seine Partei die Belastung ertragen, muß ihm gleichgültig sein. Er spielt va banque, die Quittung wird er in zwei Jahren an den Urnen finden.

Alt-Heisenberg, du feiner

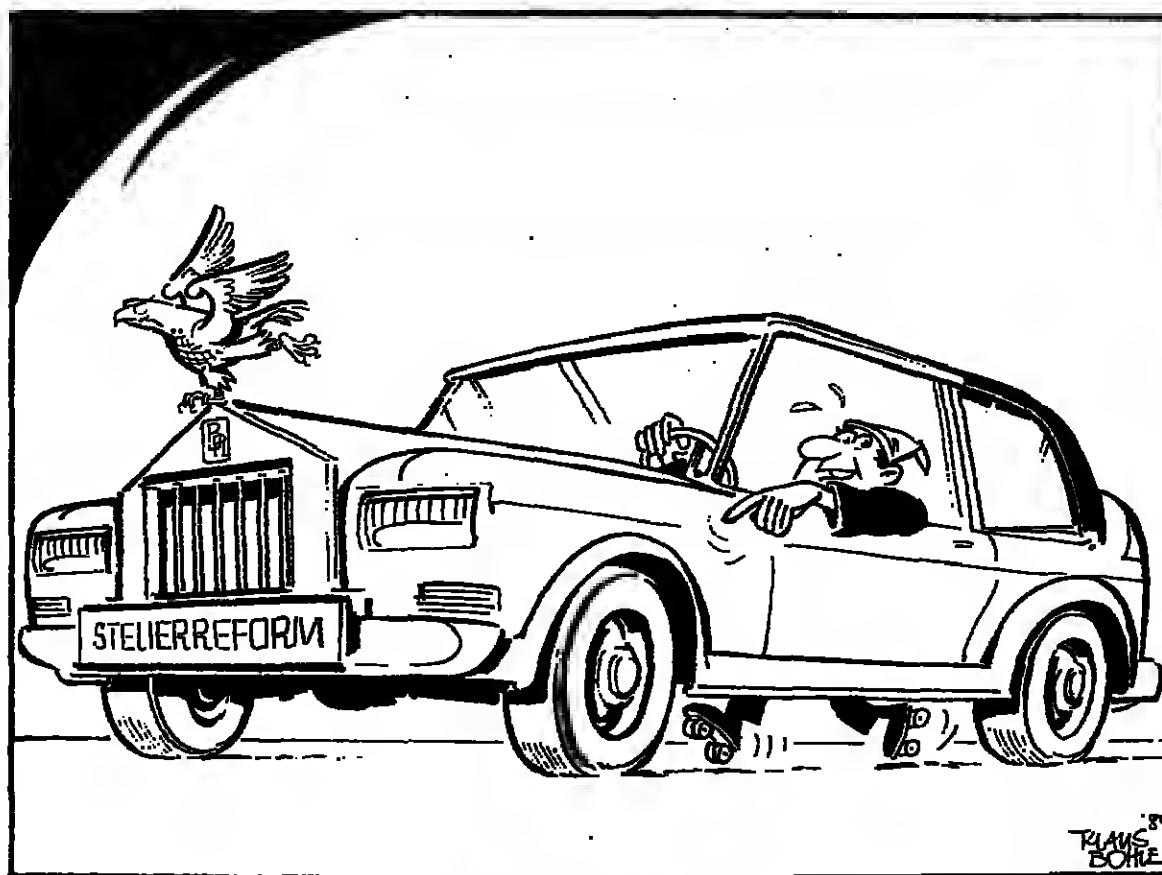
Von Günter Zehm

Die Hochbegabtenförderung in der Bundesrepublik kommt nicht voran. Die Deutsche Forschungsgemeinschaft ist, wie jetzt bekannt wird, im letzten Jahr auf ihren üppig ausgestatteten „Heisenberg-Stipendien“ sitzengelieben. Millionen Mark an bereitgestellten Fördergeldern konnten nicht ausgegeben werden, weil sich nicht genug geeignete Bewerber finden. Zwar gab es viele Antragsteller, aber nur ein Bruchteil erfüllte die hohen Ansprüche, die die Gewährung des Heisenberg-Stipendiums voraussetzt.

Wo blieben die wirklichen Begabungen, die potentiellen Genies, für die „Heisenberg“ speziell gedacht ist? Glücklicherweise ist es (noch) nicht so, daß der biologische Nachwuchs in Deutschland so etwas einfach nicht mehr hergibt. Wir haben genug Hochbegabte, aber die meisten von ihnen scheuen – leider nicht zu unrecht – die Risiken, die mit der zusätzlichen „Heisenberg“-Lernphase verbunden sind.

Der ideale Heisenberg-Kandidat ist ein junger naturwissenschaftlicher Doktor, der in seinen Arbeiten die Pranke der Begabung schon deutlich gezeigt hat und nun durch das Stipendium in die Lage versetzt werden soll, sich ohne materielle Sorgen zu habilitieren, um dann einen Lehrstuhl an einem Elite-Institut zu übernehmen. Solche Leute gibt es, wie gesagt, doch es erhalten in der Regel schon sehr früh verlockende Angebote von der Industrie oder von amerikanischen Forschungsinstituten. „Heisenberg“ hingegen kann ihnen keine gesicherte Zukunftsperspektive bieten. Nach Absolvierung des berühmten Stipendiums sind sie zwar habilitiert, aber dann auch schon Mitte Dreißig, und ihre Aussicht, einen Lehrstuhl zu erhalten, ist faktisch gleich Null.

Die Spätfolgen der „Hochschulreform“, das zeigt sich hier wieder einmal, sind verheerend. Man hat die Universitäten mit Mitteln vollgestopft und akademische Karrieren für eine ganze Generation des wissenschaftlichen Nachwuchses blockiert. Einrichtungen wie das Heisenberg-Stipendium greifen ins Leere. Was not tate, wäre eine Vorruhestands-Regelung für schlechte Professoren. Doch um so etwas durchzusetzen, bedürfte es in Deutschland nicht einer Bildungsreform, sondern einer Bildungsrevolution.



Hauptsache, ich hab' ein neues Modell!

ZEICHNUNG: KLAUS BÖHLE

Ein Bündnis auf Dauer

Von Rolf Friedemann Pauls

Noch nie in der Geschichte hat sich ein multilaterales Bündnis über einen so langen Zeitraum als so wirkungsvoll erwiesen wie die Nordatlantische Allianz in den vergangenen 35 Jahren. Immer wieder hat sie innere Auseinandersetzungen überstehen müssen. Das ist ganz natürlich angesichts der machtpolitischen Größenunterschiede und der regionalen Verschiedenheiten des politischen Interesses der fünfzehn oder nun sechzehn verbündeten Mächte. Das wird auch in Zukunft so sein, denn es handelt sich um Gegebenheiten, die durch keine Strukturverbesserung aus der Welt geschafft werden können. Im Finden arbeitsfähiger Kompromisse hat die Allianz stets bewiesen, daß sie damit zu leben versteht, ohne die wesentliche Aufgabe aus dem Auge zu verlieren: die Erhaltung des Friedens.

Viele tadeln, dieser Friede sei nicht mehr als die Abwesenheit von Krieg. Man sollte das nicht so gering achten. Es ist vielmehr entscheidend – und in weltpolitischen Spannungsräumen ist Friede in Jahrtausenden kaum je mehr gewesen als eben die Abwesenheit von Krieg. Zwischen den widerstreitenden Polen menschlichen Verhaltens, dem Bedürfnis nach Harmonie und dem Bedürfnis, einander zu bekämpfen, ist es sehr viel, die dadurch entstehenden Ungleichgewichte ständig auszubalancieren.

Durch den Aufbau einer überzeugenden Verteidigungsfähigkeit, die politisch und militärisch abschreckend wirkt, weil sie jeden Angriff auf das Bündnis zu einem tödlichen Risiko für den Angreifer macht, hat die NATO seit 1949 den Frieden in Europa, der unter dem Eindruck der sowjetischen Machtvergrößerung in der Tschechoslowakei 1948 und des Ausbruchs des Korea-Kriegs akut bedroht schien, gesichert. Sie hat als militärisches Verteidigungsbündnis begonnen und ihre militärische Zusammenarbeit in einem Maße integriert, wie das in Friedenszeiten keinem Bündnis vorher gelungen ist. Sie ist dabei aber nicht stehengeblieben, sondern hat die politische Zusammenarbeit unter den Verbündeten beständig intensiviert und mit dem Harmel-Report 1962 ein bündnispolitisches Konzept geschaffen, das über das rein Militärische weit hinausgreift und Begrenzung, Kontrolle und Abbau von Rüstung, verbunden mit einer Minderung der Spannung, zum Inhalt und Ziel gemeinsamer Bündnispolitik macht.

Manche beklagen, mit der NATO-Nachricht sei eine unerträgliche nukleare „Grenzsituation“ entstanden. Eine solche Bewertung verkennt, daß diese Grenzsituation in unser aller Leben getreten ist, seit es Atomwaffen gibt. Sie hat sich qualitativ und quantitativ verändert, wie alles auf Erden sich laufend verändert. Es gibt nirgends einen heileibenden Zustand. Das Problem ist nicht, Atomwaffen abzuschaffen. Das wird so wenig gelingen, wie man die Elektrizität oder die Sünde abschaffen kann. Das Problem ist, diese Waffen unter Kontrolle zu halten und zu vermindern.

Das bedarf einer beständigen mühevollen Anstrengung. Abschreckung ist als verteidigungspolitisches Prinzip uralt. So alt wie das Streben von Menschen, sich gegen das gewaltsame Eingreifen anderer in ihr Leben zu schützen. Die nukleare Abschreckung ist eine sicherheitspolitische Revolution, wie es die Erfindung der Feuerwaffen im ausgehenden Mittelalter war. Mit dem qualitativen Un-

terschied freilich, daß Nuklearwaffen hohle Abschreckungswaffen sind, daß ihre Verwendung Angreifer und Verteidiger zerstört zurückließe, daß sie Kriege unführbar machen. In dieser Grenzsituation leben wir Menschen seit Jahrzehnten und werden damit für nicht absehbare Zeit leben müssen.

Allerdings müssen wir sehen, daß unsere kollektive Sicherheit heute nicht nur in der kontinentalen Ost/West-Dimension bedroht werden kann. In den letzten zwanzig Jahren ist die Sowjetunion eine expansionistische Weltmacht mit weltweiter militärischer Handlungsmöglichkeit geworden. Sie ist unter Verwendung von Erfüllungsgeldern sehr aktiv dort, wo die Verhältnisse sich nicht so festgefügt gegenüberstehen wie zwischen Nordkap und Kaukasus, sondern labil sind: in den riesigen Räumen Lateinamerikas, Afrikas, des Nahen und Mittleren Ostens, in Südostasien.

Bedroht sind die freien Zugänge zu den für den Westen lebenswichtigen Rohstoffressourcen. Die Europäer neigen dazu, in Verkenntnis ihrer eigenen Interessen die Sorge darum den Amerikanern zu überlassen. Das ist ein doppelter Fehler: Einmal, weil eine gut koordinierte Politik möglichst aller Verbündeten eine stärkere Warnung an die sowjetische Adresse wäre, nichts zu riskantes zu wagen. Der Freiheitsschrei des afghanischen Volkes gegen die sowjetische Invasion ist eine flammende Mahnung. Eine sowjetische Nachfolgeführung, für die Krieg nicht mehr furchtbare Erfahrung eigenen Lebens ist, könnte geneigt sein, mit der enormen militärischen Macht in ihren Händen skrupellos umzugehen. Zum anderen würde es das Bündnis von innen her im Bewußtsein der politischen amerikanischen Öffentlichkeit aushöhlen und gefährden, wenn wir Europäer in dieser lebenswichtigen politischen Frage – es ist in zweiter Linie ein militärisches Problem – die Amerikaner allein ließen. Wir müssen die Zusammenarbeit mit allen in den gefährdeten Räumen suchen, vor allem auch den großen Mächten des Fernen Ostens, China und Japan. Atlantische und pazifische Sicherheit sind unteilbar.

GASTKOMMENTAR



Rolf Friedemann Pauls diente der Bundesrepublik Deutschland unter anderem als Botschafter in Israel, in den USA, in China und bei der NATO

Wo IG Bau abschließt, ruft IG Druck nach Urabstimmung

Hier Vorruhestand, dort Kampf um des Kampfes willen / Von Peter Gillies

Nie ist ein Feldherr wegen des von ihm erzeugten Schlachtenlärms in die Geschichte eingegangen. Stets war es der Ausgang des Kampfes, den die Historiker notieren (die Kanonade von Hornberg vielleicht ausgenommen). In Vertiefungskämpfen sind die Streithähne versucht, diese Erkenntnis zu vergessen. Dabei lehrt die Erfahrung, daß Drohgebärden den Inhalt der Lohntüte nicht zwingend beeinflussen.

Mit einem Verhandlungsgeschick, das man fast ein beiläufiges nennen möchte, ist die Industriergewerkschaft Bau ihrer Tradition treu geblieben und hat einen ansehnlichen Tarifabschluß getätigt. Zwar belastet er viele Betriebe mit dünnem Auftragsbüchern beunruhigt, aber er ist von sozialer Verantwortung getragen und – vor allem – er überzeugt. Die IG Bau beweist dem teilweise noch ungläubigen Gewerkschaftslager: Es ist beides erreichbar, Arbeitszeitverkürzung wie auch Lohnerhöhung. Der im Grundsatz abgeproben Vorruhestand ermöglicht

noch eine Lohnerhöhung von 3,3 Prozent – zusätzlich. Es werden also die jüngeren Arbeitnehmer einen Teil der möglichen Lohnerhöhung zugunsten ihrer älteren Kollegen abgeben. Dennoch ist ihr Reallohn, soweit man das heute abzusehen vermag, durch die 3,3 Prozent gesichert. Wieviel jüngere Arbeitslose dadurch wieder in Lohn kommen, daß ältere Mitarbeiter mit 58 und mehr Jahren ihren Arbeitsplatz freimachen, wird sich in der betrieblichen Praxis erweisen. Wenn dort mit soviel Vernunft und Augenmaß geplant wird wie während der Tarifverhandlungen, braucht einem nicht bange zu sein.

Nun wird diese Gewerkschaft, die sich schon mehrfach mit bemerkenswerten Modellen in die deutsche Sozialgeschichte einschrieb – ebenfalls ohne Lärm – von den angeblich progressiven Gewerkschaften wie IG Metall oder Druck der Spaltung geziehen. Abschätzend nennt man die IG Bau und vier andere die „Fünfer-Bande“. Ihr Merkmal ist, daß sie sich nicht stur in eine einzige Form der Ar-

beitszeitverkürzung festbissen, sondern flexibel bleiben wollen. Wie jedermann weiß, trifft dies genau die Stimmung der Arbeitnehmer, die von der angeblich segensreichen und jobpendenden 35-Stunden-Woche nichts hält.

Natürlich zerrt dies an den Nerven derjenigen, die sich für die Zeugnung von Schlachtenlärm zu ständig fühlen. Wenn die IG Metall jetzt rascher als erwartet auf das Angebot zu einem Spitzengespräch eingeht, mag man auch daraus – wie aus mancherlei dehnungsunfähigen Reden – Realismus entnehmen. Die Bemerkung „ohne Vorbedingungen“ heißt, daß die Arbeitsposition der 40-Stunden-Woche weiterhin als Verhandlungsgrundlage betrachtet wird (bei der IG Bau wird diese Wochenarbeitszeit übrigens bis 1988 festgeschrieben). Wemgleich man die Tatsache eines Spitzengesprächs – wahrscheinlich in dieser Woche – nicht mit einer Lösung des Tarifkonflikts verwechseln darf, so zeigt sie doch, daß ein Kompromiß möglich und der Arbeitskampf keineswegs schicksalhaft ist.

IM GESPRÄCH Brenda Dean

Der Boß ist eine Dame

Von Siegfried Helm

Brenda Dean ist eine platinblonde Vierzigjährige mit klugen Augen und gewinnendem Lächeln. Ein Typ, nach dem sich Männer umdrehen. Die Tochter eines Eisenbahners aus Manchester, die nach dem Schulabschluß mit sechzehn als Stenotypistin in einer Druckerei angefangen hatte, schaffte jetzt den Sprung von der Sekretärin ins Top-Management – in einer so typischen britischen Männerwelt wie den Gewerkschaften. Brenda Dean wurde zur Generalsekretärin der Druckergewerkschaft „Sogat 82“ (225 000 Mitglieder) gewählt. Sie ist damit die erste weibliche Boß einer der großen Industriegewerkschaften Englands.

Eine Queen, eine „Eiserne Lady“ als erste Premierministerin und jetzt eine Frau als militant gehende Union. Mariachar im Establishment des Vereinigten Königreichs? Brenda Dean wehrt ab: „Ich habe nicht als Feministin kandidiert, sondern als Gewerkschaftler.“

Sie hatte sich als leitender Sogat-Bezirksfunktionär in Manchester sechs Jahre lang als geschickte Verhandlungsführerin bei schwierigen Lohnstreiks einen Namen gemacht. Sonst hätte sie im letzten Sommer kaum zwölf (männliche) Gegenkandidaten bei der Wahl des Unionspräsidenten übertrumpft und bei dem Gerangel um den Posten des Generalsekretärs jetzt sechs (männliche) Konkurrenten aus dem Felde geschlagen. Das Rezept dieser noch unverheirateten Frau beim Umgang mit Männern am Verhandlungstisch: „Wenn ein Mann mit der Faust auf den Tisch schlägt und seine Gegner mit Schimpfwörtern traktiert, dann halten ihn alle für einen mit allen Wassern gewaschenen Militanten. Tute ich das, würde jeder sagen: Ty-



Gewerkschaftler, nicht Feministin: Brenda Dean

pisch weibliche Hysterie! Deshalb setze ich auf kühle Logik.“

Die Wahl Brenda Deans ist als Indiz für eine bevorstehende Kursänderung ihrer Gewerkschaft gewertet worden, die sich bei den Geburtswehen der Einführung neuer Drucktechnologien in der Fleet Street bis zur Selbstzerfleischung gewehrt hatte. So gesehen, paßt die Wahl in die politische Gewerkschafts-Landschaft, die allenthalben einen Trend zur gemäßigten Mitte und gar nach rechts zeigt. „Ich bin in erster Linie Gewerkschaftsführer und kein Politiker“, betonte die Nachfolgerin von Bill Keys als Boß der größten britischen Druckergewerkschaft. Die Entpolitisierung der Gewerkschaften ist in vollem Gange und drängt doktrinaire Marxisten wie den Bergarbeiterführer Arthur Scargill zunehmend in Außenseiterpositionen ab. Brenda Dean, die nach ihrer „Machtübernahme“ sicher auch ihren Einzug in den Gewerkschaftsdachverband TUC halten wird, gilt als realistisch.

DIE MEINUNG DER ANDEREN

LE FIGARO

Die Pariser Zeitung kommentiert den Terroranschlag in Jerusalem

Man kann wie in der Vergangenheit mit Vergeltungsmaßnahmen Israels rechnen. Die Repressalien könnten sich im übrigen gegen die syrischen Truppen in Libanon richten. Diese scheinen in der Tat die Palästinenser bei ihren Angriffen auf israelische Stellungen in Südbanban zu unterstützen. Am Montag hat die israelische Artillerie zum ersten Mal seit einem Jahr palästinensische Stellungen in der von den Syren kontrollierten Bekaa-Ebene bombardiert. Damaskus ist andererseits nur 35 km von der israelischen Frontlinie entfernt.

Weitläufige Nachrichten

Die Münchener Zeitung äußert sich zum Gurtmittel-Bußgeld

Ein Vorwurf kann dem Verkehrsminister nicht erspart bleiben. Die Erfolglosigkeit der Werbekampagnen des Deutschen Verkehrssicherheitsrates für den Gurt war schon vor Beginn abzusehen. ... Wer den Gurt einmal vergessen hat und 40 Mark in die Polizeikasse zahlen muß, kann aber mit einem Trostplättchen rechnen: Die angekündigte Erhöhung der Prämien in der Autohaftpflichtversicherung wird zumindest teilweise rückgängig gemacht werden.

Geldliche Nachrichten

Zur geplanten Steuerreform meint die Zeitung:

Die Belebung der Wirtschaft und die sich darauf langsam bessernden Steuereinnahmen reichen vorerst nicht aus, die von Stoltenberg für 1988 anvisierte große Lösung schon 1986 in Kraft zu setzen – es sei denn, daß dafür andere Steuern erhöht werden. Stoltenberg glaubt, in diesem

Fall rund 10 Milliarden Mark an zusätzlichen Einnahmen zu brauchen. Die Politiker der Koalition wollen aber keine finanzpolitischen Umschichtungen, sie wollen, daß die Wähler möglichst bald – und das heißt rechtzeitig vor den nächsten Bundestagswahlen – ein positives Ergebnis in der eigenen Brieftasche verspüren. Dagegen hat Stoltenberg viel schwerer, auf Vorteile seiner Inflationsbekämpfung hinzuweisen.

Hamburger Abendblatt

Zum Tarifabschluß im Bergwerbe heißt es hier:

Die IG Bau hat wieder einmal, wie in den meisten Jahren zuvor, Augenmaß bewiesen. Das wird ihr so manche Schwesterorganisation verbüßen. Nichts zeigt deutlicher den Riß, der durch die DGB-Gewerkschaften geht als eben dieser Abschluß. Da fordert eine von der IG Metall angeführte Gruppe die Einführung der 35-Stunden-Woche bei gleichzeitiger Erhöhung des Verdienstes um 3,3 bis 3,5 Prozent. Und da gibt sich eine andere Gewerkschaft mit 3,3 Prozent zufrieden, ist aber gleichzeitig bereit, die 40-Stunden-Woche bis Ende 1988 festzuschreiben, wenn die Rente mit 58 Wirklichkeit wird. Nicht nur diese unterschiedliche Interessenlage gibt Anlaß zu Auseinandersetzungen im DGB. Als besonders verwerflich dürfte IG Metall, IG Druck und andere die prinzipielle Bereitschaft der Bauarbeiter-Gewerkschaft brandmarken, auf das Angebot der Bundesregierung zur Vorruhestandsregelung einzugehen. Die radikaleren Arbeitnehmerorganisationen sehen in dieser Regelung den Versuch Bonn, die gemeinsame Front der Gewerkschaften zu durchbrechen. Helmut Kohl und Norbert Blum ist ein erster Erfolg beschieden.

Das Zahlenspiel um den Tod im Verkehr

Knapp 60 Prozent der Autofahrer machen vom „Lebensretter Nummer eins“ Gebrauch. Verkehrsminister Dollinger ist dies zu wenig: Wo Appelle nicht fruchteten, soll nun ein Bußgeld von 40 Mark nachhelfen, damit der Sicherheitsgurt angelegt wird.

Von HANS-J. MAHNKE

Bundesverkehrsminister Werner Dollinger wollte das Bußgeld für Gurtmuffel nicht, das er jetzt verkünden ließ. Daran besteht überhaupt kein Zweifel. Aber jetzt bekommen die Autofahrer zu spüren, daß sie nicht auf den Minister gehört haben. Und der erntet dafür noch Lob derjenigen, die schon früher in Sanktionen das Allheilmittel gesehen hatten. Immerhin hatte Dollingers Vorgänger Volker Hauff bereits einen Verordnungsentwurf für ein Bußgeld für Nicht-Anschallner von 20 Mark ausarbeiten lassen.

Aber Dollinger schwor solchen Vorstellungen bereits am Tag seines Amtsantritts ab, und zwar nicht, weil er etwas gegen den Gurt hätte. Im Gegenteil: „Ich schnalle mich an“, Dollinger wurde nicht müde, dies bei jeder Gelegenheit zu betonen. Dazu wollte er auch andere bringen, allerdings nicht durch Strafen, sondern durch Überzeugung. Der mündige Bürger im Straßenverkehr, nicht Gängelung, gegen eine neue Vorschriftenflut – und so ähnlich lauteten die Schlagworte.

„Mir kommt es auf Dauererfolge an. Und die sind nur mit Überzeugung, mit richtigem Verhalten aller Verkehrsteilnehmer, mit Rücksichtnahme zu erreichen, nicht mit Angst vor Strafen, mehr Vorschriften oder mehr Verkehrsschildern. Man muß den Verkehrsteilnehmer überzeugen“, ließ sich Dollinger vernehmen. Und so startete er im Sommer vergangenen Jahres zusammen mit dem Deutschen Verkehrssicherheitsrat eine mit vier Millionen Mark aus dem Bundeshaushalt alimentierte Aufklärungs- und Überzeugungskampagne.

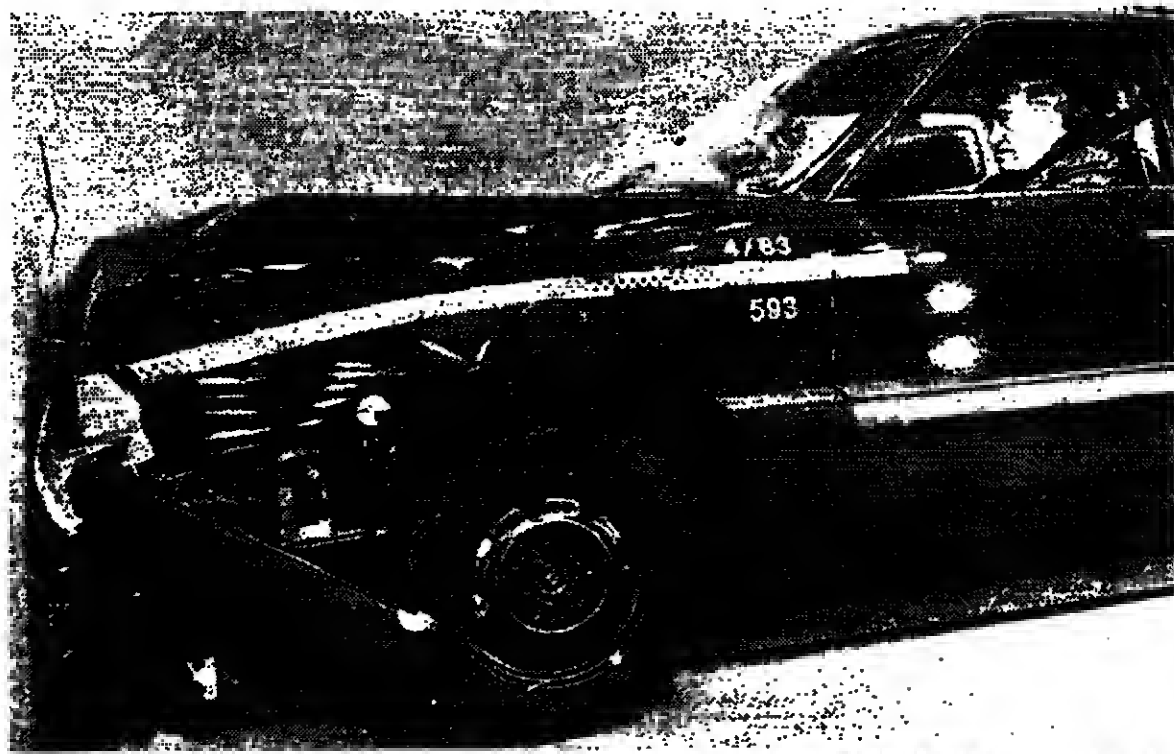
In der vergangenen Woche, als er den Ländern das verkehrssicherheitspolitische Programm der Bundesregierung übersandte, schrieb er noch: „Noch ist die Wirkung dieser Aktion nicht überzeugend.“ Aber er hoffte immer noch, daß die weitere Entwicklung der Angelegenheit die Entscheidung rechtfertigen würde, von einer Bußgeldbewährung abzusehen.

Nachdem die Bundesanstalt für das Straßenwesen nun ihre jüngsten Ermittlungen über das Anlageverhalten der Autofahrer vorgelegt hatte, sah Dollinger „zu seinem Bedauern“ keinen anderen Weg mehr, als der bestehenden gesetzlichen Gurtanlegepflicht mit einem Verwarnungsgeld zu größerer Beachtung zu verhelfen. Denn eines hatte sich gezeigt, weder die Appelle noch die Verwarnung, daß möglicherweise doch etwas kommen könnte, hatten gefruchtet: Die Autofahrer schnallten sich nicht häufiger an als in den vergangenen Jahren, was von allen Parteien als unbefriedigend angesehen wurde.

Sicher, in den vergangenen zehn Jahren hat sich einiges verbessert. So lag 1974 die Anlagequote im Fernverkehr erst bei 14,5 Prozent, im Berufsverkehr bei 14,2 Prozent und im Innenortsverkehr sogar nur bei 8,7 Prozent. 1979 schnallten sich auf Autobahnen bereits rund 85 Prozent der Fahrer an, auf den Landstraßen immerhin 67 Prozent und im Stadtverkehr waren es 45 Prozent. Daraus errechnete die Bundesanstalt einen Durchschnitt von 59 Prozent. Und dabei ist es auch geblieben. Zuletzt wurden sogar nur 58 Prozent gezählt. Und das, obwohl der Sicherheitsgurt als der „Lebensretter Nummer eins“ im Straßenverkehr gilt.

Immerhin hatte die Bundesanstalt für Straßenwesen errechnet, daß allein im Jahre 1979 2300 Pkw-Fahrer und ihre Beifahrer vor dem Tod und 24 000 vor schweren Verletzungen durch den Sicherheitsgurt bewahrt worden waren.

„Und je ein Prozent Steigerung der Anlagequote bedeutet 40 Verkehrstote weniger.“ Eine Berechnung von damals, die heute vom Hause Dollinger noch unterstrichen wird. Würde es also gelingen, die durchschnittliche Anlagequote von derzeit 58 Pro-



Minister im Crash-Test: Werner Dollinger erprobt die Wirkung des Sicherheitsgurts

FOTO: OPA

zent auf 83 Prozent anzuheben, wären 1000 Verkehrstote pro Jahr weniger zu beklagen. Solche Zahlen mußte sich Werner Dollinger in den vergangenen Wochen verstärkt von seinen Kritikern vorhalten lassen, die unverzüglich das Bußgeld für Gurtmuffel forderten. Sie wiesen zudem darauf hin, daß im vergangenen Jahr erstmals wieder die Zahl der Toten im Straßenverkehr zugenommen hatte, und zwar um 0,8 Prozent auf 11 701.

Es wurde auch auf den Schaden hingewiesen, der durch das Nichtangurten entsteht, auf die Produktionsausfälle, auf den medizinischen Aufwand und ähnliches. Immerhin hat die Bundesanstalt den volkswirtschaftlichen Schaden des Nichtangurtens auf nahezu zwei Milliarden Mark pro Jahr veranschlagt. Ein Anstieg der Gurtanlagequote um nur ein Prozent bedeutet demnach ein Nutzenzuwachs von 50 Millionen Mark jährlich für die Volkswirtschaft.

Seit Anfang der 70er Jahre bemüht-

ten sich Experten, Automobilclubs, Verkehrswachen und die Bundesregierung, den Sicherheitsgurt populär zu machen. Für 13 Milliarden Mark startete das Verkehrsministerium 1974 und 1975 eine großangelegte Werbekampagne. Im Januar 1976 waren bereits 81 Prozent aller Pkw's mit Gurten auf den Vordersitzen versehen. Und 62 Prozent aller Fahrer legten den Gurt auch an. Eine Quote, die nie wieder erreicht wurde, obwohl das Ministerium 1976 und 1977 noch eine mit drei Millionen Mark dotierte Erinnerungswerbung nachschob.

Die Entwicklung wurde aber auch durch staatliche Vorschriften beeinflusst. 1974 wurde der Einbau von Gurten bei Neuwagen vorgeschrieben. Bis 1976 mußte ein Teil der älteren Fahrzeuge nachgerüstet sein und seit dem 1. Mai 1979 müssen alle Sitze in den Neuwagen mit einem Gurt versehen sein. Vor allem: Seit dem 1. Januar 1976 besteht für Fahrer und Beifahrer eine gesetzliche Pflicht

zum Gurtenlegen. Wer dieser Verpflichtung nicht nachkommt, dem drohen bislang noch keine Konsequenzen, denn auf Sanktionen wurde verzichtet, allerdings nur auf direkte.

Die Richter haben bereits in den vergangenen Jahren in unangreifbaren Urteilen den Schluss gezogen, daß derjenige die Unfallfolgen – also seine eigenen körperlichen Schäden – mit verursacht, der den Sicherheitsgurt nicht anlegt. So wurde selbst bei einem Unfall, der nicht selbst verschuldet war, der Schadensersatzanspruch in der Regel um 30 Prozent gekürzt. Aus einem Schmerzensgeld von 1000 Mark wurden eben nur 700 Mark.

Schwerer wiegt jedoch etwas anderes: Wenn der Unfall zur Arbeitsunfähigkeit geführt hat, fällt der Anspruch auf Lohnfortzahlung weg, wenn sich der Autofahrer nicht angeschallt hat. Und das, obwohl er am Unfall selbst keine Schuld hatte.

Trotzdem ließen sich viele Autofahrer nicht bekehren. Bequemen spielte dabei sicher eine Rolle. Überschätzung der eigenen Fähigkeiten aber auch. Dabei mußte derjenige, der mit einer Geschwindigkeit von nur 30 Stundenkilometer gegen einen Baum prallt, bereits das 20fache seines Körpergewichtes stemmen, wenn er diesen Aufprall abfangen wollte. Die Wucht des Aufpralls bei 50 Stundenkilometer kommt gar einem Sprung aus dem vierten Obergeschoß eines Hauses gleich, bei 80 Stundenkilometer entspricht sie dem Fall aus 25 Metern.

Auch das Bekenntnis des früheren Weltmeisters Emerson Fittipaldi – „Ich fahre grundsätzlich nur angeschallt, auch bei Stadtfahrten“ – machte keine Schule, obwohl gerade bei geringeren Geschwindigkeiten der Gurt besonders wirksam ist. Schließlich blieb nur das Bußgeld. Dabei spielten auch die ausländischen Erfahrungen eine erhebliche Rolle. So schnallte in der Schweiz nach Einführung der Geldbuße die Anschallquote innerhalb von 31 auf 81 und außerorts von 49 auf 89 Prozent. In Norwegen stiegen sie von 45 auf 70 bzw. von 80 auf 90 Prozent. Durch die Buße soll der gesetzlichen Pflicht der Charakter einer verbindlichen Empfehlung gegeben werden.

Mit dem „Vorwärts“ zurück in die guten alten Zeiten

Von einem großen Zeitungsimperium ist der SPD praktisch nur der „Vorwärts“ geblieben. Und auch der „Vorwärts“ ist heute ein kleiner, bescheidenes Mitglied – bei höheren Beiträgen – kostenlos erhältlich; doch an der Basis gibt es Widerstand.

Von PETER PHILIPPS

SPD-Sprecher Wolfgang Clement und Parteigeschäftsführer Peter Glotz ziehen in Sachen Parteizentralorgane in diesen Wochen durch die sozialdemokratischen Basis-Gliederungen in der gesamten Bundesrepublik Deutschland. Sie versuchen in den Bezirken und Unterbezirken der SPD, den Genossen eine Beitragserhöhung von durchschnittlich 2,25 Mark monatlich schmackhaft zu machen, um auf diese Weise die Veränderung des publizistisch relativ unbedeutend gewordenen „Vorwärts“ in eine attraktive Wochenzeitung finanzieren zu können.

12 Seiten Umfang soll der „Mantel“ des neuen „Vorwärts“ haben, jeder Landesverband fügt dann einen eigenen 4seitigen Regionalteil hinzu. Geplant wird nach dem Motto des Leitartikels für den Mai-Parteitag in Köln, „alle Kräfte anzuspannen, um der publizistischen Übermacht des regierenden Blocks entgegenwirken zu können“.

Doch die Genossen sind nicht überzeugt, von keiner Seite kam so harsche Kritik an den neuen Zeitungsplänen des SPD-Vorstands wie aus der eigenen Partei; auch aus der Redaktion des „Vorwärts“.

Überall schimmert die Skepsis durch, ob diese Partei überhaupt in der Lage ist, ein tragfähiges Konzept für eine Zeitung zu entwickeln, die mehr als nur eine „Lyrik-Auflage“ hat. In dem Leitartikel des Parteivorstands ist auch ehrlicherweise ein „mea culpa“ eingebaut: „Im übrigen läßt sich nicht darüber hinwegsehen, daß die Sozialdemokraten in den vergangenen Jahrzehnten sich beim Umgang mit eigenen Zeitungen durch falsche Personal- oder Investitionspolitik auch selbst geschwächt haben.“ Darüber läßt sich in der Tat nicht hinwegsehen. Denn kurz nach dem Krieg besaß die SPD in der Form von Lokal- und Regionalzeitungen einen Medienkonzern, der die Bundesrepublik Deutschland flächendeckend überzog.

Da gab es z. B. bis 1972 in Berlin zwei sich ergänzende Tageszeitungen – „Telegraf“ und „nachtdespeche“ –, von denen der „Telegraf“ in seinen besten Zeiten Ende der 40er Jahre eine Auflage von 530 000 Exemplaren hatte. Noch 1960 brachten beide zusammen immerhin knapp 140 000 Stück täglich auf den Weg zu den Käufers. Oder: Wer erinnert sich heute noch an das „Hamburger Echo“ (mit dem außenpolitischen Redakteur Herbert Wehner), an die „Frankfurter Allgemeine Zeitung“, die „Frankfurter Volkszeitung“, die „Freiheit“ in Mainz und die „Hannoversche Presse“? Dabei sind dies nur die bekanntesten aus der großen Zahl der SPD-Blätter gewesen. Das letzte Opfer der parteieigenen Pressepolitik

war die „Hamburger Morgenpost“, die nach langem Siechtum 1979 verkauft wurde. Von 2,8 Millionen Auflagen nach dem Krieg blieben der SPD im wesentlichen nur noch die 56 000 des ehemaligen Zentralorgans „Vorwärts“.

Alle SPD-Zeitungen – vielleicht mit Ausnahme der am längsten florierenden „Hamburger Morgenpost“ – hatten nach der Zerschlagung durch die Nationalsozialisten am Ende des Zweiten Weltkriegs wieder dort begonnen, wo sie aufgehört hatten: als klassische, parteiliche Arbeiterzeitungen. Es dauerte lange, zu lange, ehe erkannt wurde, daß die Deutschen nach dem Ende des Dritten Reichs die Nase voll hatten von Parteizeitungen. Und selbst nach dieser Erleuchtung war es nicht mehr möglich, das Steuer des schwerfälligen Medien-Tankers SPD herumzuwerfen. Denn zum einen hatte sich die Gewohnheit zu tief eingefressen, verdiente Funktionäre statt professioneller Journalisten und Kaufleute an entscheidenden Stellen zu beschäftigen. Und wer von ihnen nicht drinnen saß, hatte dafür gesorgt, daß er von außen jederzeit für entsprechende Platzierung der Partei-Meinung im Blatt sorgen konnte.

Außerdem hatten die Bonner Partei-Schatzmeister zu lange nur Geld aus den Unternehmen herausgezogen ohne zu investieren, daß die Substanz der Zeitungen für ein Durchstarten nicht mehr ausreichte. Der anschließende Umgang mit den

Vorwärts

Mitarbeitern – wenn der Einstellungsbescheid gefallen war – war das einzige, was nicht mit sozial oder solidarisch zu tun hatte in der Geschichte dieser Zeitungen: Redaktion und Verlag des „Telegraf“ in Berlin beispielsweise – aber bei den anderen Blättern war es nicht wesentlich anders – erfuhren aus einer fremden Nachrichtenagentur, daß ihre Zeitung am nächsten Tag zum letzten Mal erscheinen würde.

Nachdem sie selbst mit ihren Zeitungen am eigenen Unvermögen und an den wirtschaftlich erfolgreichen Konzentrationen anderer, privater Verlage gescheitert war, versuchte die SPD vergeblich in den siebziger Jahren über Ansätze einer Mediengesetzgebung den privaten Zeitungsverlagen Daumenschrauben anzulegen.

Nun versucht die Partei also eine Art Quadratur der Kreise: Ein neuer, lesemäher „Vorwärts“ soll entstehen, der parteinah aber nicht parteiuntertan ist, der sich aufgrund seiner Qualität auch am Kiosk verkauft und zugleich Mitgliedsorgan ist. Glotz und Clement – unter der schützenden Hand des Vorsitzenden Willy Brandt – haben sich so viel vorgenommen, wie es als Aufgabe eines erfolgreichen privaten Zeitungsverlages würdevoll wäre. Im alten „Vorwärts“ stand einmal geschrieben: „Wenn aus der SPD-Baracke eine Anleitung zum Zeitungsmachen kommt – das klingt wie die Geschichte der O., herausgegeben vom Erzbischof Köln.“ Man darf gespannt sein, ob sich daran etwas geändert hat.

Beim Gurt ist den Briten das Muffeln vergangen

Von HELMUT VOSS

Am 21. Februar vorigen Jahres hielt der Wildhüter Charlie Chapman am Rande einer Straße in Südwales den Daumen hoch. Ein Auto hielt. Chapman stieg ein. Der Wagen fuhr los, und wenige Minuten später war der Wildhüter tot. Der Fahrer des Wagens hatte beim Versuch, ihm mit einer Hand beim Anlegen des ungewohnten Sitzgurtes behilflich zu sein, die Kontrolle über das Fahrzeug verloren und einen schweren, für den Beifahrer tödlichen, Unfall verursacht.

Sein Tod brachte Chapman eine kuriose Sonderstellung in der britischen Verkehrsstatistik ein. Er wurde der erste Brit, der sein Leben als Folge des zwanzig Tage zuvor landesweit eingeführten Gurtzwanges für Fahrer und Vordersitz-Beifahrer verlor. Der tragische Tod des Anhalters ist einer der wenigen Dämpfer, die die Gurtzwang-Euphorie bei Polizeien, Ärzten, Anwaltsvereinen und Automobilclubs in Großbrit-

annien seit dem 31. Januar vorigen Jahres erfahren hat. Die in der Werbung lautstark als „Clunk-Click“ genannte Aufforderung zum Anschallnen, der der Gesetzgeber mit einer Kürzung auf 100 Pfund (fast 400 Mark) erhöhte Geldstrafe nachdruck verleiht, hat sich alles in allem als durchschlagender Erfolg herausgestellt.

Wir haben zwar noch keine endgültigen Zahlen für die ersten zwölf Monate mit Gurtzwang vorliegen, erklärt eine Sprecherin des britischen Verkehrsministeriums gestern, „aber wenn wir die Erfahrungen der ersten acht Monate zugrunde legen, als die Zahl der Todesopfer unter Auto-Inassen auf Vordersitzen um rund 25 Prozent zurückging, hat es in einem Jahr rund 550 weniger Tote im Straßenverkehr gegeben. Die Zahl der Schwer- und Leichtverletzten dürfte im gleichen Zeitraum um 7000 und 16 000 zurückgegangen sein.“ Ähnliche Beobachtungen wurden bei einer von dem Belfast Arzt William Ru-

therford geleiteten zweijährigen Studie in 15 verschiedenen Krankenhäusern gemacht. „Das Ergebnis soll am 25. April auf einem Ärztekongreß enthüllt werden“, erklärte ein Mitarbeiter Rutherford, Dr. Mike Hayes, der WELT, „ich kann aber schon so viel verraten, daß in den beobachteten Krankenhäusern die Zahl der Verkehrsverletzten insgesamt um 20 Prozent und die der Schwerverletzten sogar um 35 Prozent zurückgegangen ist.“

Ein Krankenhaus in Portsmouth „klagte“, daß sich als Folge der „Seat Belt-Law“ ein Mangel an spendebereiten Nieren für Transplantationen bemerkbar mache. Am Edinburgher „Royal Infirmary“ staunten Ärzte über Wochen, in denen „nicht ein einziges nennenswertes, schwerer verletztes Verkehrsoffer eingeliefert wurde.“ So etwas hat es in Edinburgh noch nie gegeben.

Am Anfang hatte es ernsthafte Zweifel daran gegeben, ob die als Individualisten bekannten Briten sich wohl per Gesetz zwingen lassen

würden, die lästigen Gurte umzulegen. Die Zeitungen waren voll von Berichten über „Rebellen“, wie den Range-Rover-Fahrer Terry Hayden aus London, der mit „gefälschten“, nämlich abgeschnittenen – Gurten die Polizei zu narren versuchte.

Doch die Skeptiker wurden schnell eines Besseren belehrt: Während sich 1982 nur 40 Prozent der Autofahrer auf britischen Straßen angeschallt haben, sind es heute rund 95 Prozent. Die Briten muffeln nicht mehr.

Selbst der „Royal Automobile Club“, der den Gurtzwang im Namen seiner Mitglieder heftig bekämpft hatte, änderte mittlerweile seine Meinung: „Das Gesetz hat sich als nützlich erwiesen – wir stehen heute voll hinter ihm.“ Der britische Ärzteverband plädiert bereits auch für Gurtzwang für Rückstuh-Passagiere. Er schätzt, daß damit jährlich das Leben von weiteren 350 Menschen gerettet werden könnte.

(SAD)

Am Anfang von Dirk Keglens Firma stand nur seine Idee. Warum sind wir trotzdem gleich mit eingestiegen?



Erstens kannten wir Herrn Kegler seit vielen Jahren als guten Kunden. Zweitens hat uns seine Idee überzeugt, sich mit einem Verfahren zur Herstellung elektronischer Bauteile selbständig zu machen. Etwas Startkapital hatte sich Herr Kegler schon angespart. Jetzt beschafften wir ihm zusammen mit unserer regionalen Zentralbank zinsgünstige Kredite zur Existenzgründung aus ERP- und Landesmitteln. Daß wir Herrn Kegler bei den Formalitäten für die staatlichen Förderprogramme halfen, war selbstverständlich. Bei uns konnte er auch die Versicherungen abschließen, die seine Firma und seine Familie absichern.

Um all diese Leistungen zu erhalten, brauchte Herr Kegler nur mit uns zu sprechen. Denn wir bieten zur guten Beratung den umfassenden Finanzservice aus einer Hand: unser Verbund-Angebot.

Der Verbund: Alles aus einer Bank.

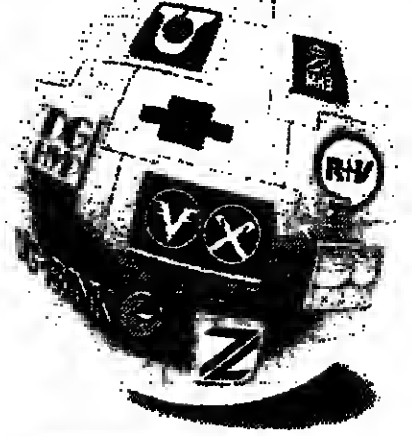
Der Verbund ist der Zusammenschluß aller Volksbanken und Raiffeisenbanken, ihrer regionalen Zentralbanken, der DG BANK und führender Spezialinstitute der Finanzwirtschaft. Der Verbund hilft Ihnen, Ihre Gelddinge bequem und überschaubar zu

erledigen und mehr aus Ihrem Geld zu machen – und dies bei jeder der 20.000 Bankstellen der Volksbanken und Raiffeisenbanken.

Ihre Sache ist unsere Sache.

Volksbanken und Raiffeisenbanken sind genossenschaftlich organisiert. 9,6 Millionen unserer Kunden sind zugleich Bankteilhaber und haben Mitspracherecht. Partnerschaft ist unser Prinzip und einer der Gründe, warum wir eine so erfolgreiche Bankengruppe geworden sind.

DG BANK
Deutsche Genossenschaftsbank
8 regionale Zentralbanken
4 Bausparkassen
Schwäbisch Hall
OG HYP
Deutsche Genossenschaftsbank-Hypothekbank
OFA
Deutsche Immobilien Fonds AG
Münchener Hypothekbank AG
R + V Versicherung
Union-Investment-Gesellschaft



Volksbanken Raiffeisenbanken

Wir bieten mehr als Geld und Zinsen.

Was Kohl mit seinem „DDR“-Gast bespricht

Eine analytische Betrachtung des Besuchs von Mittag

BERNT CONRAD, Bonn Bundeskanzler Helmut Kohl wird am Freitag in Bonn das für Wirtschaftsförderung zuständige SED-Politbüromitglied Günter Mittag empfangen. Er erhält dadurch die Möglichkeit, sieben Wochen nach seinem Moskauer Treffen mit dem „DDR“-Staatsratsvorsitzenden Erich Honecker den innerdeutschen Dialog mit einem qualifizierten Gesprächspartner fortzusetzen.

Vor einem Jahr war eine Kanzler-Verabredung mit Mittag wegen des plötzlichen Todes des Transitreisenden Rudolf Burkert während einer „DDR“-Grenzkontrolle geplatzt. Diesmal vollzieht sich die Zusammenkunft vor dem Hintergrund einer von der SED seit Januar zugelassen und bewußt gesteuerten Ausreisewelle.

Dahinter steht als Hauptmotiv offensichtlich Honeckers Absicht, durch die quasi Abschiebung unruhiger Elemente „Dampf aus dem Kessel“ abzulassen und die innere Lage in der „DDR“ zu entspannen.

Es ist klar, daß diese Aktin in absehbarer Zeit wieder auslaufen wird. Gerade deshalb erstrebt Bonn generelle Reiseerleichterungen. Darüber wird Kohl sicherlich mit Mittag sprechen.

Honecker selbst hat, von westdeutschen Besuchern auf derartige Möglichkeiten, etwa nach dem ungarischen oder dem polnischen Reise-Modell, angesprochen, erwidert, er wolle darüber nachdenken. Ohne Bonner (finanzielle) Nachhilfe aber wird das Nachdenken vermutlich kaum zu Ergebnissen führen. Noch dazu angesichts der Tatsache, daß von Ost-Berlin Seite ausdrücklich auf unterschiedliche Meinungen im Politbüro hingewiesen wurden ist.

Differenzen hat es offenbar auch bei der parteiinternen Diskussion über die Behandlung von „DDR“-Bewohnern gegeben, die sich in westliche Botschaften geflüchtet hatten.

Ob der Emissär aus Berlin beim Kanzler den Wunsch nach einem weiteren Milliardenkredit der „DDR“ anmelden wird, ist kaum vorzusehen. Bisher war die SED-Führung mit einer solchen Bitte nicht an Bonn herangetreten. Es ist auch nicht damit zu rechnen, daß Bonn ein weiteres Darlehen zu den Bedingungen des ersten Kredits - das heißt ohne verbrieft Gegenleistung - gewähren wird.

Auch ohne neuen Kredit sind die innerdeutschen Beziehungen gegenwärtig sehr intensiv. Auf 17 Gebieten wird zur Zeit verhandelt. Dabei werden den bevorstehenden Verhandlungen über Umweltschutz - zunächst über die Werra-Verunreinigung - besondere Chancen eingeräumt.

Kein Spielraum

Von der SPD - die im übrigen mit der Deutschlandpolitik der Regierung Kohl/Genscher weitgehend einverstanden ist - wird in letzter Zeit zur weiteren Auflockerung des innerdeutschen Verhältnisses ein zumindest teilweise Eingehen auf die 1980 von Honecker aufgestellten „Geraer Forderungen“ empfohlen. Sie bezogen sich auf die Anerkennung der „DDR“-Staatsbürgerschaft, eine Umwandlung der Ständigen Vertretungen Bonn und Ost-Berlins in Botschaften, die Festlegung der Elbegrenze zwischen Schnackenburg und Lauenburg in der Strommitte und die Auflösung der Zentralen Erfassungsstelle in Salzgitter.

Sollte Mittag am Freitag den Kanzler darauf ansprechen, so wird er allerdings enttäuscht werden.

Dem Bundesregierung und Koalition sehen hier so gut wie keinen Bewegungsspielraum. Im einzelnen werden Honeckers Geraer Punkte heute folgendermaßen beurteilt:

1. Staatsbürgerschaft: Oppositionsführer Hans-Jochen Vogel und der SPD-Abgeordnete Jürgen Schmude haben in der Bundestagsdebatte zur Lage der Nation am 15. März die Ansicht vertreten, das Grundgesetz verbiete nicht, mit der Staatlichkeit der DDR auch ihre Personalhoheit zu respektieren, solange nur niemand daran gehindert wird, die fortdauernde deutsche Staatsangehörigkeit dann in Anspruch zu nehmen, wenn er sie in Anspruch nehmen will.

Union widerspricht

Diesem Argument ist von der CDU/CSU energisch widersprochen worden. Die rechtliche Grundlage dafür lieferte der Berliner Senator Professor Rupert Scholz, einer der führenden Kommentatoren des Grundgesetzes. Nach seiner Überzeugung kann es laut Artikel 16 Absatz 1 des Grundgesetzes nur eine deutsche Staatsangehörigkeit geben. Deshalb dürfe eine eigenständige „DDR“-Staatsangehörigkeit auch nicht „respektiert“ werden, denn dies würde auf eine Form „faktischer Anerkennung“ hinauslaufen.

2. Ständige Vertretungen: Zwischen Regierung und Opposition gibt es keine Meinungsverschiedenheiten darüber, daß eine völkerrechtliche Aufwertung der Ständigen Vertretungen Bonn und Ost-Berlins nicht in Frage kommen kann.

3. Elbegrenze: Der SPD-Fraktionsvorsitzende Vogel hat es im Bundestag als möglich bezeichnet, die Feststellung zu treffen, „daß die Elbegrenze zwischen Schnackenburg und Lauenburg durchgängig in der Strommitte verläuft, wenn eine erneute Prüfung des Materials ergibt, daß auch diese Auslegung vertretbar erscheint“.

Der Möglichkeit einer solchen „Auslegung“ haben der CDU-Landesgruppenvorsitzende Theo Walgel und Staatsminister Alois Mertes (CDU) energisch widersprochen, weil es in der gemischten Grenzkommission nicht um Interpretationen, sondern nur um die Feststellung der Grenze aufgrund der alliierten Vereinbarungen gehe.

Verwirrung entstand allerdings durch ein „Spiegel“-Interview, in dem Staatsminister Jenninger meinte, der ursprünglich festgelegte Grenzverlauf sei noch nicht hinreichend geklärt. Die Bundesregierung sei noch dabei, zusammen mit dem Land Niedersachsen die Lage zu prüfen. Jenninger fügte hinzu: „Vielleicht läßt sich ein modus vivendi finden.“

Der niedersächsische Ministerpräsident Ernst Albrecht und andere führende CDU/CSU-Politiker vertreten demgegenüber unverändert die Auffassung, daß die Grenze laut alliierter Londoner Protokoll vom 12.9.1944, wie aus einer entsprechenden Karte hervorgehe, im fraglichen Abschnitt am Nordostufer der Elbe verlaufe. Es gilt als sicher, daß die Regierung am Ende davon nicht abweichen wird. Ungeachtet der Differenzen mit Ost-Berlin könnte jedoch - so ist Jenningers Schlussfolgerung zu verstehen - ein „modus vivendi“ gefunden werden, bei dem es um praktische Regelungen für den Verkehr auf der Elbe geht.

4. Salzgitter: In der Bundesregierung versteht man nicht, weshalb die SPD jetzt ohne östliche Gegenleistungen auf die Erfassungsstelle in Salzgitter verzichten will.

Kiel will die Subventionen abbauen

Von C. GRAF SCHWERIN

Mit zur eigenen Courage wird nun Schleswig-Holsteins Ministerpräsident Uwe Barschel (CDU) aufrufen müssen. Denn schon jetzt ist voraussehbar: Der Ärger über die Vorschläge der Sachverständigenkommission zum Abbau der Subventionen im Landeshaushalt 1985 wird groß sein, das Ergebnis, Einsparungen in Höhe von 0,72 Prozent (15,5 Millionen bei einem Etat von 10,4 Milliarden), erscheint dagegen minimal.

Da sich für die Sparmaßnahmen zur Konsolidierung des Haushalts keine breite parlamentarische Mitwirkung fand, faßte im August letzten Jahres Barschel den Beschluß, eine überparteiliche Kommission von fünf Männern mit den Vorschlägen von Subventionsstreichungen zu beauftragen. Gerd Lausen, Vorstandsvorsitzender der Landesbank und früherer Finanzminister, der dem Sachverständigenrat vorstand, auf diese Weise sei jede Beeinflussung unterblieben und von ihren Absichten nichts an die Öffentlichkeit gedrungen. Der Kommission gehörten Vertreter der Industrie- und Handelskammer, des Landesrechnungshofes, des Gewerkschaftsbundes und eines Unternehmensverbandes an.

Zuwendungen und Investitionsmaßnahmen hatten im Landeshaushalt 1984 einen Umfang von 2,4 Mrd. DM betragen, das entspricht etwa 27 Prozent des gesamten Volumens, die sich auf 750 Ausgabenzeilen verteilten. Maßgabe der Kommission war es, daß die wirtschaftspolitische Tätigkeit des Staates sich in erster Linie auf das Setzen von Rahmenbedingungen zu beschränken habe, die Vergabe von Zuwendungen nur in Ausnahmefällen folgen solle.



Landesbericht Schleswig-Holstein

In der Begründung ihres Vorschlags, die „Frachthilfe für Zonenrandgebiete“ zu streichen, heißt es in dem Bericht: „Subventionen, die dazu dienen, Unternehmen, die auf Grund der Standortbedingungen nicht mehr konkurrenzfähig sind, die Existenz zu sichern, sollten grundsätzlich nicht gewährt werden, da in einer sozialen Marktwirtschaft der Marktmechanismus über die Produktion und Verteilung entscheiden soll.“

Der Bericht, der dem Ministerpräsidenten jetzt übergeben wurde, umfaßt 217 Seiten. Er untersucht einen jeden Haushaltstitel der Ministerien und gibt dort, wo Maßnahmen gefordert werden, die Höhe des Haushaltsansatzes und der Einsparung, die Rechtsgrundlage und Zielsetzung an. Vorgeschlagen werden Streichungen

oder Kürzungen von Einzelteilen, Umgestaltung von Fördermaßnahmen, neue Richtlinien zur Vergabe von Zuwendungen an Verbände und Vereine und einige wenige Streichungen von Personalstellen.

Aufgabe der Kommission war es nicht, einen Plan zur Sanierung des Haushalts vorzunehmen, denn sonst hätte sie sich des größten Ausgabenblocks des Personals annehmen müssen. Betroffen vom Subventionsabbau ist vor allem der Haushalt des Wirtschaftsministeriums mit 27,4 Mrd. DM für 1985 und des Landwirtschaftsministeriums (28,1 Mrd. DM).

Die Gesamteinsparung der Kürzungsvorschläge belaufen sich für 1985 auf 75,5 Mrd. DM, 1986 auf 74,7 und 1987 auf 85,6 Mrd. DM. Und diese Größenordnung entspricht den Einsparungen, die die Regierung bereits 83 und 84 hat durchsetzen können.

Drei Vorschläge der Kommission werden gegenwärtig auf besonderen Widerstand stoßen:

1. Die Forderung an die Landesregierung ihre Beteiligung an den Holzwerkstoffen abzugeben. Diese Beteiligung habe zu spürbaren Wettbewerbsverzerrungen zu Lasten der mittelständischen Werften und zu einer Erhöhung der Fertigungskosten von 45 auf 80 DM geführt, die die Werften konkurrenzunfähig gemacht und nicht zur Sicherung der Arbeitsplätze beigetragen haben.

Streit beim SFB erreicht neuen Höhepunkt

F. D. Berlin

Die im Sender Freies Berlin (SFB) wegen einer geplanten Abänderung zweier Moderatoren der „Abendschau“ schwelenden Auseinandersetzungen haben einen neuen Höhepunkt erreicht. Am Montagabend rügten die 26 Mitglieder des SFB-Rundfunkrates das Verhalten des wegen eines Herzinfarktes noch krankgeschrieben Intendanten Lothar Loewe. Er hatte die beabsichtigte Versetzung der beiden Moderatoren Richard Schneider (SPD) und Werner Thies (parteilos - früher FDP) von seinem Kuratenthalt aus über Telefon dem Chefredakteur Joachim Braun mitgeteilt.

Der Rundfunkrat richtete nun in seiner Sitzung in einem mit 15 zu elf Stimmen gefaßten Beschluß die Bitte an den Intendanten, „von der Ausübung der Dienstgeschäfte abzusehen, solange er nicht in der Lage ist, seine Entscheidungen vor den Aufsichtsgremien zu vertreten“.

Die Regierung wird nun zu entscheiden haben, welche Vorschläge der Kommission sie ganz oder teilweise in den Etatentwurf für 1985 übernimmt. Hier wird sich zeigen, ob diese Politik zu einem „Kieles Modell“ von bundesweiter Bedeutung wird, wie es Finanzminister Ammann erhofft. Denn ein Umdenken in der Subventionspolitik sei erforderlich, um „die marktwirtschaftlichen Steuermechanismen nicht weiter zu schwächen und den Konsolidierungsprozeß in den öffentlichen Haushalten weiter voranzutreiben“.

Neues Strafrecht: CSU hat Bedenken

ms. Bonn

Auf Wunsch von Bundesinnenminister Friedrich Zimmermann (CSU) ist die für heute im Bundeskabinett vorgesehene Beratung des Strafrechtsänderungsgesetzes von der Tagesordnung abgesetzt worden. Bei dem Änderungsgesetz, das Bundesjustizminister Heinz Engelhard (FDP) vorgelegt hat, geht es um eine Modifizierung der Bewährungspraxis für Straftäter. Zimmermann vertritt die Auffassung, daß diese Gesetzesvorlage vor einer Beratung und Verabschiedung im Bundeskabinett zunächst noch in den Koalitionsgruppen erörtert werden muß. Offensichtlich gibt es Bedenken, der CSU. Der Gesetzentwurf sieht vor, daß bei längeren Freiheitsstrafen von vornherein schon im Urteil festgelegt werden kann, ob und in welchem Umfang ein Teil dieser Strafe zur Bewährung ausgesetzt werden kann. Es bleibt dabei, daß der Richter in seine Gesamtwürdigung die Person des Straftäters und die Umstände der Tat einbeziehen muß. Die Landesjustizverwaltungen sind an einer solchen Gesetzespraxis interessiert, weil sie sich davon eine Entlastung der Haftanstalten versprechen.

EKD sucht neue Wege für die Landwirtschaft

Denkschrift setzt die Ökologie vor die Ökonomie

HANS-JÜRGEN MAHNKE, Bonn

Nicht so sehr die Skepsis über die Agrarpolitik der Europäischen Gemeinschaft, obwohl auf die negativen Folgen der jetzt vereinbarten Quotenregelung auf dem Milchmarkt überaus deutlich hingewiesen wird, steht im Mittelpunkt der neuen Denkschrift der Kammer der Evangelischen Kirche in Deutschland für Sozialordnung, die jetzt vorgelegt wurde, sondern eher der Versuch für die Landwirtschaft neue Perspektiven zu entwickeln.

Landwirtschaft im Spannungsfeld zwischen Wachsen und Weichen, Ökologie und Ökonomie, Hunger und Überfluß, so der Titel der Denkschrift, umreißt das, worum es den Verfassern geht: Die staatliche Agrarpolitik muß heute drei Ziele gleichzeitig verfolgen: die Überschussproduktion verringern, ökologische Belastungen stärker berücksichtigen und soziale Härten im Strukturwandel wegen fehlender außerlandwirtschaftlicher Beschäftigungsmöglichkeiten vermeiden. Wörtlich: „Die Agrarpolitik darf nicht zum Wachstumszwang oder zum Hinausdrängen in die Arbeitslosigkeit führen.“

Es müsse verhindert werden, so Professor Theodor Stroh, der Vorsitzende der Kammer für Sozialordnung, daß immer mehr bäuerliche Familienbetriebe wirtschaftlich resignieren und meist ohne Zukunftschancen in die großen Ballungsgebiete auswandern müssen. „Bei umfassender Nutzung des zur Zeit verfügbaren technisch-wissenschaftlichen Fortschritts wären statt der gegenwärtig vorhandenen rund 450 000 landwirtschaftlichen Haupterwerbsbetriebe nur noch weniger als 200 000 erforderlich. Dies ist aber aus gesellschaftlichen, ökologischen und arbeitsmarktpolitischen Gründen weder wünschenswert noch durchsetzbar“, heißt es in der Denkschrift.

Rund 100 000 Problembetriebe, deren Einkommen am unteren Ende rangieren, sehen sich einem Verdrängungswettbewerb ausgesetzt, dem sie ohne sinnvolle Stütze und längerfristige Zukunftsperspektive nicht gewachsen sind. Deutlicher als die amtliche Landwirtschaftspolitik orientiert sich die EKD an dieser Gruppe.

Der Strukturwandel sollte zwar weitergehen aber sollte nicht gefördert werden. Die Kammer plädiert bei kleineren und mittleren bäuerlichen Betrieben für eine stärkere finanzielle Entlastung und auch direkte Einkommensübertragungen. Gedacht wird auch an ein Entgelt für landschafts- und waldpflegerische Maßnahmen. All dies kostet dem Staat weniger Geld als die Mittfinanzierung von Arbeitslosigkeit und die Behebung ökologischer Schäden.

Eine bäuerlich geprägte Landwirtschaft als regional unterschiedliches Mit- und Nebeneinander von landwirtschaftlichen Voll-, Zu- und Nebenerwerbsbetrieben hat sich nach Ansicht der EKD als diejenige Lebensform erwiesen, die einer ganzheitlichen Betrachtung agrarpolitischer Ziele am ehesten gerecht werde. Da die von allem ökonomisch begründete Intensivierung der Landbewirtschaftung immer sichtbar an ökologische Grenzen stößt, sollte sie in Problemgebieten nicht weiter ausgebaut werden. „Im Zweifelsfall sollten heute ökologische Forderungen Vorrang vor ökonomischen Erwägungen haben, zumal langfristig nur das ökonomisch sinnvoll ist, was auch ökologisch verantwortet werden kann“, so ein Zentralsatz der Denkschrift. Daran leitet sich unter anderem die Begrenzung des Einsatzes von mineralischem Dünger und von chemischen Pflanzenschutzmitteln und pharmazeutischen Präparaten ab. Die Verbraucher würden durch umweltbewußteres Verhalten ihren Beitrag leisten müssen, nicht zuletzt durch Zahlung höherer Preise bei ökologisch unbedenklicheren Produktionsverfahren.

Eindringlich wird die Mitverantwortung für die Dritte Welt besprochen. Alle Maßnahmen von der direkten Nahrungsmittelhilfe in Katastrophenfällen bis hin zu geringeren Agrarimporten aus Entwicklungsländern müßten sich daran messen lassen, ob wirklich Hilfe zur Selbsthilfe geleistet wird und wieweit auch die ärmsten Zielgruppen miterreicht werden.

Flick: Entscheidung ist weiter offen

hey. Bonn

Beim Bonner Landgericht sind umfangreiche Erklärungen zu den Anklagen der Staatsanwaltschaft von vier der fünf in der Flick-Affäre Beschuldigten eingegangen, denen Beschuldigung oder Bestechlichkeit vorgeworfen wird. Dafür war ihnen eine Frist bis zum vergangenen Montag eingeräumt worden. Die zuständige Kammer des Landgerichts will jetzt prüfen, ob sie gegen sie das Hauptverfahren eröffnet. Nach WELT-Informationen ist gegenwärtig offen, wann darüber eine Entscheidung gefällt wird. Dazu wurde betont, daß auch die Staatsanwaltschaft rund zwei Jahre für ihre Anklagen benötigt hätte, die am 29. November auf einer spektakulären Pressekonferenz in Bonn vorgelegt worden waren. Zurückgewiesen wurden allerdings ausdrücklich jüngste Meldungen, nach denen die Eröffnung der Verfahren bereits bevorstehe.

DIE WELT (ISSN 093-5790) is published daily except Sundays and holidays. The subscription price for the U. S. A. is US-Dollar 565.00 per annum. Second class postage is paid at Englewood, N.J. 07631 and at additional mailing offices. Postmaster: Send address changes to German Language Publications, Inc., 540 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs, N.J. 07632.

Investitionen anpacken

Investitionen sind notwendig. Wir müssen investieren, um die wirtschaftlichen Probleme der Gegenwart zu lösen. Und die Zukunft zu meistern. Diese Investitionen kosten Geld. Wir geben es Ihnen. Durch Leasing. Als Investitionskredit. Oder Mietkauf. Je nachdem, welche Lösung sich für Sie am besten eignet.



GEFA
Leasing · Kredit · Factoring

GEFA, Laurentiusstr. 19/21, 5600 Wuppertal 1, Tel. (02 02) 38 21 · Berlin · Bielefeld · Düsseldorf · Frankfurt
Freiburg · Hamburg · Hannover · Karlsruhe · Kassel · Koblenz · München · Nürnberg · Regensburg
Saarbrücken · Siegen · Stuttgart · Ulm · Würzburg · Wuppertal

35 Jahre NATO: Vom Eisernen Vorhang zur Atlantischen Partnerschaft

Churchills Weitblick und Stalins Machthunger standen Pate

Von RÜDIGER MONIAC

Die Kapitulations-Urkunde über das dunkelste Kapitel deutscher Geschichte vom 8. Mai 1945 war kaum ausgefertigt, als Großbritanniens Premier Winston Churchill vier Tage später in einem visionären Altruismus den amerikanischen Präsidenten Truman telegraphierte: Wie wird die Lage in einem oder zwei Jahren sein, wenn die britischen und amerikanischen Streitkräfte hinweggeschmolzen sind, die französischen Truppen noch nicht in nennenswertem Umfang aufgebaut worden sind und sich die Sowjets vielleicht dazu entschließen, 200 oder 300 aktive Divisionen beizubehalten? Und im Tone größter Besorgnis fügte der Premier hinzu: „Vor Russland ist ein eiserner Vorhang niedergegangen. Wir wissen nicht, was dahinter vorgeht...“ Das Wort war geboren. Der „Eiserne Vorhang“ wurde zum Begriff für die auf Expansion und Abriegelung des eigenen Machtbereichs gerichtete Politik der Sowjetunion.

Nach der Niederschlagung Hitler-Deutschlands zogen die USA und Großbritannien, verpflichtet auf die während des Zweiten Weltkrieges gegebenen Zusicherungen, die Streitkräfte zu demobilisieren, rasch die Masse ihrer Truppen vom europäischen Kontinent ab. Am Tage der Kapitulation betrug die Gesamtstärke der alliierten Streitkräfte in Europa etwa fünf Millionen Mann. Ein Jahr später war ihre Zahl auf nicht mehr als 880 000 Mann geschrumpft.

Moskau blieb unmahngiebig

Anders die Sowjetunion. Sie hielt ihre Armee auf Kriegsstärke. 1945 betrug sie mehr als vier Millionen Mann. Ihre Rüstungsindustrie lief auf voller Kapazität weiter. Alle westlichen Versuche, mit Stalin zu einer Verständigung zu kommen und die gerade gegründete Organisation der Vereinten Nationen zu einem wirksamen Instrument des Friedens zu machen, scheiterten an sowjetischer Unmahngiebigkeit. Sowjetische Truppen waren bis ins Herz Deutschlands vorgedrungen. Schon sehr bald wurde den westlichen Mächten klar, daß Moskau nicht willens war, vom Erreichten auch nur um einen Millimeter zurück-

zuweichen. Systematisch ließ Stalin Territorien im westlichen Vorfeld der Sowjetunion schon während des Krieges annektieren: Estland, Lettland und Litauen sowie Teile Finnlands, Polens, Rumäniens und der östlichen Tschechoslowakei.

Nach der Niederwerfung Deutschlands dehnte Moskau seine Macht auch auf Albanien, Bulgarien, den östlichen Teil Deutschlands, Polen, Ungarn und die Tschechoslowakei aus. Auf den sowjetischen Druck auch auf Griechenland und die Türkei reagierten die USA mit der „Truman-Doktrin“. Ihr Präsident erklärte am 12. März 1947 vor dem Kongress: „Es muß die Politik der Vereinigten Staaten sein, freie Völker zu unterstützen, die sich Unterwerfungsversuchen bewaffneter Minderheiten oder dem Druck von außen widersetzen.“ An beide Länder ging in reichlichem Maße Wirtschaftshilfe.

Ein weiteres Programm zum Wiederaufbau Europas, am 5. Juni 1947 vom amerikanischen Außenminister George Marshall vorgeschlagen, „gegen kein Land und gegen keine Doktrin, sondern gegen Hunger, Armut, Verzweiflung und Chaos“ gerichtet, trug ganz wesentlich zum wirtschaftlichen Wiederaufbau der westlichen Länder Europas bei.

Den östlichen, einschließlich der Sowjetunion, wäre der „Marshall-Plan“ auch zugute gekommen. Doch lehnte Stalin die Hilfe brüsk ab und zwang auch die Satellitenregierungen trotz des Interesses von Polen und der Tschechoslowakei zu der gleichen Entscheidung.

Europa sah sich gespalten. Die expansionistische Politik Moskaus zwang den freien Teil Europas zu einer Reaktion, wenn er nicht auch noch unter den sowjetischen Machteinfluß geraten wollte.

Bereits 1946 hatten Churchill und der kanadische Außenminister Louis St. Laurent ein Verteidigungsbündnis im Rahmen der Vereinten Nationen ins Auge gefaßt. Nach vielfältigen politischen Bemühungen gewannen solche Ideen schließlich Gestalt im Brüsseler Vertrag vom 17. März 1948, in dem sich Großbritannien, Frankreich und die Benelux-Länder zum Aufbau eines gemeinsamen Verteidigungssystems und zur Stärkung

ihrer wirtschaftlichen und kulturellen Bande verpflichteten.

Wenig später, im Juni 1948, begann die Sowjetunion die Blockade West-Berlins. Sie wollte den Vorposten der Freiheit im Satellitenring austrocknen. 323 Tage dauerte sie. Nur durch eine Luftbrücke der Westmächte wurde verhindert, daß Moskau sein Ziel der Abschnürung West-Berlins erreichte. Die Arroganz der Mächte im Krimi beschleunigte letztlich nur die westlichen Bestrebungen zum Aufbau einer Verteidigungsalternative.

Keimzelle Brüsseler Vertrag

Der Brüsseler Vertrag wurde zur Keimzelle der NATO, denn führende Politiker beiderseits des Atlantik erkannten, daß der sowjetischen Expansionspolitik in Europa nur im Bündnis der Europäer mit der Weltmacht Amerika auf dem alten Kontinent zu begegnen ist. Die Idee der „Atlantischen Partnerschaft“ nahm Gestalt an.

Kanadas Premier St. Laurent schlug schon im April 1948 kurz nach Unterzeichnung des Brüsseler Vertrages vor, auch die USA und sein Land sollten sich an einem auf gegenseitiger Hilfeleistung beruhenden militärischen Verteidigungsbündnis beteiligen. In Washington mußten die verfassungsrechtlichen Voraussetzungen für den Beitritt in ein Atlantisches Bündnis geschaffen werden (Vandenberg-Erklärung). Schon am 6. Juli 1948 begannen in der amerikanischen Hauptstadt die Vorbereitungen zwischen Amerikanern, Kanadiern und Vertretern aus den fünf europäischen Ländern des Brüsseler Vertrages. Ihr Bericht vom 9. September 1948 fand bei allen Regierungen Beifall.

Die Grundsätze eines Verteidigungspaktes für den nordatlantischen Raum waren schon einen Monat später beschlossen, auf ihnen baute der Text des NATO-Vertrages auf, der am 18. März 1949 veröffentlicht wurde. Zur feierlichen Unterzeichnung am 4. April 1949 kamen nach Washington die Gründungsmitglieder: neben den USA und Kanada die fünf Länder des Brüsseler Vertrages sowie Dänemark, Island, Italien, Norwegen und Portugal.

Erfahrung und Ernüchterung – eine Chronik

Von WOLFRAM von RAVEN

Die Sowjetunion, die sich bereits bis Kriegsende 500 000 Quadratkilometer fremden Bodens mit 23 Millionen Menschen einverleibt sowie weitere 1,2 Millionen Quadratkilometer Land mit 90 Millionen Bürgern anderer Völker unterworfen hatte, war mit den Eroberungen in Osteuropa offenbar noch nicht gesättigt; denn die Expansion schien sich fortzusetzen:

- in Griechenland, dessen Guerilla-Kampf nicht aufhörte, weil er aus den kommunistischen Nachbarländern genährt wurde;
- in der Türkei, die sich Forderungen auf Kars und Ardahan sowie auf Machtpositionen an den Meeresengen ausgesetzt sah;
- im Iran, wo die sowjetischen Streitkräfte unter Verletzung des Teheran-Vertrages einen Stützpunkt zu halten versuchten.

Was der Gigant des Ostens in seinem Herrschaftsraum und im Griff über dessen Grenzen hinaus unternahm, löste im Westen die Alarmglocke aus. Zögernd und bemüht, zu einem brauchbaren Arrangement mit der anderen Seite zu gelangen, machten sich die Staaten und Völker der freien Welt auf den politischen Weg zur militärischen Allianz.

Am 17. März 1948 kommt das Brüsseler Bündnis zustande. Am 11. Juni 1948 nimmt der Senat der Vereinigten Staaten auf Vorschlag von Arthur H. Vandenberg eine Entschließung an, die für den Schutz freier Nationen Hilfe bei Selbsthilfe verleiht. Am 6. Juni 1948 setzen die Verhandlungen über die Bildung des Paktes ein, zu denen die Blockade Berlins zusätzlichen Anstoß gibt.

Am 4. April 1949 wird von Amerikanern, Belgiern, Briten, Dänen, Franzosen, Isländern, Italienern, Kanadiern, Luxemburgen, Niederländern, Norwegern und Portugiesen der NATO-Vertrag besiegelt.

Der Korea-Krieg, der am 25. Juni 1950 beginnt und erst am 23. Juli 1953 mit dem Waffenstillstand von Panmumun beendet wird, läßt die Bereitschaft wachsen, die Wehrgemeinschaft zur Sicherung des Europa-Friedens zu erweitern, so daß am 2. Oktober 1950 die Türkei die Einladung akzeptiert, sich an der Verteidigung des Mittelmeeres gegen einen Angriff zu beteiligen. Griechenland folgt am 5. Oktober 1950.



Dwight D. Eisenhower war der erste NATO-Chef



Bernard W. Rogers kommandiert die NATO heute

Am 18. Februar 1952 werden die Türkei und die Griechen Mitglieder des Bündnisses, womit sich die Allianz auf 14 Partner ausdehnt.

Am 27. Mai 1952 wird der Vertrag über die europäische Verteidigungsgemeinschaft unterzeichnet, der im Rahmen einer gemeinsamen Streitkraft auch die Deutschen einschließt. Am 29. August 1954 scheitert jedoch die Ratifizierung dieses EVG-Vertrages in der französischen Nationalversammlung, was den deutschen NATO-Beitritt in direkter Form nötig macht.

Am 23. Oktober 1954 wird die Bundesrepublik Deutschland, gemeinsam mit Italien, in die WEU aufgenommen, die sich als europäische Pfiler der atlantischen Gemeinschaft begreift. Am 5. Mai 1955 reist sich die Bundesrepublik dem Nordatlantikpakt ein, der damit nun 15 Alliierte umfaßt sowie den Raum und die Kraft Deutschlands zum Schutz Europas erweitert. Damit ändert sich die Stellung des Westens gegenüber der Position des Ostens:

- Während die westliche Politik der Eindämmung, die dem östlichen Streben nach Ausdehnung einen Riegel vorschiebt, psychologisch auf wirksame und dauerhafte Weise gestützt wird, entsteht für die westliche Strategie der Abschreckung, die sich gegen den östlichen Versuch der Einküchenerung wendet, gleichzeitig ein breiteres Spektrum militärischer Möglichkeiten. Dabei entwickelt sich unser Land vom Glacis zum Zentrum, da sich das Gebiet der Verteidigung gegen einen Angriff bis zum Rand des westlichen Terrains erweitert.

Aber die Steigerung der konvention-

nellen Kampfkraft bleibt nach Zeit und Zahl hinter den Erwartungen zurück, so daß es sich empfiehlt, atomare Kampfmittel nach vorne zu schieben. Am 14. Dezember 1956 wird die politische Überlegung, europäische Truppen mit amerikanischen Kernwaffen auszustatten, auf der Pariser Tagung des Atlantikrats zum militärischen Programm. Vier Jahre später, am 16. Dezember 1960 wird den Europäern von den Amerikanern ein Potential von „Polaris“-Raketen in gemeinsamer Verfügungsgewalt angeboten, womit die NATO zur Atom-

macht werden soll. Das Projekt einer Atomflotte des Paktes, die unter dem Titel MLF (Multilateral Force) firmiert, scheitert jedoch am Widerwillen von Paris und London wie auch an seiner eigenen Unzulänglichkeit. Nach der Konfrontation von Kuba setzt sich in Washington allmählich der Kurs zur Kooperation mit Moskau durch, wie es sich 1963 zunächst in dem Abkommen über einen heißen Draht zwischen dem Weißen Haus und dem Kreml und sodann in dem Teststopp-Vertrag zeigt. In einer Zeit, in der die Entspannung in den Vordergrund zu treten, die Abschreckung indes in den Hintergrund zu rücken scheint, wandelt sich die Konzeption der Allianz – was durch das Ausscheiden Frankreichs aus der Streitkräfte-Struktur des Bündnisses zwar nicht verursacht, aber beschleunigt wird.

Am 1. Juli 1966 entzieht Paris seine Truppen dem NATO-Befehl, während der Pakt die Verlegung seiner Hauptquartiere nach Casteau und Brüssel, seines Führungs-zentrums nach Brüssel plant. Am 14. Dezember 1966 wird die

Nukleare Planungsgruppe der NATO gegründet, die sich allmählich zum Organ der europäischen Mitsprache in der amerikanischen Atomstrategie entwickelt. Genau ein Jahr später beschließt der Atlantikrat den Wechsel des NATO-Dispositivs von der „massiven Vergeltung“ zur „flexiblen response“, und er verabschiedet den Harmel-Bericht.

In diesem „Doppelkonzept“ der Allianz, das Abschreckung und Entspannung gleichrangig nebeneinander stellt, fällt es schwer, den Notwendigkeiten der Rüstungsgestaltung Rechnung zu tragen, da sich die Öffentlichkeit allzu leicht auf die Anstrengungen zur Rüstungsbegrenzung konzentriert. Bezeichnungen wie SALT, MBFR, KSZE erzeugen Euphorien, die sich kaum dämpfen lassen, so daß der Westen zu einer schleichenden Abrüstung tendiert, während der Osten offen seine Aufrüstung weiter betreibt.

Am 19. Juni 1974 unternimmt der Atlantikrat dann den zaghaften Versuch, den Wirklichkeiten des west-östlichen Verhältnisses gegenüber den Wünschen wieder öffentliche Geltung zu geben. Aber erst am 11. Mai 1977 wird auf der Londoner Gipfelkonferenz ein Programm (LTDP) auf den Weg gebracht, das der östlichen Vorrüstung mit westlicher Nachrüstung begegnen soll.

Am 12. Oktober 1977 konkretisiert sich in der nuklearen Planungsgruppe das Bemühen, das Instrumentarium der westlichen Strategie soll angesichts der östlichen Drohung durch Modernisierung der Kernwaffen verbessert werden. Am 12. Dezember 1979 schließlich formuliert der Atlantikrat den „Doppelbeschluß“, der den westlichen Aufbau von Mittelstreckenwaffen nur dann vorsieht, wenn der östliche Kontrahent den Abbau verweigert. Trotz enormen außenpolitischen Drucks und innenpolitischen Protests hat das Bündnis diesen Plan durchgehalten und durchgesetzt, was immerhin ein Zeichen dafür ist, daß in der Hierarchie der Erfordernisse die Abschreckung ihre Stellung wieder gewinnen kann, ohne daß die Entspannung ihre Position darum verlieren muß. Beides nicht in Konkurrenz zueinander zu betreiben, sondern in Kongruenz miteinander zu steuern, wird nach einer Phase der Ernüchterung, ja, Enttäuschung zu den wichtigsten Aufgaben der Allianz gehören.

Das Denken in Alternativen ist bei uns Praxis.

Leonore.

OVERTÜRE Nr. 1.
(Komponiert 1907.)



Leonore.

OVERTÜRE Nr. 2.
(Komponiert 1805.)



Leonore.

OVERTÜRE Nr. 3.
(Komponiert 1806.)



Es mag überraschen, daß Ludwig van Beethoven mehrere Versionen seiner Leonore-Overtüre geschrieben hat. Aber auch in der Kunst kommt es vor, daß nicht die erste Lösung die zufriedenstellendste ist. Im Geschäftsleben ist das Denken in Alternativen

eine wichtige Voraussetzung für den Erfolg. Keiner unserer Kunden ist wie der andere. Für jeden finden wir eine individuelle Lösung. Da die naheliegendste selten auch die optimale Lösung ist, bieten wir Ihnen bei der Finanzierung

von Investitionen mehr als ein vorgefertigtes Standardangebot. Wir suchen gemeinsam mit Ihnen nach verschiedenen Wegen, wie Sie Ihr Ziel erreichen können. Oft haben wir auch diesen oder jenen praxisnahen Ratschlag für Sie. Denn die vielfältigen Branchenerfahrungen

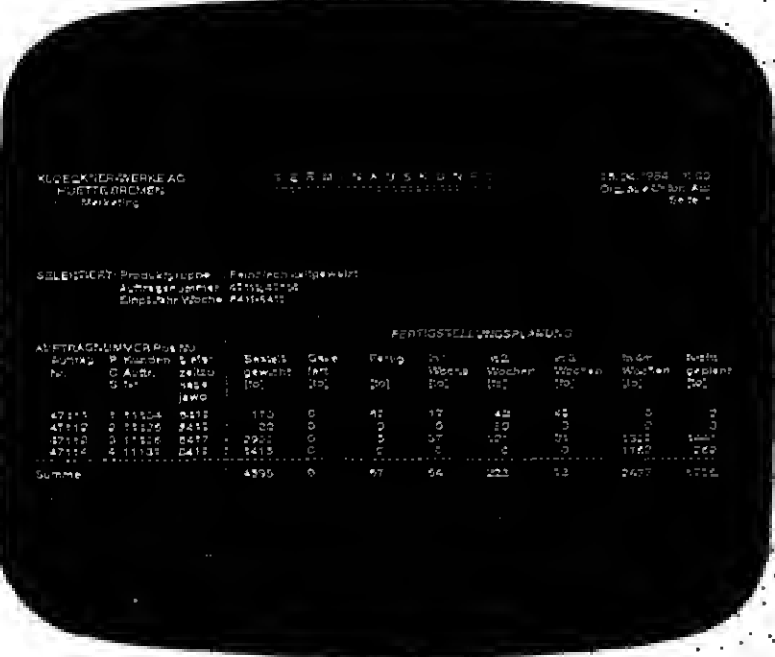
unserer Kundenberater können sehr hilfreich sein. Deshalb sollten Sie mit uns so früh wie möglich sprechen. Wir finden den richtigen „Aufsatz“ für Ihr Geschäft.

Fordern Sie uns.

BfG: Die Bank für Gemeinwirtschaft.

HANNOVER-MESSE 1984

KLOCKNER macht den Fortschritt sichtbar



Z.B. "Terminalkünfte mit moderner Kommunikationstechnik" Dieser neue kundenfreundliche Service der Klöckner-Werke AG, Hütte Bremen, wird erstmals auf der Hannover-Messe einem breiten Publikum vorgestellt.



Z.B. Klöckner Ferromatik Desma zeigt Spritzgießmaschinen mit neuer FM-Steuerung in zwei Varianten: FMT-Terminal mit Farbbildschirm, FMP-Eingabe-Panel. Beide Lösungen in Microprozessortechnik mit Datenspeicherung.

Außerdem informieren wir über die Bereiche: Stahlherzeugung, Stahlverarbeitung, Maschinenbau, Spritzgieß- und Verpackungstechnik, Abfüll- und Verfahrenstechnik, Hart-PVC-Folien, Bergbautechnik, Bau-Steine-Erden.

Wir freuen uns über Ihren Besuch.



KLOCKNER-WERKE AG
Freigelände Stahlstraße/Ecke Berliner Allee
Telefon (0511) 8 99 51-5

6 *

POLITIK

DIE WELT - Nr. 81 - Mittwoch, 4. April 1984

Tindemans übt Selbstkritik: EG bietet deprimierendes Schauspiel

Christdemokraten legen Programm für Europawahl vor / Vereinigte Staaten als Ziel

ULRICH LÜKE, Rom
Die Christdemokraten in der EG, die in der Europäischen Volkspartei (EVP) zusammengeschlossen sind, halten „an ihrem politischen Ziel fest, die Vereinigten Staaten von Europa zu schaffen“. Der dazu notwendige nächste Schritt sei die Gründung der Europäischen Union.

Das sind zwei der Kernsätze des Programms der EVP zur zweiten Direktwahl für das Europäische Parlament, die in der Bundesrepublik am 17. Juni stattfindet. Das Wahlprogramm wird heute vom EVP-Kongress in Rom beschlossen.

Der belgische Außenminister und EVP-Präsident Leo Tindemans nutzte den Kongressauftakt zu einer harschen Kritik an den Mitgliedregierungen der Gemeinschaft und zu einem Plädoyer für die Verwirklichung des Vertragsentwurfs des Europäischen Unions. Dieser Vorschlag stelle „die einzig durchdachte Konzeption dar“ und sei zudem „mittelfristig realisierbar“.

Die „weltpolitische Verantwortung“ fehlt

Bisher ist der Vertragsentwurf vor allem in den Beneluxstaaten, in Italien und in der Bundesrepublik Deutschland auf Zustimmung gestoßen. Die Regierungschefs von vier dieser fünf Staaten werden heute vor dem EVP-Kongress sprechen.

Tindemans bedauerte in Rom vor allem, daß die EG ihrer „weltpolitischen Verantwortung“ nicht gerecht werde. Libanon, Polen, Mittel- und Südamerika, meinte Tindemans, „dort überall ist die EG gefragt aber

sie hat keine Antwort“. Der EVP-Präsident sprach von einem „deprimierenden Schauspiel“, das die Gemeinschaft zur Zeit biete. Verantwortlich machte er dafür die Mitgliedregierungen, die die Römischen Verträge mißachteten.

Die „Methode der Umgehung oder des Unterlaufens der Gemeinschaftsregeln“ habe die EG „in die Sackgasse geführt“. „Wir wären ein gutes Stück weiter, wenn auch nur ein Teil der Energie, die während der letzten Monate im EG-Ministerrat darauf verwandt worden ist, nationale Interessen durchzusetzen, dafür eingesetzt worden wäre, sich auf der Basis der Kommissionsvorschläge zu Entscheidungen durchzusetzen“, sagte Tindemans und er fügte hinzu: „Das nämlich ist die Aufgabe des EG-Ministerrates: Entscheidungen zu treffen auf der Grundlage von Vorschlägen der Kommission, die das Gemeinschaftsinteresse vertritt. Und wenn im Rat über die vorgeschlagene Gemeinschaftsentscheidung keine Einigung erzielt werden kann, dann muß eben die Mehrheitsregel gelten.“

Des in fünf Kapitel gegliederte Wahlprogramm der EVP stellt neben der Forderung nach der politischen Union Europas den Kampf gegen die Arbeitslosigkeit in den Vordergrund. Anders als das Wahlmanifest des Bundes der sozialdemokratischen Parteien in der Gemeinschaft verzichtet das EVP-Programm jedoch auf spektakuläre Einzelvorschläge wie die Einführung der 35-Stunden-Woche binnen weniger Jahre oder die Durchführung staatlicher Beschäftigungsprogramme in Milliardenhöhe.

„Die Sozial- und Wirtschaftspolitik der EVP“, heißt es in dem Programm,

„richtet sich vor allem auf den Ausbau und die Vollendung des Binnenmarktes, auf eine koordinierte Umstrukturierung der Industrie und auf die Ausweitung der Beschäftigungsmöglichkeiten für Jugendliche und Frauen.“

Dazu gehören „die Zusammenfassung der Finanz- und Wirtschaftspolitik der Mitgliedstaaten in einer europäischen Strategie“, deren Kernpunkte sein müßten: Verminderung der staatlichen Haushaltsdefizite, Stärkung der Ertragslage der Unternehmen, Verminderung der Inflationsraten.

Schwarzarbeit energischer als bisher bekämpfen

Zur Verkürzung der Arbeitszeit hält die EVP eine Vielzahl national unterschiedlicher Schritte für möglich. Nebentätigkeit und Überstunden müßten auf ein Minimum beschränkt, Schwarzarbeiten energischer als bisher bekämpft werden.

Im außenpolitischen Programmteil bekennen sich Europas Christdemokraten zu Verhandlungen mit dem Ostblock. Sie seien „das beste Mittel zur Erhaltung des Weltfriedens“. Hauptziel der EVP-Politik sei dabei „eine Verringerung der Rüstung, insbesondere der Nuklearkraft“, ohne jedoch Europas Sicherheit zu gefährden. Schließlich heißt es: „Die EVP wünscht eine verbesserte Kapazität im Bereich der konventionellen Waffen und eine Verteidigungsstrategie für Europa und die ganze atlantische Allianz, die zu einer möglichst hohen Schwelle für einen eventuellen Einsatz von nuklearen Waffen führt.“

Eine neue Dimension des Terrors

Nach dem Anschlag der PLO in Jerusalem Selbstmörder-Angriffe

EPHRAIM LAHAV, Jerusalem
Die Verantwortlichen für dieses Attentat werden ihrer Strafe nicht entgehen“, verspricht Premierminister Itzhak Shamir nach dem Terroranschlag in Jerusalem am Montag, der 48 Verletzte forderte. Shamirs Aussage wird als Anzeichen gedeutet, daß ein militärischer Vergeltungsschlag gegen Terroristen-Ziele bevorsteht. Der ehemalige Chef des militärischen Nachrichtendienstes, General Jesja Saguy, sagte noch am Abend in einem Interview, alle Anzeichen wiesen darauf hin, daß die Angreifer aus Libanon gekommen wären. Das steht im Einklang mit Nachrichten aus libanesischen Quellen, die am Dienstag auch über israelische Truppenverschiebungen in Libanon berichteten.

Eli Cohen - Held des Tages

Die israelischen Militärbehörden lobten den freiwilligen Einsatz der Zivilisten als „Heldentum“. Die liberale Abendzeitung „Ma'Ariv“ schloß sich der allgemeinen Genugtuung darüber an, wie aber auf eine Gefahr hin, die sich aus dem Kampfeinsatz waffentragender Zivilisten ergibt. „Jeder falsche Alarm kann vorläufige Waffenträger zum Schießen auf Unschuldige verleiten ... Einzelne, die nichts von

dem Eindruck, daß Zivilisten mindestens ebensoviel - wenn nicht mehr - dazu beigetragen haben, daß die Zahl der Opfer nicht noch höher liegt. Der Held des Tages ist der 29-jährige Versicherungsagent und Hauptmann d.R. im Fallschirmjägerkorps Eli Cohen. Als er aus seinem Bürofenster im King George Boulevard einen der Terroristen beim Schießen erblickte, nahm er die Pistole, die er mit amtlichem Waffenschein besitzt, aus seiner Aktentasche, lief auf die Straße und eröffnete das Feuer auf den Terroristen. Er verfolgte ihn, bis dieser tödlich getroffen zusammenbrach. Eli Cohen wurde von einem Granatsplitter in der Hüfte getroffen. Auch andere Zivilisten mit behördlich genehmigten Handfeuerwaffen beteiligten sich an der Abwehr der drei Angreifer. Die Militärbehörden bekannten, daß dies vermutlich die Pläne der Attentäter durchkreuzt und sie zu vorläufiger Flucht veranlaßt hat.

Der Jerusalemer Polizeipräsident lobte den freiwilligen Einsatz der Zivilisten als „Heldentum“. Die liberale Abendzeitung „Ma'Ariv“ schloß sich der allgemeinen Genugtuung darüber an, wie aber auf eine Gefahr hin, die sich aus dem Kampfeinsatz waffentragender Zivilisten ergibt. „Jeder falsche Alarm kann vorläufige Waffenträger zum Schießen auf Unschuldige verleiten ... Einzelne, die nichts von

einander wissen, können auch aufeinander schießen. Es gibt mehrere Tausend von solchen Waffenscheinbesitzern im Land ... Ihrer sollte sich die Bürgerwehr annehmen und sie im Umgang mit Waffen ausbilden.“

Mehrere Zeitungen berufen sich auf die vom Innen- und Polizeiminister Josef Burg hervorgehobene Tatsache, daß es sich hier um „eine neue Dimension des Terrors“ handelt - um Selbstmörder-Angriffe. Die Attentäter waren bereit zu sterben, sie wollten nur recht viele Israelis mit in den Tod ziehen.

Neue Terrorwelle

Die Oppositionszeitung „Davar“ betont, der Anschlag zeige, daß „die Zerstörung der PLO-Infrastruktur“, die die Regierung als Grund für den Libanonkrieg angegeben hatte, irrelevant sei. Für Selbstmordangriffe brauche man keine Infrastruktur. „In den letzten Wochen sind wir Zeugen einer neuen Terrorwelle. Sie droht, uns in die Epoche der spektakulären Mordanschläge zurückzusetzen.“

Die liberale Tageszeitung „Ha'Arezt“ faßt zusammen: „Der anti-israelische Terror geht weiter. Wir müssen bereit sein, uns zu wehren und dabei auch die Initiative zu ergreifen.“ (SAD)

Polnische Offiziere für freie Wahlen. Aus dem „Offenen Brief an das Volk“

DW, Bonn/Warschau

Das polnische Militärregime unter General Jaruzelski stößt auch bei Offizieren der Streitkräfte auf entschiedenen Widerstand. Im Herbst 1983 hat eine Gruppe von Offizieren die Warschauer Führung des Verrats im Namen einer „ausländischen Diktatur“ beschuldigt und freie Wahlen verlangt (WELT vom 24.10.83). Der Wortlaut dieses Aufrufs ist jetzt in den Westen gelangt. Er wird von der Zeitschrift „Kontinent“ in ihrer jüngsten Ausgabe veröffentlicht.

Der Brief wurde zum 40-Jahrestag der Gründung der polnischen „Volksarmee“ verfaßt und beginnt mit einer selbstkritischen Bestandsaufnahme, in der es heißt:

„Trotz offenkundiger Fehler beim Regieren des Landes und sogar grauer Verbrechen, die der Stalinismus mit sich brachte, blieben wir der Idee des Sozialismus treu ...“ Mit innerem Schmerz und Zerrissenheit, aber gleichwohl entschieden sind wir gegen die demonstrierenden Arbeiter in Posen 1956, an der Küste 1970 ebenso wie in anderen Fällen vorgegangen, als es galt, die führende Rolle der Partei zu verteidigen.

Am 13. Dezember 1981 - der tatsächlichen Ursachen des Verfalls unserer Wirtschaft und Moral sowie der unzulänglichen Regierungsfähigkeit in unserem Lande nicht voll gewärtig - sind wir gegen die Versuche einer wirklichen Erneuerung angetreten. Vom Rest der Gesellschaft isoliert, sahen wir in der Tätigkeit der unab-

hängigen und selbstverwalteten Gewerkschaft „Solidarnosc“, des Komitees für gesellschaftliche Selbstverteidigung „KOR“, der Konföderation für ein unabhängiges Polen (KPN) und anderen gesellschaftlichen Bewegungen die alleinige Quelle unseres nationalen Unglücks, das unser Vaterland peiniget. Wir glaubten unseren Vorgesetzten im Militär zur nationalen Errettung (WRON), daß Polen nur durch die Unterwerfung des Volkes dem Kriegrecht, durch die Ausschaltung jeglicher Opposition und Erhaltung der führenden Rolle

gegangenen Verpflichtungen und Bindnisse vereinen wir nicht, wir halten jedoch eine Unterordnung unter die Idee der Welteroberung im Namen der Großmachtspolitik der Sowjetunion nicht für ein nationales Anliegen.“

Weiterhin beschuldigen die Offiziere einen Teil der Führung des Verteidigungsministeriums, „vor dem Parlament und vor dem Volk die tatsächlichen Kosten, welche unter dem Vorwand der Nachrüstung unserer Armee in globale militärische Abenteuer im Namen der sogenannten „internationalistischen Hilfe“ fließen, verheimlicht zu haben“, während gleichzeitig das polnische Verteidigungssystem in technischer und qualitativer Hinsicht grob vernachlässigt wurde.

Der Mißbrauch der „allgemeinen Wehrpflicht zur Verunglimpfung aller fortschrittlichen Geistesströmungen ebenso wie der Religion“ wird von den Unterzeichnern des offenen Briefes ebenfalls angeprangert, die angesichts solcher Tatsachen feststellen, daß die Armee erst gegenüber einer vom polnischen Volk frei gewählten Regierung sinnvoll ihren Dienst erfüllen könne.

„Möge dieser Brief all jenen eine Warnung sein“, - heißt es zum Schluß - „die mit ihrer Habgier, ihrem Egoismus, ihrer Niedertracht, mit schierer Dummheit und serviler Unterordnung unter ein fremdes Diktat unser Vaterland ruiniert haben und jetzt, verborgen unter dem Mantelchen der Streitkräfte, auf Straffreiheit hoffen.“

POLEN

Moskau kann Partnern nicht mehr Öl liefern

rtt/DW, Budapest/Moskau

Die Sowjetunion ist nach Angaben ihres Planungschefs Nikolai Baibakov vorerst nicht in der Lage, ihre Ölexporte an die Partnerländer im Rat für Gegenseitige Wirtschaftshilfe (RGW) zu erhöhen. Im ungarischen Fernsehen erklärte Baibakov, die Sowjetunion plane zwar, die Ölproduktion zu vergrößern. Dazu müsse aber die Förderung in die nördlichen Regionen des Landes verlegt werden, was ernsthafte Probleme schaffe.

Baibakov sagte: „Wir werden die Produktion erhöhen, aber in einem langsameren Tempo und zu höheren Kosten. Auf dieser Basis kann man nicht annehmen, daß die sowjetischen Öllieferungen steigen werden.“ Der Planungschef kündigte an, zur Versorgung Osteuropas werde eine neue Erdgasleitung von 4700 Kilometern Länge gebaut.

Gegenwärtig liefert die Sowjetunion ihren RGW-Partnern täglich rund 1,8 Millionen Barrel (ein Barrel sind 159 Liter) Erdöl. Die deutsche Institut für Wirtschaftsforschung in Berlin vertritt die Auffassung, daß die Exporte der Sowjetunion an die Ostblockländer 1982 um zehn Prozent verringert wurden. Dies läßt auf die Länder Osteuropas den Zwang aus, verstärkt Energie einzusparen. Insgesamt lag das Fördervolumen in der UdSSR 1983 zwischen 12,4 und 12,6 Millionen Barrel pro Tag. Westliche Experten erwarten nicht, daß die Sowjetunion und der Ostblock ihre Industrie rasch genug von Öl auf andere Energiequellen umstellen können.

Konservative Kritik an EG-Politik

fu, London

Die britische Regierung unter Premierministerin Thatcher sieht sich mit wachsender Kritik aus eigenen konservativen Reihen an ihrer Europa-Politik konfrontiert. So kam es im Unterhaus zu scharfen Attacken von konservativen Hinterbänklern gegen den von London mitgetragenen Agrar-Kompromiß vom vergangenen Wochenende über eine deutliche Reduzierung der Milchproduktion.

Nach Ansicht etlicher konservativer Abgeordneter aus ländlichen Wahlkreisen werden die britischen Landwirte vom Brüsseler Milch-Abkommen, das eine Kürzung der EG-Milchproduktion vorsieht, deutlich stärker benachteiligt als die in anderen Mitgliedsländern.

Wie es aussieht, erhält die Gruppe der konservativen Abgeordneten, die mehr oder weniger offen Londons Mitgliedschaft kritisieren, zur Zeit wachsende Sympathien. Dies engt den curpa-politischen Spielraum von Regierungschefin Thatcher noch stärker ein.

Union weist Kritik Engelhards zurück

STEFAN HEYDECK, Bonn

In scharfer Form hat die Union kritische Äußerungen von Bundesjustizminister Hans Engelhard (FDP) zur Novellierung des Datenschutzgesetzes, bei der Bundesinnenminister Friedrich Zimmermann (CSU) die Federführung hat, zurückgewiesen. Der parlamentarische Staatssekretär im Bonner Innenministerium, Carl-Dietrich Spranger (CSU), warf Engelhard gestern vor, „persönliche Angriffe“ gegen Zimmermann gestartet zu haben. Er beschuldigte den FDP-Minister, mit einem „Querschuß“ die Bemühungen des CSU-Beschäftigten, „torpediert“ zu haben, in enger Abstimmung mit dem Justizministerium und den Koalitionsfraktionen einen neuen Gesetzesentwurf für den Datenschutz zu erarbeiten. Engelhard solle „wieder auf den Weg der Kooperation zurückfinden“.

Kritisch äußerte sich auch der stellvertretende Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Karl Miltner (CDU): Engelhard könne es „unter Umständen entgangen sein“, daß dessen Forderung nach weitreichender Verbesserung beim Datenschutz bereits entworfen sei. Es seien bereits umfassende Vorarbeiten eingeleitet, „die in besonderem Maße auf die tatkräftige Initiative“ von Zimmermann zurückzuführen sei.

Engelhard hatte die Spannungen mit der Erklärung ausgelöst, er werde nur marginale Korrekturen beim Datenschutz nicht hinnehmen.

Neue Arbeitsplätze für Berlin

dpa, Berlin

Der Computerhersteller Nixdorf (Paderborn) will auf dem ehemaligen AEG-Gelände in Berlin in den nächsten Jahren nach Angaben von Senatssprecher Winfried Fest rund 6000 neue Arbeitsplätze schaffen. Anfang August will Nixdorf mit dem Bauarbeiten beginnen. Die erste Baustufe ist in drei Jahren fertig. Die Nixdorf Computer AG beschäftigt in Berlin gegenwärtig rund 1200 Mitarbeiter. In der Erweiterung ihrer Anlagen beabsichtigt sie, so Fest, „erheblich mehr als 100 Millionen Mark“ zu investieren.



FRAU SINK



HERR SALBEI

Holen Sie sich einen, mit dem alle können



FRAU WEST



HERR KIRN



FRAU WEDEKIND



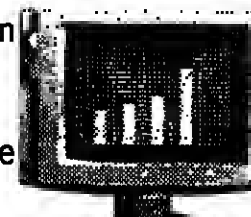
FRAU SILBER

Der Buchhalter die Buchhaltung. Der Planer die Planung. Der Businessman die Business-Grafik. Die Schreibdame das Schreiben. Der Außendienst den Außendienstservice.

Schon bei unserem Professional-Computer können Sie erfahren, was integrierte Büro-kommunikation bei Wang heißt. Mit ihm allein lösen Sie Aufgaben, die Sie bis heute nur mit größeren Systemen bewältigen konnten: Multiplan, Datenbank, Telekommunikation, Business-Grafik, Text- und Datenverarbeitung. Sie können ihn an Großrechner anschließen, die nicht Wang heißen, vor allem aber an alle Wang-Systeme. Holen Sie sich also gleich einen, mit dem alle können. Ganz gleich, an welchem Platz sie sitzen.

Wie immer Sie Ihr Büro auch organisieren wollen, Sie sollten mit uns reden. Für jeden Arbeitsplatz, für jede Abteilung, für das ganze Unternehmen erarbeiten wir Ihnen maßgeschneiderte Lösungen. Alle Computer-Systeme von Wang arbeiten reibungslos miteinander. Und mit fast allen anderen Systemen. In Text und Daten. Intern und extern. Eins paßt zum anderen. Alles ist nahtlos zu verbinden. Und auch in Zukunft werden Sie jedes Wang-System an Ihr System anschließen können. Und anders als bei anderen wird auch die Software immer voll integrierbar sein. Von Anfang an haben wir uns nur mit integrierter Büro-kommunikation beschäftigt.

Weltweit. So haben wir auch eine Systemberatung und einen Service aufgebaut, der Ihnen immer die richtige Lösung bietet.



WANG

**The Office Automation
Computer People.**

IMMOBILIEN / KAPITALIEN

Ihre Ferienwohnung in

St. Moritz



Lasopart AG
Baumanagement
Freigutstr. 4, Postfach 338
8027 Zürich
Telefon 01-202 8105

„Park Sale“ in St. Moritz bietet nur noch zwei Ferien- oder Ganzjahreswohnungen für hohe Ansprüche:
→ Aussicht, Ruhe und Erholung direkt an der Skipiste ohne Verzicht auf den Komfort und die Infrastruktur von St. Moritz.
→ Top-Bauqualität, originelle und funktionelle Innenausstattung.
→ Sichere Investition und Wertsteigerung (keine Apart-hotels).
→ Grundbucheintrag, auch wenn Sie kein Schweizer sind.
→ 3 1/2 und 4 1/2 Zi Dachwohnungen mit Galerie.
Überzeugen Sie sich selbst:
Rufen Sie uns in St. Moritz an und besichtigen Sie eine Musterwohnung.
Tel.: St. Moritz 082-32 04 05 oder in Zürich 01-202 81 05.

Traumhafte
Ferien villen in den
Hügeln der

Cote d'Azur

Hier bietet sich für Interessenten die einmalige Chance, ihr bevorzugtes Grundstück mit ihrem Haustyp auszusuchen und zu bestimmen.
Testen Sie Ihren zukünftigen 2. Wohnsitz jetzt bei mildem, sonnigem Klima über Ostern – bei kostenloser Unterbringung. Schon ab DM 232.000,- freistehende Villen auf 500 m² herrl. Grundstücken.
Fordern Sie Unterlagen und Bilder an. Vereinbaren Sie Ihren Besichtigungstermin.

COUPON

☐ Ich bin an einer Besichtigung über Ostern interessiert.
☐ Senden Sie mir das Informationsmaterial über Cote d'Azur.

Hildenbrandt

Immobilien · Gutenbergstr. 4 · 7000 Stuttgart 1
☎ 07 11/62 70 91

Schimmelpfeng
Informations-
broker

NEU!

Ihr Zugriff zu über 1000 Datenbanken und Archiven in aller Welt. Wir beschaffen Ihnen kurzfristig den aktuellen Wissensstand zu nahezu jedem Fachgebiet. Für neue Techniken, Vorstoß in neue Märkte, wissenschaftliche Probleme.

Geben Sie Ihre Informationsbeschaffung außer Haus!

☐ Ich bitte um weiteres Informationsmaterial
☐ Bitte rufen Sie mich an

Name

Firma/Adresse

Telefon

Datum

Schimmelpfeng GmbH

Abt. Informationsbroker · Postfach 16720

6000 Frankfurt/M. 1 · Tel. 06 11/2685-1

Alle Informationen aus einer Hand

Ibiza

dir. am Strand, Terr.-Haus,

4 Pers., 2 Bäder, ab sof., Preis 75,-

bis 150,- DM p. T.

Tel. 0 68 49 / 4 10

Herliches Jagdgebiet

8 1/2 Mio. m², Malaga/Späner, RP

DM 300.000,-

Zuschr. erb. u. P 5335 an WELT-

Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen

IFFEZHEIM

Das aufstrebende „Renddorf“ von Baden-Baden.

Der Schwarzwald, das badische Rebland und das

Elsäß liegen vor Ihrer Tür.

Hier bieten wir Ihnen in solider Bauausführung

Einfamilien-Reihenhäuser

ca. 130 qm Wohnfläche + ca. 55 qm Nutzfläche.

Festpreis einschl. Garage ab DM 328 500,-

Fordern Sie unsere Unterlagen an oder verein-

baren Sie mit uns einen Besichtigungstermin.

Wir bauen - Sie wohnen

AROB

GMBH-CO. AREAL-OBJEKT KG

7570 Baden-Baden

Bauernbergstr. 63 · Tel. 07 221/62078

DIE WELT Die Große
WELT SONNTAG Kombination

Sonderthemenplan Immobilien - Kapitalanlagen 1984

7.8. 4. 1984

Ostern besichtigen

Immobilien in europäischen
Ferienzentren

Anzeigenaufträge schicken Sie bitte an:

Anzeigen-Expedition

Postfach 10 08 64

4300 Essen 1

Tel. (0 20 54) 101-511, -513

FS 8-579 104

Telefonische Anzeigen-Annahme:

Essen: (0 20 54) 101-5 24, -1

Hamburg: (0 40) 3 47-43 80, -35 06, -1

Ostsee/Harrissee

Bauweise Grundstücke an der

Plesburger Fische - einmalige

Strandlage - voll erschlossen zur

Wohn- und Reihenhäuserbauten, 2000

m² Kaufpreis DM 475 000,- und 4000m² mit unverbaubarer Bück für

DM 1.15 Mio.

Verwaltungsgesellschaft

Karlshafen 174

Große Bergstraße 174

2000 Hamburg 50

Tel.: 0 40 / 38 43 88-88

Hochsauerland

Willingen u. Willingen-Schwale-

feld, Kneippheilbad u. Winter-

sportplatz (800 B., 843 m), Nähe

Diemelsee, Komf.-ETW von 49,55

bis 80 m², DM 128 000,-, DM

129 000,- bis DM 189 000,-, 2 1/2 Zi.

u. 3 1/2 Zi., Südhang!

Inform. u. Berat. Bauträger

H. Olschewski, T. 0 56 32 / 52 14

Kapitalanlage

Mehrfam.-Haus

Bremerhaven, 8 WE, voll saniert,

Wfl. 505 m², ME 41 550,-, p. a., zen-

trale Lage, DM 490 000,-

Heinz G. Luehrs Immo-

BGM-Martin-Donandt-Pf. 25

2850 Bremerhaven

Tel. 04 71 / 41 30 66 od. 2 23 18

Lage 15% Verrentungsbeitrag

Zuschr. erb. u. P 5335 an WELT-

Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen

Hausverwaltung Hansen Immo., 1 Berlin

19, Spandauer Damm 119, T. 0 30 / 3 02 45 17

sucht für Berliner Interessenten bebaute u.

unbebaute Grundstücke/Entenzonen.

Besitzer-Gesellschaft eines land-

wirtschaftlichen Betriebs für Vieh-

zucht und Geflügelzucht von 5400

Hektar in Venezuela

VERKAUF

AKTIENTEILE zu 12 000 US-

DOLLARS - AN DIREKT INTER-

ESSIERTE

- Garantierte Rendite

- Starke Aufwertung des Kapitals

in kurzer Frist

- Dividende Vertrag mit der Regie-

rung für den Verkauf der Pro-

dukta

- Steuererleichterungen

- Möglichkeit, die erworbenen

Wertpapiere jederzeit unter Be-

rückichtigung der entsprechen-

den Aufwertung weiterzuverkaufen

Für Informationen wenden Sie sich

an:

Via SA - Via Magda 23, CH-8006

Lugano, Tel. 091/52 42 81, Telex

843 175 imh-eh

Hausverwaltung Hansen Immo., 1 Berlin

19, Spandauer Damm 119, Tel. 0 30 / 3 02 45 17

sucht für Berliner Interessenten bebaute u.

unbebaute Grundstücke/Entenzonen.

Investieren

Sie in ein

Paradies

Investieren in ein Paradies

Cap Monastir, Tunesien

nur zweieinhalb Stunden

Flug entfernt

Ein brandneues Projekt von

allerhöchstem Rang. Exklusiv-

Wohnanlage im mauri-

schen Stil mit 251 Luxusap-

partements an einer Manna

mit über 300 Bootsliegeplät-

zen, Einkaufszentrum und

Sportanlagen. ("I

Attraktive Finanzierungsmodelle

und Vermietung über

eigene Verwaltung.

Lassen Sie sich dieses ein-

malig günstige Investitions-

angebot nicht entgehen und

fordern Sie noch heute mit

dem untenstehenden Cou-

pon die komplette Doku-

mentation von:

Wolfgang Ernst

Abt. Ferienimmobilien

Cronstedenstr. 6a

6000 Frankfurt 1

Telefon 0611-15082 50

(*) Anwesen unter Auslieferung des

Club-Mitglieds

Wöchentliche Besichtigungs-

flüge mit Luftbansa.

CAP MONASTIR

Coopon

Bitte senden Sie sohn

und unverbindlich Ihre

Dokumentation "Investieren in

ein Paradies" an:

Name

Straße, Hausnummer

PLZ / Stadt

Telefon

Beruf

WM 46

Landhaus

mit jegl. Komfort, Wohnber. mit

Kamin, Kachelofen, Fußbo-

denzug, vollst. eingerichtet, beh.

Sw.-pool, Doppelgar., gr. Terr.,

Garten, Einl.-Wing, Nähe Köln u.

Eben.

Zuschr. u. E 5527 an WELT-Ver-

lag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

Schweiz

Nähe Montreux u. Top-Stigege-

biet verk. wir: 3-Zi.-App. ab Fr.

138 550,-

H. SEBOLD-SA, Tour-Grise 6

CH-1667 Lansanne

(06 41 21) 25 26 11

Prominentenurlaub

Ibiza

Intimurlaub u. optim. Sicher-

heitsbed. in Luxusvilla, 300 m

Strand, Telefon, Swimmingp.,

traumh. Anlage, 3 Schlafz., 3 Bäd-

er, auf Wunsch Küche, DM 350,-

p. T.

Tel. 0 68 49 / 4 10

Bad Kissingen

Attraktive Eigentumswohnungen

in einem kleinen neu erbauten

Mehrfamilienhaus in Bestlage zwischen

Salinenstr. und Salinenpromenade.

Idealer Altersruhesitz: Wohnungen

von 70 bis 83 m². Unterlagen von:

Fa. SFT/ABT, Immobilien, Lud-

wigstr. 1 b, 6700 Wüzburg, Tel.

0931-55577

Hotelbetriebs-GmbH

eines 1981 errichteten 100-Betten-

Hotelskomplexes mit Konferenz-

räumen in attraktiver Lage eines

Oberbayer. Kurortes zu verkaufen.

Anfr. werden vertraul. behandelt.

Zuschr. u. V 5540 an WELT-Verlag,

Postfach 10 08 64, 4300 Essen

Grundstück

in bevorzugter Lage von Mülheim a.

d. Ruhr, für ein Mehrfamilienhaus

mit ca. 1200 m² Wohnfläche zu ver-

kaufen. Bebauungsplan ist vorhan-

den. Zuschr. und D 5540 an WELT-

Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

Gewerb. Renditeobjekt

Grundstück 1700 m², bebaute Flä-che 800 m², umb. Raum 1250 m²,
feste Miete für 15 Jahre, p. a. DM

78 000,- + MwSt., bei Bedarf

freierwerdend, im Raum Wuppertal

zu verkaufen.

Zuschr. u. N 5534 an WELT-Verlag,

Postfach 10 08 64, 4300 Essen

Super-Supermarkt!

Eine Kapitalanlage, wie sie sie

selten gibt: Gewerbeobjekt mit

Supermarkt, vermietet an nam-

hafte Einzelhandelskette bis 1995,

Mietsumme z. Z. 180 000,- (fol-

dextert), KP nur DM 2 225 000,-, d. h.

Rendite 7,5 % zzgl. 5 % Abz.

Thomaeck Immobilien GmbH

Reiniger Allee 40

4000 Düsseldorf 1

Tel. 02 11 / 13 21 85

Hannover-Stadtmitte

Bekanntes u. gut gef. Eros-Cen-

ter in Gaststätte, Netto-ME p. a.

225 000,-, VP nur 1,5 Mio.

Zig-Immobilien GmbH

Tel. 05 11 / 61 09 74 (VDM)

LAND- u. FORSTOBJEKT

12,5 ha, zwischen Isenroth/Altena, an-

wesenungsbedürftig, Gebäude, rd. 7

ha Wald, 5 ha Land, Teilungs-Abstei-

lung, Kaufpreis DM 500 000,-, Miete

Landgüter-Verwaltung F. SEVERIN,

Lippoldstr. 3, 4840 Wiedenbrück,

Tel. 0 52 42 / 83 28.

Ladenlokale

In sehr guten Lagen Duisburg,

Oberhausen, Dortmund und Hamm

- maklerfrei - sofort zu vermieten.

Tel.: 0 21 35 / 3 42 89 od. 3 85 84

NELDEL

DIE GUTE IMMOBILIE

Nedel GmbH & Co. KG · Wohnungsbaugesellschaft

Röhmkestr. 1 · 3000 Hannover · 05 11/390 20

Göttingen

Studenten-Appartements

Investieren Sie im Zentrum des neuen

Göttinger Universitätsviertels, Glinsterweg.

Möblierte 1- und 2-Zimmer-Wohn-

ungen von 16 m² bis 32 m² mit

Dusche, Bad, integriertem

Küchenblock und teilweise Bal-

kon. Z. B.: 1-Zi.-Wng. 16,09 m² mit

Balkon, DM 67.537,-, 3-gescho-

ssige Bauweise.

Kaufphase

Kaufpreis DM 67.537,-

Finanzierung

5,75 % Zins, 90 % Auszahlung,

keine Tilgung, 4 Jahre fest

Freiendittel 60.263,-

Steuererstattung

1) aus Werbungskosten

Briefe an DIE WELT

DIE WELT, Godesberger Allee 99, Postfach 200 846, 5300 Bonn 2, Tel. 0228/30 41, Telex 8 85 714

Thema Anschnallpflicht

Leserbrief: Urachen des

Sehr geehrte Redaktion,

Sie veröffentlichten in den letzten Tagen mehrere Leserbriefe von Gegnern der Anschnallpflicht, die m. E. nicht unwidersprochen bleiben dürfen.

Daß die Gegner der Anschnallpflicht es nicht gern hören, wenn sie als „Gurtmuffel“ bezeichnet werden, ist verständlich. Gleichviel sollten sie so viel Einsicht besitzen, daß angesichts der großen Gefahren des Verkehrs das Anlegen des Gurts in ihrem eigenen Interesse liegt. Das Anschnallen wird nicht dadurch entbehrlich, daß man - wie der Leser H. Mohr - auf die vielen Rowdys im Straßenverkehr verweist. Selbst die beste Polizei und die strengsten Gesetze sind nicht in der Lage, alle Rowdys vom Verkehr fernzuhalten.

Auch beruht ein großer Teil der Verkehrsunfälle auf menschlicher Unzulänglichkeit oder gar auf unglücklichen Zufällen, an denen kein Kraftfahrer die Schuld trägt. Ich erwähne nur das Platzen eines Reifens durch einen auf der Fahrbahn liegenden Nagel oder Glasscherben, das Ausweichen vor einem die Fahrbahn unvorhersehbar überquerenden Tier sowie das Rutschen des Fahrzeugs auf einer vorher nicht erkennbaren glatten Stelle.

Im übrigen macht jeder Kraftfahrer - auch der sich für voll fahrfähig haltende - mal einen Fehler, und dieser Fehler führt häufig nur deshalb nicht zu einem Unfall, weil gerade niemand im Wege war. Kein Gegner der Anschnallpflicht kann deshalb mit gutem Gewissen behaupten, daß ihm unter keinen Umständen etwas passieren könne. Wenn er gleichwohl auf den Gurt verzichtet, setzt er sich bewußt einer vermeidbaren Gefahr aus und schädigt möglicherweise durch sein schlechtes Beispiel auch andere Kraftfahrer oder die Insassen seines Fahrzeugs, wenn er diese nicht zum Anlegen des Gurts anhält, wie es seine Pflicht wäre.

Beruft sich der Gurtgegner aber darauf, daß er bei einem Zusammenstoß evtl. Quetschungen durch den

Gurt erleiden könne, so ist ihm entgegenzuhalten, daß nach allen bisherigen Erfahrungen ohne Gurt die Gefahr schwerer und schwerster Verletzungen ungleich größer ist, insbesondere die Gefahr, mit dem Kopf gegen die Windschutzscheibe zu prallen und schwere Kopfverletzungen oder gar den Tod zu erleiden.

Wenn es aber gilt, sich vor unterschiedlichen Gefahren zu schützen, wird jeder verständige Mensch sich gegen die größere Gefahr schützen, auch wenn er dabei kleinere Gefahren in Kauf nehmen muß. Welcher Seefahrer wird wohl auf Rettungsringe oder Schwimmweste verzichten, weil er sich unter Umständen im kalten Meerwasser eine Erkältung oder einen Herzschlag zuziehen könnte?

Mit freundlichen Grüßen
Dr. D. Himer
Hamburg 66

* Leserbrief: Besser als Gurt? WELT vom 28. März

Sehr geehrte Damen und Herren, Amerika - gemeint sind wohl die USA - läßt auf seinen Autobahnen nicht eine Geschwindigkeit von 100 km/h, sondern nur eine solche von 88 km/h (= 55 Meilen) zu.

Durch die niedrige Geschwindigkeitsbegrenzung werden lange Überlandfahrten in den Vereinigten Staaten zur nervtötenden Prozedur, sofern man sich nicht durch die überwältigende Schönheit mancher Landschaften von der Speed-Limit-Misere ablenken läßt. Der Himmel möge uns davor bewahren, eines Tages unsere Aufmerksamkeit statt auf den Verkehr ständig auf den Tacho richten zu müssen, damit wir nicht schneller fahren, als das Gesetz es befiehlt.

Gurtmuffel hingegen soll der Blitz in Unterhosen erwischen. Die von ihnen verursachten Kosten, zu tragen von der Gesamtheit der Kranken- und Haftpflichtversicherer, sind überhaupt nicht zu verantworten. 40 Mark Buße sind da noch eher zu wenig.

Mit freundlichen Grüßen
E. Käster
Bonn 3

Ohne Ansehen

Leserbrief: Glückssache? WELT vom 13. März

Sehr geehrter Herr Schell, Ihre politischen Aussagen lese ich seit vielen Jahren immer mit großem Interesse. Und so habe ich es auch mit o. a. Artikel getan.

Gestatten Sie mir bitte eine kritische Bemerkung: Herr Wörner, der - Affäre hin oder her - nach wie vor bei den Soldaten hohes Ansehen genießt. Das ist schlichtweg falsch. Ihre Verbindungen zu hohen Ministerialen in Zivil oder in Uniform mögen aus recht verständlichen Gründen diese Meinung durch entsprechende Äußerungen bei Ihnen bewirkt haben.

Hörchen Sie doch mal als Mäuschen in die „Truppe“ in Offiziers- und Unteroffiziersheimen oder bei einer Übungspause. Welche ironischen, bedenklich stimmenden Gespräche werden da geführt. Als Kommandeur in verschiedenen Positionen habe ich auch noch Jahre nach meiner Pensionierung viele sehr persönliche Verbindungen zur aktiven Truppe. Und was ich dabei in Gesprächen, die den „Fall“ betreffen, mitbekomme, ist oftmals mehr als peinlich.

Der Oberbefehlshaber Wörner genießt weder Achtung noch Vertrauen. Die Entscheidung von Herrn Kohl war keine gute! Und das sage und vertrete ich als Mitglied der CDU.

Hochachtungsvoll
J. Siebert
Aachen

Vereinfachungen

* Von Ansehen bedroht, von Germanen gerettet? KRISTIANE WELT vom 24. März

Sehr geehrte Redaktion, Voraussetzen möchte ich, daß ich „die Geschichte der Stadt“ noch nicht gelesen habe, daß die Rezension durch Pierre Bertaux jedoch nicht minder „frei von großen Vereinfachungen“ ist - was Benevolo vorgeworfen wird und „historische Tatsachen geradezu ins Gesicht schlagen“ - wenn man diesen Aufsatz liest.

Ich halte es für arrogant, in Absatz 3 zu schreiben, daß es ein dialektisch-ideologischer Unfug ist, die Stadt als den „Sitz der herrschenden Klasse“ hinzustellen.

Der Autor sollte wissen, daß es keine absolute Wahrheit gibt - auch Bertaux' Thesen sind es nicht, bei weitem nicht.

Es ist müßig auf Einzelheiten einzugehen, wie auf das Ende des 2. Absatzes z. B. oder darauf, daß das römische Reich aufhörte zu funktionieren, weil Papyrus fehlte. Mit den Ursachen des römischen Unterganges haben sich berufenere Leute auseinandergesetzt wie Gibbon, Suck, Westermann, Belock, Toyra u. v. a. mehr und haben ihre Thesen nicht „vereinfacht“.

Daß aber Tacitus nach den Karolingern zitiert wird, ist mehr als ein Fauxpas. Es hört sich so an, als ob Tacitus die städtische Kultur nach dem Jahre 1000 beschrieben hätte.

Mit freundlichen Grüßen
E. Meyer-Bothling
Hamburg 52

Wort des Tages

„Die köstlichsten, ja die einzig festen Grundsätze sind die, welche man sich durch die eigene Erfahrung, durch eigene Überzeugung erworben hat. Mit welcher Sicherheit, mit welchem Glück wendet man nicht die eigenen Erfahrungen an, indem die fremden, wenn noch so lange gepredigten nur mechanisiert, ohne lebhaftes Begreifen befolgt werden.“

Gottfried Keller, Schweizer Autor (1819-1890)



BMW 745i. Sonderausstattung: Beifahrerairbag, Scheinwerfer-Wasch-Anlage.

Einkommen und Gebühren

* Leserbrief: Wie bläht? WELT vom 28. März

Im Leserbrief vom 28. März nimmt Dr. med. dent. Meurer an, daß im Durchschnitt das 2,3fache der neuen Gebührenordnung für Ärzte dem 8fachen der alten GOÄ entsprechen würde, durch entsprechende Anhebung der Einzelsätze. Leider unterliegt er dabei einem schwerwiegenden Irrtum, da dies nur für verschwindend wenige Leistungen zutrifft wie z. B. einige endoskopische Untersuchungen.

Zahlreiche Leistungen wurden in ihrem Ansatz nicht wesentlich erhöht, viele Untersuchungen wie z. B. Laboruntersuchungen in ihrem Einzelsatz gegenüber 1963 sogar erniedrigt. Außerdem hat man für zahlreiche ärztliche Leistungen den Schwellenwert auf das 1,8fache herabgesetzt mit der Begründung, es handelt sich um technische Leistungen.

In der überwiegenden Mehrzahl haben die Ärzte bei Privatkundationen einen Einkommensschwund von 10 Prozent bis etwa 50 Prozent hinnehmen. Bei unserer Praxis liegt er bei etwa 40 Prozent. Dabei haben wir niemals das 8fache der GOÄ 1963 verrechnet, sondern zuletzt das 4fache. Dies entsprach einer Anhebung unserer Honorare von 1963 bis 1982 um 100 Prozent. Die jetzige Absenkung um 40 Prozent wirft uns in etwa auf den Honorarstand von 1968 zurück. Wie in der Zwischenzeit die Preisentwicklung war, der Anstieg der Gehälter etc. brauche ich im einzelnen wohl nicht zu schildern.

In unserer Praxis mußten als Konsequenz zwei Halbtagsarbeitsplätze eingespart werden, um wenigstens

teilweise den Einnahmerückgang auszugleichen.

Mit freundlichen Grüßen
Dr. med. Klaus Reichel,
Dr. med. Eckart Düker,
Hersbruck

Insolvenzen

* Insolvenzrecht: Industrie kritisiert die blähtigen Vorschläge? WELT vom 28. März

Sehr geehrte Damen und Herren, in der Tat bedenklich muten an die in vorerwähntem Artikel wiedergegebenen Vorschläge zur „Verbesserung“ des Insolvenzrechtes. Der veränderte Warenlieferant wird im Falle geschmälter Sicherungsmöglichkeiten strengere Maßstäbe bei der Auswahl seiner Geschäftspartner ansetzen, mit beeinträchtigenden Folgen für Produktion und Handelsverkehr.

Auch würden in unerträglicher Weise vergrößert Spielraum und Anreiz für den insolventen Schuldner, vor Entdeckung seiner Zahlungsunfähigkeit zum Schaden der Gläubiger sich heimlich zu bereichern. Ein weiteres Anwachsen der Zahl oft selbst in Bedrängnis geratener Gläubiger, die zusehen müssen, wie „vermögenslose“ Schuldner nicht nur ungeeignet ein aufwendiges Leben führen, sondern auch ungestraft immer neue Opfer pressen, kann unsere Rechts(stands)ordnung aber nicht verkraften.

Mit freundlichen Grüßen
L. Kentmann,
Rechtsanwalt,
Frankfurt/Main

Personalien

AUSZEICHNUNGEN

Otto Rudolf Kissel, Präses der Synode der Evangelischen Kirche in Hessen und Nassau und Bundesarbeitsgerichtspräsident, ist vom hessischen Ministerpräsidenten Helger Bärner für seine Verdienste um die soziale Gestaltung des Rechtsstaates und um das Verhältnis von Kirche und Staat mit dem Großen Verdienstkreuz des Verdienstordens der Bundesrepublik Deutschland ausgezeichnet worden.

Rund 75 000 Kilometer sind auch im Jet-Zeitalter eine beachtliche Zahl - diese Strecke hat die Zeitungsträgerin Anna Margaretha Thörn aus dem hessischen Beilstein im Dienst ihrer Kunden zurückgelegt: Täglich fünf bis sechs Kilometer in 58 Jahren. Hessens Ministerpräsident Helger Bärner überreichte der 71-jährigen in Wiesbaden für ihre besondere Pflichterfüllung das Bundesverdienstkreuz. Anna Margaretha Thörn trägt seit ihrem 12. Lebensjahr

die in Dillenburg erscheinende „Dill-Zeitung“ aus.

JUBILÄUM

Sein 50jähriges Arbeitsjubiläum feierte der Prokurist Erwin Mannschreck aus Bad Cannstatt, wo dieser seit 1934 in der Dr. Cantz-Druckerei tätig ist. Die Druckerei gehört in Deutschland zu den führenden Druckereien von Kunstkatalogen und Kunstbüchern.

Gestern feierte der in Essen beheimatete Josef Stratmann ein in unserer Zeit immer seltener werdendes Dienstjubiläum. Der Obergenieuer steht seit 50 Jahren im Dienste der Th. Goldschmidt AG und ihrer Tochterfirma Elektro-Thermit GmbH Essen. Im Alter von 14 Jahren begann Stratmann seine Schlosserlehre bei der Firma. Danach war er im Konstruktionsbüro des Chemieunternehmens tätig. Nach 1945 nahm er seine alten Aufgaben diesmal im Konstruktionsbüro der Goldschmidt-Tochter, Elektro-Thermit wieder auf.

Als Anwendungstechniker und als Leiter der bundesweit operierenden Schweißabteilung der Firma hat sich Josef Stratmann bei der Beratung der Bahngesellschaften auf dem Gebiet der Thermitschweißschweißung einen Namen gemacht. Im Juni tritt er in den Ruhestand.

ERNENNUNG

Der Parlamentarische Staatssekretär im Bundesministerium für Innerdeutsche Beziehungen, Dr. Otfried Hennig, ist vom Rundfunkrat des Deutschlandfunks in den Verwaltungsrat des Senders gewählt worden.

VERANSTALTUNG

In Givatain - einer kleinen Stadt bei Tel Aviv - wurde am 31. März der 229. Geburtstag von Johann Sebastian Bach gefeiert. Der Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in Israel, Dr. Nils Hansen, spielte in einem Konzert aus diesem Anlaß den Flötenpart.

In der automobilen Spitzenklasse BMW zu wählen, ist nicht nur Zeichen eines besonderen technischen Sachverstandes.

Sondern auch Ausdruck einer neuen geistigen Einstellung.

Neben seinen vielen positiven Auswirkungen trägt das Automobil ohne Zweifel auch zur Belastung der Umwelt bei. Ein Problem, das sich jedoch lösen läßt:

mit höherer technischer Intelligenz beim Triebwerk.

Denn würden bereits heute alle Automotoren mit anspruchsvoller Elektronik arbeiten, wären wichtige Umweltschutzziele schon erreicht.

Auch das ist ein Grund dafür, daß BMW so frühzeitig und konsequent wie kein anderer in leistungsfähige Automobil-Elektronik investiert hat -

mit dem Ergebnis, daß wir heute eine Führungsrolle bei dieser Zukunftstechnologie übernommen haben.

BMW Automobil-Elektronik bietet entscheidend mehr als die Optimierung konventioneller Leistungsdimensionen. Sie fügt eine neue hinzu:

Verantwortungsbewußtsein. In den Ballungszentren, in denen die bekanntlich vielfältigen Belastungen der Umwelt durch Schadstoffe auftreten, werden Automobile praktisch ausschließlich im Teillastbereich gefahren.

Durch intensive Forschung und konsequenten Einsatz intelligenter Elektronik ist es BMW gelungen, Triebwerke zu entwickeln, die gerade in diesen Teillastbereichen mit so mageren Kraftstoff-Luft-Gemischen, also mit so geringer Schadstoffbelastung im Abgas arbeiten, wie es herkömmliche Ottomotoren nicht können.

Betrachten Sie die innovative BMW Technik auch unter dem Blickwinkel der Umweltfreundlichkeit.

Selbst bei sehr anspruchsvollen Automobilen arbeiten heute noch viele Triebwerke mit einfachen mechanischen Steuerungen. Doch deren begrenzte Möglichkeiten können die Bedingungen ganz unterschiedlicher Fahrzustände und unterschiedlicher Temperaturen nicht optimal berücksichtigen und dadurch auch nicht automatisch die günstigsten Verbrauchswerte und Abgasemengen erzielen.

Die viel höhere elektronische Intelligenz bei modernen Computersteuerungen dagegen, wie sie z.B. Triebwerke der großen BMW besitzen, kann sehr viel genauer die jeweiligen Bedingungen berücksichtigen. Der Computer arbeitet dafür mit verschiedenen Kennfeldern, in denen die für jede Situation besten Steuerungsanweisungen gespeichert sind. So werden z.B. in Abhängigkeit von Drehzahl, Last und Temperatur des Kühlmittels für jede Kurbelwellenumdrehung die optimalen Werte für den Zündzeitpunkt und die Gemischzusammensetzung bestimmt.

Damit arbeitet das Triebwerk stets mit der geringstmöglichen Kraftstoff- und damit auch Abgasmenge.

Mit der Entscheidung für BMW Triebwerkelektronik sichern Sie sich folglich nicht nur ein technologisch außerordentlich anspruchsvolles Automobil. Sie machen damit vor allem deutlich, daß man schon heute mit einem so zeitgemäßen Konzept ebenso viel für sich wie auch für die Umwelt tun kann.

Fahren Sie einen großen BMW. Auch der Fortschritt braucht Vorbilder. Geben Sie eins. Indem Sie auch beim Umweltbewußtsein vorausfahren.

Die BMW der 7er Reihe. Kauf, Finanzierung, Leasing - Ihr BMW Händler ist immer der richtige Partner.



Der Anschluß an die digitalen Informationstechniken von morgen kommt heute schon von Nixdorf: Das digitale Telefonvermittlungssystem Nixdorf 8818. Ihr Griff zum Nixdorf Telefon ist Ihr Zugriff auf die Milliardeninvestitionen der Post in digitale Kommunikationstechnik. Mit Nixdorf haben Sie jetzt die Möglichkeit, „inhouse“ ein einheitliches Kommunikationsnetz für Text, Daten und Sprache aufzubauen und anzuschließen an künftige digitale Postdienste, an ein weltweit wachsendes Informations-Netzwerk. Dabei sind Sie verbunden mit einem Computerhersteller, bei dem alles aus einer Hand kommt: Von der Beratung und Planung über die Installation bis zum weltweiten Fernbetreuungsservice.

Digitale Postdienste

Die Bundespost investiert in digitale Zukunftstechnologien. So wird neben dem vorhandenen IDN-Netz für Daten, Teletex und Fernschreiber das Fernsprechnetz weiter digitalisiert. Mit dem Ziel einer einheitlichen Übermittlung von Sprache, Daten, Text und Bild.

Wenn Sie heute in Telefonsysteme investieren, sollten Sie deshalb die Veränderungen von morgen und die sich daraus ergebenden Möglichkeiten berücksichtigen. Die Investition in ein digitales Vermittlungssystem bietet Ihnen die Basis für die Nutzung der neuen Dienste öffentlicher Netze.

Sprache

Mit dem digitalen Vermittlungssystem 8818 von Nixdorf können Sie nicht nur mit allem Komfort telefonieren, wie z. B. mit Konferenz- und Teamschaltung, Chefsekretärin-Funktion oder Wahlwiederholung.

Sie können Sprachinformationen speichern und im Unternehmen verteilen. So übermitteln Sie gesprochene Nachrichten auch an Mitarbeiter, die zur Zeit nicht erreichbar sind oder an mehrere Mitarbeiter gleichzeitig.

Texte

Digitale Kommunikation mit dem Vermittlungssystem 8818 von Nixdorf heißt neben der Übermittlung von Sprache und Daten auch das Übermitteln von Texten.

So können in Ihrem Unternehmen beliebig viele Teletex-End-Geräte miteinander verbunden sein. Über das vorhandene Telefonnetz werden von Abteilung zu Abteilung Briefe und Nachrichten verschickt. Und das kostenlos.

Bei der externen Teletex-Kommunikation von mehreren Teletex-End-Geräten brauchen Sie nur wenige Leitungen. Das Vermittlungssystem 8818 konzentriert alle Informationen und verteilt sie an die Empfänger. Und das spart Geld.

Daten

Über ein einheitliches digitales Kommunikationsnetz des Vermittlungssystems 8818 von Nixdorf lassen sich Daten der EDV in alle Bereiche des Unternehmens übertragen.

Das DVS 8818 übernimmt die Vermittlung von Bildschirmarbeitsplätzen. Und damit übernimmt das Telefonnetz problemlos die Transportleistung für die EDV.

Durch die Sammel-, Steuerungs- und Übermittlungsfunktion kann der Computer effektiver genutzt werden. Gleichzeitig wird die direkte Kommunikation mehrerer EDV-Systeme möglich.



Mit dem Nixdorf Telefon kommt jetzt alles aus einer Hand

Nixdorf auf der Hannover-Messe,
Halle 1 CeBIT, Stand B 4703/4803,
C 6101/6401
Nixdorf Computer AG
Fürstenallee 7, 4790 Paderborn
Telefon 05251/506130

NIXDORF
COMPUTER

NACHRICHTEN

Fan erhielt Geldstrafe

Berlin (dpa) - Wegen Verwendens nationalsozialistischer Embleme beim Fußball-Länderspiel Deutschland - Türkei am 26. Oktober 1983 in Berlin ist ein 21 Jahre alter Wachmann zu einer Geldstrafe von 1 500 Mark verurteilt worden. Der junge Mann hatte beim Abspielen der deutschen Nationalhymne den rechten Arm zum Hitler-Gruß erhoben und dabei „Sieg Heil“ sowie „Deutschland den Deutschen“ gerufen.

Nach Spielende totgetreten

Belem (dpa) - Zwei brasilianische Fußballspieler wurden von der Polizei verdächtigt, nach dem Meisterschaftsspiel zwischen Belem und Uberlandia (0:0) einen Fußball-Fan der Gastgeber-Mannschaft zu Tode getrampt zu haben. Nach Spielende wurden die Spieler von Uberlandia von Zuschauern tätlich angegriffen. Zwei von ihnen sollen, als sie sich wehrten, den Zuschauer Emanuel da Silva tödlich verletzt haben.

Gault wieder Amateur?

Chicago (dpa) - Willie Gault, Mitglied der 4 x 100-m-Weltmeisterstaffel und Bronzemedaillengewinner über 110-m-Hürden, will in einem Gerichtsverfahren erwirken, daß ihm der Amateurstatus zurückgegeben und damit die Teilnahme an den Spielen in Los Angeles ermöglicht wird. Der Amerikaner hatte nach der Weltmeisterschaft 1983 in Helsinki einen Vertrag als Football-Profi mit den Chicago Bears abgeschlossen.

Abschied von Gregorz Lato

Warschau (sid) - Der polnische Fußball-Nationalspieler Gregorz Lato feiert am 17. April in Warschau beim Länderspiel zwischen Polen und Vize-Europameister Belgien seinen Abschied aus der Nationalmannschaft. Lato, der am 8. April 34 Jahre alt wird, bestreitet dann sein 104. Länderspiel. Mit sieben Treffern wurde Lato bei der Weltmeisterschaft 1974 in Deutschland erfolgreichster Torschütze.

Ernst van Aaken gestorben

Schwalmtal-Waldniel (dpa) - An Herzversagen ist im Alter von 73 Jahren Dr. Ernst van Aaken gestorben. Der „Lauf-Doktor“, wie van Aaken genannt wurde, machte sich in der Leichtathletik einen Namen durch seine Bestrebungen, die Langstrecken auch für Frauen als Wettkampfsport einzuführen. Ihm ist es auch zu verdanken, daß in diesem Jahr in Los Angeles der Marathonlauf der Frauen zum erstenmal als olympischer Wettkampf zugelassen ist. 1973 organisierte van Aaken in seinem Wohnort Schwalmtal-Waldniel den ersten Marathonlauf der Welt für Frauen.

Tödlicher Motorradsturz

Groningen (sid) - Der holländische Motorradrennfahrer Jack Middeldorp (31) ist gestern in der Universitätsklinik Groningen seinen schweren Gehirnverletzungen erlegen, die er sich bei einem Unfall am Sonntag in einem Rennen zugezogen hatte. Der zweimalige Grand-Prix-Sieger war auf einem Straßenkurs in Tolbert zu Fall gekommen.

Ausnahme-Hengst gekauft

Mühlen (sid) - Olympiasieger Alwin Schockemöhle (Mühlen) erwarb den zehn Jahre alten amerikanischen Ausnahmetraber Keystone Patrol. Der Hengst kam auf eine Gewinnsumme von über 700 000 Mark. Keystone Patrol, dessen Schwester Keystone Pioneer über 1,2 Millionen Dollar ertrabte, soll etwa 40 Stuten im Traber-Gestüt von Schockemöhle decken.

ZAHLEN

FUSSBALL
Freundschaftsspiel: SG Hemsbach - SV Waldhof-Mannheim 0:5 (0:2).

VOLLEYBALL
Endrunde Deutsche Meisterschaft, Damen: USC Münster - SV Lohhof 3:1 (9:15, 15:13, 15:7, 18:9).

TENNIS
Turnier in Boston, Damen: Finale: Mandlikova - Sukova (beide CSSR) 7:5, 6:0.

GEWINNQUOTEN
Lotto: Klasse 1: 1 969 836,50 Mark, 2: 105 526,30, 3: 9593,30, 4: 143,30, 5: 10,00 - Toto, Eiferwette: Klasse 1: 11 052,40, 2: 49,70, 3: 6,00 - Auswahlwette: 3 aus 45: Klasse 1: unbesetzt, Jackpot: 246 209,50 Mark, 2: 16 547,30, 3: 3990,70, 4: 53,60, 5: 3,30 - Rennquoten: Rennen A: Klasse 1: 23,30 Mark, 2: 10,70, Rennen B: Klasse 1: 1169,30, 2: 292,30 - Kombinations-Gewinn: unbesetzt, Jackpot: 271 623,20 (Ohne Gewähr).

FUSSBALL / WELT-Interview mit dem Präsidenten des 1. FC Nürnberg über die weitere Entwicklung - Trainer Höher verlängerte um zwei Jahre

Schmelzer: „Es wurde zuviel Porzellan zerschlagen“

BERND WEBER, Nürnberg
In der Fußball-Bundesliga besitzt der 1. FC Nürnberg kaum noch Chancen auf den Klassenerhalt. Deshalb wird bereits jetzt schon die nächste Saison geplant. Trainer Heinz Höher hat sich für zwei weitere Jahre an den 1. FC Nürnberg gebunden. Mit der Weiterverpflichtung von Höher wurde der Neuaufbau einer jungen Mannschaft eingeleitet. Die WELT sprach mit Gerd Schmelzer, mit 32 Jahren der jüngste Präsident der Bundesliga, über die weitere Entwicklung.

WELT: Als Sie sich vor zehn Tagen zum Präsidenten des 1. FC Nürnberg wählen ließen, waren Sie sich sicherlich darüber im klaren, daß Sie nun Kapitän auf einem Schiff sind, das untergeht...

Schmelzer: So kann ich das nicht bestätigen. Richtig ist wohl, daß wir den Abstieg aus der 1. Bundesliga aller Voraussicht nach nicht mehr verhindern können. Das bedeutet aber noch lange nicht den Untergang dieses ruhmreichen Vereins.

WELT: Welche Chancen sehen Sie denn, den Club vor dem totalen sportlichen und finanziellen Verfall zu retten?

Schmelzer: Zunächst zum finanziellen. Es gibt eine ganze Reihe Bundesliga-Vereine, denen es viel drecker geht als uns. Natürlich sind die finanziellen Engpässe groß. Das liegt aber daran, daß wir von meinem Amtsvorgänger, Michael A. Roth, keine laufende Sponsorenhilfe mehr zu erwarten haben, weil er im vergangenen Jahr - und sozusagen im Vorgriff - bereits alle seine Gelder in den Verein gesteckt hat.

WELT: Wie hoch ist der derzeitige Schuldenstand des 1. FC Nürnberg?

Schmelzer: Ich sagte, daß der uns gesteckte finanzielle Rahmen mehr als eng ist. Aber wir haben keine Schulden.

WELT: Die aber sehr schnell aufzulösen können, wenn Ihnen das frustrierte Nürnberger Publikum bis zum Saisonende die kalte Schulter zeigen sollte...

Schmelzer: Ich klammere mich da an einen Strohhalm. Nämlich an den, daß sich unsere Mannschaft am

Samstag beim 1. FC Köln wenigstens einigermaßen brauchbar verkaufen wird. Das wäre dann gewiß für viele eine Motivation, sich für unser nächstes Heimspiel eine Karte zu besorgen - das ist gegen Bayern München. Ich bin sogar ausgesprochen optimistisch und ich glaube, daß wir da unser Stadion ziemlich voll haben werden.

WELT: Ihr Optimismus in Ehren, aber wie können Sie Ihrer Mannschaft in Köln ein „brauchbares Abschnitten“ vertrauen, wenn andererseits Ihr Trainer Heinz Höher seit Tagen damit kanzeliert geht, daß die Verfallserscheinungen im Team nicht mehr zu übersehen sind?

Schmelzer: Er hat bestimmte Leute gemeint und die spielen ja nun in Köln nicht mehr mit.

WELT: Sagen wir es konkreter: Sie haben Ihre Pseudo-Stars Rüdiger Abramczik, Reinhold Hintermaier und Werner Heck sozusagen an die frische Luft gesetzt.

Schmelzer: Ich darf die drei Fälle ein wenig differenzierter darstellen. Hintermaier haben wir vor sofort gekündigt. Ich gehe davon aus, daß der Österreicher akzeptieren wird. Heck darf sich bereits jetzt als neuer Arbeitnehmer beim SVV Mannheim fühlen, wohin wir ihn vor elf Tagen transferiert haben. Die beiden Vereine haben eine Vereinbarung getroffen, daß Heck schon in Mannheim mittrainieren wird - ich halte das für eine saubere Lösung.

WELT: Bleibt der Flankengott aus dem Kohlenpott... wie Rüdiger Abramczik genannt wurde.

Schmelzer: ... das war der vielleicht einmal. Bei uns hat er in allen März-Spielen so katastrophale Leistungen gezeigt, daß ich ihm die gesamte März-Gehalt gestrichen habe.

WELT: Ist das nicht arbeitsrechtlich sehr bedenklich, um nicht zu sagen, kaum halbtags?

Schmelzer: Das ist eine knifflige Frage. Fest steht, daß sich hier alle über eines einig sind - darüber, wie Abramczik letzten Samstag gegen Mönchengladbach übers Spielfeld spazieren gegangen ist, gibt es nur einen Ausdruck: Das war glatte Arbeitsver-

weigerung. Und deshalb wurde er zunächst einmal aus dem Mannschaftskader entfernt. Er wird in den nächsten Tagen ein strammes Einzelprogramm mit unserem Co-Trainer Hartmann absolvieren.

WELT: Wie sieht Ihre Konzeption für die neue Saison aus?

Schmelzer: Die steht im Moment natürlich erst in Umrissen. Wir werden mit unserem jetzigen Trainer Heinz Höher weiterarbeiten und zwar in den nächsten beiden Jahren.

WELT: Kann Höher auch in der 2. Liga auf solche Leistungsträger wie Manfred Burgsmüller und Rudi Kargus zurückgreifen?

Schmelzer: Das ist zum jetzigen Zeitpunkt wirklich sehr schwer zu beantworten. Burgsmüller hat zu Beginn der Saison einen Vertrag unterschrieben, der nur für die 1. Liga Gültigkeit besitzt. Wenn er sich also einen anderen Verein sucht und ihn findet, haben wir keine Möglichkeit, ihn zu halten. Bei Kargus sieht das anders aus. Aber grundsätzlich gilt für die beiden, und natürlich auch für alle anderen: Man muß abwarten, inwieweit sie bereit sind, die finanziellen Beschränkungen, die garantiert kommen werden, hinzunehmen.

WELT: Wird es beim 1. FC Nürnberg in der nächsten Saison den Manager Klug, wird es überhaupt noch einen Manager geben?

Schmelzer: Die Frage wird erst in den nächsten Tagen entschieden. Doch wie es aussieht, wird sich der Klub von Manager Klug zum Saisonende trennen.

WELT: Die Aufräumarbeiten, die Sie derzeit zu bewältigen haben, machen bestimmt nicht allzu viel Spaß. Wo liegt Ihre ganz persönliche Motivation für das Amt, das Sie übernommen haben?

Schmelzer: In Nürnberg ist in den vergangenen Jahren von allen möglichen Leuten verdammt viel Porzellan zerschlagen worden. Dennoch, man spürt, daß der Fußball in Nürnberg eine Riesenchance hat. Ich behaupte immer, daß der Löwe nur schläft. Ich werde meine ganze Kraft daran setzen, ihn zu wecken. Vielleicht gelingt es.



Schumacher und der nette Präsident

Herzlich umarmen sich der deutsche Nationaltrainer Harald Schumacher und Italiens Staatspräsident Sandro Pertini bei einem Empfang in Rom. Schumacher entschuldigte sich bei dieser Gelegenheit bei Pertini, daß er ihm nach der 1:3-Endspielniederlage gegen Italien bei der WM in Spanien nicht die Hand gegeben hat. Zum Zeichen der Verbündung umarmte der 87 Jahre alte Staatsmann den 30 Jahre alten Torwart des 1. FC Köln. Schumacher war von dem Staatspräsidenten begeistert: „Was für eine Überraschung, daß Politiker so nett und herzlich sein können.“

Streit um Fritz Walter

sid, Mannheim

Das Derby der Fußball-Bundesliga zwischen dem SV Waldhof-Mannheim und dem 1. FC Kaiserslautern am kommenden Samstag hat neuen Zündstoff erhalten. Das Mannheimer Präsidium sagte ein für Donnerstag geplantes zweites Treffen der beiden Klub-Vorstände aus Verärgerung über das Verhalten der Kaiserslauterer ab. Streitpunkt ist der Spieler Fritz Walter, der bei beiden Klubs einen Dreijahres-Vertrag unterschrieben.

Auslöser für den Verzicht der Gesprächsrunde war nun ein Inserat in der Stadion-Zeitung „Hinter“, in dem der 1. FC Kaiserslautern „für seinen Lizenzspieler Fritz Walter eine 4-Zimmer-Wohnung oder ein Reihenhaus“ suchte. Waldhof-Präsidentenmitglied Manfred Göth erklärte: „Dadurch wurde ein weiterer Unruhe-Faktor in die Angelegenheit gebracht. Das hat uns sehr mißfallen.“ Beide Klubs pochen auf ihre Verträge mit dem Spieler.

Unterschrift im Hotel

dpa, München

Der bislang teuerste Transfer der Fußball-Bundesliga wird morgen endgültig unter Dach und Fach gebracht: Karl-Heinz Rummenigge unterschreibt in einem Münchner Hotel seinen Drei-Jahres-Vertrag mit Inter Mailand. Rummenigge wechselt für eine Ablösesumme von zehn Millionen Mark plus Mehrwertsteuer von Bayern München zum italienischen Erstligaklub. Der Nationalspieler soll rund zwei Millionen Mark netto im Jahr in Mailand verdienen. In München verdiente Rummenigge rund 800 000 Mark jährlich.

Zur Vertragsunterzeichnung schickte Inter Mailand den millionenschweren Präsidenten Ernesto Pellegrini, Manager Sandro Mazzola und Vorstandsmitglied Gianni Sartori. Die Bayern sind durch Präsident Willi O. Hoffmann, Manager Uli Hoeneß, Schatzmeister Fritz Scheerer, Vize-Präsident Pfab sowie Geschäftsführer Hopfner vertreten.

MOTORSPORT / Lancia unterläßt die Hilfe

Porsche hat zu leiden. Balestre auf Wahlreise

K. Bl., Bonn
„Dieser unglaubliche Vorstoß ist die krasseste Form des Ausbootens, die ich kenne.“ Das sagte Manfred Jantke, damals Porsche-Rennleiter, als 1980 die amerikanische Rennsport-Vereinigung USAC das deutsche Werk durch eine kurzfristige Regelländerung vom Indianapolis-Wettbewerb ausschloß. „Das sind Wildwest-Methoden.“ Das sagte Manfred Jantke, inzwischen Sprecher des Hauses Porsche, als die internationale Motorsportbehörde FISA einen guten Monat vor dem ersten Rennen um die Langstrecken-Weltmeisterschaft das Reglement änderte (die WELT berichtete).

Geändert hat sich in den letzten vier Jahren nicht viel, wenn es darum geht, dem alten erfolgreichen schwäbischen Sportwagenbauer das Siegen zu vermissen. Der Ausgangspunkt 1980 war die Angst der Amerikaner vor einem überlegenen Fahrzeug aus Übersee. „AJ“, also Anthony Joseph Foyt, Amerikas populärster Rennfahrer aller Zeiten, zum Wortführer gegen Porsche. Als die schnellen flachen Flundern aus Zuffenhausen beim größten Langstrecken-Spektakel der Motorsportgeschichte, bei den 24 Stunden von Le Mans, unentwegt gewonnen, mokierte sich die angesehene französische Sportzeitung „L'Equipe“, daß „Porsche schließlich im besiegt Land rollt“.

Damals wie heute befanden in erster Linie Amerikaner und Franzosen die Zuffenhausener. Der französische FISA-Präsident Jean-Marie Balestre - wegen seiner umstrittenen SS-Vergangenheit im Dritten Reich im eigenen Land in die Schußlinie geraten (die WELT berichtete) - möchte gern im Herbst wiedergewählt werden. Und dafür braucht er die Stimmen der Amerikaner. So änderte Balestre

die Formel für die sogenannten Gruppe-C-Autos im Sinne der Amerikaner kurzerhand ab. Cesare Fiori, der italienische Rennleiter des Porsche-Konkurrenten Lancia, sprach sich gegen diese Regelländerung aus und kündigte an, ebenso wie Porsche, die 24 Stunden von Le Mans in diesem Jahr zu boykottieren.

Doch aus dem angekündigten Versprechen wurde nichts - damit blieb Fiori schließlich auch im Fahrwasser üblicher italienischer (sport-)politischer Praktiken. Auf Anfrage bei Lancia erfuhr die WELT: „Herr Fiori wird zwei Lancia-Werkswagen nach Le Mans schicken. Er behält sich vor, die FISA-Beschlüsse zu prüfen und 1985 eventuell daraus Konsequenzen zu ziehen.“

Warum Cesare Fiori diesen Sinneswandel vornahm, wird wohl niemand wirklich erfahren. Womöglich war die Hürde des französischen Sponsors Martini zu hoch. Lancia gibt jedenfalls keinerlei Erklärungen dafür ab. Die englischen Firmen Jaguar und Aston Martin haben zwar ebenfalls einen Boykott des Rennens in Le Mans ins Auge gefaßt - doch angesichts der bröckelnden Front der Konstrukteure ist es nun fraglich, ob Porsche in England noch Weggefährten findet.

Zurück zu den Beschlüssen des Monsieur Jean-Marie Balestre: Fritz Huschke von Hanstein, das deutsche FISA-Mitglied, sagt, Balestre will in Amerika auftreten wie der Weltpräsident. „Und über das 20köpfige Exekutivkomitee der FISA, das Balestre Porsche-Coup ratifiziert, weiß von Hanstein zu berichten: „Die kommen aus Ländern, wo nicht einmal Autos gebaut werden. Doch Balestre war klug, hat sie alle um sich geschart, erzählt ihnen Sachen, die nicht richtig sind, und die stimmen ihm dann wie die Schafe zu.“

Blutdruck-Selbstkontrolle. Das empfiehlt Stiftung Warentest:

RR-Test ist die große berühmte Marke für Blutdruck-Meßgeräte zur Selbstkontrolle. Selbstkontrolle, damit Sie Ihren Blutdruck immer im Griff haben!

Stiftung Warentest hat das Testurteil „gut“ an ein Roland-Gerät vergeben, das wir Ihnen besonders empfehlen möchten: Das elektronische Blutdruck-Meßgerät RR-Test Electronic N.

Es ist besonders fortschrittlich in der Bedienung, zuverlässig, sicher und präzise.

Wie alle anderen RR-Test-Geräte auch, können Sie es ohne Rezept direkt in der Apotheke kaufen.

RR-Test gibt es nur in Apotheken; dort, wo man Sie auch sachkundig berät.

Da alle RR-Test-Geräte speziell für die Selbstkontrolle konstruiert sind, ist die Handhabung denkbar einfach. So einfach, daß jeder, der gesund leben will, gleich damit anfangen kann.



RR-Test Electronic N DM 315,- (unverbindliche Preisempfehlung)



Zur Vorsorge und Überwachung.

ROLAND ARZNEIMITTEL HAMBURG

BELGIEN / Urteile im Bestechungsskandal: Sperren und Geldstrafen

Lebenslang für Goethals und Petit

sid, Brüssel

Sperren und Geldstrafen gegen zwei Spieler, einen Trainer, einen Klub-Präsidenten und den Verein Standard Lüttich hat die Untersuchungskommission des belgischen Fußball-Verbandes im Bestechungsskandal von 1981/82 verhängt. Lüttich hatte für ungerechtete rund 21 000 Mark einen 3:1-Erfolg über den FC Waterschei und damit den Titel gekauft.

Roger Petit (früher Präsident von

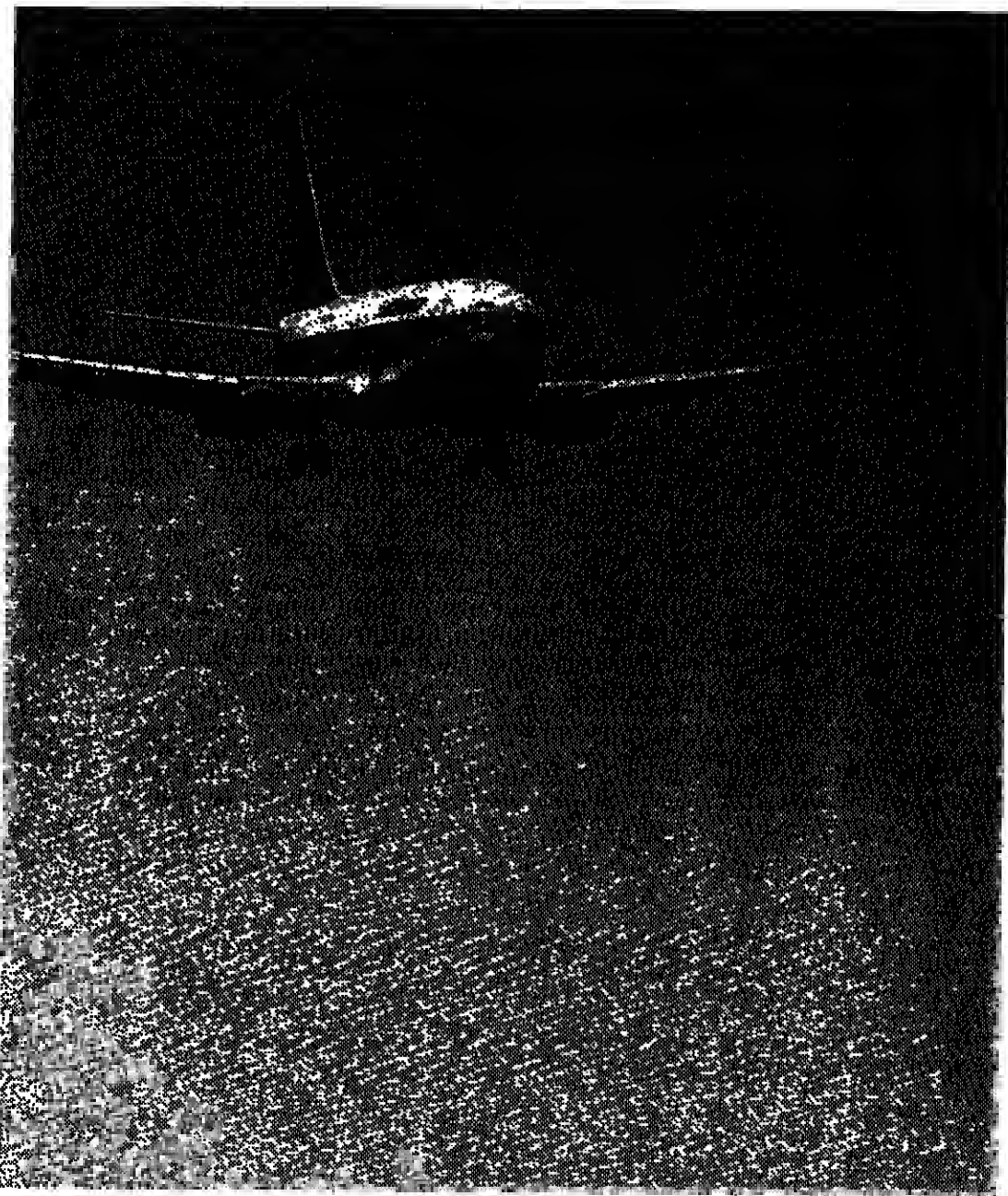
Lüttich) und Raymond Goethals (früher Trainer in Lüttich) wurden lebenslang von jeder Funktion im belgischen Fußball ausgeschlossen. Erich Gerets, der zuletzt beim AC Mailand spielte und damals als Geldbote fungierte, erhielt eine dreijährige Sperre. Roland Janssen, Kapitän des FC Waterschei, der den Handel mit Gerets perfekt gemacht hatte, darf zwei Jahre lang in Belgien nicht Fußball spielen. Eine Geldstrafe von rund 55 000 Mark muß der Klub Stan-

dard Lüttich an den Verband bezahlen.

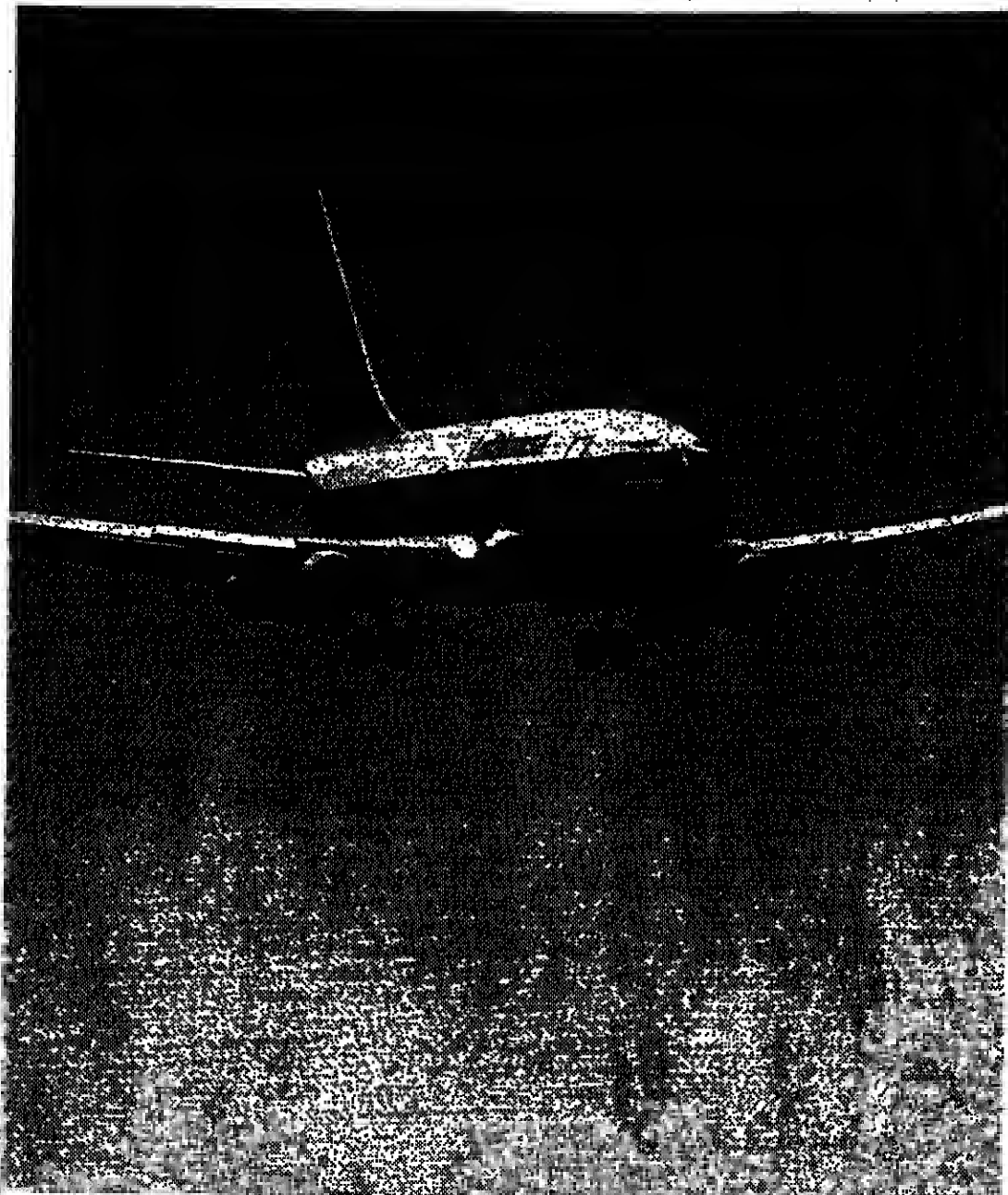
Zu denjenigen, die umgerechnet eine Geldstrafe von rund 1400 Mark bezahlen müssen, gehören auch zwei deutsche Spieler: Klaus Pudelko (früher FK Pirmasens) und Heinz Grindel (früher Hertha BSC Berlin). Beide spielen zuletzt bei Waterschei.

Da sich die Sperren nur auf Belgien beziehen, dürften sich einige der Verurteilten um Verträge im Ausland bemühen.

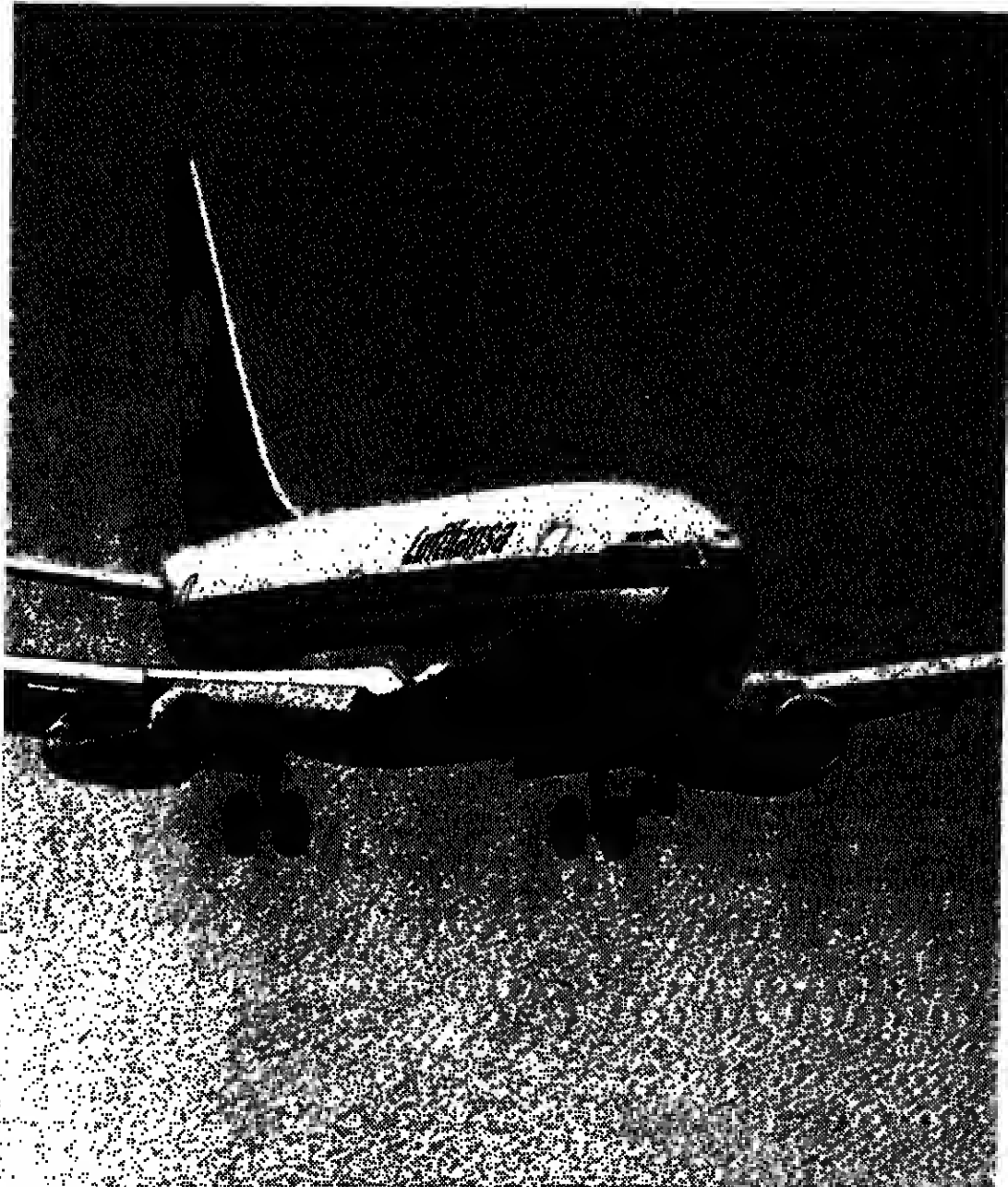
Neues auf der ganzen Linie.



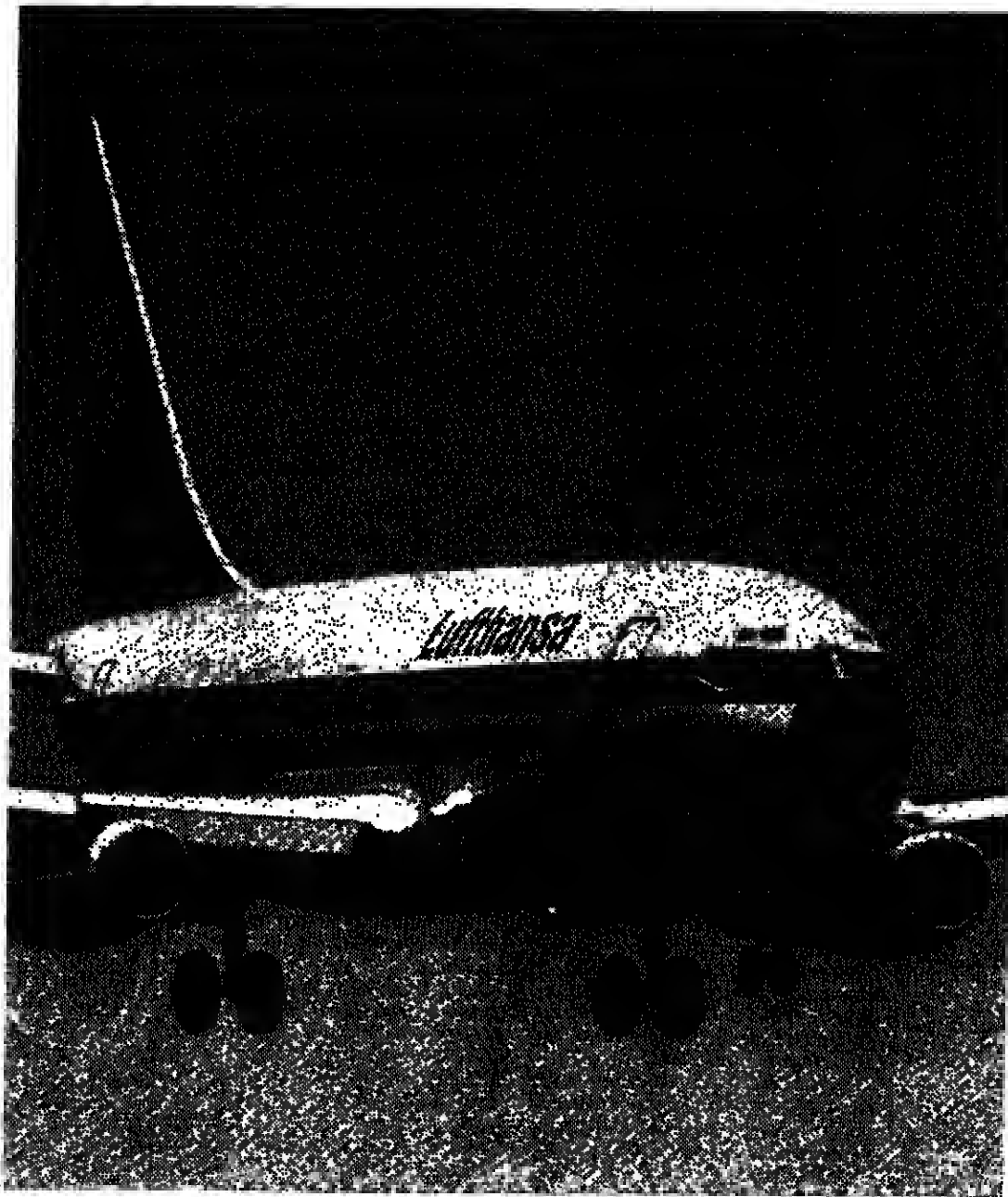
Neu. Malta ab Frankfurt.



Neu. Täglich Düsseldorf – Hamburg – Helsinki.



Neu. München – Moskau und München – Leningrad.



Neu. Mehr Flüge auf der ganzen Linie.

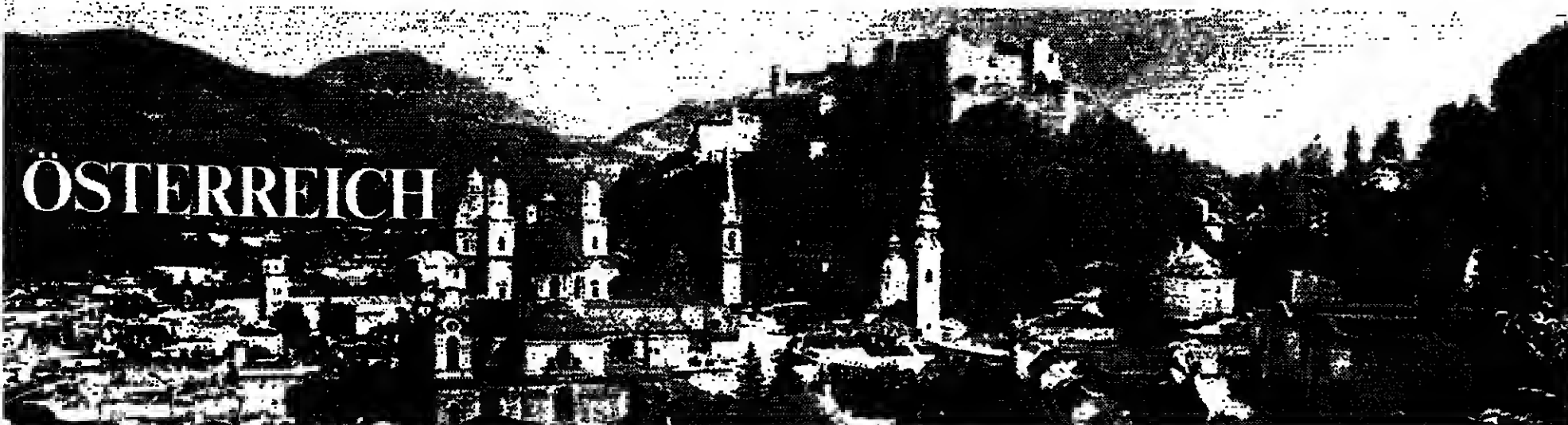


Der Unterschied ist Lufthansa

Fragen Sie Ihr Reisebüro mit Lufthansa-Agentur

Auf Qu
Ob es M
ob Erzeu
til-und B
Mopeds.
re mehr.
sche Gev
werblich
Dinge de
hübsch s

Freude fu
im Somm
sauberes
und natü
Verpflegu
Auch hier
Man kom



Salzburg, Stadt der Musik und Mittelpunkt einer zauberhaften Ferienregion zu jeder Jahreszeit

ÖSTERREICH

Noch immer gilt das Wort von „felix Austria“, wenn auch heute in einem moderneren Sinn. Das glückliche Österreich ist zwar nach dem emotionalen Höhenflug der Kreisky-Ära auf den Boden der Tatsachen zurückgeholt worden; noch immer aber ist es ein vitales Industrieland, Drehscheibe des Handels, liberaler und lukrativer Finanzplatz und eines der liebsten Reiseziele der Deutschen. Hier verbindet es ein umfangreiches kulturelles Angebot, wie die Wiener und Salzburger Festspiele, mit den Schätzen aus Österreichs Kellern und Küchen, so das diesjährige Motto. Übertrieben wird indes nichts, und so zieht es nach wie vor, wie Norbert Hofbauer von der Österreichischen Fremdenverkehrswerbung versichert, die meisten in die Alpenrepublik, um dort zu wandern oder einfach zu bummeln.

Von ROLF SCHÄFER

Im Verhältnis zu Österreich ist die Bundesrepublik Deutschland sowohl als Abnehmer- als auch Lieferland die „Nummer 1“. Österreich steht für die Bundesrepublik immerhin an 8. bzw. 9. Stelle als Abnehmer bzw. Lieferer. Schon seit Jahren kämpft Österreich mit seinem Problem des Außenhandelsdefizits, wobei die Bundesrepublik Deutschland dasjenige Partnerland ist, demgegenüber Österreich das größte Defizit (1983: 58,7 Mrd. oES, also über 8 Mrd. Mark) zu verzeichnen hat. Die deutschen Touristen, wichtigste Gruppe der Ausländer in Österreich, helfen mit ihren Devisen, dieses Defizit wenigstens zum Teil abzubauen.

Darüber hinaus sind deutsche Direktinvestitionen in Österreich gerne gesehen. Über 1100 deutsche Unternehmen machen in Österreich Umsätze von ca. 20 Mrd. Mark und beschäftigen über 100 000 Arbeitnehmer.

Insgesamt exportierte Österreich Waren im Wert von 277,14 Mrd. oES, importierte dagegen aber für 348,34 Mrd. oES, davon in Höhe von 144,6 Mrd. oES aus der Bundesrepublik Deutschland, was einem Anteil von 41,51 Prozent der Gesamtimporte entspricht. Den zweiten Platz hält Italien, das nach Österreich Waren im Werte von 30,9 Mrd. oES exportierte und damit als zweitwichtigster Partner auf der Importseite 8,7 Prozent der österreichischen Gesamtimporte hält.

Für die Bundesrepublik Deutschland, die ein Gesamtexportvolumen in 1983 von 432,34 Mrd. (Import: 390,4

Mrd. Mark) aufwies, steht Österreich als Abnehmer- und Lieferland mit etwa 5 Prozent Anteil an den deutschen Gesamtausfuhren bzw. mit 3,2 Prozent Anteil an den Gesamteinfuhren an 8. bzw. 9. Stelle.

Betrachtet man die hauptsächlichsten Warenströme zwischen der Bundesrepublik Deutschland und Österreich, so fällt auf, daß vor allem gleichartige Waren ausgetauscht werden, wenn man von Kraftfahrzeugen einmal absieht, da es in Österreich keine eigene Pkw-Produktion gibt.

Unterteilt man den Handelsverkehr der Bundesrepublik Deutschland nach den Ziel- bzw. Herstellungsländern im Bundesgebiet, so zeigt sich, daß nur der Handelsverkehr zwischen Österreich und Bayern relativ ausgeglichen ist. Den österreichischen Exporten nach Bayern in Höhe von 4,7 Mrd. Mark stehen bayerische Exporte nach Österreich von 4,8 Mrd. Mark entgegen.

Im Bundesdurchschnitt beläuft sich der Deckungsgrad auf 174,7 oder, anders ausgedrückt, die österreichischen Importe aus der Bundesrepublik Deutschland werden nur zu 59,5 Prozent von entsprechenden Exporten abgedeckt.

Damit ist gleichzeitig das permanente Problem Österreichs, insbesondere zur Bundesrepublik Deutschland, gekennzeichnet: Das Außenhandelsbilanzdefizit, das 1983 insgesamt 71,2 Mrd. oES (zur Bundesrepublik 58,7 Mrd. oES) betrug.

Dieses Defizit wurde gemildert durch die Deviseneinnahmen aus dem Fremdenverkehr.

Insgesamt flossen aus den Einnahmen aus dem Fremdenverkehr Devisen im Werte 83,2 Mrd. oES nach Österreich, womit rechnerisch das Gesamt-Außenhandelsdefizit abgedeckt werden könnte, wenn nicht auch Österreicher gerne reisen würden – und reisen müßten: Sie ließen über 43 Mrd. oES im Ausland, so daß nur knapp 40 Mrd. oES zur Defizitabdeckung übrig blieben.

Die enge Verflechtung zwischen der Bundesrepublik Deutschland und Österreich dokumentiert sich auch darin, daß etwa ein Drittel der österreichischen Auslandsinvestitionen in die Bundesrepublik gegangen ist. Kumuliert seit 1955 bis 1982 (die Zahlen für 1983 liegen noch nicht vor) hat die österreichische Wirtschaft insgesamt 432,5 Mill. Mark in der Bundesrepublik investiert. Ein deutlicher Einschnitt ist ab 1980 zu verzeichnen, wo 30 Mill. Mark investiert wurden, 1981 gar 59 Mill. Mark und 1982 dann 63,9 Mill. Mark.

Kumuliert seit 1952 sind bis Ende 1982 insgesamt 93,7 Mrd. Mark aus Deutschland als Direktinvestitionen ins Ausland geflossen, davon knapp 2,6 Mrd. nach Österreich.

Rund 262 Mill. Mark waren es allein im Jahre 1982, wobei bereits im 1. Halbjahr die Rekordsumme von 190,5 Mill. Mark vorlag.

Auf ca. 1700 schätzt die deutsche Handelskammer in Österreich die Anzahl der deutschen Unternehmer in Österreich. Die Kammer weiß gleichzeitig, daß diese Zahl mit Vorsicht betrachtet werden muß. Zieht man den Kreis der „überwiegend deutsch-bestimmten“ Unternehmen

in Österreich eng, wie es die Deutsche Bundesbank tut, die naturgemäß nur die kapitalmäßige Beteiligung als entscheidend beurteilt, so kommt man auf eine Zahl von 1124 Unternehmen (Stand Ende 1981), die 105 000 Arbeitnehmer beschäftigen und knapp 20 Mrd. Mark umsetzen.

Vor wenigen Wochen erfolgte eine Umfrage der deutschen Handelskammer unter den in Österreich ansässigen Mitgliedsunternehmen, bei denen eine irgendwie geartete deutsche Beteiligung vermutet werden konnte.

Die überwiegenden Motive, sich in Österreich zu engagieren, waren: Bearbeitung des österreichischen Marktes (80 Prozent), Zutritt zum Efta-Markt (16 Prozent), 40 Prozent wollten via Österreich die Osteuropamärkte erreichen. Darüber hinaus war für 15 Prozent die politische und sozialpolitische Stabilität sowie das Vorhandensein von Fachkräften für die Entscheidung, sich in Österreich zu engagieren, ausschlaggebend. Fast 100 Prozent „beteuern es nicht“, allerdings der Anreiz, über Österreich zu besseren Kontakten zu den Osteuropamärkten zu gelangen, hat abgenommen.

Letzte Äußerung sieht die deutsche Handelskammer in Österreich differenziert: Die Einkäufer aus den Oststaaten haben in den letzten Jahren viel gelernt und sind „beinhart“. Aber es lassen sich durchaus weiterhin hervorragende Geschäfte machen.

Rolf Schäfer ist Hauptgeschäftsführer der Deutschen Handelskammer in Österreich.

NACH-KREISKY-ÄRA / Psychologische Wende

Sinowatz hat Probleme mit den Erblasten

Von C. G. STRÖHM

Die Ära Kreisky, die dem Lande dreizehn Jahre lang ihren Stempel aufgedrückt und zu erheblichen Veränderungen auch im allgemeinen Bewußtsein geführt hat, ist nun seit einem Jahr zu Ende.

Aus der Distanz der Zeit wird deutlich, daß Kreisky – der Weltpolitiker auf dem Ballhausplatz – innenpolitisch viele Probleme durch seine bloße Existenz überdeckt und verdrängt hat, ohne sie wirklich lösen zu können. Seine Glanzzeit fiel in die wirtschaftliche Hochkonjunktur, als Österreich Anschluß an den westeuropäischen Wohlstand fand und als die regierenden Sozialisten aus einer scheinbar unerschöpflichen Quelle immer neue Wohltaten und soziale Leistungen an die Bevölkerung verteilen konnten.

Unter dem neuen Bundeskanzler Fred Sinowatz und unter der Koalitionsregierung aus Sozialisten und freiheitlicher Partei ist zumindest eines klar: Die Zeit des Verteilens und der wachsenden sozialen Leistungen ist vorbei, die Staatskassen sind leer, das Haushaltsdefizit macht der Regierung großes Kopfzerbrechen. Nur durch zusätzliche Steuerbelastungen – das sogenannte „Belastungspaket“ – konnte die Regierung Sinowatz wenigstens die größten Löcher im Haushalt stopfen.

Die Stabilisierung des Haushalts hat Vorrang

Diese Maßnahmen – unter anderem eine Erhöhung der Mehrwertsteuer – mußten einen Preisschub zur Folge haben, der nicht wie früher üblich durch höhere Lohnforderungen der Gewerkschaften abgepoltert werden kann. Anders gesagt: Die Stabilisierung des Haushalts, die Einschränkung der Staatsausgaben werden jetzt vom österreichischen Bürger mit einer Verringerung des Lebensstandards bezahlt. Auch das markiert eine politische, vielleicht sogar psychologische Wende: Das Ende der Fahnenstange ist erreicht. Zu verteilen gibt es nichts mehr – außer eben Belastungen.

Ein Problem, das auf die Regierung Sinowatz zukommt, ist die verstaat-

lichte Industrie. Dieses Erbschaft aus dem Zweiten Weltkrieg und der Zeit des „Anschlusses“ (es handelt sich um einen großen Teil um ehemaliges deutsches Eigentum) hat dazu geführt, daß Österreich unter allen westlich-demokratischen Ländern den höchsten Anteil an staats eigenen Banken und Industriewerken aufzuweisen hat. Ein großer Teil dieser Werke beschäftigt sich mit der Herstellung von Stahl und Edelstahl.

Für Österreich stellt sich das Problem, wie es seine Konkurrenzfähigkeit auf den internationalen Märkten behaupten oder wiedergewinnen kann. Hier aber muß die Produktions- und Wirtschaftspolitik notwendigerweise in einen gewissen Konflikt mit einigen Aspekten der Sozialpolitik geraten. Noch immer gehört Österreich zu den sozial stabilsten Ländern Westeuropas. Hier wird so gut wie gar nicht gestreikt.

Durch unpopuläre Taten ans rettende Ufer

Die Regierung Sinowatz hofft, durch eine massive Anstrengung und durch unpopuläre Maßnahmen schließlich doch das rettende Ufer zu erreichen: die Sanierung der verstaatlichten Industrie, die Rettung einer möglichst großen Zahl von Arbeitsplätzen.

Es ist also alles in allem ein nicht mehr so idyllisches Bild, das sich heute dem Betrachter der österreichischen Entwicklung darstellt. Da ist schließlich auch noch der Generationenschiebungs, der sich in allen Bereichen ankündigt: Der Konflikt des österreichischen Kanzlers mit seinen eigenen Jungsozialisten ist dafür nur ein Symptom. Immer mehr entschwindet jene österreichische Generation, die nach 1945 die zweite Republik aufbaute und die das Klima der Zusammenarbeit zwischen den großen politischen Lagern geschaffen hat, aus der aktiven Politik.

Die junge politische Generation – durchaus befähigt – hat kaum noch Vorstellungen darüber, wie das alles damals war – und aus welchen Gefahren heraus damals gehandelt werden mußte.

gut gekauft in Österreich

Auf Qualität aus Österreich kann man sich verlassen. Ob es Maschinen oder komplette Industrieanlagen sind, ob Erzeugnisse der Elektroindustrie, der Chemie, der Textil- und Bekleidungsindustrie, Sportartikel, Fahrräder und Mopeds, feine Glas- und Porzellanwaren und vieles andere mehr. Aber nicht nur die Industrie, auch das österreichische Gewerbe hat vieles anzubieten – vor allem kunstgewerbliche Erzeugnisse, modischen Schmuck und viele Dinge des sogenannten gehobenen Bedarfs, die einfach hübsch sind und Freude machen.

Freude für alle Gäste bereiten auch Ferien in Österreich – im Sommer und im Winter. Da gibt es noch klare Luft und sauberes Wasser, viel Wald, Seen und Flüsse zum Baden, und natürlich Berge. Für erstklassige Unterkunft und Verpflegung ist gesorgt.

Auch hier: Qualität, auf die man sich verlassen kann. Man kommt gerne wieder.

gut erholt in Österreich

DER ÖSTERREICHISCHE
HANDELSDELEGIERTE
FÜR DIE BUNDESREPUBLIK
DEUTSCHLAND
Bockenheimer Landstr. 2/18, Stk.
D-6 Frankfurt a. M.

DER ÖSTERREICHISCHE
HANDELSDELEGIERTE
IN DÜSSELDORF
Heinrich-Heine-Allee 22
D-4 Düsseldorf



DER ÖSTERREICHISCHE
HANDELSDELEGIERTE
IN HAMBURG

Poststraße 23
D-2 Hamburg 36

DER ÖSTERREICHISCHE
HANDELSDELEGIERTE
IN MÜNCHEN
Promenadenplatz 12
D-8 München 2



INVESTIEREN UND FINANZIEREN IN ÖSTERREICH – MIT DER GIROZENTRALE

„Investieren und Finanzieren in Österreich“ ist der Titel einer umfassenden Broschüre der Girozentrale Wien – Österreichs zweitgrößte Bank.

Dieses Spitzeninstitut des Sparkassen-Sektors ist ausschließlich auf das Groß- und Projektgeschäft spezialisiert. Sie werden das zu schätzen wissen.

Was Österreich als Investitionsstandort so attraktiv macht und was Sie bei Ihren Investitionsvorhaben in Österreich alles beachten sollten, welche Förderungen es dafür gibt und wie Ihnen die Girozentrale dazu verhilft, ist Inhalt dieser Publikation.



Girozentrale Wien

Die Bank der Sparkassen.
Die Bank der Wirtschaft.

Nutzen Sie die Chance und senden Sie uns Ihre Geschäftskaart mit diesem Kupon. Sie erhalten dann umgehend und kostenlos unsere Broschüre „Investieren und Finanzieren in Österreich“.
Girozentrale Wien
Schubertgasse 5, A-1011 Wien, Tel. (0222) 72 94-0.

KAPITALANLAGE / Auch im Reich des Geldes eine Insel der Seligen

Erfolg der Notenbank durch eine konsequente Hartwährungspolitik

Von H. SCHMID

Papst Paul VI. hat Österreich eine „Insel der Seligen“ genannt. Gilt dieses positive Statement auch für die Geldanlagen?

Den internationalen Anleger interessieren neben den Anlagemöglichkeiten vor allem steuer- und devisenrechtliche Bestimmungen, die politische und wirtschaftliche Entwicklung des Landes und die Sicherheit der Anlagen.

Als Voraussetzungen für eine gute Geldanlage ist zunächst die politische und wirtschaftliche Stabilität Österreichs hervorzuheben. Die aktive Neutralitätspolitik trug Österreich weltweit Anerkennung ein, die unter anderem auch dadurch zum Ausdruck kommt, daß Wien zum Sitz internationaler Organisationen (z.B. UNO, UNIDO, IAEA, Opec) und zum Treffpunkt politischer Gipfgespräche wurde. Träger der inneren Stabilität ist die Institution der „Sozialpartnerschaft“, die auch im Ausland bereits Nachahmung findet.

Der Konsens zwischen den Interessenvertretungen, der auch in schwierigen wirtschaftlichen Zeiten zustande kam, findet seinen Ausdruck im weltweiten Rekord an Streikenthaltensamkeit (1982: 3,5 sec./Arbeitnehmer) und in der vergleichsweise niedrigen Arbeitslosenrate.

Die auf der Sozialpartnerschaft beruhende Preisdisziplin hat gemeinsam mit der Einkommens- und Hartwährungspolitik Österreich zu einem der preisstabilsten Länder gemacht.

Die Banken müssen schweigsam sein

Bei internationalen Anlagen spielt die Währungsentwicklung eine wesentliche Rolle. Die österreichische Notenbank betreibt seit mehr als einem Jahrzehnt eine konsequente Hartwährungspolitik. Aufgrund der damit erzielten Erfolge sieht der Notenbankpräsident Koren keinerlei Grund, diesen währungspolitischen Kurs zu verlassen.

Eine Besonderheit, die Österreich als Anlageland von anderen unterscheidet, ist das gesetzlich verankerte Bankgeheimnis und die Anonymität. Den österreichischen Banken ist es

nicht nur gestattet, das Bankgeheimnis als eine Art Privileg oder aus Tradition heraus zu pflegen; sie sind zu seiner Wahrung gesetzlich verpflichtet.

Eine einmalige österreichische Spezialität ist die Anonymität. Ausländer können völlig anonym in- und ausländische Wertpapiere erwerben. In diesen Fällen stellt die Bank etwa durch bloßes Herzeigen des Reisepasses die Devisenausländerbescheinigung des Anlegers fest, seinen Namen kennt sie jedoch nicht und kann daher niemandem Einkünfte erteilen.

Ausländische Investoren können Guthaben in freien Schilling und in jeder frei konvertierbaren Fremdwährung in unbegrenzter Höhe unterhalten. Zu Lasten dieser können unbegrenzt in- und ausländische Wertpapiere von österreichischen Kreditunternehmen erworben werden. Ein Transfer der Guthaben und der Wertpapiere sowie der Tilgungs- und Verkaufserlöse und der Erträge daraus ist jederzeit möglich.

Als Devisenausländer unterliegt man in Österreich weder der Einkommen- noch der Vermögenssteuer, ausgenommen der Kapitalertragsteuer auf Aktiendividenden und Zinsen von Wandelanleihen. Allerdings wurde die mit Wirksamkeit 1.1.1984 auf Zinserträge aus Schillingguthaben und aus Wertpapieren österreichischer Emittenten, sofern diese in Schilling nach dem 31.12.1983 begeben wurden, eine Zinsertragsteuer eingeführt.

Ihre Höhe ist mit 7,5 Prozent im Vergleich zur deutschen Kuponsteuer mit 25 Prozent oder zur Schweizer Verrechnungssteuer von 35 Prozent gering. Zusätzlich haben ausländische Investoren die Möglichkeit, die Zinsertragsteuer im Rahmen von Doppelbesteuerungsabkommen geltend zu machen.

Die Anlagepalette ist in Österreich genauso vielfältig wie in der Bundesrepublik Deutschland. So kann man in Renten, Pfandbriefen, Kassenobligationen, Aktien und Investmentanteilen investieren. Der Kapitalmarkt verzeichnete seit Anfang der 70er Jahre eine starke Expansion. Träger dieser guten Entwicklung ist der Rentenmarkt, während der Aktienmarkt keine große Rolle spielt. Wie der Um-

lauf festverzinslicher Wertpapiere von knapp 500 Mrd. S. zum Ende 1983 zeigt, ist auch der Sekundärmarkt gut ausgeprägt.

Österreichische Anleihen rentieren mit Ausnahme des Jahres 1983 – Sondersituation wegen Einführung der Zinsertragsteuer – in der Regel höher als DM-Anleihen, wodurch sich aufgrund der Währungsstabilität echte Renditevorteile ergeben. Diese dürften sich im Verlauf des Jahres 1984 wieder einstellen.

Spezielle Produkte für Devisenausländer

Die österreichischen Großbanken mit ihrer speziellen Ausrichtung auf internationale Kapitalmärkte bieten aber auch spezielle Produkte für Devisenausländer an. So findet sich etwa in der Produktpalette der Girozentrale Wien neben dem bereits erwähnten Nummernkonto für die anonyme Geldveranlagung ein anonymes Goldkonto. Dabei verbindet man zwei Vorteile: Man kauft erstens als Devisenausländer in Österreich mehrwertsteuerfrei Goldmünzen und kann sie nach außen hin anonym auf diesem Depotkonto verwahren lassen. Darüber hinaus wird auch für Wertpapierveranlagungen ein Management angeboten, das ebenfalls anonym durchgeführt werden kann.

Dieser Service, der der treuhänderischen Vermögensverwaltung in der Bundesrepublik Deutschland entspricht, ist gerade für ausländische Anleger bequem, weil es die räumliche Trennung zwischen Bank und Investor gut überbrückt.

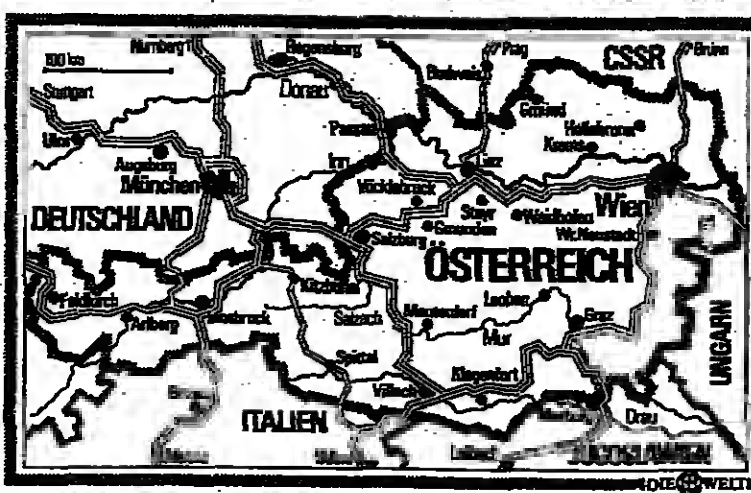
Zusammenfassend kann man feststellen, daß Österreich durch

- die politische und wirtschaftliche Stabilität,
- die liberalen Devisen- und Steuerbestimmungen,
- das gesetzlich fundierte Bankgeheimnis und
- die Möglichkeit, Geld anonym anzulegen

eine „Insel der Seligen“ für Kapitalanlagen ist.

H. Schmid ist leitender Mitarbeiter der Abteilung „Kundeneinlagen und Anlageberatung“ der Girozentrale Wien.

Auf einen Blick



WICHTIGE ADRESSEN IN DER BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND

Botschaft der Republik Österreich, Johannisstraße 2, 5300 Bonn 1, Tel.: 0228 / 23 00 51-53.

Der Österreichische Handelsdelegierte für die Bundesrepublik Deutschland, Bockenheimer Landstraße 2, 6000 Frankfurt, Tel.: 0611 / 72 13 51.

In Hamburg, Glockengießerwall 14, 2000 Hamburg, Tel.: 040/33 68 60.

Österreichische Fremdenverkehrsverwaltung in: Rotmarkt 12, 6000 Frankfurt, Tel.: 0611 / 2 06 98.

Tauentzienstraße 16, 1000 Berlin 30, Tel.: 030 / 24 80 35.

Teodorstraße 19, 2000 Hamburg 13, Tel.: 040 / 4 10 20 15.

Kornschienstraße 1, 5000 Köln, Tel.: 0221 / 23 32 38.

Rosenstraße 21, 8000 München 2, Tel.: 089 / 2 60 70 35.

Kotzebühlplatz 20 D, 7000 Stuttgart, Tel.: 0711 / 22 40 82.

IN ÖSTERREICH
Botschaft der Bundesrepublik Deutschland, Metternichgasse 5, A-1037 Wien, Tel.: 00 43 222 / 75 65 10-18.

Deutsche Handelskammer in Österreich – Deutsch-Österreichische Außenwirtschaftskammer – Wiedner Hauptstraße 142, A-1150 Wien, Tel.: 04 32 22 / 55 45 65.

Zweigstelle in: Getreidegasse 13, A-5020 Salzburg, Tel.: 04 36 62 / 4 79 52.

Mit der Mark stabil

Von HANNES ANDROSCH

Ah 1973 wurde von den österreichischen Währungsbehörden autonom die europäische „Währungsschlange“ als Orientierungsgröße für die Wechselkurspolitik herangezogen. Seit 1976 zielt die österreichische Wechselkurspolitik im wesentlichen auf ein stabiles Verhältnis zwischen Schilling und Mark ab.

Das explizite Ziel der österreichischen Hartwährungspolitik ist ein dreifaches:

1. der Wirtschaft überhaupt, besonders aber der Exportwirtschaft möglichst stabile bzw. vorhersehbare währungspolitische Rahmenbedingungen zu schaffen;
2. durch eine relative Verbilligung der Einfuhr den Stabilität zu importieren

und die Inflationsrate niedrig zu halten;

3. auf den exportierten, der internationalen Konkurrenz ausgesetzten Sektor der Wirtschaft einen laufenden Druck zur strukturellen Anpassung und Rationalisierung auszuüben.

Rückblickend kann festgestellt werden, daß diese drei Ziele in sehr hohem Maße erreicht wurden: Der Schilling-Mark-Kurs bewegt sich in einem ganz engen Bereich, Österreich gehört zu den preisstabilsten Ländern unter den Industriestaaten, schließlich hat es in den letzten Jahren im Export deutliche Marktanteile gewinnen und verzeichnen können und weist nun wieder eine ausgeglichene bis positive Leistungsbilanz aus.

Hannes Androsch ist Generaldirektor der Creditanstalt Bankverein, Wien.

INDUSTRIEANSIEDLUNG / Standortvorteile

47 Prozent in Firmen mit Fremdbeteiligung

Von ERICH SCHMIDT

Mit Österreich verbindet man oft die Vorstellung von einem beliebten Reiseland. Ein Umstand, der sicher wichtig ist, denn der Tourismus ist ein bedeutender Wirtschaftssektor für unser Land.

Aber, und diese Vorstellung verbindet man schon weniger oft mit Österreich, unser Land ist auch ein moderner, und wie ich glaube, sehr erfolgreicher Industriestaat. Österreichs Wirtschaftswachstum liegt im Spitzenfeld der europäischen Industriestaaten, die Produktivitätssteigerungen in Industrie und Gewerbe waren in den letzten Jahren stets über jenen vergleichbarer Industrieländer.

Was veranlaßt Österreich, sich um die Ansiedlung ausländischer Unternehmen zu bemühen?

Vorerst muß erwähnt werden, daß wir schon eine lange Tradition und Erfahrung mit ausländischen Investoren haben. Ca. 47 Prozent der Industriebeschäftigten arbeiten in Unternehmen, die zur Gänze mehrheitlich im Besitz ausländischer Gesellschaften sind.

Schwerpunkt in der technischen Industrie

10 Prozent der in Österreich selbstständig Erwerbstätigen sind in Betrieben mit mehrheitlich ausländischer Beteiligung beschäftigt. Haben sich die Firmenneugründungen in den 60er Jahren hauptsächlich auf die Konsumgüterindustrie beschränkt, so haben heute Auslandsinvestitionen ihren Schwerpunkt in den technischen Industriezweigen.

Das Bemühen um Betriebsansiedlungen ist heute eine Aktivität, die nicht nur auf Österreich beschränkt ist. Vielmehr bemühen sich fast alle Industriestaaten, und hier vor allem die kleineren Länder, Investoren in ihr Land zu bekommen. Diese Werbung um Auslandsinvestitionen ist also keineswegs ein Charakteristikum wirtschaftlich weniger entwickelter Staaten, sondern im Gegenteil ein Teil wesentlicher industriepolitischer Tätigkeiten.

Der wirtschaftspolitische Grundgedanke, der die österreichische Regierung veranlaßt, hier besondere Maßnahmen zu setzen, basiert auf der

Überlegung, daß ausländische Direktinvestitionen die Wirtschaftsentwicklung fördern, die Vorteile der internationalen Arbeitsteilung verknüpfen und schließlich auch dazu beitragen, handelspolitische Spannungen zu mildern.

Eine Reihe von Vorteilen für den Investor

Letztlich geht es bei der Investorenwerbung darum, eigene Standortvorteile mit den internationalen Interessen aller Beteiligten bestmöglich zu kombinieren. Ich bin davon überzeugt, daß Österreich den ausländischen Investoren eine Reihe von Vorteilen zu bieten hat.

- Österreich bietet ein hervorragend ausgebildetes Potential an Arbeitskräften,
- eine gut ausgebaute Infrastruktur, ein leistungsfähiges Verkehrsnetz und moderne Kommunikationstechniken,
- ein durch die Wirtschaftspartnerschaft garantiertes, ruhiges soziales Klima, in welchem Streiks äußerst selten sind,
- und schließlich bietet der österreichische Staat allen Investoren eine Reihe von Vergünstigungen.

Neben der Möglichkeit einer hohen vorzeitigen Abschreibung (bis zu 60 Prozent im ersten Jahr), billigen Krediten und Haftungsübernahmen kann für verschiedene Regionen auch eine 40prozentige Investitionsprämie in Anspruch genommen werden.

Da diese Förderungen in der Regel kumulativ sind, sind alle mit der Investorenwerbung betrauten Stellen bemüht, dem Investor ein auf ihn maßgeschneidertes Förderungsangebot anzubieten.

Die Werbung um Auslandsinvestitionen betreibt aber nicht nur der Bund, der hierfür eine eigene Industrieansiedlungsgesellschaft, die ICD, gegründet hat, sondern auch die Länder und Gemeinden. Dabei ist die Zusammenarbeit zwischen Bundes- und Landesstellen vorbildlich. Die Förderungen des Bundes werden in der Regel von den Ländern und Gemeinden ergänzt.

E. Schmidt ist Staatssekretär im Handelsministerium.

WIENER FESTWOCHEN 1984

Aus unserem Gedenkbuch: Club of Friends mit 100 Teilnehmern Kongress der internationalen Bürgermeister-Union mit 500 Teilnehmern „Wahrheit für Psychische Hygiene“ mit 1000 Teilnehmern – Veranstaltung der Gesundheitsbewegung mit 2000 Teilnehmern.

Ob Privatreise in den idyllischen Schotterland mit einer Veranstaltung von Kongressen, ob „Psychische Hygiene“ oder „Wahrheit für Psychische Hygiene“ – alle sind herzlich eingeladen.

KONGRESS SALZBURG
Tagungen · Seminare · Kongresse

Kongresszentrum Salzburg
A-5020 Salzburg
Ausserspergstraße 1
Tel. 043 6 62 7 65 11
Telefax 043 6 62 7 65 11

Hall PITTER
5021 SALZBURG, Rainerstraße 6-8
Telefon 043 6 62 7 65 71, Telefax 043 6 62 7 65 72
Hotel renoviert – zivile Preise

Informationen über Anzeigen

in

Sonderveröffentlichungen und Dokumentationen

erhalten Sie bei:

DIE WELT
Anzeigenabteilung

Kaiser-Wilhelm-Straße 1
2000 Hamburg 36
Tel. 0 40 / 3 47 41 28
oder 3 47 44 40

Wir bieten internationalen Bankservice – für deutsche Gäste noch einiges mehr



Wir sind eines der größten Geldinstitute Österreichs. Und das nicht nur was die Bilanzsumme betrifft. Auch unsere Leistungen und unser Filialnetz können sich sehen lassen.

Wir sind die Sparkasse mit dem zusätzlichen Service, die Sparkasse mit dem Service der Post. Und das 2.300 mal in Österreich. Mit kundenfreundlichen Öffnungszeiten.

Unsere Tradition und reiche Bankerfahrung, die bis ins Gründungsjahr 1883 zurückreichen, sowie die daraus entwickelte Leistungsvielfalt machen uns zum geeigneten Partner für Ihre Österreich-Kontakte!

Unsere Leistungsbreite im internationalen Bankgeschäft:

- Internationale Bankverbindungen
- Rasche Durchführung der Überweisungen durch Teilnahme am SWIFT-Datenfernübertragungssystem
- Schnellste Verbindung zu allen Postscheckämtern
- Import-Export-Finanzierungen, Wechselfinanzierungen in in- und ausländischer Währung
- Dokumentengeschäfte

Speziell für deutsche Gäste im Postamt bieten wir:

- Ankauf von DM und anderen Valuten
- Rückzahlungen aus deutschen Postsparsbüchern
- Einlösung von deutschen Postschecks

Die P.S.K.

Ihre Sparkasse
in allen österreichischen Postämtern
A-1018 Wien, Georg-Coch-Platz 2, Tel. 52 04-0



Bollett bestimmt die Wiener Festwochen. „Zeit der Puppen“ ist vom 15.-27. Mai 1984. FOTO: DE WELT

KÄRNTEN

Ideales Land

Von A. SCHATZMAYR

Das südlichste Bundesland Österreichs gilt seit Jahrzehnten bei in- und ausländischen Investoren als ein Gebiet, in dem ein investitionsfreundliches Klima besteht.

- Arbeitsmarkt
- Arbeitskosten
- Preiswerte Industriegrundstücke
- das typische „Kärntner Klima“, das seinen Ausdruck in einem unvergleichlichen sozialen Frieden findet.
- die überdurchschnittlich guten Verkehrsverbindungen, vor allem nach Süd- und Süd-Ost-Europa
- ein Expertenteam, in dem alle entscheidenden Institutionen vertreten sind
- Förderungsmöglichkeiten
- Vielfalt der Kärntner Landschaft, die einen hohen Freizeitwert bietet

Interessenten haben die Möglichkeit, während der Hannover Messe 1984 in der Zeit vom 4. bis 8. April weitere Details am Stand der Bundeskammer der gewerblichen Wirtschaft zu erfahren.

A. Schatzmayr ist Geschäftsführer der Gesellschaft zur Förderung der Kärntner Wirtschaft

POSTSPARKASSE / Institut mit Tradition

Eng verbunden mit der Republik Österreich

Die österreichische Postsparkasse (P.S.K.) ist eines der traditionsreichsten- und erfolgreichsten Geldinstitute Österreichs. Die Bilanzsumme von voraussichtlich 125,25 Mrd. S 1983 unterstreicht diese Position. Wenngleich sich das Institut speziell im Mengengeschäft nur unwesentlich von anderen Kreditinstituten unterscheidet, kommt ihm in der österreichischen Bankenlandschaft eine besondere Bedeutung zu.

Sowohl in geschäftspolitischer als auch in betriebswirtschaftlicher und volkswirtschaftlicher Hinsicht besteht heute – wie seit der Gründung – ein enges Verhältnis zur Republik Österreich, wenngleich diese nicht mehr Eigentümer der Postsparkasse ist. Die Republik Österreich haftet für alle Verbindlichkeiten des Instituts, andererseits hat der Bund Anspruch auf die Hälfte des jährlichen Reingewinns. Der Vorstand der Postsparkasse – der Gouverneur und die beiden Vizegouverneure – ist verpflichtet, die Geschäfte nach kaufmännischen Grundsätzen zu führen, hat jedoch hierbei auf die Finanzpolitik des Bundes Bedacht zu nehmen und die österreichische Nationalbank bei der Erfüllung ihrer währungs- und kreditpolitischen Aufgaben zu unterstützen.

Speziell für den deutschen Urlauber in Österreich halten die österreichische Postsparkasse und die 2300 Postämter des Landes einen umfangreichen Service bereit. So kann der deutsche Gast bei seinem Besuch im Postamt, wenn er nach Hause telefoniert, Briefmarken kaufen oder Postsendungen aufgeben, gleich auch Mark in Schilling wechseln, vom deutschen Postspargeld abheben und deutsche Postchecks einlösen.

Brachten das P.S.K.-Gesetz 1969, die Novelle 1981 (Emissionsrecht und Garantiegeld) und die Novelle 1983 (Überziehungsmöglichkeit auf Geschäfts- und Gehaltskonten) dem Institut passivseitig weitgehende Chancengleichheit mit anderen Kreditinstituten, so ist die Postsparkasse aktivseitig nach wie vor wesentlichen Anlagebeschränkungen unterworfen: Darlehen und Kredite dürfen nur an Gebietskörperschaften (Bund, Länder und Gemeinden) oder an Kreditnehmer gewährt werden, die über eine Bundes- oder Landeshaftung oder über Wertpapierdeckung verfügen.

S.H.



STIEERMARK

Das Unternehmertum Steiermark bietet ideale Industrie- und Gewerbestandorte mit bester Infrastruktur.

Die Steiermark ist durch den Einsatz modernster Technologien und überdurchschnittliche Innovationsbereitschaft ein zuverlässiger Partner für alle Industriezweige.

Der Fleiß, das hohe Ausbildungsniveau und Qualitätsbewußtsein der Bevölkerung ermöglichen eine rentable Produktion für nationale und internationale Märkte.

Investoren finden durch geeignete Förderungsmaßnahmen und Sonderförderungsaktionen von Land und Bund beste Voraussetzungen vor.

Industrie- und Gewerbeparks stehen mit maßgeschneiderten Betriebsstätten zu günstigsten Bedingungen zur Verfügung.

Initiative Unternehmer wissen: Investieren in der Steiermark lohnt sich!

Es informiert und berät Sie:



STEIERMÄRKISCHE GESELLSCHAFT
FÜR BETRIEBSWERTEILUNGEN
UND BETRIEBSANSIEDLUNGEN



A-8010 Graz, Radetzkystraße 1. Telefon (0316) 82 4 03, Telex: 032373 bea-gr-a

KÄRNTEN

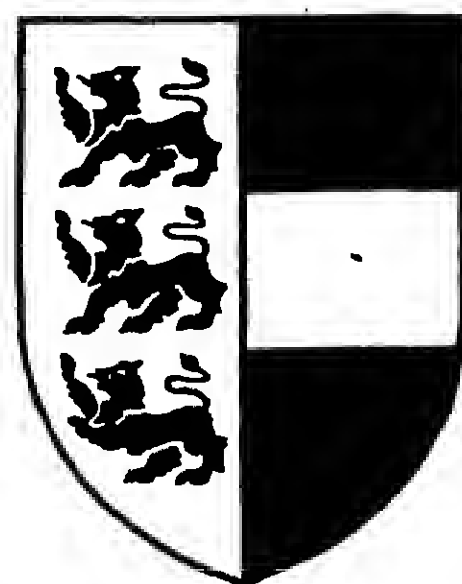
KÄRNTEN bietet

- eine gesunde Wirtschafts- und Infrastruktur
- qualifizierte Arbeitskräfte
- gesicherte Energieversorgung
- landschaftliche Schönheit
- ausgeglichenes Klima
- hohen Freizeitwert

NÄHERE INFORMATIONEN:

GESELLSCHAFT ZUR
FÖRDERUNG DER KÄRNTNER
WIRTSCHAFT

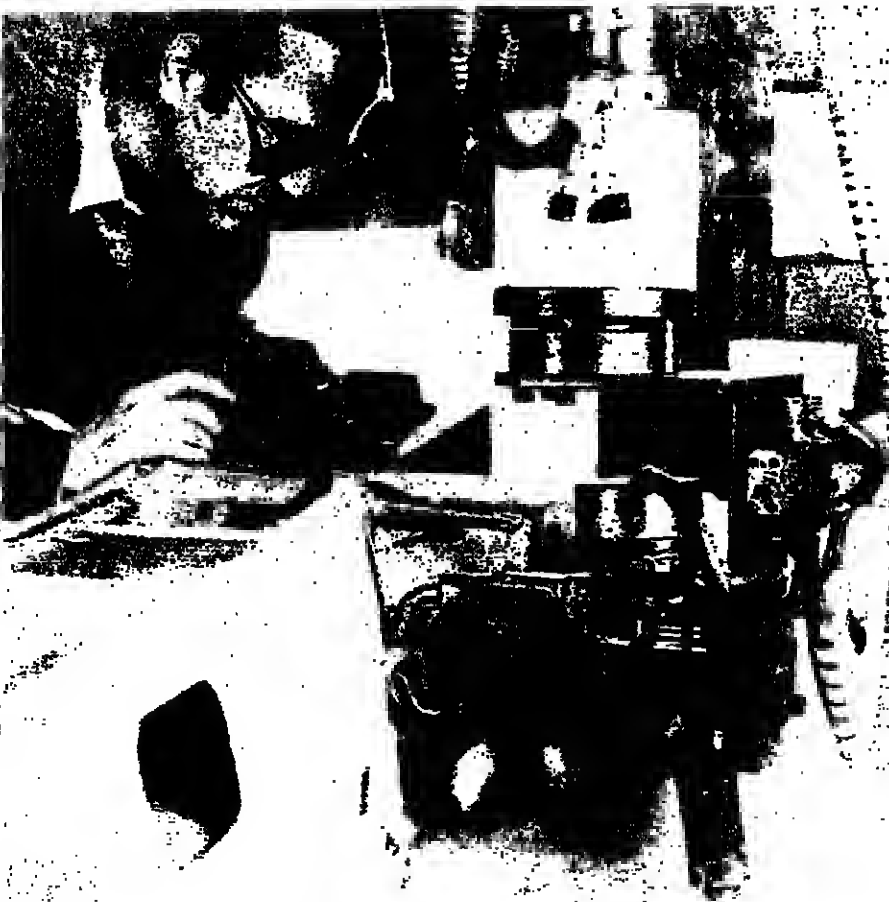
9010 Klagenfurt, Armutplatz 1
Telefon: 0 42 22 / 5 36 - 3 04 15 DW
Fernschreiber Nr. 4 22 393



ES GIBT GUTE
GRÜNDE, SICH HIER
NIEDERZULASSEN:

FÖRDERUNGSMASSNAHMEN:

- Arbeitsplatzprämie
- begünstigte Kredite
- Zinszuschüsse
- Bürgschaften
- Kapitalbeteiligungen auf Zeit
- verlorene Zuschüsse für Investitionen in entwicklungsfähigen Gebieten
- verbilligte Industriegrundstücke
- umfassende kostenlose Beratung durch ein Team von Fachleuten in allen Fragen der Industrieansiedlung
- Hilfe bei der Standortwahl und Grundbeschaffung
- Sicherung von Führungspersonal und Arbeitskräften aller Qualifikationen
- Auskünfte über Gesellschafts-, Zoll- und Steuerrecht u. a.

Unsere Botschaft heißt
LEISTUNG

Es gibt viele Österreicher, die durch ihre hervorragenden Leistungen den Namen „Austria“ in alle Welt getragen und damit zu einem unverwechselbaren Begriff gemacht haben: in den Bereichen Kultur, Wissenschaft und Technik, Politik, Sport und Wirtschaft.

Einer dieser „Österreicher“ ist die VOEST-ALPINE Gruppe. Eine weltweit agierende Unternehmensgruppe, die mit über 100 Ländern Geschäftsbeziehungen unterhält. Mehr als zwei Drittel ihres Umsatzes werden im Ausland gemacht.

Wir haben in den letzten Jahren durch Milliardeninvestitionen die Weichen für eine zukunftsorientierte Programm-erneuerung gestellt: durch ständige Ausweitung im Export, Gründung zahlreicher Niederlassungen in fremden Ländern, massive Verstärkung von Handel und Dienstleistungen sowie Umstrukturierung von Produktions- und Leistungsbereichen.

Die Welt schenkt uns ihr Vertrauen. Sie vertraut auf die anerkannte hohe Qualität unserer Produkte, unserer Lieferungen und Leistungen. Und dies nicht von ungefähr.

Dem die Bereitschaft zur Innovation und der Mut, ständig neue Wege zu beschreiten, prägen unser Denken und Handeln.

Sprechen Sie mit den Leuten der VOEST-ALPINE Gruppe: das sind Partner, auf die Sie sich verlassen können.

VOEST-ALPINE GRUPPE:
ein Name für Leistungen mit bester Empfehlung

Ein Unternehmen der VOEST-ALPINE GRUPPE

VEREINIGTE EDEL-
STAHLWERKE AG



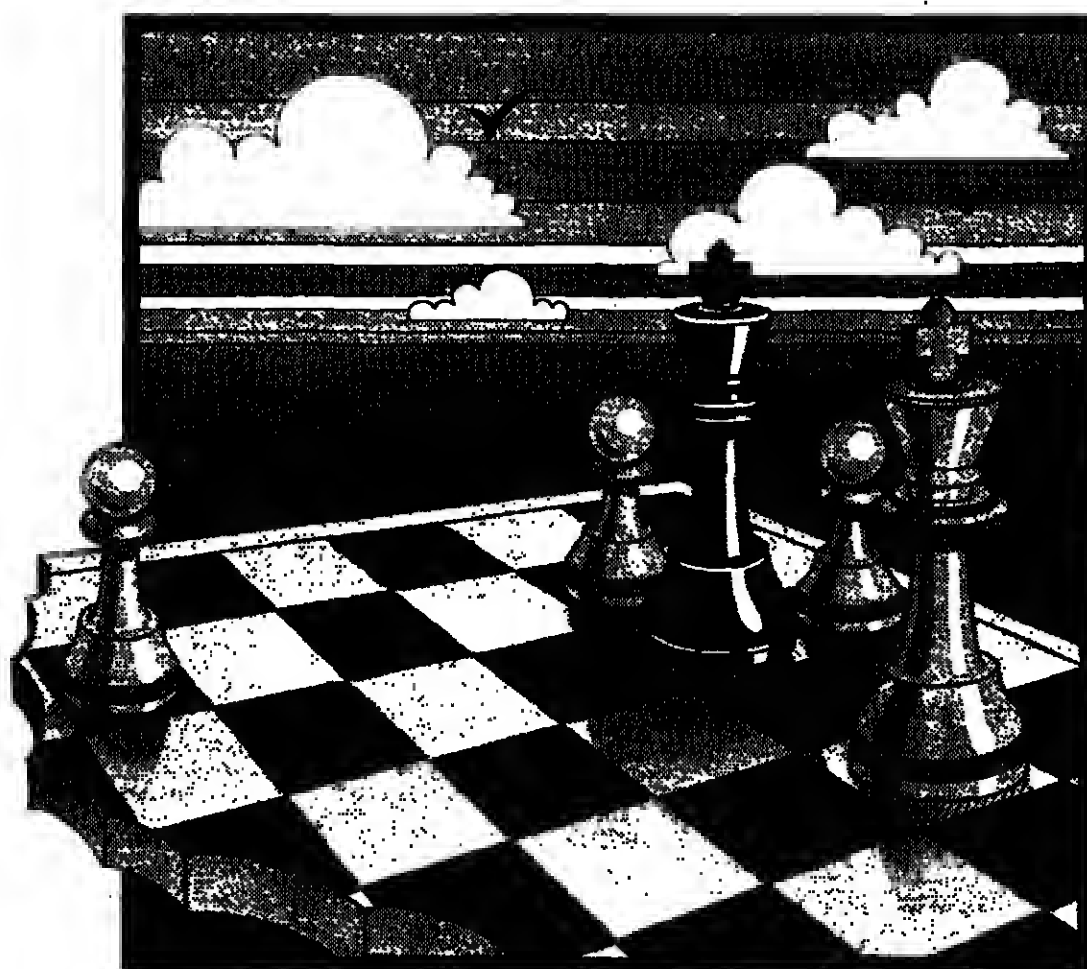
VOEST-ALPINE AG
Postfach 2, A-4010 Linz/Austria
Tel. (0732) 585-1, Telex 2207-449 va a

Generalrepräsentanz
für die Bundesrepublik
Deutschland: VOEST-ALPINE GmbH
Postfach 210324
Eisenheimerstraße 59
D-8000 München 21
Tel. (089) 58 99-1
Telex 05-212702



VOEST-ALPINE
AUSTRIA

Lösen Sie es: Weiß ist am Zug und setzt Schwarz in drei Zügen matt.

Wir lösen es: Wie man
im internationalen Geschäft
zum Zug kommt

Je sorgfältiger die Strategie, desto überlegener die Position. Dies gilt im internationalen Geschäft wie im Schach. Wie die Creditanstalt, Österreichs führende internationale Bank, sind Profis in sämtlichen Sparten des internationalen Geschäfts. Deshalb können Sie von uns als Partner auch außergewöhnliche Leistungen erwarten.

Wir können Ihnen mit einer Reihe von Dienstleistungen helfen, die wesentlichen Anteil an der erfolgreichen Entwicklung der österreichischen Wirtschaft haben.

Fachleute, auf deren Know-how bereits 90 der 100 führenden Unternehmen des Landes zurückgreifen, stehen zu Ihrer Verfügung.

Und Sie können auf die volle Unterstützung einer Bank bauen, die im vergangenen Jahr für 40% der gesamten österreichischen Exportfinanzierung verantwortlich zeichnete: eine Bank mit der nötigen

Stabilität, Stärke und Erfahrung, um Transaktionen jeder Größenordnung abzuwickeln.

Die internationale Leistungsfähigkeit der Creditanstalt erhält noch eine zusätzliche Dimension durch ihre Präsenz auf den wichtigsten internationalen Finanzplätzen: durch ihre Filialen in London und New York zum Beispiel, ihre Beteiligung an zahlreichen internationalen Unternehmen wie der Wirtschafts- und Privatbank Zürich, und durch ihre Mitgliedschaft in der EBC.

Wenn Sie also professionelle Hilfe brauchen, um etwa das Kursrisiko aus Ihrem Exportgeschäft abzusichern, um die Forderungen aus Ihrem Exportgeschäft ohne Regreß gegen Sie zu verkaufen, oder um die Finanzierung eines Großprojektes durch einen syndizierten Eurokredit sicherzustellen (oder auch zur Lösung des Schachproblems), wenden Sie sich an die Creditanstalt.



CREDITANSTALT
Österreichs führende internationale Bank

Creditanstalt-Bankverein, Schottenbasse 6, A-1010 Wien. Telefon: (0222) 6622-2560. Telex: 133030.
Filiale London: 29 Gresham Street, London EC2V 7AH. Telefon: 01-726 4511. Telex: 894812.
Filiale New York: 717 5th Avenue, New York, NY 10022. Telefon: (212) 308 8400. Telex: 239895/424700.

Mehr Rußland-Deutsche dürfen in die „DDR“

Die meisten Antragsteller möchten lieber in den Westen

WERNER KAHL, Bonn

Die Sowjetbehörden genehmigen neuerdings – offenbar nach einem mit der SED-Führung abgestimmten Plan – verstärkt die Ausreise von Deutschen in die „DDR“. Nach Angaben zuständiger Stellen in Bonn gibt es Anzeichen für erhöhte Ausreisen deutschstämmiger Familien vor allem aus asiatischen Sowjetprovinzen nach Mitteldeutschland. Mehrere hundert Familien wurden in den vergangenen Wochen im Bezirk Dresden in leerstehende Wohnungen ehemaliger „DDR“-Bewohner, die im gleichen Zeitraum in die Bundesrepublik Deutschland ausreisen durften, eingewiesen.

Ob es sich dabei um eine Aktion parallel zu der am Jahresbeginn angelaufenen Ausreise für „DDR“-Bürger in den Westen handelt, war in der Bundeshauptstadt gestern nicht bekannt. Der Generalsekretär des Deutschen Roten Kreuzes, Jürgen Schilling, hatte vor kurzem darauf hingewiesen, daß von rund 50 000 Rußland-Deutschen Anträge zur Zusammenführung mit Angehörigen in der Bundesrepublik Deutschland vorliegen. Im vergangenen Jahr erhielten jedoch nur 1447 Deutsche die Genehmigung zur Ausreise in den Westen. Dies sei der niedrigste Stand seit zwölf Jahren, betonte der DRK-Generalsekretär.

Vor die Wahl gestellt

Deutsche, die in der UdSSR teilweise seit mehr als einem Jahrzehnt und länger ihre Ausreise fordern, werden jetzt zunehmend vor die Wahl gestellt, den künftigen Wohnsitz innerhalb der „DDR“ zu nehmen oder ihren Antrag zurückzuziehen. Die Alternative Bundesrepublik Deutschland gebe es nicht, wurde aus Kasachstan bekannt.

Politische Beobachter der Vorgänge um die derzeitige Ausreisewelle wollten gestern nicht ausschließen, daß die SED-Führung mit der Überstellung von Rußland-Deutschen zwei Erwartungen verbindet. Die an entbehrungsreiches Leben in größter Armut gewöhnten Arbeitslosen könnten in Mitteleuropa selbstständig werden und Lücken füllen oder im Fall hartnäckiger

Bestehens auf Ausreise in die Bundesrepublik gegen materielle Gegenleistungen der Bundesregierung an Bonn „verkauft“ werden. In diesem Fall wäre die Ostberliner Regierung eine Art Zwischenhändler in der Familienzusammenführung.

Aussiedler aus der Sowjetunion, die unter Druck zunächst einer Ausreise in die „DDR“ zustimmen, es aber nach der Ankunft ablehnen, die „DDR“-Staatsbürgerschaft anzunehmen, erwarten drakonische Strafen.

Drakonische Strafen

In Karl-Marx-Stadt (Chemnitz) wurden nach Angaben der Internationalen Gesellschaft für Menschenrechte (IGM) bereits im Vorjahr Angehörige der Familie Lukas zu Freiheitsstrafen zwischen einem und zwei Jahren verurteilt. Die Eltern, sowie beide Kinder und eine Schwiegertochter hatten die Entlassung aus der Sowjet-Staatsbürgerschaft erreicht, aber die Annahme der „DDR“-Staatsbürgerschaft verweigert. Sie wollen in die Bundesrepublik Deutschland ausreisen.

Als schwere Belastung der Bemühungen um humanitäre Regelungen zwischen der Bundesrepublik und der Sowjetunion bezeichnete die IGM-Sprecherin Wanda Wahnsiedler gestern auf Anfrage der WELT den Fall der Familie Dewijne in Moskau. Die Familie bemühe sich seit fünf Jahren um die Ausreise in die Bundesrepublik Deutschland zu hier lebenden Verwandten. Mehr als 150 Gesuche blieben ohne Antwort, Absagen wurden lediglich mündlich erteilt.

In der vergangenen Woche habe sich eine Moskauer Chirurgische Klinik außerstande erklärt, den an einem akuten Herzleiden erkrankten Ehemann Bruno Dewijne zu behandeln, teilte die IGM mit. Nach telefonischer Auskunft der Ehefrau sei die Familie gleichzeitig obdachlos geworden, weil ein Moskauer Hotel bei einem Todesfall Schwierigkeiten mit den Behörden fürchtete. Auf das Angebot einer Tübingen Klinik, den Patienten sofort zu behandeln, hat das sowjetische Innenministerium bisher nicht reagiert.

Kollektivierung durch die Hintertür?

JOACHIM GÖRLICH, Bonn

Eine Zusammenfassung der knapp 3 Millionen freien Bauernbetriebe zu 450 000, etwa 16 Hektar großen Landwirtschaftsbetrieben hat in einer „Polarisierungsstrategie“ der Direktor des „Instituts für Agrarwirtschaft“ in Warschau, Professor Augustyn Wos, vorgeschlagen. Wos, der bereits persönlicher landwirtschaftlicher Berater des früheren Parteichefs Giersek war, hat heute dieselbe Funktion inne. Der Agrarwissenschaftler will die rund 1 Million Kleinbetriebe, die bis zu 3 Hektar groß sind, völlig liquidieren. Die Zahl der bereits bestehenden 16 Hektar großen Landwirtschaftsbetriebe beträgt heute 150 000.

Sowohl die Untergrundzeitung „Głos Wolnego Robotnika“ (Stimme des freien Arbeiters) als auch das polnische Bauernorgan im Exil, „Jutro Polski“ (Morgen von Polen) in Harrow bei London, weisen darauf hin, daß Wos seit den siebziger Jahren eine Verstaatlichung der polnischen Landwirtschaft durch die Ausdehnung der Staatsgüter das Wort redet. Zudem lasse er völlig offen, was mit der Million Kleinbauern und ihren Familien werden soll.

Rote Flotte übt im Nordatlantik

dpa, London

Im Nordatlantik wird derzeit der größte sowjetische Flottenverband zusammengezogen, der jemals in dieser Region beobachtet worden ist. Dies hat das britische Verteidigungsministerium am Dienstag mitgeteilt. Das Kampfgeschwader soll offensichtlich zwischen Norwegen und Island operieren. Die sowjetischen Schiffe sind offensichtlich während der vergangenen zwei Tage aus der Ostsee und aus Positionen im Nordmeer zusammengezogen worden. Sie manövrierten gestern in einer Region nördlich der Shetland-Inseln sowie vor Grönland und dem Nordkap. NATO-Kreise vermuten, daß hier möglicherweise das größte Flottenmanöver eingeleitet worden ist, das man je in atlantischen Meeren gesehen hat. Westliche Geheimdienste beobachten die Flotte, sie scheinen jedoch von dem Aufmarsch überrascht worden zu sein.

USA entwickeln Satelliten-Killer

Bericht Reagans an Kongreß: Sowjets besitzen solche Waffen schon seit zehn Jahren

TH. KIELINGER, Washington

In einem Bericht an den Kongreß hat US-Präsident Ronald Reagan jetzt angekündigt, daß seine Regierung energisch an die Entwicklung eines amerikanischen Anti-Satelliten-Systems herangehen werde. Gleichzeitig erklärte der Präsident, daß er keine umfassenden Abrüstungsverhandlungen mit den Sowjets in diesem Bereich anstreben werde. Ein vollständiges Verbot aller Weltraum-Waffen sei nicht erreichbar, weil nicht verifizierbar, betonte er. Ein solches Verbot hätte die Sowjetunion im März vorgeschlagen.

Der Kongreß hatte die vom Pentagon für das laufende Haushaltsjahr verlangten 20 Milliarden Dollar Forschungsmittel für das amerikanische Anti-Satelliten-System eingefroren, solange die Regierung nicht bis Ende März eine Beschreibung ihrer Pläne und der möglichen Abrüstungsschritte vorgelegt habe.

In dem Bericht, der vom 31. März datiert ist, wird betont, daß die Sowjetunion bereits seit über zehn Jahren über eine Anti-Satelliten-Waffe (auch „Killer-Satellit“ genannt) verfü-

ge. Außerdem arbeiten die Sowjets an bodengestützten Laser-Waffen mit möglicher Anti-Satelliten-Anwendung sowie an nukleargestützten Abfangraketen, die von der Erde aus gegen Systeme im Weltraum abgefeuert werden können.

Das am weitesten fortgeschrittene amerikanische Forschungsprojekt der Anti-Satelliten-Entwicklung konzentriert sich auf den Abschluß einer Rakete, die von einem F-15-Kampfbomber bis an den Rand der Atmosphäre getragen wird. Die Rakete entläßt aus ihrer Bahn schließlich ein Miniaturgerät mit Infrarot-Sensoren, die es genau in das anvisierte Ziel hineintragen.

Das gegenwärtige Anti-Satelliten-System der Sowjets sowie das geplante amerikanische Gegenstück dazu operieren beide bisher noch in niedriger Erdbahnhöhe. In diesem Bereich kreisen sowjetische Aufklärungssatelliten, die die Bewegung und Dislokation der Kontingente des Westens verfolgen und Raketen gegen sie dirigieren könnten. Aber auch die Entwicklung sowjetischer Anti-Satelliten in großer Erd-

umlaufhöhe kann nach Meinung der Amerikaner nicht ausgeschlossen werden. Dies wäre die bei weitem gefährlichste Situation, da die USA in Erdumlaufbahnen von über 5000 Metern Höhe jene Satelliten kreisen lassen, die Raketenstarts und die Einhaltung bestehender Raketen-Abrüstungsverträge beobachten können.

In diesem Bereich ist Washington daher bereit, mit den Sowjets über eine Begrenzung des „Killer“-Satelliten-Potentials zu sprechen. Assat-Systeme oberhalb dieser Grenze wären dann geschützt, unterhalb dagegen beiden Seiten erlaubt.

Die Administration will sich nicht ihr ambitioniertestes Projekt nehmen lassen. Die Erforschung der Möglichkeit neuer Defensivtechnologien gegen feindliche Raketen. Dieses Konzept, zurückgehend auf Präsident Reagans „Krieg-der-Sterne“-Rede vom März 1983, sieht unter anderem Raketen-Abfangsysteme vor, die mit Hilfe von aus dem Raum reflektierten Laser- oder Teilchenstrahlen feindliche Sprengköpfe bekämpfen, ehe sie das eigene Territorium erreichen.

Schmidt rät von baldigem Gipfel ab

TH. KIELINGER, Washington

Im Gegensatz zu seinem Nachfolger im Kanzleramt hat Altbundeskanzler Helmut Schmidt auf einem deutsch-amerikanischen Symposium in der Nähe Washingtons davon abgeraten, gerade jetzt nach einem Gipfeltreffen der beiden Supermächte zu rufen. „Ich würde nicht darauf drängen“, sagte Schmidt am ersten Tag eines dreitägigen Seminars, das die Universitäten Tübingen und Maryland (College Park) gemeinsam abhielten.

Schmidt begründete seinen Rat mit Unsicherheiten auf beiden Seiten, die erst ausgeräumt werden müßten, ehe ein Kontakt auf der höchsten Ebene sinnvoll sein könne. Die Sowjets, so sagte er, könnten zur Zeit für amerikanisches Gegenüber nicht richtig einschätzen, da Washington mit seinen rüstungspolitischen Vorschlägen vor allem zur Satelliten-Forschung und zum ABM-Vertrag neue Fragen aufwerfe.

Tschernenko andererseits sei in den Augen der Amerikaner kein mit großer Machtülle versehener Ge-

sprächspartner, wie sie ihn vor anderthalb Jahren in Andropow gefunden hätten. „1984 wäre ein Gipfeltreffen weniger ergiebig, als das Ende 1983 der Fall gewesen wäre“, argumentierte Schmidt.

Der Altbundeskanzler wiederholte seine kürzlich in einer Entgegnung auf den Kissinger-Aufsatz vorgetragene Ansicht, daß eine Verringerung der US-Truppen in Europa „kein Unglück“ zu sein brauche, vorausgesetzt, die deutsch-französische Zusammenarbeit sei bereits weit genug erstarkt, um sicherheitspolitisch den Abzug der Amerikaner aufzufangen.

Ein Unglück wäre es nur, wenn die Amerikaner mit dem Abzug als Drohmittel operieren wollten, wie Kissinger es selber in seinem „Time“-Aufsatz andeutete. „Ich würde die USA nicht mehr auf Knien bitten, ihre Truppen in Europa zu belassen“, sagte Schmidt, „nur um mir dann sagen zu lassen, ich täte aber nicht genug für meine eigene Verteidigung.“

Die Tagung in Maryland überschneidet sich mit einem Zusammen-

treffen der „Trilateralen Kommission“ in Washington, wo rund 200 Teilnehmer aus den USA, Europa und Japan ein gemeinsames Papier verabschiedeten, das der industrialisierten Welt aus ihrer gegenwärtigen Sicherheits- und wirtschaftspolitischen Problematik herausheilen soll. Den Japanern wird darin eine verstärkte Rolle bei der Hilfe für die Dritte Welt, die Entwicklung der eigenen Verteidigung und die Bereitstellung von Kapital und Technologie für die Überholung der westeuropäischen Industrien geraten.

Die Europäer müßten sich verstärkt der „Rationalisierung“ ihrer Industrien zuwenden, da sie sonst „technologische Rückständigkeit“ in Kauf nehmen müßten. Zur Überwindung der Arbeitslosigkeit schlägt der Bericht auch vor, die Europäer sollten auf eine kürzere Arbeitszeit der Werktätigen hinarbeiten, entweder durch längere Ausbildungszeiten, eine verkürzte Arbeitswoche, längere Ferien, frühere Pensionierung oder eine Kombination dieser Elemente.

Sieg Reagans bei Hilfe für El Salvador

AP/rt, Washington

US-Präsident Reagan hat im Senat in Washington bei seiner Politik gegenüber El Salvador einen wichtigen Abstimmungssieg errungen. Mit 63 gegen 25 Stimmen lehnte der Senat einen Antrag des demokratischen Senatsors Edward Kennedy ab, die Militärhilfe für El Salvador um weitere 21 Millionen Dollar zu kürzen.

Das Weiße Haus und Vertreter des Senats hatten sich zuvor auf eine Kompromißsumme von 61,7 Millionen Dollar geeinigt. Ursprünglich hatte die Regierung 93 Millionen Dollar gefordert. Nach ihren Angaben wird das Geld dringend dafür gebraucht, eine Störung oder gar Verhinderung der Präsidentschaftswahlen in El Salvador zu vermeiden.

Was bisher mit Militärhilfe erreicht werden konnte, ist schon erreicht“, sagte Kennedy vor der Abstimmung im Hinblick auf die Militärhilfe in Höhe von mehr als 262 Millionen Dollar, die von den USA insgesamt seit 1980 mit Zustimmung des Kongresses El Salvador gewährt wurde. „Durch weitere Eskalation der Militärhilfe würden wir den Einsatz (im salvadorianischen Bürgerkrieg) nur noch mehr eskalieren und damit auch den Konflikt noch ausweiten“, fügte er hinzu.

Mehr Agenten aus dem Ostblock

ms, Bonn

Der Bericht des Bundesamtes für Verfassungsschutz für das Jahr 1983, den Bundesinnenminister Friedrich Zimmermann (CSU) am Freitag in Bonn vorlegte, registriert eine Zunahme östlicher Spionageaktivitäten. Vor allem in den Bereichen Wirtschaft und Technologie sind in verstärktem Maß Spionagebemühungen der „DDR“ und der osteuropäischen Staaten bekannt geworden.

Unverändert ist die Sicherheitslage in der Bundesrepublik Deutschland unter dem Aspekt Extremismus und Terrorismus. Hier vermerkt der Bericht, daß sich neue Gruppen gebildet haben und verdeckt operieren. Es gebe aber keinen Anlaß zur Dramatisierung. Die Grenzen zwischen Extremismus und Terrorismus werden als „fließend“ bezeichnet.



Im Zeichen des Tigers in Malaysia investieren

Der Tiger ist das Symbol von Malayan Banking, Malaysias größter Bankengruppe. Wenn es um Malaysia geht, nutzen Sie uns als Ihren Finanzberater. Wir bieten Ihnen einen umfassenden Service. Wir besitzen die Stärke, die Größe und die genaue Kenntnis der wirtschaftlichen Verhältnisse, die Sie brauchen. Wir verfügen über einen Stab von Experten, die mit allen Bereichen der malaysischen Industrie

INSGESAMT ÜBER 6,6 MILLIARDEN U.S.\$ AKTIVA
ÜBER 180 ZWEIFTELLEN IN MALAYSIA UND IM AUSLAND
ÜBER 1,5 MILLIONEN KONTOKHABER
DIE GRÖSSTE BANKENGRUPPE IN MALAYSIA
SIE UMFASST GESCHÄFTS- UND MERCHANTBANKEN, FINANZIERUNGS-, LEASING- UND VERSICHERUNGSGESELLSCHAFTEN

MALAYAN BANKING BERHAD
Malaysias größte Bankengruppe

und den großen internationalen Finanzzentren bestens vertraut sind. Sie können die für Sie richtige Finanzierungsart sicherstellen. Sie über Regierungsmittel Verfahren beraten und Ihnen weiteren Finanzservice bieten.

Wenn Sie also Investitionen planen oder in Malaysia Geschäfte abwickeln: Nutzen Sie die Stärke von Malayan Banking. Wir sind in Deutschland vertreten.

Malayan Banking Berhad - Niederlassung Hamburg
Ballindamm 13 · 2000 Hamburg 1
Telefon: (040) 308002-0 · Telex: 215049
Geschäftsleitung: Dr. Jur. E. A. Bleibach · Kurt B. Stahl

online plus

Management des modernen Papieroutput.

online plus zeigt Ihnen den Weg. Sagt Ihnen, wie der EDV-/ORG-Leiter die Logistik des Output-Managements in den Griff bekommt, den Schichtbetrieb koordiniert und den Output verteilt.

»Modernes Management hebt die Wirtschaftlichkeit der EDV.« Das ist das Schwerpunkt-Thema dieses Sonderdrucks.



Aus dem Inhalt:

- Output steuern von der Quelle bis zur Mündung
- Papierberge wachsen trotz Bildschirm
- Dialog zwischen Mikro und Mainframe
- Wann und warum überhaupt Computerdaten auf Mikrofilm
- Wirtschaftlicher EDV-Output
- Am Ende steht die Poststraße

Bestell-Coupon

Ja, ich bestelle hiermit _____ Exemplare der Sonderausgabe online plus zum Preis von DM 6,50/Stück (inkl. Versandkosten).

Name/Vorname _____

Firma _____

Strasse/Ort _____

Datum/Unterschrift _____

Verlagsgesellschaft
Rudolf Müller GmbH
Postfach 410949
5000 Köln 41

Bitte den Coupon ausschneiden und einsenden an:

PERTEC
Comput

Alter Hut

ed. - Ein Schauer läuft vielen Bundesbürgern - auch Kleinstsparen - über den Rücken bei dem Gedanken, daß sie ihnen nicht mehr selbst überlassen bleibt. Einkommensteuer auf Zinsen aus Sparbüchern und festverzinslichen Papieren an den Fiskus abzuführen, sondern daß sie statt dessen nur noch die um die Steuer gekürzte Zinszahlung bekommen. Dennoch wird die Arbeitsgemeinschaft Selbständiger Unternehmer (ASU) nicht müde, diesen alten Hut, der selbst von der sozialliberalen Bundesregierung zu den Lumpen geworfen wurde, wieder zu verkaufen.

Mit einer Quellensteuer sei eine bessere Erfassung „risikoloser Kapitaleinkünfte“ möglich, so die ASU, und sie glaubt, auf diese Weise bekäme der Finanzminister mehr Geld zur Umverteilung bei der Steuerreform in die Kasse. Zwar gäbe eine Gleichbehandlung von Kapitaleinkünften einen Sinn, denn Aktionäre müssen ihre Dividenden schon immer sofort versteuern. Aber es ist mehr als fraglich, ob ein Quellensteuerabzug bei Zinseinkünften mehr Bürger animieren würde, Ersparnisse in Risikokapital statt festverzinslich anzulegen.

Die ASU macht eine Milchmädchenrechnung auf. Man kann es doch an fünf Fingern abzählen, daß die ohnehin weit verbreitete Steuer- verdrossenheit Geld ins Ausland

abwandern läßt, was nur mit strenger Devisenkontrolle zu verhindern wäre. Und manchem würde die Lust am Sparen vergehen. Der Finanzminister bekäme dann auch nicht mehr in die Kasse, und zudem drohten die Zinsen zu steigen, womit weder dem Fiskus gedient wäre noch den Unternehmern; denn beide sind auf Kredite angewiesen. Man sollte lieber alles lassen wie es ist.

Gesetzes-Flut

gta (Stockholm) - Schwedens Parlamentarier haben 1983 einen unrühmlichen Rekord aufgestellt. Sie verabschiedeten 85 neue Gesetze, die der Wirtschaft zusätzliche Kosten auferlegten oder bereits bestehende erhöhten sowie neue Verbote brachten. Damit wurde die bisherige Bestleistung von 1974 (58) erheblich überboten. Dies ermittelte der frühere Direktor im Arbeitgeberverband, Björn Tarras-Wahlberg, der vor einigen Jahren die provozierende Frage stellte: „Stirbt Schweden an der Gesetzesflut?“ Er hat seine früheren Untersuchungen ergänzt und stellt jetzt fest, daß von 1971-1983 an jedem neunten Tag ein Gesetz oder eine Verordnung in Kraft trat, die der Wirtschaft das Leben schwerer machte, insgesamt 545, 272 gingen auf das Konto der sozialdemokratischen Regierung (1971-1976) und 211 auf das der Bürgerlichen (1977-1982). Dies nimmt Tarras-Wahlberg als Beweis, daß die Sozialdemokraten bereit sind, die Handlungsfreiheit der Unternehmen einzuschränken.

Gründungs-Welle

Von HEINZ STÜWE

Die Zahlen für sich betrachtet bieten eigentlich Grund zur Zufriedenheit: Die Welle von Unternehmensinsolvenzen ist im vergangenen Jahr bei knapp 12 000 zum Stillstand gekommen. Zudem seit Mitte letzten Jahres werden wieder mehr Unternehmen gegründet. Die Liste der Neueintragungen ins Handelsregister, 1982 recht bescheiden ausgefallen, hat sich um etwa 13 Prozent verlängert. Die für den gleichen Zweck gewährten Finanzierungshilfen des Bundes sind in den letzten Monaten gefragter denn je.

Ist damit die erhoffte Existenzgründungswelle bereits da, die oft beschworene Erneuerung der Wirtschaft durch junge und innovative Unternehmen längst in Gang? Solch vorsehliche Euphorie dämpfen vor allem jene, die tagtäglich mit gründungswilligen Unternehmern zu tun haben. Die Masse der Gründungen lasse keinen Schluß auf die Qualität zu, heißt es übereinstimmend bei Kammern und Unternehmensberatern. Nicht nur Kapital fehlt den Neugründern, bei vielen hapert es auch an kaufmännischen Fähigkeiten und Marktkenntnissen. Ein Mangel, der das Abenteuer Selbstständigkeit zuweilen schnell beendet.

Die Sorge der Kammern, daß die hohen Gründungszahlen von heute die Insolvenzen von morgen programmieren könnten, macht erst den derzeitigen Streit um die Existenzgründungsförderung verständlich. Wird nicht durch Programme wie die Eigenkapitalhilfe des Bundes, die nur zwölf Prozent an Eigenmitteln des Gründers voraussetzt, erst ein Arbeitsloser dazu verleitet, sich selbstständig zu machen, obwohl er keine Voraussetzungen dafür mitbringt? Und wie soll das junge Unternehmen, so schwer mit Schulden belastet, nach zwei oder drei Jahren die erste Erweiterung finanzieren? Berechnete Fragen, die den kritischen Punkt eines Förderinstruments beleuchten, das den Zweck hat, im Gründungszeitpunkt fehlendes Eigenkapital zu ersetzen.

Mit dem Darlehen von höchstens 40 000 Mark, ohne Sicherheiten an 20 Jahre gewährt, können die eigenen Mittel auf bis zu 40 Prozent der Investitionssumme aufgeföhrt werden. Die Konditionen, zwei zinsfreie Jahre, danach zwei, drei und fünf Prozent, vom sechsten Jahr an

schließlich der Marktinszenierung sowie zehn Jahre ohne Tilgung, zeigen eine schlüssige Konzeption. Der Gründer soll mit künstlichem Eigenkapital in die Lage versetzt werden, die Anlaufverluste zu verkraften und erst dann zur Kasse gebeten werden, wenn sich das Unternehmen gefestigt hat.

Gewiß gibt es unter den 7 600 im letzten Jahr Geförderten, obwohl ein fachliches Gutachten einer Kammer oder Unternehmensberatung gefordert wird, manchen Subventionskünstler und sicher ist an den Konditionen einiges Verbesserungsfähige. Deshalb jedoch auf ein ganz anderes Pferd zu setzen ist wenig sinnvoll. Das vieldiskutierte Existenzgründungssparen kann die bisherigen Instrumente allenfalls ergänzen, mit Sicherheit jedoch nicht ersetzen. Das Ziel, den Firmengründern eine solidere Eigenkapitalbasis zu verschaffen, ist zwar richtig gesteckt, doch wäre eine Ansparsumme von 30 000 Mark für viele Firmengründer nicht mehr als ein Tropfen auf den heißen Stein. Ob bei gründungswilligen jungen Leuten, die sich in der Ausbildung befinden, für eine solche staatlich geforderte Sparform überhaupt großes Interesse und vor allem die erforderliche Sparfähigkeit vorausgesetzt werden können, ist mehr als zweifelhaft. Eine Planungs- und Ansparszeit von sechs bis zehn Jahren ist ohnehin unrealistisch, ja vielleicht nicht einmal wünschenswert. Denn Jungunternehmer mit neuen Ideen sollten sich in ihrem eigenen Interesse nicht so lange Zeit lassen.

Neben dem sachlichen Pro und Contra schwingt in der Diskussion um die Ansparsförderung noch manches andere mit. Schließlich ist das Eigenkapitalhilfe-Programm, obwohl kurz nach dem Wechsel von der neuen Regierung entscheidend verbessert, ein Kind der sozial-liberalen Koalition. Da nimmt es nicht wunder, daß die Spitze des Wirtschaftsministeriums und die FDP daran festhalten wollen und nicht müde werden, Kontinuität und Beständigkeit zu fordern. Ein Appell, der beim Koalitionspartner auf wenig Gegenliebe stößt. Die Mittelstandspolitik der Union favorisiert das Ansparsmodell. Schließlich wollen sie nicht nachsehen, wenn es darum geht, eigene Leistungen zur Erneuerung der Marktwirtschaft vorzuweisen.

HANNOVER-MESSE / Bei der Eröffnung zeigt sich Lambsdorff optimistisch

Der Erholungsprozeß hat seit letzten Herbst erheblich an Kraft gewonnen

Die Voraussetzungen dafür, daß sich der Anstieg der Weltkonjunktur weiter fortsetzen wird, sind günstig. Diese Ansicht vertrat Bundeswirtschaftsminister Otto Graf Lambsdorff gestern Abend bei der Eröffnung der Hannover-Messe. In den meisten Industriestaaten, so der Minister, habe sich der „hausgemachte Kostendruck“ erheblich vermindert. Gleichzeitig sei die Inflationsrate auf dem niedrigsten Stand seit über zehn Jahren. Ausgesprochen günstig beurteilt Lambsdorff die Entwicklung in der Bundesrepublik. Der konjunkturelle Erholungsprozeß habe seit dem Herbst „erheblich an Kraft und Breite gewonnen“.

Die jüngsten Zahlen deuteten darauf hin, daß die im Jahreswirtschaftsbericht genannte Wachstumsrate des realen Bruttoinlandsprodukts von 2,5 Prozent deutlich übertrafen würden. Lambsdorff: „Würden wir den Bericht heute geschrieben haben, hätten wir - bei ebenso vorsichtiger Einschätzung wie damals - eine höhere Rate hineingeschrieben.“ Nach dem privaten Verbrauch seien inzwischen auch vom Export deutlich verstärkte Impulse für die konjunkturelle Wende ausgegangen. Schließlich sei auch die Investitionsgüternachfrage angesprungen. Dies alles sei ohne staatliche Nachfrageschübe in Gang gekommen, so daß von einem selbsttragenden Aufschwung gesprochen werden könne.

Bei allen wirtschaftspolitischen Erfolgen bleibt nach den Worten des Ministers mit der hohen Arbeitslosigkeit, „ein kräftiger Schatten“. Dieses Problem bleibe die große Herausforderung der nächsten Jahre. In diesem Zusammenhang widersprach Lambsdorff der Auffassung, die Arbeitslosigkeit lasse sich primär durch

Arbeitszeitverkürzung oder Umverteilung der Arbeit lösen. Zwar könne Arbeitszeitverkürzung bei flexibler Anwendung durchaus hilfreich sein; die Vorüberständerregelung sei ein Schritt in die richtige Richtung. Angesichts der Dimensionen der Probleme auf diesem Gebiet würden aber solche „defensiven Strategien“ keinen wirklich wesentlichen Beitrag zur Lösung der Beschäftigungsfrage leisten können. Das Konzept einer Beschleunigung in Richtung 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich halte er für „gänzlich verfehlt“.

Um die Arbeitslosigkeit zusätzlich bekämpfen zu können, würde mehr Flexibilität am Arbeitsmarkt benötigt. Hier seien vor allem die Tarifparteien gefordert. Er plädierte nicht für das „simple und falsche Konzept“ der Herabsetzung von Löhnen. Künftige Lohnsteigerungen aber müßten Raum lassen für die Stärkung der Finanzkraft der Unternehmen, um deren Investitionskraft zu stärken. Ferner sei eine Auflockerung von Gesetzen notwendig, die die Beweglichkeit des Arbeitsmarktes einengten.

Zahlreiche Schutzvorschriften gingen zu Lasten von Arbeitsuchenden. Die Bundesregierung halte es für erforderlich, über Änderungen nachzudenken und zu entscheiden. Dabei gehe es keineswegs um die Demontage sozialer Schutzrechte.

Der Präsident der Bundesvereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände, Otto Esser, forderte auf derselben Veranstaltung die Bundesregierung auf, den Kurs der Konsolidierung der Staats- und Sozialfinanzen fortzusetzen. Um dynamische Wachstumskräfte in der Wirtschaft zu aktivieren, müßte der durch unabhängige Gesetze erhöhte Verwaltungsaufwand entlastet werden. Auch das Arbeitsrecht bedürfe einer größeren Flexibilität.

Auch Esser bezeichnete das derzeitige wirtschaftliche Klima als gut. Wenngleich in verschiedenen Branchen noch Probleme zu beobachten seien und außen- und binnenwirtschaftliche Risiken bestünden, sei es durchaus realistisch, ein Wachstum von eher mehr als 2,5 Prozent zu veranschlagen. Entscheidende Bedeutung aber komme der Lohn- und Tarifpolitik dieses Jahres zu. Für die Arbeitgeber sei die Ablehnung der 35-Stundenwoche kein Dogma, sondern allein an der wirtschaftlichen und sozialen Vernunft orientiert. Esser ließ keinen Zweifel, daß sich die Arbeitgeber einem denkbaren Arbeitskampf stellen und ihn mit Geschlossenheit führen würden.

EUROPÄISCHE GEMEINSCHAFT

Höhere Freigrenzen im Reiseverkehr beschlossen

WILHELM HADLER, Brüssel
Höhere Freigrenzen haben die Finanzminister der EG für den innergemeinschaftlichen Reiseverkehr beschlossen. Dabei konnten sie sich allerdings nicht auf die von der Brüsseler Kommission angeregten großzügigen Geste (aus Anlaß der Europawahlen) durchsetzen.

Vom 1. Juli an sollen „Reisemitbringsel“ im Gesamtwert bis zu 280 Ecu (ca. 630 DM) von der Mehrwertsteuer befreit werden. Vergleichbar mit bisher 210 Ecu (ca. 475 DM). Dies bedeutet, daß die Freigrenzen praktisch nur an die Inflationsraten angeglichen werden. Die Mitgliedstaaten fürchten nicht nur den Steuerausfall, sondern auch wirtschaftliche Rückwirkungen auf den grenznahen Einzelhandel.

So hat sich Dänemark seit seinem Beitritt im Jahre 1973 lange Über-

gangsfristen ausgedehnt. Sonderregelungen gelten außerdem für Reisen nach Irland. Griechenland braucht seine Bestimmungen erst bis Mitte kommenden Jahres voll anzulegen.

Die Freimengen für Zigaretten, Tabak, Spirituosen, Wein und andere Erzeugnisse bleiben unverändert. Bonn hatte u. a. eine Aufstockung der Menge für Kaffee, Tee und Wein vorgeschlagen.

Kaum weitergekommen sind die Minister bei der Ausarbeitung des geplanten Korrekturmechanismus für den britischen und deutschen Finanzbeitrag. Die noch offenen Fragen des Systems können nach ihrer Meinung erst dann geklärt werden, wenn die politische Entscheidung über das Ausgangsniveau - also die für 1984 und 1985 vorgesehene Beitragsentlastung - gefällt ist.

ENERGIEFORSCHUNG

Riesenhüber für zügigen Abbau von Subventionen

HANS BAUMANN, Köln
„Ich habe die Absicht, die Ausgaben für die Energieforschung zügig zurückzuführen“, sagte der Minister für Forschung und Technologie, Heinz Riesenhuber, auf einer internationalen Arbeitsstagung des Energie-wirtschaftlichen Instituts der Universität Köln. „Es kann nicht Sinn staatlicher Förderung sein, alte Besitzstände zu erhalten.“ Wenn Objekte eine hohe Reife erreicht haben, wie die Kernenergie, müsse sich der Staat aus der Förderung zurückziehen.

Auch die Technik der Kohlevergasung sei so weit gediehen, daß die deutsche Kohle mehr und mehr allein in den Wärmemarkt zurückkehren könne. „Gigantische Zuwachsraten“ dürfe sie dort allerdings nicht erwarten. Von Bedeutung sei aber, daß Kohletechnologie dann zur Verfügung stehe, wenn sie kurzfristig benötigt werde. Dies ist nach Riesen-

huber dann der Fall, wenn die Weltkonjunktur wieder kräftiger anzieht und das Öl im Preis wieder davonzieht.

Aus Gründen der Zukunftssicherung engagiere sich der Staat auch bei der Kohlevergasung, denn es sei sicher, daß dieser Bereich des Treibstoffes künftig der größte Engpaß am Markt des Öls sein werde. Daher frage er sich, ob es nicht sinnvoll sei, die Verflüssigung der Braunkohle voranzutreiben.

Energetisch wandte sich Riesenhuber gegen eine diskutierte Schwefelabgabe-Steuer. Wenn eine solche Steuer kurzfristig greifen soll, so ist sie eine reine Strafssteuer, sagte der Minister. Statt einer neuen Steuer habe man sich für das Modell der Großfeuerungsanlagen-Verordnung entschieden. Hier habe die Industrie eine kalkulierbare Größenordnung in kostenmäßiger und zeitlicher Hinsicht.

IFO-PROGNOSE

Wachstumskräfte haben den Investitionsbereich erfaßt

DANKWARD SEITZ, München

Die konjunkturelle Entwicklung des verarbeitenden Gewerbes in der Bundesrepublik steht weiterhin im Zeichen des Aufschwungs. Nach einer Studie des Münchner Ifo-Instituts für Wirtschaftsforschung kann die deutsche Industrie im laufenden Jahr mit einem Produktionsanstieg um voraussichtlich vier Prozent rechnen, nachdem 1983 ein Plus von einem Prozent und seit Herbst 1982 eine Zunahme von etwa sieben Prozent zu verzeichnen war. Bei bis in jüngster Zeit kräftig zunehmenden Bestellungen haben sich die Absatzschancen dieses Wirtschaftszweiges fortwährend verbessert. Sehr wesentlich sei dabei, daß sich diese sehr günstige Entwicklung sowohl auf das Inland wie auf das Auslandsgeschäft erstreckt und fast die ganze Breite des verarbeitenden Gewerbes erfaßt habe.

Während der bisherige Aufschwung im wesentlichen aber vom Produktionsgütergewerbe getragen worden sei, wird nach Ansicht des Ifo-Instituts die weitere, wenn auch abgeschwächte Konjunkturbolung 1984 von der Nachfrage nach Investitionsgütern getragen. Schon seit Herbst 1983 erhole sich auf diesem Gebiet die Inlandsnachfrage spürbar, nachdem sie über weite Teile des vergangenen Jahres als Reaktion auf den Nachfrageschub, den die Investitionszulage ausgelöst hatte, sehr zurückhaltend war. Auch die Verbesserung der Ertragslage der Unter-

men lasse eine weitere Belebung der Investitionsneigung erwarten.

Gewisse Risiken sieht das Ifo in der Auslandsnachfrage, dennoch dürfte sie in den meisten Branchen so kräftig bleiben, daß sie eine - wenn auch deutlich schwächere - Expansion der Ausfuhr im Jahresverlauf zuläßt. Rückschläge müßten für die nächste Zeit vor allem in den Bereichen des verarbeitenden Gewerbes in Rechnung gestellt werden, die bisher von der Stärke des US-Dollar stark begünstigt wurden. Schließlich würden sich aber die positiven und negativen Elemente der Festigung der D-Mark zugunsten der Binnenkonjunktur auswirken, so daß mit zusätzlichen Impulsen für die Produktionstätigkeit zu rechnen sei.

Als einen wichtigen Indikator dafür, daß sich die Investitionsneigung verstärkt, wertet das Ifo die Inlandsnachfrage im Maschinenbau. Befürchtungen, daß es nach dem Auslaufen der Investitionszulage an Anschaffungsaufträgen fehlen würde, hätten sich als gegenstandslos erwiesen. Im Durchschnitt der Monate November 1983/Januar 1984 hätte die Nachfrage das zweite Quartal 1983 real um knapp fünf Prozent übertraffen und bereits das durchschnittliche Umsatzniveau von 1983 erreicht. Zudem spreche auch die konjunkturelle Umstellung im Ausland dafür, daß das Exportgeschäft weiter anzieht. Insgesamt könne die Branche mit einem um mindestens drei Prozent höheren Produktionsergebnis rechnen.

WIRTSCHAFTS JOURNAL

Gibt Kiel seine HDW-Beteiligung ab?

Kiel (rt) - Das Land Schleswig-Holstein soll seine 25-prozentige Beteiligung an der Howaldtswerke-Deutsche Werft AG nach dem Vorschlag einer unabhängigen Sachverständigenkommission zur Überprüfung von Subventionen des Landes zum „nächstmöglichen Zeitpunkt“ abgeben. In dem Abschlußbericht äußert die Kommission Zweifel, ob das mit einer weiteren Kapitalzuführung gekoppelte Konzept zur Neuorientierung der HDW erfolgreich sein wird. Auch halte die Kommission die Aufgabe der Beteiligung an der staatlichen Großwerft schon deshalb für geboten, um sich daraus ergebende Wettbewerbsverzerrungen für die mittelständischen Werften im Lande künftig zu vermeiden.

Verfahren gestoppt

Berlin (AP) - Das Bundeskartellamt hat das seit Sommer 1982 schwelende Verfahren wegen des Verdachts des Preismissbrauchs gegen die Hersteller des umsatzstärksten Medikaments für Zuckerkrankke, „Euglucon“, gestoppt. Das Amt sehe keine Veranlassung, die Untersuchungen gegen die Konzerne Boehringer Mannheim GmbH und Hoechst AG wegen überhöhter Preise fortzusetzen. Als Grund führte das Kartellamt die Entscheidung der Unternehmen an, „aufgrund der Marktentwicklung“ die Preise für „Euglucon“ zum 15. Mai um 30 Prozent zu senken.

Preisausgang bleibt

Bonn (dpa/VWD) - Die genossenschaftlichen Banken wollen auch weiterhin im Interesse ihrer Kunden an Preisausgang in den Schalterräumen festhalten. Mit dieser Entscheidung reagierten die Genossenschaftsbanken in Bonn auf das Urteil des Bundesverfassungsgerichts, das die Pflicht zur Preisauszeichnung im Einzelhandel für nichtig erklärt hatte.

Deutsch-Kanadischer Tag

Mainz (VWD) - Starkes Interesse an Unternehmenskreisen verzeichnete der 2. Deutsch-Kanadische Wirtschaftstag, den die kanadische Botschaft zusammen mit der Landesver-

einigung Rheinland-Pfälzischer Unternehmensverbände (LVU) und dem Carl-Dursberg-Arbeitskreis am Montag in Mainz veranstaltete. Rund 100 Unternehmensvertreter aus vielen Teilen der Bundesrepublik nutzten die Gelegenheit, sich von 40 kanadischen Wirtschaftsexperten über Möglichkeiten des Ausbaus der Handelsbeziehungen informieren zu lassen. Schwerpunkte zeigten sich dabei im Maschinenbau, in der chemischen Produktion und im Fahrzeugbau.

Aktienumsätze gesunken

Frankfurt (dpa/VWD) - An der Frankfurter Wertpapierbörse gingen die Aktienumsätze im März gegenüber dem Vormonat um 32,8 Prozent auf rund 3,41 Mrd. DM (davon 2,82 Mrd. DM deutsche Aktien) zurück. Im 1. Quartal gab es nach Mitteilung des Börsenvorstands ein Plus gegenüber dem bisher umsatzstärksten 1. Quartals 1983 um 15,1 Prozent auf 14,8 Mrd. DM. Bei festverzinslichen Wertpapieren wurden im März 6,62 Mrd. DM (minus 9,3 Prozent gegenüber Februar) umgesetzt.

Autoexport geschrumpft

Paris (J.Sch.) - Die französische Automobilindustrie hat mit zunehmenden Absatzschwierigkeiten im Ausland zu kämpfen. Nachdem ihr Pkw-Export 1983 um 10,3 Prozent gestiegen war, ging er im Januar um 0,8 und im Februar um 12,4 Prozent gegenüber dem gleichen Vorjahresmonat zurück. Obwohl der Inlandsabsatz sogar um 10,7 Prozent anwuchs, wurde die Pkw-Produktion in dem Zweimonats-Abschnitt nur um 3,1 Prozent gedrosselt. Offensichtlich wollte man die Vorräte aufstocken.

Niedersachsen-Anleihe

Hannover (VWD) - Das Land Niedersachsen begibt eine 400 Mill. DM-Anleihe mit einem Normalzins von acht Prozent und einer Laufzeit von zehn Jahren sowie einem Auszahlungskurs von 99,75 Prozent. Wie die Norddeutsche Landesbank Girozentrale (Nord-LB), Hannover, mitteilte, sei Emission erstmals eine Wertrichts-Anleihe und deshalb der Erwerb für den Anleger Spesen- und Börsenumsatzsteuerfrei.

PERTEC 3200: Programmiert Computerhändler auf Gewinn

Wer überlegt handelt, handelt mit PERTEC 3200 von IMK* Denn PERTEC 3200 ist die wirtschaftliche Alternative für alle Software-Häuser, Computer-Vertriebsgesellschaften und Bürofachhändler. PERTEC 3200 ist der kostengünstigste Einstieg in den BBII-Markt. Und volle MAI-Kompatibilität bedeutet den direkten Zugriff auf das umfangreichste Software-Angebot. In deutscher Sprache. Damit ist PERTEC 3200 die gewinnbringende Verbindung von leistungsstarker Hardware und verfügbarer Software. Denn ein Leistungsvergleich (von neutraler Stelle) der wichtigsten MAI-kompatiblen Systeme beweist: Bei PERTEC 3200 stimmt das Preis-/Leistungsverhältnis. Mit PERTEC 3200 ist der Erfolg vorprogrammiert. Und wo Erfolg ist, ist Gewinn.

IMK liefert seinen Vertriebspartnern Komplett-Systeme. Und unterstützt sie in allen Aufgabenstellungen, damit sie ihren Kunden immer die passende Lösung bieten können: Komplett-Hard- und Software-Ausstattung der PERTEC 3200-Systeme, Bildschirm-Terminals und Drucker, DÜ-Geräte und die notwendigen Kabelverbindungen. Praktisch alles aus einer Hand. Und zwar zu einem Preis, den Sie nicht für möglich halten.

IMK

IMK GmbH
Gutenbergstr. 22
4044 Kaarst 2
Tel. 02101/51755
Tlx. 2101310

Neu: FTZ-Zulassung für DCX-Serie!

IMK ist der einzige autorisierte Distributor, der für die DCX-Serie - DCX 725, 815, 817, 825, 830, 840, 850 - seit dem 28. März 1984 die FTZ-Zulassung (Nr. 03344D) hat.

Das derzeit auf dem Markt angebotene Equipment entspricht nicht mehr den Post-Bestimmungen. Deshalb hat IMK die komplette DCX-Serie modifiziert und ist damit zur Zeit der einzige Anbieter, der DCX auch installieren darf. DCX, das sind statische Netzwerk-Multiplexer und Netzwerk-Knoten neuester Generation und fortschrittlichster Technologie für weltweite Kommunikation.

* IMK vertreibt die Computer-Systeme von PERTEC (Tochtergesellschaft von VW/USA) exklusiv auf dem deutschen Markt.

Schalten Sie uns ein.

GRIECHENLAND / Kreditprogramm beschlossen

Werben um Privatfirmen

dpa/VWD, Athen
Die griechische Regierung bemüht sich derzeit, für die Wirtschaft des Landes den Anschluss an die sich belebende Konjunktur der westlichen Industrieländer zu erreichen. Dabei muß sie mit Spannungen kämpfen, die sich aus dem sozialistischen Anspruch ihrer Politik und dem Unmut der Privatwirtschaft über diesen Kurs ergeben. Hinzu kommt von außen der Druck des Internationalen Währungs-

sich die Verantwortlichen in Athen den Wünschen ihrer privaten Wirtschaft nicht ganz verschließen. Der griechische Industrieverband, der keine Gelegenheit ausläßt, auf die „Inkonsequenz“ und „Widersprüche“ der offiziellen Politik hinzuweisen, bekommt seit einigen Wochen immer milder klingende Töne des Ministerpräsidenten zu hören.

Papandreu erklärte kürzlich vor Exporteuren, er glaube, es sei die Stunde gekommen, um alle Mißverständnisse zu beseitigen, die bisher Regierung und Privatindustrie auseinandertrieben.

Ein staatliches Kreditprogramm im Umfang von rund 830 Mrd. Drachmen (20,75 Mrd. DM) steht an erster Stelle der Wirtschaftsminister Arsenis angekündigten Maßnahmen zur Stärkung der Wirtschaftskraft des Landes. Damit werden 25 Prozent mehr staatliche Mittel in die öffentlichen und privaten Unternehmen gepumpt als 1983. Von der Gesamtsumme sollen 280 Mrd. Drachmen (das sind stolze 18 Prozent mehr als 1983) auf die Privatwirtschaft und 550 Mrd. Drachmen (plus 4,4 Prozent) auf den öffentlichen Sektor entfallen. 50 Mrd. Drachmen sind als Rücklagen vorgesehen. Die Kreditvergabe soll sich auf die drei Hauptbereiche der griechischen Wirtschaft konzentrieren: Landwirtschaft (plus 24 Prozent), Verarbeitungssektor (plus 18 Prozent) und Wohnungsbau (plus 19 Prozent).

Ein weiterer Schwerpunkt der griechischen Anstrengungen liegt darin, Produktivität und Wettbewerbsfähigkeit mehr durch eigene Leistungsfähigkeit als durch Protektionismus zu erreichen. Dazu wäre mittelfristig der Einsatz neuer Technologien, verstärkte Investitionen und eine bessere Organisation notwendig. Auch hier will die Regierung offensichtlich die private Initiative stärker fördern.

Sozusagen im Vorgriff auf ein solches Handeln erwartet die griechische Regierung im laufenden Jahr ein Wachstum von 1,5 Prozent. Damit liegt die Regierung im Trend der von der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) erstellten Prognose für 1984. Unterdessen bleibt die Inflation, die 1983 einen Wert von 20,5 Prozent erreichte, das große Problem. Erklärtes Ziel der Regierung in diesem Bereich sind 18 Prozent für 1984. Die Regierung hat eine Preis- und Einkommenskommission ins Leben gerufen. Vom Erfolg der Anti-Inflationpolitik dürfen die wirtschaftlichen Fortschritte größtenteils abhängen.

JAPAN / Öffnung des Kapitalmarktes soll zu realistischerem Wechselkurs führen

Tokio läßt jetzt Euroyen-Bonds zu

FRED de LA TROBE, Tokio

Das Finanzministerium in Tokio hat den japanischen Kapitalmarkt um einen Spalt weiter geöffnet. Die neuen Liberalisierungsmaßnahmen, die von diesem Monat an gelten, erfolgen auf starken Druck der USA und der Europäischen Gemeinschaft. Den Amerikanern und Europäern ging es vor allem darum, auf einen realistischen Kurs des Yen hinzuwirken.

Bei den neuen Maßnahmen handelt es sich zunächst um die Genehmigung für befugte japanische Firmen, Euroyen-Bonds auszugeben. Ferner ist der Vertrieb ausländischer Geldmarktpapiere in Japan erlaubt. Insgesamt 108 japanische Großunternehmen mit einem Nettovermögen von mindestens 1,7 Mrd. DM dürfen im Ausland konvertierbare Euroyen-Anleihen emittieren, weitere 30 Gesellschaften mit einem Nettovermögen ab 3,5 Mrd. DM dürfen einfache Euroyen-Anleihen ausgeben.

Der Vertrieb ausländischer Geldmarktpapiere - kommerzielle Papiere und Depositenzertifikate - ist japanischen und in Japan akkreditierten ausländischen Kreditunternehmen unter der Bedingung gestattet, daß sie dem Finanzministerium einmal im Monat über ihre Transaktionen Bericht erstatten.

Bisher war es nur in Ausnahmefällen erlaubt, Euroyen-Bonds zu emittieren. Die japanischen Behörden hielten in diesem Bereich bisher die Kontrollen aufrecht, da sie meinten, ein unbehinderter Zugang zum Euroyen-Markt mit seinen frei fluktuierenden Zinssätzen könne das Gefüge der japanischen Zinssätze stören.

Als Einschränkung bleibt auch jetzt noch ein halbjähriges Embargo für den Zufluß von Kapital nach Japan bestehen, das durch den Verkauf der Euroyen-Anleihen anfällt. Im japanischen Finanzministerium hieß es dazu, daß diese Regelung nötig sei, um eine „Belastung“ des inländischen Kapitalmarktes zu verhindern. Ausländische Kreditinstitute und Broker dürfen vorläufig noch nicht

führend bei der Vermittlung der Euroyen-Bonds mitwirken. Aus dem Finanzministerium verlautete jedoch, daß diese Einschränkungen in Zukunft voraussichtlich fallen würden.

In ausländischen Bankkreisen Tokios wird bezweifelt, daß die neue Liberalisierung zu einem realistischen Wechselkurs des Yen führt; der Yen würde dann bei 180 bis 200 zum Dollar liegen. Da die großen japanischen Handelsgesellschaften 60 Prozent des Außenhandels Japans betreiben - können sie - nach sogenannter „administrativer Führung“ des Finanzministeriums - mit Dollar-käufen ein zu starkes Steigen der Währung verhindern. Die japanischen Großbanken stützen dabei mit entsprechenden Transaktionen.

Außerdem wird nur ein geringer Teil des japanischen Handels in Yen fakturiert. Das künstliche Niedrighalten der japanischen Zinsen sorgt ferner für einen starken Kapitalabfluß aus Japan. (SAD)

Strompreise sollen moderat steigen

J. SCH. Paris

Die französischen Strompreise sollen künftig nicht mehr über die Inflationsrate hinaus steigen, hat jetzt die Electricité de France (EDF) angekündigt. Gleichwohl will das staatliche Elektrizitätsmonopol für dieses Jahr einen ausgleichenden Geschäftsschluß vorlegen. 1983 war ein Verlust von 5,7 Mrd. Franc entstanden, nach minus acht Mrd. Franc 1982. Ohne die Dollar-Hausse hätte das Defizit nach Angaben von EDF-Präsident Marcel Boiteux aber nur 2,5 Mrd. Franc erreicht. Diese bedeutende Differenz zu dem effektiven Verlust erklärt sich aus den hohen Zins- und Tilgungszahlungen für die gewaltige Auslandverschuldung, die 44 Prozent der gesamten EDF-Verbindlichkeiten von 189 Mrd. Franc erreicht. Das waren 177 Prozent des auf 101,4 (87,7) Mrd. Franc gestiegenen Umsatzes.

Andererseits wurden die Strompreise um 10,9 Prozent erhöht, der Stromverbrauch nahm um 5,8 Prozent zu. Gleichzeitig gingen die Selbstkosten der EDF wegen des verstärkten Einsatzes von Atomkraftwerken zurück, wo der Einstandspreis je Kilowattstunde jetzt nur noch 23 Centimes beträgt, gegenüber 33 Centimes bei den Kohlen- und 43 Centimes bei den Ölkraftwerken.

EG / Kommission drängt Tokio zur Liberalisierung

Forderungs-Liste überreicht

WILHELM HADLER, Brüssel

Die EG-Kommission drängt weiter auf eine stärkere Öffnung des japanischen Marktes. In einer Note, die in dieser Woche dem Botschafter Tokios bei den Gemeinschaften übermittelt wurde, legte sie erneut eine lange Liste von Forderungen vor, die zu einem besseren Gleichgewicht im Handel führen sollen.

Der Katalog bezieht sich sowohl auf makro-ökonomische Maßnahmen zur Stimulierung der Inlandsnachfrage als auch auf Zollsenkungen, administrative Erleichterungen und eine schrittweise Liberalisierung des Dienstleistungsbereichs. Er geht auf einen ausdrücklichen Wunsch der japanischen Regierung zurück, die europäischen Wünsche zu konkretisieren.

Nach Meinung der Kommission sollte Japan zum Beispiel steuerliche Anreize für den Import von industriellen Verarbeitungserzeugnissen schaffen, günstigere Abschreibungs-

bedingungen für Kapitalgüter einführen und die Finanzierung von Einfuhren erleichtern. Angewandt wird in der Note ferner eine Begünstigung von ausländischen Investitionen.

Als weitere Maßnahmen schlägt die EG-Behörde die Öffnung des staatlichen Auftrags- und Beschaffungswesens für ausländische Firmen vor, zum Beispiel in den Sektoren Luft- und Raumfahrt, Verteidigung, Umweltschutz und Ökotechnologien.

Der japanische Handelsüberschuß gegenüber der EG ist in den ersten beiden Monaten von 1984 mit 389 Mill. Dollar zwar um zwölf Prozent gegenüber dem Vorjahreszeitraum zurückgegangen. Bei einigen „sensiblen“ Erzeugnissen wurden jedoch erneut erhebliche Exporterfolge Japans deutlich. So stiegen die Pkw-Importe in die Bundesrepublik um 61 Prozent, die von Werkzeugmaschinen um 38 und die von Videogeräten um 25 Prozent gegenüber dem Vorjahr.

FRANKREICH / Zusatz-Ausgaben von elf Milliarden

Haushalt wird nicht belastet

JOACHIM SCHAUFUSS, Paris

Zusätzliche Staatsausgaben sollen dieses Jahr in Frankreich erstmals nicht durch Steuererhöhungen, sondern durch die Kürzung anderer Ausgaben ausgeglichen werden. Die Regierung will damit das Budgetdefizit auf dem Stand von 125,8 Mrd. Franc halten, der im Haushaltsgesetz für 1984 festgeschrieben ist und der drei Prozent des Bruttoinlandsprodukts entsprechen soll. Im letzten Jahr hatte das Defizit 129,8 statt 117,8 Mrd. Franc bzw. 3,3 (3,0) Prozent erreicht.

An neuen Ausgaben wurden im bisherigen Verlauf dieses Jahres 11 Mrd. Franc beschlossen, davon vier Mrd. Franc für nachträgliche Gehalts-erhöhungen der Staatsbediensteten, 3,7 Mrd. Franc für zusätzliche Staats-hilfen an den Schiffbau und der Rest für soziale Zwecke, darunter die durch den industriellen Restrukturierungsplan geschaffenen Rekonversionsprämien so wie die Staatsbeteiligung an der Rückkehr von Gastarbeitern.

Dagegen gestrichen wurden 4,4 Mrd. Franc bei den anderen Subventionen, 2,7 Mrd. Franc bei den staatlichen Investitionsausgaben, eine Mrd. Franc bei den Entwicklungshilfe, 0,9 Mrd. Franc bei den laufenden Verwal-

tungsausgaben. Weitere zwei Mrd. Franc sollen durch eine „rigorose Staatsverwaltung“ eingespart werden. Dazu gehört der Abbau des in den ersten beiden Jahren der sozialistischen Amtszeit gewaltig aufgeblähten Beamtenapparats.

Für je drei durch Erreichen der Altersgrenze oder Todesfall frei werdenden Stellen wird künftig nur noch eine neu besetzt. Diese Regelung soll auch im nächsten Jahr gelten. Aber noch einschneidendere Sparmaßnahmen werden erforderlich, wenn die Regierung den Auftrag Präsident Mitterrand erfüllen will, den Anteil der Steuern und Sozialabgaben am Sozialprodukt von 1984 auf 1985 um einen Prozentpunkt zu senken, ohne daß das Budgetdefizit drei Prozent des Sozialprodukts überschreitet.

In Finanz- und Wirtschaftskreisen hält man dieses Ziel für zu hoch gesteckt. Denn das französische Wirtschaftswachstum dürfte auch im nächsten Jahr sehr schwach ausfallen, während die Arbeitslosigkeit schon infolge der industriellen Umstrukturierung verstärkt zunimmt. Außer den Sozialisten werden auch Subventionen den Haushalt zusätzlich belasten.

ASEAN-STAATEN / Wachstum über Durchschnitt

Auslandsinvestoren gesucht

KAREN SÖHLER, Bonn

Ausländische Investoren sollen in den ASEAN-Staaten - Indonesien, Thailand, Singapur, Malaysia, Philippinen, Brunei - die Zukunft sichern helfen. Aus diesem Grund hat eine Delegation Paris, London und als letzte Station Bonn besucht. Auf der Anfang dieser Woche vom Deutschen Industrie- und Handelstag veranstalteten ASEAN-Investment-Konferenz berichteten Experten der Länder über die wachsenden Investitionsmöglichkeiten in der Region.

Das Interesse der ASEAN-Staaten an Europa beruht nicht zuletzt auf der Tatsache, daß die Direktinvestitionen der Europäischen Gemeinschaft im vergangenen Jahr nur 9,5 Mrd. DM betrugen, in den USA hingegen zwölf Mrd. und in Japan sogar 13,2 Mrd. DM. Bei ihrem Werben verwiesen die Landesvertreter vor allem auf das relativ hohe Wachstum zwischen 1972 und 1982 von durchschnittlich sechs Prozent und auf das Potential, das die

dort lebenden 270 Millionen Menschen bieten.

Verständlicherweise haben höchstens Singapur und Malaysia auch kapitalintensive Investitionen im Visier, die anderen ASEAN-Staaten legen vor allem auf arbeitsintensive Investitionen Wert. Denn die Bevölkerungsexplosion in diesem Raum einerseits und die beginnende Mechanisierung der Landwirtschaft andererseits - verbunden mit einer zunehmenden Landflucht - haben die Arbeitslosigkeit drastisch ansteigen lassen. Rund 30 Prozent der Arbeitskräfte in den südostasiatischen Staaten sind unterbeschäftigt oder arbeitslos.

Arbeitsintensive Auslandsinvestitionen könnten freilich Abhilfe schaffen. Wichtig sei allerdings, daß die Wirtschaftssysteme die notwendige Offenheit aufwiesen, erklärte der Vorstandsvorsitzende der Ferrostaal AG, Hans Singer. Hemmnisse könnten durch Investitionsförderungen nicht ausgeglichen werden.

Wohnungsbau wird wieder gefördert

J. Sch. Paris

Die französische Bauwirtschaft hat die von der Regierung beschlossenen neuen Maßnahmen zur Förderung des Wohnungsbaus begrüßt. Sie wären geeignet, die durch die verschärfte sozialistische Mieterschutzgesetzgebung ausgelöste Flucht aus den Immobilien zu stoppen und neues Kapital für Bauvorhaben anzulocken. Die der persönlichen Initiative Mitterrands zu verdankende Aktion würde 15 000 Arbeitsplätze retten.

Die wichtigste Maßnahme ist die von den Banken finanzierte Zinssenkung für Wohnungsbaukredite von 13 % auf 12 % Prozent. Dieser Satz wird bei einem allgemeinen Zinssniveaum von über 15 Prozent als attraktiv bezeichnet. Auch dürfen künftig Vermieter von Neubauwohnungen den Anfangsmietzins im Unterschied zur bisherigen Gesetzgebung völlig frei festsetzen. Die (staatlichen) Versicherungsgesellschaften sind angewiesen, verstärkt in den Mietwohnungsbau zu investieren.

SCHWEIZ / Rechtshilfe bei Strafverfolgung nur unter engen Voraussetzungen

„Bankgeheimnis hat keine Löcher“

rr, Zürich

Das Ausland hat die Schweiz im vergangenen Jahr in etwa 8000 Fällen um Rechtshilfe bei der Verfolgung von Straftaten ersucht. Die Schweiz hat auf der Grundlage zwischenstaatlicher Verträge und internationaler Abkommen darüber entschieden, ob sie den Rechtsbeistand gewährt. Dazu kamen 26 Fälle, bei denen es sich nach Auskunft des Sektionsleiters für Internationale Rechtshilfe beim Eidgenössischen Justiz- und Polizeidepartement, Lionel Frei, um den Tatbestand des „Abgabetruges“ handelte. Bei insgesamt 17 akzeptierten Ersuchen wurde in sechs Fällen bei Banken ermittelt. In den ersten drei Monaten des laufenden Jahres sind nach Auskunft Frei vier weitere Fälle hinzugekommen.

Wegen dieser noch nicht einmal 0,5 Prozent aller Rechtshilfeersuchen, von denen im vergangenen Jahr 14 aus der Bundesrepublik Deutschland, je drei aus Frankreich und Schweden, je zwei aus Dänemark und Großbritannien und je eines aus Belgien und Italien stammten, sind nun mancherorts Zweifel an der Zuverlässigkeit des Schweizer Bankgeheimnisses angemeldet worden.

Nach den Angaben von Sektionschef Frei sind sie unbegründet. Richtig sei, daß das Bankgeheimnis international keinen Schutz biete. Aus der Existenz des Rechtshilfegesetzes jedoch den Schluß zu ziehen, das Bankgeheimnis sei so leicht geworden wie ein Emmentaler Käse, sei schlicht falsch. Frei schildert die Prozedur: Voraussetzung für ein Rechtshilfeersuchen ist zunächst die Einleitung eines Strafverfahrens im Ausland. Auftragen von Finanzämtern würden hingegen von vornherein nicht beantwortet.

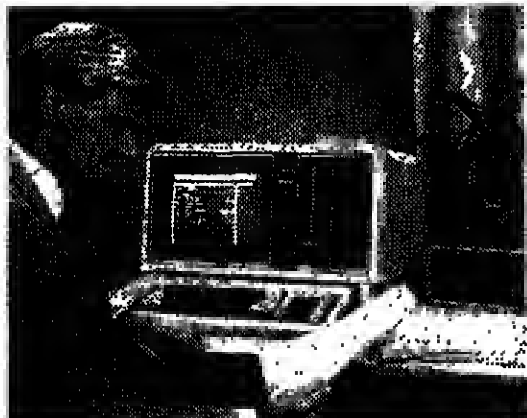
Gehe bei der zuständigen Kantonsbehörde ein Ersuchen ein, so werde das Bundesamt für das Polizeiwesen um eine Überprüfung und Stellungnahme gebeten. Falls diese für den Antragsteller positiv ausfällt, so werde das Verfahren an die zuständige kantonale Justizbehörde zur Weiterverfolgung übergeben. Wollte diese nun aufgrund des vorliegenden Beweismaterials Einsicht in Bankkonten nehmen, so kann die Bank gegen einen entsprechenden Gerichtsbeschluss Einspruch erheben. Letzte Instanz sei das Bundesgericht, dessen Vorgang dauert nach Angaben Frei mindestens neun Monate.

Bisher sei noch kein Fall rechtskräftig abgeschlossen und noch nie aufgrund von Zwangsmaßnahmen Akteneinsicht durchgesetzt worden. In drei der 28 Ersuchen des vergangenen Jahres hätten die Banken hingegen Konten auf den ausdrücklichen Wunsch der Beschuldigten hin offen gelegt.

Nach dem schweizerischen Verwaltungsverfahren handelt es sich bei Abgabetrug um ein „arglistiges“ Verhalten, durch das dem Gemeinwesen unrechtmäßig und in einem erheblichen Betrag eine Abgabe, ein Beitrag oder eine andere Leistung vorenthalten oder daß es sonst am Vermögen geschädigt wird“. Das Strafmaß bewegt sich zwischen 30 000 Franken Geldbuße und einem Jahr Gefängnis. Zur Begründung eines solchen Delikts reichen nach den Angaben Frei vage Andeutungen nicht aus; da müssen schon handfeste Beweise her. Außerdem müsse man sich schon einiges einfallen lassen, um die Schweizer Steuerpflicht zu täuschen. Aber auch ertrappte Steuerschwindler brauchen künftig nicht am Bettelstab zu gehen. Womöglich müssen sie ihre in die Schweiz geschafften Gelder nachversteuern. Auf jeden Fall aber können sie das zinsbedingte Wachstum ihrer Franken-Bestände weiter genießen: Beschlagnahme auf ausländische Anforderung hin gibt es nicht bei Abgabetrug. Frei wies darauf hin, daß die Schweiz kein Rechtshilfeersuchen gegen einen steuerflüchtigen Eidgenossen laufen habe. Dies müste wohl am System liegen.

Der TRS-80 Modell 12.

Durch ein Steckkartenmodul ganz auf die Zukunft Ihres Unternehmens programmiert.



Buchführung, Inventur, Fakturierung, der Microcomputer TRS-80 Modell 12 eignet sich für die verschiedensten Anwendungen und Unternehmensbereiche. Mit der Gewißheit für Sie, daß dieses heute so leistungsfähige Gerät auch morgen noch schnell, sicher und präzise alle Ihre Probleme löst. Der TRS-80 Modell 12, für leichte Ausbaufähigkeit entwickelt, wächst mit Ihrem Unternehmen.

Für Unternehmer, die auf Rentabilität und Produktivität Wert legen, gibt es kaum einen effizienteren Helfer. Modell 12 - eine Investition, die sich auszahlt. Jetzt und später.

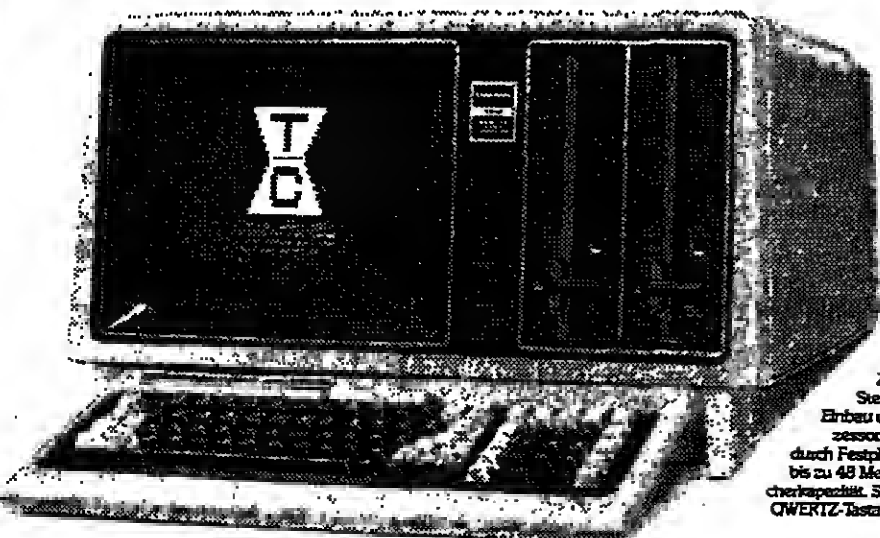
Überzeugen Sie sich selbst. Fordern Sie mit dem untenstehenden Coupon ausführliche Informationen an, oder wenden Sie sich für eine persönliche Vorführung an Ihr nächstgelegenes Computer-Center, eine spezialisierte Tandy-Filiale oder einen Vertragshändler.



- Beispielhafte Zuverlässigkeit: der TRS-80 ist der in der Welt am häufigsten eingesetzte Microcomputer.
- Leistungen und Entwicklungsmöglichkeiten auf Ihre Bedürfnisse zugeschnitten.
- Leistungsfähiger Kundendienst: Wartungsvertrag in 2 Versionen (vor Ort bzw. im Werk).
- Hilfe und Beratung in allen unseren Computer-Center bzw. spezialisierten Tandy-Filialen und Vertragshändlern (ca. einhundert in Europa!).

TRS-80, ein Microcomputer für jeden Beruf.

* Unverbindliche Preisempfehlung. Preise ab 1. November 1983, unter Vorbehalt von Verkaufsprogramm- oder Preislistenänderungen. Bei den Vertragshändlern können die Preise differieren.



Abgebildetes Gerät: Modell 12, Ref. 264-4005, mit zwei Disketten-Laufwerken.

12 495,- DM* (einschl. 14 % MwSt.)

Das Modell 12 ist ebenfalls erhältlich mit einem Disketten-Laufwerk (Ref. 264-4004)

9 995,- DM* (einschl. 14 % MwSt.)

TRS-80™

Alleinvertreter

Tandy®

TANDY CORPORATION Marketing Department (Herrn G. Meckahn)
Channahon, IL 60918-0001 U.S.A.
Bitte senden Sie mir Informationen über:
□ den Modell 12 □ das TRS-80 Produkt

Name _____
Gesellschaft _____
Straße _____
Postfach _____
Ort _____
Tel. _____

WIRTSCHAFT

HANOMAG

Landesregierung engagiert sich

dos Hannover
Die niedersächsische Landesregierung, an ihrer Spitze Ministerpräsident Ernst Albrecht, hat ihr Engagement um die Fortführung der Produktion beim hannoverschen Baumaschinenhersteller Hanomag wieder verstärkt. Dabei wird, wie aus informierten Kreisen verlautet, der Einstieg der Arabian General Investment Corp. (Agico) mit der General Motors-Tochter Terex favorisiert gegenüber dem „Verwertungsangebot“ des Hamburger Unternehmers Ulrich Harms. Offenbar ist es der Landesregierung aber noch nicht gelungen, die Gläubigerbanken dazu zu bewegen, das bis zum 6. April limitierte Harms-Angebot zunächst einmal auszusetzen.

Alternativ wird derzeit eine weitere Möglichkeit diskutiert. Dabei geht es darum, den Harms-Vertrag mit einer Option, die eine spätere Beteiligung von Agico/Terex vorsieht, abzuschließen. In den nächsten Tagen sollen Gespräche zwischen der Landesregierung, den Gläubigerbanken und dem Konkursverwalter stattfinden.

Wachstum über dem Durchschnitt

VWD, München

Ein überdurchschnittliches Wachstum von nominal 15,3 Prozent auf 6846 Mill. DM Umsatz verzeichnete die größte deutsche Pharmagroßhandelsfirma Wieda eG, Planegg, 1853. Der gesamte Pharmagroßhandel in der Bundesrepublik wuchs um neun Prozent. In beiden Raten ist die Steigerung der Arzneimittelpreise mit 5,8 Prozent enthalten. Die Umsatzexpansion schwächt sich 1984 ab. Wie Wieda-Vorstandschef Jürgen Brink in München sagte, rechnet er nicht damit, das im ersten Quartal 1984 erzielte Wachstum von zehn Prozent über das ganze Jahr halten zu können.

Der politische Druck auf Ärzte und Apothekenindustrie werde die Nachfrage bremsen. Wieda beliefert derzeit 2600 Apotheken in Bayern, Hessen, Rheinland-Pfalz, Saarland und Berlin. 2300 von ihnen sind bereits Genossenschaftsmitglieder, bei den anderen steht die Mitgliedschaft bevor. Die Marktdurchdringung (Anteil der Mitgliedsapotheken an der Gesamtzahl der Apotheken im Einzugsgebiet) wird mit 35 Prozent angegeben. Eine regionale Ausweitung ist laut Brink nicht geplant. Die an der Branche gemessene überproportionale Umsatzsteigerung wird auf den Gewinn von Marktanteilen vor allem der Niederlassungen Berlin und Mainz zurückgeführt. Wieda hat rund 70 000 in der Bundesrepublik industriell gefertigte Arzneimittel im Sortiment. Davon sind 20 000 homöopathische Mittel.

NAMEN

Dr. Hans Knebel, langjähriger Vorsitzender der Geschäftsleitung der Deutsches Reisebüro GmbH (DER) und Aufsichtsratsvorsitzender der Touristik Union International (TUI), wird am 5. April 75 Jahre.

Dr. Hans W. Messing (59), Chairman der Werbeagentur Benton & Bowles, Frankfurt, verläßt am 31. März die Agentur.

Franz-Josef Sitta ist ab 1. April weiterer Geschäftsführer der Hapag-Lloyd Fluggesellschaft mbH. Claus Wülfers wurde Sprecher der Geschäftsführung.

Rudolf Heß wurde per 1. April zum stellvertretenden Vorstandsmitglied der Bayerischen Handelsbank AG, München, ernannt.

Dr. Heiko Körnich wurde zum 1. April in den Vorstand von Thyssen-Herischel, Kassel, berufen. Er ist Nachfolger von Winfried Haastert, der ab 1. April bei der Thyssen Industrie AG, Essen, als Vorstandsmitglied tätig ist.

Dr. Thomas Schenermann hat am 1. März 1984 die Leitung der Filiale Hamburg der The Royal Bank of Canada AG, Frankfurt, übernommen.

Herbert Weichert, Geschäftsführer der Bauunternehmung Grünzig GmbH, Aachen, wurde am 2. April 65 Jahre alt.

KONKURSE

Konkurs eröffnet: Augsburg: Bernand Uhr; Bergisch Gladbach: Begena Handwerkservice u. Maschinenbau GmbH; Berlin Charlottenburg: Nachl. d. Friede Emilie Weik geb. Abend; Dortmund: Bauunternehmung Groth & Co. GmbH KG; Groth & Holdinghausen Verwaltungsges. mbH; Heitz München; Bauingenieur; Freudenstadt: Nachl. d. Otto Schuler jun. Dorstetten; Homburg (Saar): Reinhold Jung, Omnibusunternehmer. Bielefeld: Hagen: Nachl. d. Josef Görrer, Mendig; Oldenburg: Karl Haas KG, Ströbenau; Renschede: Rolf Kirchschöper, Inh. d. Hugo Kirchschöper; Trier: Nachl. d. Helmut Lutz; Jürgen Schimmelfeder, Kaufmann, Inh. d. Jürgen Schimmelfeder; Leitmeritz: Herten: Max Neumann, Kaufmann; Albstadt: d. Muriel-Werk Max Neumann; Holtum-Geest: Wuppertal: Kurt Altenburg, Dachdeckermeister. Ausschnitt-Konkurs eröffnet: Wuppertal: Rudolf Homberg, Beteiligungsges. mbH. Vergleich: beantragt: Hannover: Staba Verwaltungsges. mbH; Verdun: Herbert Harman GmbH u. Co. KG.

SIEMENS

Siemens hat die ersten privaten Breitbandnetze fürs Bildtelefonieren installiert

Lichtwellenleiter sind die Basis für die neuen Breitbandnetze, die bereits in Betrieb sind. Beispielsweise das SIKONET in München. Es überträgt Gesprächspartner live. Und sorgt auch dafür, daß – gesprächsbegleitend – schriftliche und grafische Unterlagen von Schreibtisch zu Schreibtisch überspielt werden können. Bildtelefonieren hilft also mit, sich noch klarer und schneller zu verständigen.

So, als säße man sich gegenüber.

Kommunikation mit Licht ist ein Beispiel dafür, wie facettenreich Siemens die Bürokommunikation sieht.

**Siemens im Büro:
Elektronik, die uns weiterbringt.**



BVI LUXEMBURG / Rücklagen kräftig aufgestockt

Privatkunden im Vormarsch

C. DERTINGER, Luxemburg

Über ein zunehmendes Interesse mittlerer und mittelgroßer Privatkunden an einer im Ausland gemanagten Vermögensverwaltung und -beratung berichtet Peter Reimpell, Vorstandsmitglied der Bayerischen Vereinsbank und Verwaltungsratspräsident der Tochter Bayerische Vereinsbank International (BVI), Luxemburg. Eine Reihe steuerlicher Vorteile und die von der Bank bedauerte Nichtexistenz von Kontogebühren nannte Reimpell als Hauptmotiv für die Verlagerung von Privatkundengeschäften nach Luxemburg, wo bei der BVI das Wertpapiergeschäft - auch in deutschen Aktien und Renten - und vor allem das Edelmetallgeschäft im Vordergrund stehen.

Diese Aktivitäten trugen zunehmend zum Gesamtumsatz der BVI bei, was sich 1983 in einer fast 40prozentigen Steigerung des Provisionsüberschusses widerspiegelte. Mit dem Privatkundengeschäft schaffte sich die BVI ein zweites Ertragsfeld in einer Zeit, in der das klassische Eurogeschäft wegen der

Länderrisiken und schlechter Margen stagniert oder schrumpft, was auch die BVI spürte.

Sie steigerte ihr Kreditvolumen um bescheidene 3,8 Prozent auf gut vier Mrd. DM nur durch erhöhte Ausleihungen an Kunden der Mutterbank, die im kurzfristigen Kreditgeschäft im Mittelpunkt stehen. Insgesamt betrachtet die BVI ihr zu 74 Prozent in westliche Industrieländer verliehenes Kreditvolumen als geographisch und in der Fristigkeit ausgewogen. Die Bilanzsumme wuchs um 9,5 Prozent auf 124 Mrd. lfrs, was in D-Mark einem Anstieg um 6,7 Prozent auf knapp sechs Milliarden entspricht.

Trotz ihrer Zurückhaltung im mittel- und langfristigen internationalen Kreditgeschäft und vorsichtiger Risikobewertung in den Vorjahren hielt die BVI eine weitere kräftige Aufstockung der Rückstellungen und Wertberichtigungen um 65 auf 199 Mrd. DM für angebracht, wofür das gesamte um rund 12 Prozent gestiegene Betriebsergebnis verwendet wurde, so daß Dividende und offene Rücklagendotierung entfielen.

WÜSTENROT-BANK / Auch für 1984 optimistisch

Von Baubelebung profitiert

MANFRED FUCHS, Ludwigsb.

Die Wüstenrot-Bank AG, Ludwigsb., ist wegen des erheblichen Überhangs an genehmigten Wohnungsbauten für das Jahr 1984 optimistisch. Schon im abgelaufenen Jahr hat dieses Finanzierungsinstitut der Bauparkasse Wüstenrot, Ludwigsb., von der vermehrten Neubautätigkeit profitiert.

1983 wuchs die Zahl der Kreditanträge um 22,3 Prozent auf 37 000 Verträge. Bei der Summe ergab sich ein Zuwachs um 26,3 Prozent auf 2,3 Mrd. DM. Bei einem Anstieg der Bilanzsumme um 9,9 Prozent auf 6,2 Mrd. DM wurden die Kundenforderungen um 17,7 Prozent auf rund 2,9 Mrd. DM erhöht.

Die treuhänderisch verwalteten durchlaufenden Kredite, bei denen kein eigenes Kreditrisiko besteht, nahmen um 3,8 Prozent auf 2,9 Mrd. DM zu. Refinanziert wurde nach Angaben von Vorstandssprecher Wolfgang Reiber zu über 90 Prozent am Geld- und Kapitalmarkt. Außerdem

konnten die Einlagen privater Anleger, die vom Wüstenrot-Außendienst für die Bank nur als Festgelder mit Laufzeit von zwei Jahren akquiriert werden, um etwa 50 Prozent auf rund 125 Mrd. DM aufgestockt werden.

Bei einer Bruttozinsspanne von 2,5 (2,27) Prozent wuchs der Zinsüberschuß um 30,3 Prozent auf 76,7 Mrd. DM. Er wurde zum Teil zur Risikoversicherung verwendet. Das Betriebsergebnis lag mit 32,3 Mrd. DM um 6,5 Prozent über dem Vorjahresniveau. Vom Jahresüberschuß von 11 (9,8) Mrd. DM wurden vorab 4 Mrd. DM den Rücklagen zugewiesen.

Die Dividende wurde auf 7,00 (6,50) DM je 50-DM-Aktie erhöht. Am 10. Januar 1984 wurde das Aktienkapital um 8 Mrd. DM auf 58 Mrd. DM zum Kurs von 400 Prozent aufgestockt. Es wird zu 75 Prozent von der Wüstenrot-Gruppe und zu 25 Prozent von der Allianz Versicherungs AG, München, gehalten. Das haftende Eigenkapital stieg auf 209 (173) Mrd. DM.

KIENZLE / Hoher Auftragsbestand lastet Kapazitäten für fünf Monate aus

Wachstum vor allem mit Großuhren

M. FUCHS, Villingen

Die Kienzle Uhrenfabriken GmbH, Villingen-Schwenningen, Hersteller von Quarz-Weckern, Quarz-Großuhren und -Werken, sowie -Autouhren, setzt auf einen weltweit noch wachsenden Markt von Großuhren und will im Jahr 1984 davon rund 6,4 Mill. Stück produzieren, gegenüber 5,1 Mill. Stück im Jahr 1980. Dabei will Kienzle, die sich vom schrumpfenden deutschen Armbanduhren-Sektor rechtzeitig zurückgezogen hatte und nur noch fünf Prozent ihres Angebots in Kleinuhren umsetzt, das Exportgeschäft weiter ausbauen.

Der Export hatte 1983 einen Anteil von rund 60 Prozent. Zum Ausbau des weltweiten Exportgeschäfts sollen, so der neue Vorsitzende der Kienzle-Geschäftsführung, Horst Rosenbaum, im Hinblick auf die europäischen Uhren- und Schmuckmesse (5. bis 12. April 1984 in Basel), die Investitionen erhöht werden.

In Japan wurde jetzt eine Vereinbarung über den Vertrieb von Kienzle-Uhren getroffen. Auch in den USA

soll der Markt für Kienzle verbessert werden. Auf dem gesamten Weltmarkt für Großuhren glaubt Kienzle, den hart umkämpften dritten Platz nach zwei japanischen Uhrenherstellern bereits innezuhaben.

Kienzle Uhren, die in Villingen-Schwenningen mit rund 700 Mitarbeitern arbeitstäglich rund 30 000 Quarz-Großuhren und -Großuhrenwerke herstellt, ist aufgrund eines derzeit hohen Auftragsbestandes für die nächsten fünf Monate ausgelastet. Man könne, so Rosenbaum, deshalb bei Preiswünschen der Kunden auch schon mal Nein sagen. Am 15. April 1984 wird Kienzle die Preise um bis zu fünf Prozent erhöhen, nachdem sie 1983 um sechs Prozent zurückgegangen waren.

Für das Jahr 1984 wird in Villingen-Schwenningen eine Umsatzsteigerung von 76 auf 81 Mrd. DM geplant. Die gesamte Kienzle-Uhren-Gruppe, zu der neben Kienzle do Brasil mit 200 Mitarbeitern eine Reihe von Vertriebsfirmen im Ausland zählt, erreichte 1983 ein Umsatzvolumen von rund 100 Mrd. DM. Das Er-

gebnis ist „positiv“. Die Eigenkapitalquote liegt bei 29 Prozent. Das Kapital liegt nach früheren Angaben zu über 75 Prozent bei den Erben des früheren Inhabers Alfred Kienzle.

Nach Abschluß der Verhandlungen mit der Stadt Villingen-Schwenningen und dem Land Baden-Württemberg hat Kienzle Uhren den in Konkurs geratenen Elektrogerätehersteller Wigo, Villingen-Schwenningen, und dessen Tochterfirma Esge Elektrotechnik GmbH, Neuffen, übernommen. Beide Firmen werden nun als Kienzle-Tochterfirmen geführt und sollen als zweites Bein bis zum Jahr 1985 mit Diversifikationsprodukten zu 13 Prozent zum Kienzle-Umsatz beitragen. Wigo soll 1984 mit den verbleibenden 110 von ursprünglich etwa 700 Mitarbeitern rund 20 Mrd. DM und Esge mit etwa 120 Mitarbeitern rund 19 Mrd. DM umsetzen. Esge stellt unter anderem Robotersteuerungen her. Ein 44-Mill.-DM-Investitionsprogramm für Kienzle bis 1988 wurde vor kurzem gebilligt.

VAG Kredit Bank: Position ausgebaut

dos. Braunschweig

Die VAG Kredit Bank GmbH, Braunschweig, eine Tochter der Volkswagenwerk AG, äußert sich zufrieden zur Entwicklung im Geschäftsjahr 1983. Die Finanzierungsumsätze der Gesellschaft konnten um 22,5 Prozent auf 18,3 (14,9) Mrd. DM gesteigert werden. Der Umsatz ergibt sich aus der Finanzierung des Einkaufs neuer VW- und Audi-Modelle für VAG-Partner, des Verkaufs von Neu- und Gebrauchtwagen sowie der Durchführung von Reparaturen.

Nach Angaben von VW erhöhte sich die Bilanzsumme per Ende 1983 um 28,8 Prozent auf 2,5 (1,9) Mrd. DM. Die Forderungen an Kunden nahmen um 28,7 Prozent auf 2,47 (1,92) Mrd. DM zu. Die haftenden Mittel in Höhe von 158 Mrd. DM - 92,5 Mrd. DM Stammkapital und 65,5 Mrd. DM offene Rücklagen - machen 63 Prozent der Gesamtsumme aus. Die Ertragslage wird als „gut“ bezeichnet und habe den Erwartungen entsprochen. Mit VW besteht ein Ergebnisabführungsvertrag.

Vögele fährt im Inland besser

VWD, Mannheim

Die Joseph Vögele AG, Mannheim, Hersteller von Straßenbaumaschinen, rechnet 1984 im Inland mit einer anhaltenden leichten Geschäftsbelebung bei zunächst weiter schrumpfenden Exportmärkten. Eine durchgreifende Marktbelebung sei, wie es im Geschäftsbericht heißt, erst in der zweiten Jahreshälfte zu erwarten. Bei weiterer Kostensenkung will Vögele vor allem neue Märkte in Entwicklungsländern erschließen.

Mit Modernisierung und Rationalisierung sowie intensiver Forschung und Entwicklung konnte das Unternehmen 1983 trotz des Umsatzrückgangs auf 98,5 (95,7) Mrd. DM seine führende Marktstellung behaupten und ein gutes Ergebnis erzielen. Es wird ein auf 1,06 (1,02) Mrd. DM verbesserter Jahresüberschuß ausgewiesen, aus dem wieder sechs DM Dividende je Aktie auf 10,0 Mrd. DM Grundkapital gezahlt werden sollen (Hauptversammlung am 28. Mai). Aus der Kapitalerhöhung 1983 nehmen daran 2,0 Mrd. DM neue Aktien zur Hälfte teil.

6,50 Mark für das erste Börsenjahr

VWD, Frankfurt

Eine Dividende von 6,50 DM je 50-DM-Aktie will die MCS Modulare Computer und Software Systeme AG (MCS-AG), Wiesbaden, für das Geschäftsjahr 1984, das erste Jahr der Börsenzulassung ihrer Aktien, zahlen. Voraussetzung hierfür sind, so Vorstandsvorsitzender Manfred B. Leporz in Frankfurt, die Realisierung der angestrebten Umsatzverdoppelung und Einhaltung der Kostenansätze. Parallel zur Gewinnausschüttung sollen die offenen Rücklagen „deutlich dotiert“ werden.

Die MCS, die Rechnersysteme für den medizinischen Bereich entwickelt, bietet von 5. bis zum 10. April 1984 555 000 DM Aktien über die BHF-Bank zum Preis von 185 DM je 100-DM-Aktie öffentlich zur Platzierung an. Die BHF-Bank behält sich jedoch vor, die Verkaufsfrist im Falle der Überzeichnung vorzeitig abzukürzen. Die neuen Stammaktien sind vom 1. Januar 1984 an gewinnberechtigend. Das Zeichnungsvolumen für bevorrechtigte Zeichner ist auf etwa 20 Prozent begrenzt. DM.

MESSER GRIESHEIM / Gutes Gasgeschäft

Basis bleiben starke Märkte

INGE ADHAM, Frankfurt

„Vorsichtig optimistisch“ beurteilt die Messer Griesheim GmbH, Frankfurt, die Entwicklung in diesem Jahr. Auf „gesunder finanzieller Grundlage“, wie Hans Messer, Vorsitzender der Geschäftsführung des zum Höchst-Konzern gehörenden Unternehmens, betonte, will man besonders auf den Märkten und Arbeitsgebieten vorankommen, wo Messer Griesheim eine starke Marktstellung hat. Diesem Ziel dienen auch Aufwendungen von 52 Mrd. DM für Forschung und Entwicklung.

Investiert werden sollen weltweit in Sachanlagen 123 (92) Mrd. DM; die Sparten Industrie- und Schweiß- und Schneidetechnik sollen planmäßig weiter gestärkt werden. Den anhaltenden Aufwärtstrend im vergangenen Jahr verdankt Messer Griesheim der Entwicklung des Gasgeschäfts. Dabei wurde das Umsatzplus von weltweit 1,9 Prozent auf 1,63 (1,6) Mrd. DM Umsatz - insgesamt 26 Produktions- und Handelsgesellschaften sowie drei Lizenznehmer - vor allem im Inland erzielt. Export und Eigenleistung der Auslandsgesellschaften

blieben mit 681 Mrd. DM (oder 42 Prozent vom Umsatz) praktisch unverändert.

Der Umsatz der GmbH stieg auf 1,1 Mrd. DM, davon entfielen 940 (906) Millionen auf das Inland, wo 5253 (5430) der weltweit 7638 (8059) Mitarbeiter beschäftigt sind. Dabei verlief die Entwicklung in den einzelnen Sparten sehr unterschiedlich: Während Spezialitäten und Produkte für neue Verfahren besonders erfolgreich waren, fiel der Absatz von technischen Gasen für Stahlherstellung und -verarbeitung zurück; in der Sparte Schweiß- und Schneidetechnik, die in der Bundesrepublik auf 5 (8) Betriebe konzentriert wird, wurde teilweise kurzgearbeitet.

Die Gewinn- und Verlust-Rechnung schließt für 1983 mit unverändert 40 Mrd. DM Jahresüberschuß, daß es aufwärts gegangen ist, zeigt freilich der auf 235 (232) Mrd. DM gestiegene Brutto-Cash-flow. In die freien Rücklagen werden wieder 5 Mrd. DM eingestellt. Das Stammkapital wurde um 18 auf 198 Mrd. DM erhöht, eine weitere Erhöhung auf 216 Mrd. DM folgt in diesem Jahr.

ZEISS IKON / Umsatzverluste aufgeholt

Wieder optimistischer

dps/VWD, Berlin

Die Zeiss Ikon AG, Stuttgart, ist wieder zuversichtlicher, die gesteckten Ziele für das laufende Geschäftsjahr zu erreichen. Wie es in dem in Berlin vorgelegten Geschäftsbericht für 1982/83 (30. 9.) heißt, würden dazu die Ausweitung des Umsatzes wie auch die Maßnahmen zur Verbesserung der Ertragslage beitragen. Im abgelaufenen Geschäftsjahr steigerte das Unternehmen seinen Umsatz um 5,3 Prozent auf 105,5 (100,3) Mrd. DM.

Das Inlandsgeschäft erhöhte sich dabei um 5,1 Prozent, womit der Rückgang des Vorjahres mehr als ausgeglichen werden konnte. Die Exportanteile am Umsatz lag dagegen mit 28,6 Prozent nur leicht über dem Vorjahreswert. Aufgrund eines Gewinnabführungsvertrages mit dem Großaktionär Carl Zeiss, Oberkochen, werden 677 000 (125 000) DM Jahresüberschuß abgeführt. Die freien Aktionäre, die etwa 5 Prozent am Kapi-

tal halten, bekommen die Garantiedividende von 10 Prozent.

Die Mitarbeiterzahl wurde von 1470 auf 1423 reduziert. Die Anlagenzuwünsche 1982/83 werden mit 10,1 Mrd. DM angegeben, wobei 3,4 Mrd. DM auf ein Grundstück in Berlin zur Erweiterung des Geländes entfallen. Bei Abschreibungen von 13,0 (4,9) Mrd. DM wurden 4,2 Mrd. DM Sonderabschreibungen nach dem Berlin-Förderungsgesetz vorgenommen.

In den einzelnen Geschäftszweigen wurden bei Sicherheitsschlössern mit neuen Produkten Erfolge erzielt. Bei Beleuchtungen hat es nach dem Umsatzrückgang des vorangegangenen Jahres eine Belebung - insbesondere im Auslandsgeschäft - gegeben. Bei Stahlbildwänden gingen die Erlöse dagegen zurück. Gestiegen wurde der Umsatz der Kunststoff- und Feingerätefertigung, auch die Druckfertigung wies Zuwächsen auf, während bei Lederwaren die Umsätze nur gehalten werden konnten.

FINANZANZEIGEN

Sparkasse Krefeld '83

Ihr leistungsfähiger Partner in Krefeld und im Kreis Viersen

Aus unserer Bilanz '83:

Geschäftsvolumen	3.914 Mio DM
Bilanzsumme	3.798 Mio DM
Einlagen	3.366 Mio DM
Kreditvolumen	2.287 Mio DM
neu bewilligt	870 Mio DM
Eigenkapital	164.513 Mio DM
Kundenkonten	701.000 Stück
Mitarbeiter	1181
davon Auszubildende	157

Der vollständige Jahresabschluss mit dem Geschäftsbericht liegt in allen 53 Geschäftsstellen der Sparkasse Krefeld aus.

Zweckverbandssparkasse der Stadt Krefeld und des Kreises Viersen



WELT-Leser sind näher dran

Sie haben den entscheidenden Informationsvorsprung. 90 Korrespondenten sind an 35 Plätzen des In- und Auslandes für die WELT tätig. Sie berichten aktuell aus nächster Nähe von den Brennpunkten des Weltgeschehens.

W 3448

MCS

Verkaufsangebot

DM 555 000,- neue, auf den Inhaber lautende Aktien der

MCS Modulare Computer und Software Systeme Aktiengesellschaft Wiesbaden

mit Gewinnanteilsberechtigung ab 1. 1. 1984
- Wertpapier-Kenn-Nr. 658 280 -

Die Gesellschaft hat ihr Grundkapital um DM 555 000,- auf DM 4 500 000,- unter Ausschluss des gesetzlichen Bezugsrechts der Aktionäre erhöht. Diese Stück 11 000 neuen, auf den Inhaber lautenden Aktien im Nennbetrag von je DM 50,- werden in der Zeit

vom 5. bis 18. April 1984 einschließlich zum Preis von DM 185,- je Aktie zu DM 50,-

von der Berliner Handels- und Bank AG, Berlin, freibleibend zum Kauf angeboten.

Kaufanträge werden während der üblichen Schalterstunden von sämtlichen Niederlassungen der vorgenannten Bank entgegengenommen. Gedruckte Verkaufsangebote mit einem Bericht über das Unternehmen sind dort erhältlich.

Der Kaufpreis zuzüglich Börsenumsatzsteuer und üblicher Effektenprovision ist von den Erwerbern am 12. April 1984 zu entrichten.

Die Aktien sind zunächst in einer Globalurkunde verbrieft, die bei der Frankfurter Kassenverein AG, Frankfurt am Main, hinterlegt wird. Den Erwerbern werden die Aktien nach Zahlung des Kaufpreises zunächst auf Girokonten gutgeschrieben. Bis zur Auslieferung gedruckter Aktienurkunden können Ansprüche auf Auslieferung effektiver Stücke nicht geltend gemacht werden. Die zu einem späteren Zeitpunkt zur Verfügung stehenden Einzelaktien über je DM 50,- und Sammelaktien über 10 und 50 Aktien zu je DM 50,- werden mit Gewinnanteilscheinen Nr. 1-20 und Erneuerungsscheinen ausgestattet sein.

Die Einbeziehung des gesamten Grundkapitals der Gesellschaft in den geregelten Freiverkehr an der Frankfurter Wertpapierbörse ist beantragt. Die Preisfeststellung wird voraussichtlich am 16. April 1984 aufgenommen.

Wiesbaden, im April 1984

Der Vorstand

Aufruf zur „Woche der Welthungerhilfe“



Deutsche Welthungerhilfe
Bonn, Adenauerallee 134

„Jedes vierte Kind in den Entwicklungsländern ist unterernährt. Täglich sterben 40.000 Jungen und Mädchen an Nahrungsmangel. Eine halbe Milliarde Menschen haben ständig zu wenig zu essen. Diese Not darf uns nicht gleichgültig lassen. Wir müssen ihr begegnen.“

Bundespräsident Karl Carstens
Schirmherr der Deutschen Welthungerhilfe

111 Spendenkonto
Postcheckamt Köln · Sparkasse Bonn
Volksbank Bonn · Commerzbank Bonn
Einzahlungen sind überall möglich.

VERSTEIGERUNG

Im Zusammenhang mit der Stilllegung der Werft veräußert wir im Auftrag des Vorstandes die Maschinen und Wertanlagen sowie die Betriebsausstattung der

AG „WESER“

D-2800 BREMEN-GROßFELDEN, Werftstraße 160
Dienstag/Mittwoch, 10./11. April 1984
Beginn jeweils 10 Uhr

Zur Versteigerung gelangen u.a.: TISCHLEREI: Dickentobel, Fabr. Carstens; Oberfräse, Fabr. Cornag; Furnierpresse, Fabr. Fritz; HOLZBOHLEN: Holzkaltblechmaschine, Fabr. Hagers, Rohrbüge-φ 220 mm; Rohrkaltblechmaschine, Fabr. Hungs-Rohrbohle-φ 50 mm; STAHLBAU: Bremsenbremsscheiben, Fabr. Kjelberg, NC-gesteuert; div. Schutzgaserschweißgeräte u. Schweißtransformatoren; MASCHINENBAU: Portal-Fräsewerk, Fabr. Waldrich, Durchgangsbreite 4 m, Durchgangshöhe 4,7 m; 2-Ständer-Karussellfräsemaschine, Fabr. Fronie, größter Dreh-φ 5,3 m; Platten-Böhr- und Fräsewerk, Fabr. Collet u. Engelhard, Plattendreh-φ 2,8 m, Spindelhub 1,5 m; Zahnradfräse- und Schleifmaschine, Fabr. David Brown, Fräs-φ 5 m, Fräsbreite 1,7 m; Vertikal-Fräsemaschine, Fabr. Ujima, Tischgröße 1,5 m x 0,5 m; div. Schleifmaschinen, Blechscheren, Werkbänke, Werkzeugschränke; SCHIFFBAU: Portal-Plattensäge, Fabr. Bader, Typ HSPB 800; Leistung 8000 KN, Portalbreite 8,1 m, Licht-Höhe 3 m; Bremsenbremsscheiben, Fabr. Kjelberg, NC-gesteuert; Kantensägeband, Fabr. Gietari, Profildurchschnitt 450 x 900 mm; Bohlenprüfmaschine, ca. 70 Krasse zwischen 1 u. 750 t Tragkraft, zahlreiche Transportfahrzeuge bis 60 t Tragkraft sowie eine umfangreiche Betriebsausstattung.

Beachtung: Fr. 6. 4., 9.16 Uhr; Mo. 9. 4., 9.38 Uhr a. d. Versteigerungstagen, 9.45 Uhr. Ausföhr. Katalog auf Anford.

ANGERMANN AUKTION KG
HAMBURG D-20090 Hamburg 11
Hafenstraße 5
Tel. 040-367651, Telefax 040-364273, Telex 213 065 / 213 383

Stilvoll Wohnen



Holländische Barockvitrine

mit feiner Wurzelnußbaum-Markierung, handgelegten Intarsien und massiver Handgehobener, 163 x 58 x 24 cm, bei uns nur

DM 11 990,-

WOLFF

4000 Dortmund 1 · Brüderweg 11-16
Nah Ruhrgebiet
Telefon (0231) 5777-1

Die Vor



WELT-Korrespondenten berichten von der Hannover-Messe

Mannesmann - Loewe Opta - Krupp - UdSSR



Das äußere Umfeld läßt kaum Wünsche offen: Die Hannover-Messe '84, die heute ihre Tore öffnet, bringt alle Voraussetzungen mit, eine Messe der Superlative zu werden. Das konjunkturelle Klima - dies wurde auf der Eröffnungsveranstaltung am Vorabend deutlich - war lange nicht so gut wie diesmal. Und auch unter den Ausstellern überwiegt der Optimismus. Die Tatsache, daß mit über 6400 Direktausstellern ein neuer Rekord für die Messe aufgestellt wurde, spricht für sich. Nicht zuletzt die Belegung in wichtigen Abnehmerländern der Bundesrepublik, die zu einem Ansteigen der Exporte in den letzten Monaten geführt hat, stimmt zuversichtlich. Lediglich im Investitionsgüterbereich wird die derzeitige Situation etwas zurückhaltender kommentiert. Auch dort aber, so ein prominenter Aussteller in Hannover, ist 1984 eine kräftige Nachfrageausweitung denkbar, wenn die Investitionstätigkeit in den Industrieländern weiter zunimmt und wenn die Verschuldungssituation der Entwicklungsländer sich verbessert. Parteil sind aber diese Voraussetzungen heute schon gegeben. Ein wichtiges Thema in den Messehallen in Hannover ist die Frage, ob die deutsche Wirtschaft auf dem Gebiet der technologischen Entwicklung mithalten kann. (dos)



Mit optimistischeren Erwartungen als in den letzten Jahren kommen über 6400 Aussteller zur Messe. FOTO: FRITZ RUST

Keine Technologie-Lücke

Die weltweite Flaute bei Investitionsgütern hat den deutschen Maschinen- und Anlagenbau stark in Mitleidenschaft gezogen. Nach Angaben von Klaus Czeguhn, Mitglied des Vorstands der Mannesmann AG, drückte das Schrumpfen der realen Auftragseingänge vor allem aus dem Ausland den Auftragsbestand der Branche auf fünf Produktionsmonate. Drei aufeinanderfolgende Jahre mit sinkender Produktion ließen die Kapazitätsauslastung der Unternehmen auf 78 Prozent absinken. 85 Prozent gelten im Maschinen- und Anlagenbau als Normalauslastung.

Auch gegenüber der ausländischen Konkurrenz, so Czeguhn auf der Hannover-Messe, habe sich die Position der Branche verschlechtert. Ihr Anteil an der Inlandsmarktversorgung sei von 77 Prozent im Jahr 1980 auf 75 Prozent in 1983 zurückgegangen. Schlecht sieht es für die deutschen Maschinenbauer ebenfalls am Weltmarkt aus. „Gegenüber der ausländischen Konkurrenz haben wir an Boden verloren“, meinte Czeguhn.

Wenn dabei auch Wechselkursverschiebungen mitspielen, es sei vor

allem die Wettbewerbsfähigkeit, die nachgelassen habe. Der Mannesmann-Vorstand wollte dies jedoch nicht in Zusammenhang mit dem zuletzt so emsig hochgespielten „technologischen Absicht“ setzen. Damit wäre der Kern nicht getroffen. „Unser Problem ist nicht in erster Linie technologischer Natur“, erläuterte Czeguhn, sondern liegt vor allem im Bereich der Kosten. Preisunterschiede gegenüber ausländischen Konkurrenten von bis zu 30 Prozent seien aus diesen Gründen heute nicht ungewöhnlich.

Angesichts des hohen Leistungsstandards zeigte sich Czeguhn jedoch zuversichtlich über die nahe Zukunft des deutschen Maschinen- und Anlagenbaus. Das in diesem Jahr auf der Hannover-Messe vorgestellte Leistungsangebot zeige, daß die Branche den Weg der Produkt- und Verfahrensinnovation eingeschlagen hat. Für das laufende Jahr könne deshalb im Inland ein Wachstum von real 3 Prozent, im Export sogar von 4 Prozent erwartet werden.

HENNER LAVAL

Kräftige Erholung denkbar

Bereits von einem selbsttragenden Aufschwung zu sprechen, sei zwar noch zu früh, eine kräftige Nachfrageausweitung bei Investitionsgütern hält Wilhelm Scheider, Vorstandsvorsitzender der Fried. Krupp GmbH, Essen, in diesem Jahr jedoch für „denkbar“. Zwei wesentliche Voraussetzungen seien partiell bereits gegeben: die anziehende Investitionstätigkeit in den Industrieländern und eine Entspannung der Verschuldungssituation in der Dritten Welt.

Die Hoffnungen bei Krupp richten sich vor allem auf den Maschinen- und Anlagenbau, auf den 1983 fast 7 Mrd. DM von insgesamt 17,1 (16,7) Mrd. DM Konzernumsatz entfielen. Hier rechnet Scheider mit einer „deutlich besseren“ Nachfrage.

Die Zahlen für das erste Quartal 1984 bestätigen diesen Optimismus. Der Anlagenbau verbuchte ein Auftragsplus von 113 Prozent, zu dem vor allem zwei Großaufträge für Zementfabriken der Krupp Polysius in Bektun beigetragen haben. Der absolute Tiefpunkt im Großanlagenbau sei im Sommer letzten Jahres überwunden worden, versichert Scheider. Im Maschinenbau - mit Mehrbestellungen

von 19 Prozent im ersten Quartal - sowie beim langjährigen Sorgenkind Stahl (plus 10 Prozent) setzte sich die bereits 1983 begonnene Nachfragebelebung fort. Weltweit holte der Konzern in den ersten drei Monaten mit 4,7 Mrd. DM 19 Prozent mehr Aufträge herein, der Umsatz kletterte auf 3,4 Mrd. DM (plus 2 Prozent).

Schwerpunkt der Krupp-Präsentation in Hannover ist in diesem Jahr die Umwelttechnik zur Rauchgasentschwefelung und Entstickung sowie zur Reinhaltung des Wassers. Die Krupp-Tochter Walther & Cie. zeigt ein neuentwickeltes Verfahren zur Verminderung des Ausstoßes von Schwefel und Stickoxiden bei Steinkohle- und Braunkohlekraftwerken. Die Maßwerte der ersten in Mannheim installierten Anlage liegen deutlich unter denen von der Großfeuerungsanlagenverordnung vorgeschriebenen Grenzwerten, betonte Scheider. Hauptvorteil der neuen Technik sei, daß sie abwasserfrei arbeite. Als Endprodukt der Entschwefelung fällt ein besonders umweltfreundlicher Stickstoffdünger an, der einen außergewöhnlich niedrigen Schwermetallgehalt aufweist.

HENZ STÜWE

„Professioneller“ Chip-Decoder

Helmut Rieke, Geschäftsführer der Loewe Opta GmbH, Kronach, macht sich keine großen Sorgen um den Verbleib jenes 15-Prozent-Anteils an den 45 Mill. DM Stammkapital seiner Gesellschaft, zu dessen Veräußerung der Philips-Konzern vom Bundeskartellamt „verdonnert“ wurde. „Wir vertrauen darauf, daß sich eine Lösung im Kreise der übrigen Gesellschafter finden wird“, meint Rieke optimistisch.

Für das Unternehmen sei das Wichtigste, auch weiterhin unabhängig zu bleiben. „Wir fühlen uns unserer Sache sehr sicher und bemühen uns schon seit längerem, deutlich zu machen, daß man auch außerhalb eines Konzernverbunds leben kann.“ Das hat Loewe Opta auch im schwierigen Unterhaltungselektronik-Jahr 1983 wieder unter Beweis gestellt.

Zwar stieg der Umsatz nur um knapp 3 Prozent auf 253 (246) Mill. DM, wobei - branchenübliche - Schwächen im Export durch eine „deutliche Steigerung der Inlandsumsätze“ (und dabei sogar der Anteile am Farbfernseh-Markt) mehr als ausgeglichen wurden. Trotz der geringen Expansion, die mit einem un-

veränderten Personal von 1500 Mitarbeitern erreicht wurde, gelang es, wieder besser zu verdienen. Der nicht genannte Gewinn fiel höher aus als geplant und übertraf auch den Wert des Vorjahres, in dem Loewe gut zwei Prozent vom Umsatz verdient hatte.

Das gute Abschneiden führt Rieke nicht nur auf die Maßnahmen zur „Fertigungsoptimierung“ zurück, in die ein guter Teil der 11 Mill. DM Sachinvestitionen des vergangenen Jahres geflossen ist. Hierzu beigetragen hat auch unsere exponierte Position im Bereich des neuen Mediums Bildschirmtext. „Loewe stuft sich heute als „einziger Lieferant konsumgerechter Farbfernsehgeräte für Bildschirmtext nach dem neuen CEPT-Standard“ ein und wird es wohl auch noch bleiben, bis die Philips-Tochter Valvo ihren lange angekündigten Ein-Chip-Decoder „Eurom“ auch anderen Herstellern in ausreichenden Mengen zur Verfügung stellt.

Bei Loewe geht man derweil schon einen Schritt weiter. Nachdem die Kronacher bereits vor gut einem Jahr einen Decoder aus eigener Entwicklung vorgestellt hatten, der sich bislang recht einsam im Markt tummelt,

haben sie nun eine neue Version entwickelt, in der 35 der rund 70 Schaltkreise der ersten Auflage ebenfalls auf einem einzigen Chip zusammengefaßt sind.

Der Neuling soll freilich keineswegs in Konkurrenz zum Eurom treten: „Der Eurom zielt auf den niedrigerpreisigen Markt der Konsumenten-Geräte. Unser „Lotus“, der sehr viel flexibler ist und über entsprechende Software auch an unterschiedliche Peripheriegeräte angepaßt werden kann, peilt dagegen - wie schon unser erster Decoder - die professionelle Bildschirmtext-Anwendung an.“

Lotus-Geräte werden, wie es auch von den Eurom-Fernsehern erwartet wird, gegen Ende des Jahres auf den Markt kommen. Auch ohne Lotus erwartet Rieke einiges an Schub, nicht zuletzt aus dem nun doch endlich anlaufenden btx-Geschäft. So soll der Umsatz 1984 um stolze 15 Prozent steigen, und trotz erhöhter Investitionen von 12,5 Mill. DM und eines Entwicklungsaufwandes von 11 (10) Mill. DM soll auch unter dem Strich wieder etwas stehenbleiben.

JOACHIM WEBER

Stabile Handelsbeziehungen

Die Bedeutung der Hannover-Messe für den deutsch-sowjetischen Handel unterstrichen gestern zahlreiche Redner der UdSSR. Anlässlich der Präsentation des sowjetischen Gemeinschaftsstandes (2500 Quadratmeter, 2000 Exponate, 16 Außenhandelsvereinigungen) bezeichnete Wladimir Nowikow, Leiter der Handelsvertretung in der Bundesrepublik, die Wirtschaftsbeziehungen zwischen beiden Staaten als stabil, langfristig abgesichert und vorteilhaft. Die UdSSR als wichtigster deutscher Handelspartner im Ostblock sichere mit ihren Aufträgen Arbeitsplätze für rund 300 000 Menschen.

Andererseits nehme Deutschland seit mehr als zehn Jahren unter den westlichen Ländern den ersten Platz als Handelspartner der UdSSR ein. In den letzten fünf Jahren ist der Warenverkehr zwischen den beiden Staaten nach Nowikows Ausführungen im

Jahresdurchschnitt um 13,4 Prozent gestiegen, während der Welthandel pro Jahr nur um 2,5 Prozent gewachsen sei. 1983 habe der Warenaustausch zwischen der UdSSR und der Bundesrepublik 23,1 Mrd. DM erreicht. Der Zuwachs sei aber allein auf die Steigerung der deutschen Lieferungen zurückzuführen (plus 14,7 Prozent auf 11,2 Mrd. DM). Der sowjetische Export habe im vergangenen Jahr mit 11,8 Mrd. DM stagniert.

Nowikow verwies ferner auf die qualitativen Veränderungen in den Handelsbeziehungen. Einen beachtlichen Platz würden heute Projekte auf Kompensationsbasis einnehmen. Auf sie entfielen wertmäßig mehr als 20 Prozent des Warenverkehrs. Und auch die Zusammenarbeit zwischen den deutschen und sowjetischen Unternehmen auf Drittmarkten funktionierte ausgezeichnet.

HENNER LAVAL

Die Zukunft kommt von NEC.

NEC, das Computer- und Kommunikationsunternehmen, spielt im Bereich der Digitalelektronik eine führende Rolle. Die Produktpalette umfaßt mehr als 15.000 Produkte und deckt eine Bandbreite von Halbleitern bis hin zu Großcomputer-Anlagen ab. Als einer der größten Hersteller von Mikroprozessoren weltweit, in der Spitzengruppe der japanischen Hersteller von Digitaltelefonen, Personal Computern, Satelliten und weiterer Übertragungssysteme (microwave) ist NEC ein Wegbereiter zukünftiger Technologien. Eines der umfangreichsten Glasfaser-Kommunikationsnetze der Welt wurde von NEC gebaut. In Argentinien. Höchste Qualität und Zuverlässigkeit gilt bei NEC als oberstes Gebot. Daraus resultiert der weltweit gute Ruf des Unternehmens. Basis des Erfolges ist nicht zuletzt die Unternehmensphilosophie, deren Ziel es ist, Spitzenprodukte herzustellen, die auch vom Endverbraucher einfach zu bedienen sind. Außerdem sind wir immer bestrebt, unseren Kunden ein ausgewogenes Preis-Leistungsverhältnis zu bieten. Und zwar bei allen Produkten, die von NEC hergestellt werden.



Werfen Sie einen Blick in die Zukunft: NEC auf der Hannover Messe '84 CeBit-West (Halle 18) 1. = G. Stand 1702/1802



INFORMATIONSVORWARTUNGSSYSTEM
SPRACHSPEICHERSYSTEM
TELETEXT TERMINAL
ELEKTRONISCHES TASTENTELEFONSYSTEM
TELEFONANLAGE
FERNKOPIERER
LAUFWERK
DRUCKER
PERSONAL COMPUTER
LOKALES NETZWERK AUF GLASFASERBASIS
MONITORE
TIMMEINGABE-/AUSGABE-TERMINALS
MOBILES TELEFON
DATENMODEN
PROJEKTIONSFERNSEHER

NEC
NEC Corporation
Tokyo, Japan

Uns hat am 25. März dieses Jahres Herr

Dipl.-Ing. Klaus Rudolf Klinkner

Geschäftsführer der VEBA Wohnungsbau gGmbH

für immer verlassen.

Er starb im Alter von 47 Jahren durch einen tragischen Unglücksfall. Wir nehmen bewegt von ihm Abschied.

Nach Studium der Architektur und verantwortlicher Tätigkeit in verschiedenen Unternehmen der Wohnungswirtschaft wurde er 1973 in die Geschäftsführung unserer Gesellschaft berufen.

Klaus Rudolf Klinkner haben wir als einen vornehmen Menschen, engagiert und loyal in der Sache wie zur Person, schätzen gelernt. Vorzügliche Kenntnisse in technischer wie in wirtschaftlicher Aufgabenstellung zeichneten ihn besonders aus. Bei Betriebsräten, Gewerkschaften, Verbänden und staatlichen Stellen war sein wohnungswirtschaftliches Fachwissen, weil qualifiziert und konstruktiv, sehr gefragt.

Sein weitaus zu früh beendetes Berufsleben und sein hervorragender Arbeitsbeitrag bewahren ihm über die sichtbaren Ergebnisse hinaus bei den Menschen, mit denen und für die er gewirkt hat, ein ehrendes Gedenken.

Wir, die ihn beruflich begleitet haben, betrauern den Verlust dieser Persönlichkeit. Wir verneigen uns in Dankbarkeit vor dem guten Freund und geschätzten Kollegen.

Bochum, im April 1984

Aufsichtsrat, Geschäftsführung, Betriebsrat und Mitarbeiter

VEBA Wohnungsbau gGmbH

Wohl dem, der seiner Väter gern gedenkt,
der froh von ihren Taten, ihrer Größe,
den Hörer unterhält und sich sich freuet
am Ende dieser schönen Reihe sich geschlossen sieht.
J. W. von Goethe

Statt Karten

In Liebe und Dankbarkeit trauern wir über den Heimgang von

Wilhelm Eiffe

* 15. 8. 1894 † 21. 3. 1984

Im Namen seiner Angehörigen und Freunde

Annelore Schärfe geb. Caulier

Sonnenau 1
2 Hamburg 76

Auf Wunsch des Verstorbenen fand die Trauerfeier in aller Stille statt.

Familienanzeigen und Nachrufe

können auch telefonisch oder
fernschriftlich durchgegeben werden.

Telefon:
Hamburg (0 40) 3 47 - 43 80,
- 39 42 oder - 42 30
Berlin (0 30) 25 91-29 31
Kettwig (0 20 54) 1 01-5 18 u. 5 24

Telex:
Hamburg 2 17 001 777 as d
Berlin 1 84 611
Kettwig 8 579 104

GESCHÄFTSVERBINDUNGEN

Existenzgründung!

Angebot zum Kauf
- eines altangesehener, bestens eingeführten Handelsunternehmens für Arbeitsmarktsicherung in Hamburg
- kein Ladengeschäft

Vorteil für den Erwerber

- gute, in Fachkreisen bekannte Firma (Name wird mitverkauft)
- jahrelange Kundenverbindungen in Industrie und Handwerk

- Einzelberatung und Einführung bei Kunden etc.
- wird gewährleistet
- geringe feste Kostenbelastung

Günstiger Kaufpreis

- für das Unternehmen (ohne Forderungen) TDM 125
- für aktuellen Warenbestand (saisonabhängig) TDM 50-100

Kontakt und Auskunft über

- TWP-Treuhand, Wedeler Landstraße 43, 2000 Hamburg 55,
Tel. 0 40 / 81 75 25

Suchen Sie Absatzmöglichkeiten in
dem Markt Saudi-Arabiens oder ander-
er Golfstaaten?

Verkaufsstarker Partner

(s. unten als Generalagentur!)

Stock Commodities! Ost-Kontakte vor-
handen?

Barter-Geschäfte im Dreiecksverhältnis
erwünscht!

Unsere Firma hat seit dem 1. 1. 84 eine saudische
Mehrheitsbeteiligung. Die Träger verfügen über
ausgezeichnete Beziehungen zum Königshaus so-
wie zu vielen Bereichen der privaten Wirtschaft.

Ihr Partner: **IDEA-IMPORT/EXPORT**
Postfach 11 05, 4800 Dortmund 1
Tel. 02 31 / 82 73 88, Telex 8 22 225, Idea d

PHARMAZIE

Eines der bekanntesten Pharmaunternehmen bietet dem selbststän-
digen, seriösen

Verkaufsmanager

die Möglichkeit mit einem millionenfach bewährten Sortiment frei-
verkäuflicher Pharmazeutika höchste Renditen bei geringem Kapi-
talsatz zu erzielen. Vorkenntnisse nicht erforderlich.
Biofarm GmbH, Max-Bräuer-Allee 22, 2000 Hamburg 55, Tel. 0 40 / 35 76 88

Wir kaufen
Konkurrenzposten, Havariegeschäden und Überhänge,
Haushaltsgeräte, Werkzeuge, Textilien, Elektrogeräte etc.
Angebote an:
Ahlborn-Koch, Groß- und Einzelhandel, Import - Export, 0850
Offenbach, Waldstr. 284, Tel. 06 11 / 87 19 33 + 85 59 88, Telex:
4 185 402

GENERAL DEALER

Offered 5 x 60 outstanding action video. Not previously shown in
Europe. Guarantee of US-\$ 1 million required. Reply with
RWA to:

Box No. 60 30, Polacks Reklamabureau A/S, 183 Gøthersgade,
DK-1123 Copenhagen K., DENMARK

Größerer Industriebetrieb

aus Ostwestfalen sucht für die Fertigung

neue Artikel

Vertrieb, Organisation und Kapital
vorhanden.

Angebote unter G 5639 on WELT-Verlag, Postfach
10 08 64, 4300 Essen

Nachfolger gesucht
Kleiner, florierender Betrieb von
Spezialanfertigungen aus Alu für
die weltweite Energiewirtschaft
mit Sitz in der Schweiz - Grenz-
nähe Deutschland/Österreich
sucht einen technisch und kauf-
männisch versierten jungen
Mann - egal, welcher Nationalität
- mit finanzieller Beteiligung
zum weiteren Ausbau und zur
Modernisierung des Betriebes
bei späterer Übernahme.
Deutsch und Englisch in Sprache
und Schrift sind Voraussetzung.
Französische Sprache wäre von
Nutzen.

Ang. erb. u. F 5638 an WELT-
Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen

Wir eröffnen Ihnen ein
Schwitzer Bankkonto
Firma Finanzservice
Tel. 0 22 38 / 4 36 53

Für neues attraktives Einbau-
leuchtenprogramm, italienisches
Design, suchen wir gut einge-
führte

Handelsvertreter
im Bereich Lichttechnik.
Bewerbungen unter E 5637 an
WELT-Verlag, Postf. 10 08 64,
4300 Essen.

Verlage/Druckereien
Erhebliche Kostenreduzierung mit unse-
ren preiswerten Vorarbeiten, her-
gestellt auf modernen Scannern.
Lassen Sie sich Vergleichsangebote
von uns unterbreiten!

Litho-Service H. Schell
Beckersgrube 18 - 24 Lübeck
Tel. 04 51 / 77 48 91, Tel. 2 4 533

Wir suchen 4 selbstständige
Verkaufsrepräsentanten
für Hamburg - Bremen - Hanno-
ver und Ruhrgebiet für unser Vi-
deo-Lernprogramm "Verkaufs-
training am Arbeitsplatz" zu al-
terbesten Provisionen.

Helmuth Kratzky GmbH, Ober-
hausen Str. 12, 4-1188 Wies,
Tel. 00 43 / 2 22 / 08 45 53.

Wir kaufen alle Sorten Elektro-
werkzeuge, auch Dreifachbohrer.
Tel. 00 31 / 1720.357.60 NL

Spezialist
für schwierige Kurieraufträge u.
andere Problemaufgaben im In-
u. Ausland, nur anspruchsv. Ein-
sätze erwünscht, die entspr. pro-
fessionelles Vorgehen erfordern.
Zuschriften unter K 5641 an
WELT-Verlag, Postfach 10 08 64,
4300 Essen

IHR BÜRO
im Rhein-Main-Gebiet

- Telefon-Telex-Post-Service
- Geschäftsadresse, Sekretariat
- Büro- und Konferenzräume

BÜROBASIS Rhein-Main, 6500 Mainz
Rheinallee 7, Tel. 0 61 31 / 67 40 03

Fachdetektei

Wirtsch.- u. Privatedetektei. Ehem. Polizei-Kriminal- u. Geheim-
dienstbeamte.
Ermittlung, Überwachung, Beobachtung,
Beweismaterial aller Art, Vertrauensangelegenheiten sowie Aufklä-
rung u. Abwehr von Industrie- u. Wirtschaftsspionage.
Spez.-Abt. für Aufspürung im Ausland verschwindender Personen.
Kurierdienste, Tätigkeit jederzeit im In- u. Ausland.
Seriöse, korrekte Ausführung, strengste Diskretion.

Tel. 0 22 38 / 4 36 53

Wir sind ein international tätiges Touristik-Unternehmen. Guten
Leuten aus Verkauf und/oder Organisation bieten wir eine wirkliche
Lebensleistung durch den Auf- und Ausbau von

Länder-Vertriebs-Repräsentanten

in a) Niedersachsen/Bremen, b) Schleswig-Holstein/Hamburg, c)
Berlin. Mit unserem neuen, einmaligen Dienstleistungs-Programm
soll sich selbständige Einzelne wie auch 100-1000-Mann-Staffeln mit
oder ohne Eigenkapital möglich.

Ihre aussagekräftige Zuschrift erhalten wir an Direktor Rolf G.
Seuser, Card domini GmbH, Am Sonnenrain 17, 7283 Bad Liebenzell.

Vertrieb für Ferienwohnungen „Nordseeküste“

Wir suchen noch engagierte Vertriebsgesellschaften für komfortable
Ferienimmobilien (z. B. Cuxhaven) in Strandnähe. Die Konzeption
erlaubt Baubereit- oder Erwerbsmodelle. Vorzeigeveranstaltung
auch nach dem 31. 12. 1984 gesichert.
Bitte schreiben Sie uns, wir setzen uns dann umgehend mit Ihnen in
Verbindung. Angebote erb. unt. E 5640 an WELT-Verlag, Postfach
10 08 64, 4300 Essen

**Postfachmitbewerber-
adresse in Zürich**
für Versandfirmen und Privat-
personen. Ihre Post wird durch
uns zuverlässig an Sie weiterge-
leitet.

IVM, Abt. Trans. Postfach,
CH-8042 Zürich

Dreherei
sucht festen Kunden für Dauer-
auftrag. Tel. 0 23 51/7 94 65

Büroreinigungsfirma hat noch
Kapazitäten frei. Zuschr. erb. u.
PT 47912 an WELT-Verlag,
Postf. 2000 Hamburg 36

Partnervermittlung
sucht Geschäftspartner(in), Wissen-
schaftl. fundierte Partnerin und
Computerisierung für den Vertrieb
vorhanden.
E & P, Postfach 13 72, 5308 Rheinbach
Tel. 0 22 30 / 34 06

Handelsvertreter/innen
Silber + Modeschmuck
zum Besuch von Geschenk-
boutiquen, Drogerien, Parfü-
merien und Friseur zu besten
Vertragsbedingungen gesamt.
Auch als Zweitvertretung.

Aussagefähige Bewerbungen
unter D 9638 an WELT-Verlag,
Postfach 10 08 64, 4300 Essen

Bei Antworten auf Chiffreanzeigen
immer die Chiffre-Nummer auf dem
Umschlag vermerken!

FINANZANZEIGEN

Wertpapier-Kenn-Nr. 648 300 -

Linde Aktiengesellschaft - Wiesbaden



Wir berufen hiermit unsere diesjährige

ordentliche Hauptversammlung auf Donnerstag, den 17. Mai 1984, 10.00 Uhr in die Kongreßhalle auf dem Messelände, München, Theresienhöhe 13 ein.

Tagesordnung

1. Vorlage des Jahresabschlusses und des Geschäftsberichts für das Geschäftsjahr 1983 mit dem Bericht des Aufsichtsrats und dem Vorschlag für die Verwendung des Bilanzgewinns
Vorlage des Konzernabschlusses und des Konzerngeschäftsberichts für das Geschäftsjahr 1983
2. Verwendung des Bilanzgewinns
Vorstand und Aufsichtsrat schlagen vor, den Bilanzgewinn von 32.400.000 DM zur Ausschüttung einer Dividende von 9 DM je Aktie im Nennbetrag von 80 DM zu verwenden.
3. Entlastung des Vorstands
Aufsichtsrat und Vorstand schlagen vor, dem Vorstand für das Geschäftsjahr 1983 Entlastung zu erteilen.
4. Entlastung des Aufsichtsrats
Vorstand und Aufsichtsrat schlagen vor, dem Aufsichtsrat für das Geschäftsjahr 1983 Entlastung zu erteilen.
5. Erwahlung zum Aufsichtsrat und Wahl von Ersatzmitgliedern
Der Aufsichtsrat schlägt vor, anstelle von Herrn Dr. jur. Winfried Werner, der nach dem Ausscheiden von Herrn Dr. Götsche von der Hauptversammlung gewähltes Ersatzmitglied interimistisch in den Aufsichtsrat nachgerückt war, Herrn Professor Dr. mont. Franz Josef Welsch, Vorsitzender des Vorstands der Mannesmann AG, Düsseldorf, für den Rest der Amtszeit in den Aufsichtsrat zu wählen.
Der Aufsichtsrat schlägt ferner vor,
Herrn Dr. jur. Winfried Werner, Direktor mit Generalvollmacht der Deutschen Bank AG, Köln/Stein/Is., sowie
Herrn Dr. jur. Helmut Becker, Chefjurist der Commerzbank AG, Bad Soden/Is.,
in dieser Reihenfolge auch zu Ersatzmitgliedern für das neue Aufsichtsratsmitglied zu wählen.
Der Aufsichtsrat setzt sich nach § 96 Abs. 2 des Aktiengesetzes in Verbindung mit § 7 Abs. 1 Satz 1 Nr. 2 des Mitbestimmungsgesetzes zusammen. Die Hauptversammlung ist an Wahlvorschläge nicht gebunden.
6. Ermächtigung zur Ausgabe von Optionschuldverschreibungen und Schaffung bedingten Kapitals
Vorstand und Aufsichtsrat schlagen vor, folgende Beschlüsse zu fassen:
a) Der Vorstand wird ermächtigt, mit Zustimmung des Aufsichtsrats Optionschuldverschreibungen (Teilschuldverschreibungen mit befristeten Optionscheinen, die Optionsrechte auf Aktien der Linde Aktiengesellschaft verleihen) mit längstens 15jähriger Laufzeit auszugeben oder Optionsrechte mit längstens 15jähriger Laufzeit auf Aktien der Linde Aktiengesellschaft im Zusammenhang mit der Ausgabe von Optionschuldverschreibungen zu gewähren, die durch unmittelbare oder mittelbare 100%ige ausländische Beteiligungsgesellschaften der Linde Aktiengesellschaft unter Garantie der Linde Aktiengesellschaft ausgegeben werden. Die Optionschuldverschreibungen können in deutscher Mark oder in US-Dollar ausgeben werden. Das Gesamtbetrag der Optionschuldverschreibungen ist auf den Gegenwert von 150.000.000 DM begrenzt. Die Optionschuldverschreibungen können in der Zeit bis zum 30. April 1989 begeben werden. Die Optionschuldverschreibungen und die Optionsrechte sollen deutschem Recht unterliegen.
Die Ermächtigung kann in Teilbeträgen ausgenutzt werden, und zwar auch in der Weise, daß ein Teil des Gesamtbetrags der Optionschuldverschreibungen von der Linde Aktiengesellschaft, ein anderer Teil von unmittelbaren oder mittelbaren 100%igen ausländischen Beteiligungsgesellschaften unter Garantie der Linde Aktiengesellschaft ausgegeben wird. Das gestrichelte Bezugsrecht der Aktionäre wird ausgeschlossen, soweit Optionsrechte auf Aktien der Linde Aktiengesellschaft im Zusammenhang mit Optionschuldverschreibungen ausländischer Beteiligungsgesellschaften der Linde Aktiengesellschaft gewährt werden.
Die Teilschuldverschreibungen werden auf den Inhaber lauten und in Nennbeträgen von je 1.000 DM oder je 1.000 US\$ ausgeben. Jeder Teilschuldverschreibung werden Inhaber-Optionscheine zum Erwerb von Aktien der Linde Aktiengesellschaft beiliegend, die den Inhaber nach näherer Maßgabe der Optionsbedingungen berechtigen, je Deutsche-Mark-Schuldverschreibung bis zu 3 Linde-Aktien und je US-Dollar-Schuldverschreibung bis zu 3 Linde-Aktien im Nennbetrag von je 50 DM zu beziehen.
Der Optionspreis für eine Aktie der Linde Aktiengesellschaft im Nennbetrag von 80 DM entspricht dem Durchschnitt der amtlichen Einheitskurse der Frankfurter Wertpapierbörse für Linde-Aktien an den 10 Börsentagen, die der Beschlussfassung über die Ausgabe der Teilschuldverschreibungen vorausgehen; der so ermittelte Optionspreis wird auf den nächstvollen DM-Betrag aufgerundet. Der Optionspreis wird aufgrund einer Verweisungsschutzklausel ermäßigt, wenn die Linde Aktiengesellschaft während der Laufzeit der Teilschuldverschreibungen unter Erlösung eines Bezugsrechts an ihre Aktionäre entweder ihr Kapital erhöht oder Wandel- oder Optionsrechte begründet und den Inhabern der Optionscheine kein Bezugsrecht eingeräumt wird. § 9 Abs. 1 des Aktiengesetzes bleibt unberührt.
Die Optionsrechte können frühestens einen Monat nach Ausgabe der Teilschuldverschreibungen bis längstens einen Monat nach Ende der Laufzeit der Teilschuldverschreibungen mit Ausnahme bestimmter in den Optionsbedingungen festzulegender Zeiträume ausübt werden.
Der Vorstand wird ermächtigt, mit Zustimmung des Aufsichtsrats und gegebenenfalls im Einvernehmen mit den Organen der Optionschuldverschreibungen ausgebenen ausländischen Beteiligungsgesellschaften alle weiteren Einzelheiten der Ausgabe und Ausstattung der Optionschuldverschreibungen festzulegen.
- b) Das Grundkapital wird um bis zu 25.000.000 DM durch Ausgabe von 500.000 Stück auf den Inhaber lautende Aktien im Nennbetrag von je 50 DM zur Gewährung von Optionsrechten nach Maßgabe der Optionsbedingungen an die Inhaber der Optionscheine aus den von der Linde Aktiengesellschaft oder von unmittelbaren oder mittelbaren 100%igen ausländischen Beteiligungsgesellschaften der Linde Aktiengesellschaft bis zum 30. April 1989 ausgegebenen Optionschuldverschreibungen bedingt erhöht. Die Ausgabe der Aktien erfolgt zu dem unter a) angegebenen Optionspreis. Die bedingte Kapitalerhöhung ist nur insoweit durchzuführen, als die Optionschuldverschreibungen ausgegeben werden und die Inhaber der Optionscheine von ihren Optionsrechten auf Bezug von Aktien der Linde Aktiengesellschaft Gebrauch machen. Die neuen Aktien nehmen von Beginn des Geschäftsjahres, in dem sie durch Ausübung von Optionsrechten entstehen, am Gewinn teil. Der Vorstand wird ermächtigt, mit Zustimmung des Aufsichtsrats die weiteren Einzelheiten der Durchführung der bedingten Kapitalerhöhung festzulegen.
- c) In § 6 der Satzung wird folgender neuer Absatz 5 eingefügt:
„Das Grundkapital ist um bis zu 25.000.000 DM, eingeteilt in 500.000 Stück auf den Inhaber lautende Aktien im Nennbetrag von je 50 DM, bedingt erhöht. Die bedingte Kapitalerhöhung wird nur insoweit durchgeführt, als die Inhaber von Optionschuldverschreibungen aus den von der Linde Aktiengesellschaft oder von unmittelbaren oder mittelbaren 100%igen ausländischen Beteiligungsgesellschaften der Linde Aktiengesellschaft bis zum 30. April 1989 ausgegebenen Optionschuldverschreibungen von ihren Optionsrechten auf Bezug von Aktien der Gesellschaft Gebrauch machen. Die neuen Aktien nehmen von Beginn des Geschäftsjahres, in dem sie durch Ausübung von Optionsrechten entstehen, am Gewinn teil. Der Vorstand wird ermächtigt, mit Zustimmung des Aufsichtsrats die weiteren Einzelheiten der Durchführung der bedingten Kapitalerhöhung festzulegen.“

7. Weitere Satzungsänderungen
Vorstand und Aufsichtsrat schlagen vor, folgende Beschlüsse zu fassen:

a) In § 6 der Satzung wird folgender Absatz 6 eingefügt:
„Bei Kapitalerhöhungen kann die Gewinnbeteiligung der neuen Aktien abweichend von § 90 Absatz 2 des Aktiengesetzes geregelt werden.“

b) In § 10 Absatz 2 der Satzung wird folgender Satz 3 eingefügt:
„Ersatzwahlen für vorzeitig ausgeschiedene Aufsichtsratsmitglieder erfolgen für den Rest der Amtszeit der Ausscheidenden.“

8. Wahl des Abschlussprüfers für das Geschäftsjahr 1984
Der Aufsichtsrat schlägt vor, zum Abschlussprüfer für das Geschäftsjahr 1984 die

Deutsche Treuhand-Gesellschaft Aktiengesellschaft
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, Frankfurt am Main
zu wählen.

Zur Teilnahme an der Hauptversammlung und zur Ausübung des Stimmrechts sind diejenigen Aktionäre berechtigt, die ihre Aktien bei einer der nachbezeichneten Stellen spätestens am 10. Mai 1984 hinterlegen und bis zur Beendigung der Hauptversammlung dort belassen. Hinterlegungstellen sind die Geschäftsstelle der Linde Aktiengesellschaft in Wiesbaden, Abraham-Lincoln-Straße 21 sowie folgende Banken und deren Niederlassungen in Frankfurt am Main, Berlin, Düsseldorf, Hamburg, München und Wiesbaden:

Deutsche Bank AG
Deutsche Bank Berlin AG
Bank für Handel und Industrie AG
Berliner Commerzbank AG
Bankhaus Gebrüder Bethmann
Commerzbank AG

Dresdner Bank AG
Marck, Finck & Co.
Bayrische Hypotheken- und Wechsel-Bank AG
Berliner Bank AG
Deutsche Länderbank AG

Die Aktien sind auch dann ordnungsgemäß hinterlegt, wenn sie mit Zustimmung einer Hinterlegungsstelle für diese bei einem Kreditinstitut bis zur Beendigung der Hauptversammlung gepfändet werden. Die von diesen auszustellende Bescheinigung über die Hinterlegung hat die hinterlegten Aktien nach Nummern und Stückzahl zu bezeichnen und ist spätestens am 11. Mai 1984 bei einer der obigen Hinterlegungsstellen einzureichen.

Über die hinterlegten Aktien werden den Aktionären oder deren ordnungsgemäß ausgewiesenen Vertretern Eintrittskarten ausgestellt.

Für die Ausübung des Stimmrechts verbleiben wir auf § 15 unserer Satzung. Diese auf § 134 des Aktiengesetzes beruhende Bestimmung lautet:

„1) In der Hauptversammlung gewährt jede Aktie eine Stimme. Die Stimmzahl, die auf eine Sammelaktie (vgl. § 6 Absatz 1 Satz 2) entfällt, ist also gleich der Anzahl von Aktien, die durch die Sammelaktie vertritt werden.“

2) Ist ein Aktionär mit Aktien im Gesamtnennbetrag von mehr als 10% des Grundkapitals beteiligt, so wird abweichend von Absatz 1 ein Stimmrecht auf die Anzahl von Stimmen beschränkt, die Aktien im Nennbetrag von insgesamt 10% des Grundkapitals gewähren. Zu den Aktien, die einem Aktionär gehören, rechnen auch die Aktien, die einem von ihm abhängigen oder ihm verbundenen oder einem mit ihm konzernverbundenen Unternehmen oder einem Dritten für Rechnung eines solchen Unternehmens gehören. Bei der Berechnung einer nach Absatz 2 oder Satz 1 erforderlichen Kapitalmehrheit bleiben diese Beschränkungen außer Betracht.“

Der in § 15 Absatz 2 der Satzung genannte Anteil von 10% des Grundkapitals entspricht zur Zeit einem Nennbetrag von 18.000.000 DM - 360.000 Aktien zu je 50 DM.

Wiesbaden, im April 1984

Der Vorstand

Die Aktien sind auch dann ordnungsgemäß hinterlegt, wenn sie mit Zustimmung einer Hinterlegungsstelle für diese bei einem Kreditinstitut bis zur Beendigung der Hauptversammlung gepfändet werden. Die von diesen auszustellende Bescheinigung über die Hinterlegung hat die hinterlegten Aktien nach Nummern und Stückzahl zu bezeichnen und ist spätestens am 11. Mai 1984 bei einer der obigen Hinterlegungsstellen einzureichen.

Über die hinterlegten Aktien werden den Aktionären oder deren ordnungsgemäß ausgewiesenen Vertretern Eintrittskarten ausgestellt.

Für die Ausübung des Stimmrechts verbleiben wir auf § 15 unserer Satzung. Diese auf § 134 des Aktiengesetzes beruhende Bestimmung lautet:

„1) In der Hauptversammlung gewährt jede Aktie eine Stimme. Die Stimmzahl, die auf eine Sammelaktie (vgl. § 6 Absatz 1 Satz 2) entfällt, ist also gleich der Anzahl von Aktien, die durch die Sammelaktie vertritt werden.“

2) Ist ein Aktionär mit Aktien im Gesamtnennbetrag von mehr als 10% des Grundkapitals beteiligt, so wird abweichend von Absatz 1 ein Stimmrecht auf die Anzahl von Stimmen beschränkt, die Aktien im Nennbetrag von insgesamt 10% des Grundkapitals gewähren. Zu den Aktien, die einem Aktionär gehören, rechnen auch die Aktien, die einem von ihm abhängigen oder ihm verbundenen oder einem mit ihm konzernverbundenen Unternehmen oder einem Dritten für Rechnung eines solchen Unternehmens gehören. Bei der Berechnung einer nach Absatz 2 oder Satz 1 erforderlichen Kapitalmehrheit bleiben diese Beschränkungen außer Betracht.“

Der in § 15 Absatz 2 der Satzung genannte Anteil von 10% des Grundkapitals entspricht zur Zeit einem Nennbetrag von 18.000.000 DM - 360.000 Aktien zu je 50 DM.

Wiesbaden, im April 1984

Der Vorstand

Die Aktien sind auch dann ordnungsgemäß hinterlegt, wenn sie mit Zustimmung einer Hinterlegungsstelle für diese bei einem Kreditinstitut bis zur Beendigung der Hauptversammlung gepfändet werden. Die von diesen auszustellende Bescheinigung über die Hinterlegung hat die hinterlegten Aktien nach Nummern und Stückzahl zu bezeichnen und ist spätestens am 11. Mai 1984 bei einer der obigen Hinterlegungsstellen einzureichen.

Über die hinterlegten Aktien werden den Aktionären oder deren ordnungsgemäß ausgewiesenen Vertretern Eintrittskarten ausgestellt.

Für die Ausübung des Stimmrechts verbleiben wir auf § 15 unserer Satzung. Diese auf § 134 des Aktiengesetzes beruhende Bestimmung lautet:

„1) In der Hauptversammlung gewährt jede Aktie eine Stimme. Die Stimmzahl, die auf eine Sammelaktie (vgl. § 6 Absatz 1 Satz 2) entfällt, ist also gleich der Anzahl von Aktien, die durch die Sammelaktie vertritt werden.“

2) Ist ein Aktionär mit Aktien im Gesamtnennbetrag von mehr als 10% des Grundkapitals beteiligt, so wird abweichend von Absatz 1 ein Stimmrecht auf die Anzahl von Stimmen beschränkt, die Aktien im Nennbetrag von insgesamt 10% des Grundkapitals gewähren. Zu den Aktien, die einem Aktionär gehören, rechnen auch die Aktien, die einem von ihm abhängigen oder ihm verbundenen oder einem mit ihm konzernverbundenen Unternehmen oder einem Dritten für Rechnung eines solchen Unternehmens gehören. Bei der Berechnung einer nach Absatz 2 oder Satz 1 erforderlichen Kapitalmehrheit bleiben diese Beschränkungen außer Betracht.“

Der in § 15 Absatz 2 der Satzung genannte Anteil von 10% des Grundkapitals entspricht zur Zeit einem Nennbetrag von 18.000.000 DM - 360.000 Aktien zu je 50 DM.

Wiesbaden, im April 1984

Der Vorstand

Die Aktien sind auch dann ordnungsgemäß hinterlegt, wenn sie mit Zustimmung einer Hinterlegungsstelle für diese bei einem Kreditinstitut bis zur Beendigung der Hauptversammlung gepfändet werden. Die von diesen auszustellende Bescheinigung über die Hinterlegung hat die hinterlegten Aktien nach Nummern und Stückzahl zu bezeichnen und ist spätestens am 11. Mai 1984 bei einer der obigen Hinterlegungsstellen einzureichen.

Über die hinterlegten Aktien werden den Aktionären oder deren ordnungsgemäß ausgewiesenen Vertretern Eintrittskarten ausgestellt.

Für die Ausübung des Stimmrechts verbleiben wir auf § 15 unserer Satzung. Diese auf § 134 des Aktiengesetzes beruhende Bestimmung lautet:

„1) In der Hauptversammlung gewährt jede Aktie eine Stimme. Die Stimmzahl, die auf eine Sammelaktie (vgl. § 6 Absatz 1 Satz 2) entfällt, ist also gleich der Anzahl von Aktien, die durch die Sammelaktie vertritt werden.“

2) Ist ein Aktionär mit Aktien im Gesamtnennbetrag von mehr als 10% des Grundkapitals beteiligt, so wird abweichend von Absatz 1 ein Stimmrecht auf die Anzahl von Stimmen beschränkt, die Aktien im Nennbetrag von insgesamt 10% des Grundkapitals gewähren. Zu den Aktien, die einem Aktionär gehören, rechnen auch die Aktien, die einem von ihm abhängigen oder ihm verbundenen oder einem mit ihm konzernverbundenen Unternehmen oder einem Dritten für Rechnung eines solchen Unternehmens gehören. Bei der Berechnung einer nach Absatz 2 oder Satz 1 erforderlichen Kapitalmehrheit bleiben diese Beschränkungen außer Betracht.“

Der in § 15 Absatz 2 der Satzung genannte Anteil von 10% des Grundkapitals entspricht zur Zeit einem Nennbetrag von 18.000.000 DM - 360.000 Aktien zu je 50 DM.

Wiesbaden, im April 1984

Der Vorstand

Die Aktien sind auch dann ordnungsgemäß hinterlegt, wenn sie mit Zustimmung einer Hinterlegungsstelle für diese bei einem Kreditinstitut bis zur Beendigung der Hauptversammlung gepfändet werden. Die von diesen auszustellende Bescheinigung über die Hinterlegung hat die hinterlegten Aktien nach Nummern und Stückzahl zu bezeichnen und

STELLENANGEBOTE

„Nutzen Sie wie ich KIS als Sprungbrett für eine nationale oder internationale Karriere“



Ludwig Schmidt, 36 Jahre

Situation: Der deutsche Fotomarkt mit einem Umsatzvolumen von über 5 Milliarden DM ist in Bewegung geraten. Der wohl interessanteste Teilmarkt, der 1-Stunden-Fotobildservice entwickelt sich aufsehenerregend. Das von KIS entwickelte und verkaufte Tageslicht-MINILAB macht Furore. Alle verkauften Branchenstrukturen brechen auf, neue, zukunftsweisende Technologien und Vertriebssysteme gewinnen rapide an Bedeutung. Fast 2 Milliarden Fotobilder werden jährlich in der Bundesrepublik Deutschland entwickelt und gedruckt. In der gesamten westlichen Welt sind dies z. Z. rd. 20 Milliarden Fotobilder p. a. Es geht darum, wer in diesem weltweit wachsenden Markt in Zukunft Gewinne erzielen wird. Hier liegen die immensen Zukunftschancen von KIS-Photo. Auch Ihre, denn als einer unserer neuen, erfolgreichen

wird diese Aufgabe nur eine Durchgangssposition zu unserem internationalen Produkt-Management sein. Unser Erfolg ist Ihr Erfolg: Sie werden in einer der am schnellsten wachsenden, internationalen Gesellschaften mitarbeiten: 7 Produktionsstätten und 80 Tochterunternehmen weltweit, Expansion 1983 + 75%. Mit dem marktrevolutionierenden und von KIS-Photo verkauften MINILAB für den zukunftsstrahlenden 1-Stunden-Fotobildservice wurden innerhalb von nur 24 Monaten, international rd. 50% Marktanteil erreicht. Ideale Entwicklungschancen: Für Sie wie bereits für Ludwig Schmidt, 36 Jahre. Am 1. Dezember 1983 begann seine Karriere bei KIS Deutschland, Einsatzgebiet Bayern. Am 4. März 1984 lag er in die USA, um dort neue Managementaufgaben zu übernehmen. Sein Einkommen hat sich bereits verdoppelt. Seine Karriere geht weiter. Wir wachsen dynamisch weiter. Sind Sie der Managertyp mit „Frontgeist“, der unseren Erfolgsweg mitgeht?

Ihr Background: Hochschul-Abschluß oder eine ähnliche Ausbildung. Jung, engagiert. Eine Persönlichkeit, Durchsetzungsvermögen in der Führung und Motivation von Mitarbeitern. Ihr Training: 3 Monate theoretische und praktische Einarbeitung in der Bundesrepublik Deutschland. Überzeugende Erfolge in unserer Verkaufsorganisation. 6 Monate Delegation als District-Manager in die USA. Danach Führungsaufgaben national oder international. Leitung von Niederlassungen, Neugründungen etc.

Senden Sie uns Ihre vollständigen Bewerbungsunterlagen mit Lichtbild und Angabe des frühestmöglichen Eintrittstermins. Wir werden uns umgehend mit Ihnen in Verbindung setzen. KIS-Photo, Oberbiller Allee 167, 4000 Düsseldorf 1



Die Kommunikation ist unser faszinierender Wachstumsmarkt. Fast 4000 Mitarbeiter sind darin für uns tätig. Rank Xerox bietet erfahrenen Fachleuten aus der Branche, möglichst mit betriebswirtschaftlichem oder Informatik-Studium, die Position als

Verkaufsleiter Fachhandel

mit praktischen Verkaufserfahrungen im expansiven Markt der

Mikrocomputer

Unser Vertrieb erfolgt über mehr als 60 Fachhandels-Unternehmen. Die Anzahl der Vertriebsstellen wird in 1984 mehr als verdoppelt und branchenbezogen ausgebaut. Unsere Vertragspartner erwarten von uns verkaufsorientierte Unterstützung und Lösungsvorschläge für die vielfältigen Kundenprobleme. Hier müssen wir beratend zur Seite stehen.

Wir erwarten neben der beruflichen Qualifikation persönliche Merkmale, wie Motivationsstärke, Freude am planvollen, systematischen Arbeiten und zielorientierte Durchsetzungskraft von Ihnen.

Sie erreichen uns unter 0211-5993230 - Herr Schumacher / Leiter Personalabteilung - oder Rank Xerox GmbH, Hauptverwaltung Personal, Emanuel-Lentze-Straße 20, 4000 Düsseldorf-Lörick. Oder aber Sie informieren sich gleich an Ort und Stelle auf der Hannover-Messe, CeBIT 1, Stand 4007, Rank Xerox-Galerie (1. Etage), bei Herrn Horst Eickert / Leiter Marketing Vertriebsstrategien.

Kopieren - Vervielfältigen - Telekommunikation
Drucksysteme - Textverarbeitung - Qualitätspapiere

RANK XEROX

Sekretär/in

Erfahren in allen Sekretariatsarbeiten sowie Englisch und evtl. Französisch.
Bewerbungen bitte schriftl. in Englisch mit Referenzen an das
Ägyptische Generalkonsulat
Harvestehuder Weg 50, 2000 Hamburg 13.
Telef. Auskünfte nur zw. 9.00 u. 10.00 Uhr. Tel. 0 40 / 4 10 10 31

Wenn Sie es eilig haben,
können Sie Ihre Anzeige über
Fernschreiber
08 579 104 aufgeben

Wir bieten in Deutschland

erstklassigem VERKAUFLER

außerordentliches Programm von 2000 BUNGALOWS - VILLEN
- DUPLEX, gelegen in SPANIEN/Alcantara, zum Verkauf an.
- Außerordentlicher Gewinn.
- Werbliche und kaufmännische Unterstützung von hoher Qualität.
- Permanentes Training.

Im Besitz von Wagen und Telefon.

Mindest-Investierung von DM 16 500,- notwendig.

Bitte schreiben an:

COSTA EURO - Rue de Courtois 22 D - 8600 MENIN (Belgien)

Sol. mittelständischer Baufrüher
in Norddeutschland sucht einen
dynamischen

Allroundkfm.

mit Schwerpunkt Vertrieb als
tätigen Teilhaber.
Angeb. erb. u. B 5634 an WELT-
Verlag, Postf. 10 08 64, 4300
Essen.

US publication seeks

bilingual journalist

for fulltime position in its
Bonn office.
Must have complete fluency
in written English.
Excellent career opportunity.
Applicants please reply in
English with curriculum
vitae to C 5171, WELT-
Verlag, Postfach
10 08 64, 4300 Essen.

Export-Kaufmann

der Englisch und Französisch in Wort und Schrift perfekt beherrscht.
Reisetätigkeiten, die für die Abwicklung des Innendienstes notwendig sind,
geben Ihnen einen interessanten Background für den weiteren Ausbau dieser
Position - nach einiger Zeit - zum Export-Leiter.
Von Vorteil wäre es, wenn Sie Erfahrungen aus der Möbelindustrie mit nach
Ostwestfalen bringen könnten und um die 30 Jahre alt sind.
Sie werden der Geschäftsleitung direkt unterstellt sein und somit die
Exportsituation unseres Klienten wesentlich auf den internationalen Märkten
weiter ausbauen.

Wir bitten Sie um Ihre aussagefähigen kompletten Bewerbungsunterlagen und
sichern Ihnen absolute Vertraulichkeit ebenso wie Berücksichtigung von
Sperrenvermerken zu.

WAS

Werbeagentur & Personalberatung Bernd Schillingmann GmbH
Postfach 36, 4930 Detmold



Erfahrener Dipl.-Wirtschafts-Ing.

Erragsorient., Praktiker, bes. Stärken im analyt. Bereich: Langfristplanung, Marketingkonzeption, Strategie und -Umsetzung, Engl. und Dän. Sprachkts.; sucht vertriebsorientierte Führungsposition im Raum Norddeutschland.

Auskünfte erteilt: Herr Fenger
Fachvermittlungsdienst Kiel, Mühliustraße 38
2300 Kiel 1, ☎ 0431/907-343, FS 292 673

Vertriebsingenieur

Bereich MSR-Geräte und -Systeme (mech. pneum. elektr.), langjährige Berufspraxis bei führenden Unternehmen (Akquisition, Beratung, Angebots- und Auftragsabwicklung), engl. Grundkenntnisse; sucht neuen Wirkungskreis mögl. Großraum Hannover oder Niedersachsen, aber nicht Beddingung.

Auskünfte erteilt: Herr Pein
Fachvermittlungsdienst Hannover, Hanomagstraße 9
3000 Hannover 91, ☎ 0511/4737-209, FS 921 428

Produktionsleiter Ernährungsindustrie

Dipl.-Molkereiwesen (Dipl.-Ing. agr.). Molkereifach-Lehre, Studium Fachrichtung Milchwirtschaft, mehrjährige Erfahrung in der Milch- und nahrungsmittelverarbeitenden Industrie als Laborleiter, Produktionsleiter und im Produktmanagement; sucht verantwortungsvolles Aufgabengebiet im Bereich der Milch- oder Nahrungsmittelverarbeitung, aber auch bei Instituten, Behörden oder in angrenzenden Bereichen.

Auskünfte erteilt: Herr Pein
Fachvermittlungsdienst Hannover, Hanomagstraße 9
3000 Hannover 91, ☎ 0511/4737-209, FS 921 428

Betriebswirt (grad.)

42, mit Berufserfahrung und Kenntnisse in den Bereichen Marketing, DV-Organisation, Btx, Rechnungswesen.

Auskünfte erteilt: Herr Jung
Fachvermittlungsdienst Hannover, Hanomagstraße 9
3000 Hannover 91, ☎ 0511/4737-263, FS 921 428

Kreativer und leistungsstarker Betriebswirt (grad.)

Industrie- und Handelskammer, 34 J., mit mehrjähriger Praxis in Verwaltung, Handel u. Industrie, Schwermetallbereich, Personalarbeit, Beschaffung u. Vertrieb. Auszubildende Kenntnisse in Arbeits- u. Wirtschaftsprüfung, techn. Verständnis, RKW-Mitglied, gut im Maschineneinsatz. Besonders Interesse f. Kommunikation u. Design. Ich suche auszubildende Tätigkeit in Berlin. Kleines Büro (80 m²) kann eingebracht werden.

Angeb. erb. u. X 4770 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Dipl.-Ing. Bauwesen

Bietet: Erfahrungen in Statik und Konstruktion; Akquisition, Kalkulation, Angebotserstellung für schlüsselfertige Anlagen im In- und Ausland; Projekt- und Bauleitung; Auslandsaufenthalt in Ägypten, Libyen, Algerien, Saudi-Arabien u. a. m.; englische, französische, arabische Sprachkenntnisse.

Sucht: Komplexen Verantwortungsbereich im Bau-Management Naher Osten mit langfristigen Einsatz in Nahost für Baufirma oder Consulting.

Daten: 37 J., verh., 2 schulpfl. Kinder, Ist-EK ca. 75 TDM p. a. Kontakt unter N 5158 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen

Reisender

34 J., ungekl. Stellung, sucht neuen Betätigungsbereich im Food- oder Non-Food-Bereich, mögl. Großraum FLZ 22-23.

Freundl. Angebote u. N 5378 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Verkaufsleiter - Einkäufer

35 Jahre, verheiratet, Betriebswirt, jetzt Prokurist und Leiter eines namhaften Großhandelsbetriebes, breite Warenkenntnisse, besonders Hausat., Eisenwaren, kreativer und dynamischer Praktiker, firm in Planung, Organisation, Personal- und Menschenführung, Verhandlungssicher, in ungeklärter Stellung, sucht zum 1. Januar 1985 eine Topaufgabe als Verkaufsleiter oder Einkäufer, die er als neue Herausforderung anpacken will.

Bitte Kontaktaufnahme bei absoluter Vertraulichkeit unter L 5376 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Dipl.-Ing., Nachrichtentechnik, 42 J., langjährige, erfolgreiche Tätigkeit in leitenden Positionen

Projektleitung/Produktmanagement/Vertrieb auf den Gebieten Elektrotechnik, Elektronik, Prozesstechnik, Systemtechnik, Software-Engineering, DV, Meß- und Regeltechnik. Erfahrungen: Entwurf, Produktion, Service, technische Beratung, Vertrieb, Projektmanagement, kaufm. und betriebl. Kenntnisse, Vertragswesen; Auslandsaufenthalte, Englisch verhandlungssicher. Sucht vielseitige Aufgabe mit vertriebl. technischer und kaufmännischer Verantwortung. Angeb. erb. u. S 5381 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Export-Import-Kaufmann

48, mit langj. Erfahrung im internationalen Stahlhandel, vertraut mit allen Phasen der Akquisition u. Abwicklung von Export- u. Importgeschäften sowie Aufbau/Leitung von Vertriebsvertretungen/Niederlassungen im In- u. Ausland, verhandlungssicher, sucht neue Aufgabe in Handel oder exportorient. Industrie. Raum Düsseldorf-Köln bevorzugt.

Angebote erbeten unter U 5383 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Homöo-Pharma-Hersteller-Vet.

Erfolgreicher Geschäftsführer, 49 J., verh., 31.12.1983, ungebunden, Vertr. L. AMG, sucht leitende Aufgaben, mögl. sidd. Raum, Erfahrung in BGA, Bez.-Bog., Patentamt, Pharma-Großh., Apoth., Landh., Exp., Außendienst, Finanzen, Personal, Werbung, Produkt, EW OIL d. R., evtl. mit Kontrollleiter AMG.

Angeb. erb. u. Y 5631 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

KUNDENDIENST

für Maschinen- und Fahrzeugbau
Dipl.-Ing. (FH), 49 J., verh., Lehre und Ing.-Prüfung für Landmaschinen, (SIS Köln 58), übernimmt Verantwortung im after-sales-Geschäft.

Erfahrung: 5 J. Versuchs-Ing., für Schlepper, 19 J. verantwortungsvolle Positionen im Werkkundendienst für Land- u. Baumaschinen, Geordneter Wertegang über kaufm. Abwickl., Technik, techn. Schulung u. Dokumentation.

Angeb. unt. N 5644 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

Maschinen- u. Wirtschafts-Ing. (grad.)

47, Engl. Franz., langjähr. Auslandserfahrung Baugeräte und Anlagenbau. Familiär Export u. Import, wünscht Ausland-Management-Position, Niederlassung in relevant. Industrie- oder Baunternehmen.

Angeb. erb. unt. P 5645 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

Innovationstalent, Dipl.-Ing. (TU)

Langjährige Führungspraxis in EDV-Organisation, Projektmanagement, Projektleitung, Fertigung, Unternehmensplanung, hauptsächlich Bau-, Baugerätebranche, breite Kenntnisse moderner Managementtechniken, 44 J., fließend Englisch. Arbeitsweise: analytisch, problemorientiert, zielkonzipiert, sucht innovationsorientierte Führungsposition. Kontakte bitte unter PD 47 880 an WELT-Verlag, Postfach, 2000 Hamburg 36.

Russisch/Sowjetunion

Dipl.-Bau-Ing. (TH)

31 Jahre, 5 Jahre Berufserfahrung (Inland und Ausland), perfekt Russisch + Englisch, sucht neuen Wirkungskreis.

Angeb. erb. u. M 5377 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen

Bankkaufmann

34, mehrj. Industrieerfahrung, HBV, exportorientiert, engl. verhandlungssicher im Projektgeschäft, führungstark, unternehmerisch denkend, sucht mittel- bis langfristige Führungsposition im Handel/Dienstleistungsbereich im Großraum HH.

Ang. u. PH 47 808 an WELT-Verlag, Postfach, 2000 Hamburg 36.

Einsatzfreie Lehrkraft

34 J., sucht neuen Wirkungskreis. Studienfach VWL, engl. Deutsch, vorher 4-jähr. Tätigkeit als Fremdsprachenlehrer f. Franz.

Angeb. erb. u. Z 5632 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Auslandsmontage

von Klempner-Installateur gesucht. 44 J., verh., 5 J. Auslandserfahrung in Saudi-Arabien. Sprachkenntnisse: Englisch.

Angeb. erb. u. A 5633 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Dipl.-Ing. (FH)

39 J., in ungekl. Stellung als Architekt, sucht neuen Wirkungskreis in Ber. Grundlagengestaltung bis Abrechnung von Hochbauten u. od. auch im Statikbau. Zusatzqualif. Architekt, Statikbau-Ingenieur, Fachkoll. u. TIL.

Angeb. erb. unter PP 47 890 an WELT-Verlag, Postfach, 2000 Hamburg 36.

Fachmann für betriebliche Altersversorgung

Dipl.-Math., 38 J., verh., langjährige Erfahrungen in der Betreuung und Begleitung betrieblicher Altersversorgungswerte und Pensionskassen, EDV-Anwenderkenntnisse vorhanden, sucht neue Position.

Angebote unter P 5378 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Diplomsekretärin/Industriekauffrau

25 J., 6 J. Berufspraxis, sucht zum 1. 5. neuen Wirkungskreis.

Angeb. erb. unter FW 47 895 an WELT-Verlag, Postfach, 2000 Hamburg 36.

Dipl. agr. Ing.

Ungekl. Stellung, led. 31 J., 2 J. Ausl.-Erfahrung, i. Canada, Austr. u. N.Jemen, Sprachen: Engl. gut, Franz. Grundkenntn., bes. Interesse: Saatgut, Saatgutsaufbereitung, Pflanzenschutz, u. Landtechnik, sucht z. Herbst 84 pass. Wirkungskreis.

Angeb. u. T 5382 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen.

Dipl.-Nautiker

Englischkenntn., 3 J. Berufspraxis, sucht Beschäftigung an Land.

Zuschr. erb. u. PU 47 913 an WELT-Verlag, Postfach, 2000 Hamburg 36.

Techn. Kaufmann

43 J., Außendienstler im Objektgeschäft, Bereich Alu- u. Kunststofffenster, möchte sich veranlagern.

Angeb. unt. M 5643 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

Als junger, dynamischer Vertriebsmann mit Auslandserfahrung

in USA, U. K. u. Vorderer Orient (37 J.) suche ich mich zu verändern, die angestrebte Position ist eine Länderverantwortung od. auch nur auch denkbar Assistent des Vertriebsleiters m. Aufstiegschancen. Zuschr. unt. W 5641 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

Prakt. Kaufmann

30 J., z. Zt. als Gruppenleiter tätig, möchte sich verändern. Fachgeb. Planung/Materialwirtschaft. Engl., Franz., Holländisch. Angeb. u. PP 47 836 an WELT-Verlag, Postf. 2 Hamburg 36

Englischer Anwalt

34 Jahre alt, seit 3 Jahren in Deutschland, sehr gute Deutschkenntnisse, sucht interessante Tätigkeit im Raum Hamburg.

Angeb. erb. u. R 5389 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Junger Architekt

Dipl.-Ing. TU, 5 J. Praxis, sucht neues Aufgabengebiet in nord. Kleinstadt.

Angeb. erb. unter RR 47 891 an WELT-Verlag, Postfach, 2000 Hamburg 36.

Verhandlung, Investitionsgüter/Friedrichshagen, 44, verh., engl., deutsch, holländisch, sucht Niederlassung, Raum Hannover, Zuschr. unter U 5642 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

Ein bewährter Weg zum beruflichen Aufstieg

Stellengesuche in der WELT

Stellengesuche erscheinen in der WELT als Doppel-Insertion jeweils am Mittwoch und am darauf folgenden Samstag. Stellengesuchanzeigen werden bei der WELT zu Preisen berechnet, die gegenüber den Anzeigengrundpreisen stark ermäßigt sind. 1 Anzeigenmillimeter (das ist eine Fläche von 1 mm Höhe und 1 Spalte = 45 mm Breite) kostet für beide Erscheinungstage DM 5,59.

Preis- und Größenbeispiele

30 mm / 2spaltig
DM 335,16 zuzügl.
DM 10,26 Chiffre-Gebühr

35 mm / 1spaltig
DM 195,51 zuzügl.
DM 10,26 Chiffre-Gebühr

20 mm / 1spaltig
DM 111,72 zuzügl.
DM 10,26 Chiffre-Gebühr

An: DIE WELT, Anzeigenabteilung,
Postfach 10 08 64, 4300 Essen 1

Bestellschein

Bitte veröffentlichen Sie in der Rubrik Stellengesuche zum nächst erreichbaren Termin eine Anzeige

_____ mm hoch; _____ spaltig zum Preis von DM

zuzüglich DM 10,26 Chiffre-Gebühr.

Alle Preise einschließlich 14% Mehrwertsteuer.

Name:

Straße/Nr.:

PLZ/Ort:

Vorwahl/Telefon:

Unterschrift:

Der Anzeigentext:

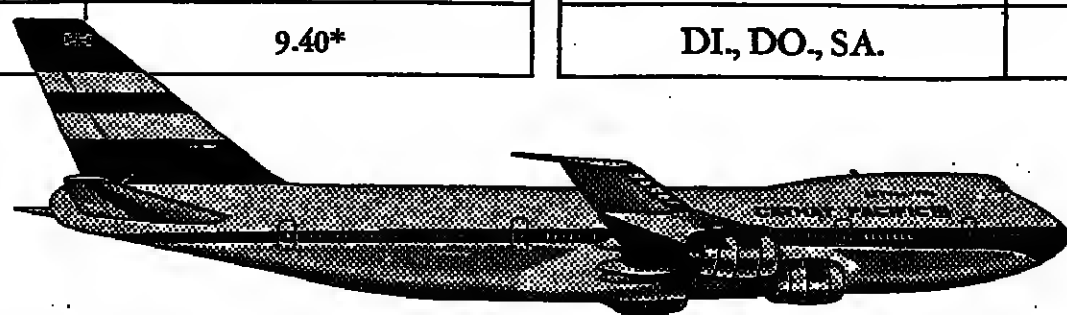
Welcomec



CX 280	FRANKFURT	HONG KONG	CX 281	HONG KONG	FRANKFURT
MI., FR., SO.	13.45	9.40*	DI., DO., SA.	22.30	7.30*

Neu ab 1. April - Holiday Tarif: DM 2.399,00

*Ankunft am nächsten Tag



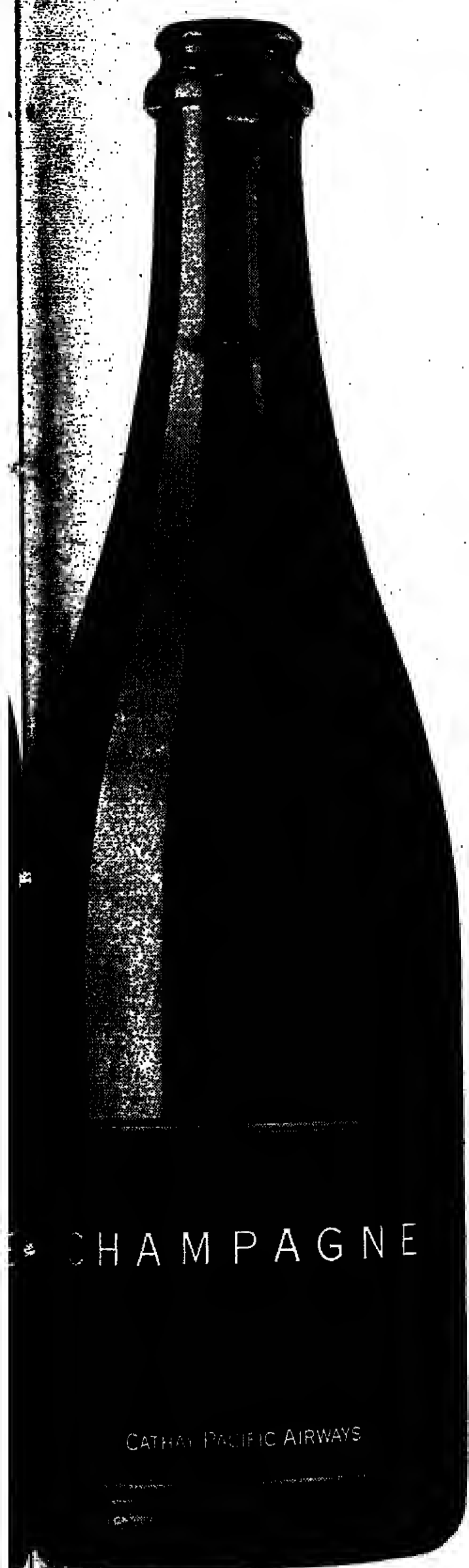
ABU DHABI, AUCKLAND, BAHRAIN, BANGKOK, BOMBAY, BRISBANE, DUBAI, FRANKFURT, FUKUOKA, HONG KONG, JAKARTA, KOTA KINABALU, KUALA LUMPUR, LONDON, MANILA, MELBOURNE, OSAKA, PENANG, PERTH, PORT MORESBY, SEOUL, SHANGHAI, SINGAPORE, SYDNEY, TAIPEI, TOKYO, VANCOUVER.

Cathay Pacific und Lufthansa sind Partner auf der Strecke Frankfurt - Hong Kong. Beide Flugpläne zusammen bieten Ihnen 8 Flüge in der Woche.

Heute fliegt die
noch einmal. U
Osaka, Penang

For 700 Jahren
heute gibt es d

on board.



Heute fliegt die erste 747 von Cathay Pacific Airways pünktlich um 13.45 Uhr von Frankfurt nach Hong Kong. Und am Freitag wieder. Und am Sonntag noch einmal. Und weiter mit First und Business Class von Hong Kong nach Bangkok, Brisbane, Fukuoka, Jakarta, Kuala Lumpur, Manila, Melbourne, Osaka, Penang, Perth, Seoul, Shanghai, Singapore, Sydney, Taipei, Tokyo.

CATHAY PACIFIC. IM GEISTE MARCO POLOS.

Vor 700 Jahren war Marco Polo der erste Geschäftsreisende zwischen West und Ost. Er vereinigte westliche Effizienz mit fernöstlicher Lebenskunst. Heute gibt es diese glückliche Verbindung wieder. Als Fluglinie.

CATHAY PACIFIC
The Swire Group

III
n
Un-
hilfe
000
115
Ret-
Gen-
Ret-
66
zfrei
100g
zfrei
: 81
tung
115,
abon-
73
tung
3 69,
inbul
1, 1z-
ADAC

en
as
en
10
11

Aktienmärkte warten auf Anstoß

Käufer hielten sich vorerst mit neuen Engagements zurück

DW. Auch am Dienstag fehlte es an den deutschen Aktienbörsen die Unternehmungslust. Die Kurse entwickelten sich uneinheitlich. In den Börsen wird man, dass von den Zahlen der Bayer AG und der Dresdner Bank, die in dieser Woche veröffentlicht werden, Anre-

Am Farbenmarkt wirkten sich die Hoffnungen auf die Bayer-Zahlen allerdings noch nicht aus. Die Notierungen lagen überwiegend etwas leichter. Mehr oder weniger behauptet die Elektrowerke. Auch im Bankensektor blieb die Erwartung der Dresdner Bank-Zahlen nach oben ausgerichtet. Unter den Autoaktiven wirkten die Auswirkungen von der Grundsteinlegung des sechsten Schichtfabrik 2700 DM plus 80 BMW-Werks zur zeitweise nach. Versorgungsspieler lagen etwas behauptet. Stahlaktien änderten sich ebenfalls nur wenig. Aktien-Warenhäuser und Preussag konnten wieder gewinnen. 97,50 DM und NWK-Vorzüge mit 177,50 DM gehandelt. Halber Meum um 4 DM. AEG-Kabel Rheydt, DL Texaco und VGT verloren je um 1,50 DM auf 66 DM. Schwächer verkehrte Phosphor-Gummi auf 138 DM. Reichardt gab um 1,50 DM auf 128,10 DM nach. Verreins-

Westbank wurde mit 306 DM bezahlt. Wärschen: Elsenne Aigner erhöht um 3,50 DM und Agrob St. um 2 DM. Audi NSU gab um 0,50 DM. Grünweide verlor 7 DM und Flacker-Pecher 5 DM. Ruckelshausen Flachglas um 2 DM und Leonische Draht um 7 DM. Otto Stumpf verbesserte sich um 3,50 DM auf 136,50 DM. Süd Chemie stieg um 5 DM und Wanderer Werke um 10 DM auf.

Berlin: Berthold zogen um 11,50 DM an und Concordia Chemie wurden um 8 DM höher taxiert. DeWe lag um 2 DM und Ecker-St. um 1 DM. DM freundlicher, DUB-Schultheiss baten 3 DM und Schering 2 DM ein.

Nachbörse: Freundschaft DWZ-Aktien um 1,50 DM (1983) Westbank um 1,50 DM (1983) Westbank um 1,50 DM (1983)

Kursnotierung 1000 DM

1. April 1984

2. April 1984

3. April 1984

4. April 1984

5. April 1984

6. April 1984

7. April 1984

8. April 1984

9. April 1984

10. April 1984

11. April 1984

12. April 1984

13. April 1984

14. April 1984

15. April 1984

16. April 1984

17. April 1984

18. April 1984

19. April 1984

20. April 1984

21. April 1984

22. April 1984

23. April 1984

24. April 1984

25. April 1984

26. April 1984

27. April 1984

28. April 1984

29. April 1984

30. April 1984

1. Mai 1984

2. Mai 1984

3. Mai 1984

4. Mai 1984

5. Mai 1984

6. Mai 1984

7. Mai 1984

8. Mai 1984

9. Mai 1984

10. Mai 1984

11. Mai 1984

12. Mai 1984

13. Mai 1984

14. Mai 1984

15. Mai 1984

16. Mai 1984

17. Mai 1984

18. Mai 1984

19. Mai 1984

20. Mai 1984

21. Mai 1984

22. Mai 1984

23. Mai 1984

24. Mai 1984

25. Mai 1984

26. Mai 1984

27. Mai 1984

28. Mai 1984

29. Mai 1984

30. Mai 1984

31. Mai 1984

1. Juni 1984

2. Juni 1984

3. Juni 1984

4. Juni 1984

5. Juni 1984

6. Juni 1984

7. Juni 1984

8. Juni 1984

9. Juni 1984

10. Juni 1984

11. Juni 1984

12. Juni 1984

13. Juni 1984

14. Juni 1984

15. Juni 1984

16. Juni 1984

17. Juni 1984

18. Juni 1984

19. Juni 1984

20. Juni 1984

21. Juni 1984

22. Juni 1984

23. Juni 1984

24. Juni 1984

25. Juni 1984

26. Juni 1984

27. Juni 1984

28. Juni 1984

29. Juni 1984

30. Juni 1984

1. Juli 1984

2. Juli 1984

3. Juli 1984

4. Juli 1984

5. Juli 1984

6. Juli 1984

7. Juli 1984

8. Juli 1984

9. Juli 1984

10. Juli 1984

11. Juli 1984

12. Juli 1984

13. Juli 1984

14. Juli 1984

15. Juli 1984

16. Juli 1984

17. Juli 1984

18. Juli 1984

19. Juli 1984

20. Juli 1984

21. Juli 1984

22. Juli 1984

23. Juli 1984

24. Juli 1984

25. Juli 1984

26. Juli 1984

27. Juli 1984

28. Juli 1984

29. Juli 1984

30. Juli 1984

31. Juli 1984

1. August 1984

2. August 1984

3. August 1984

4. August 1984

5. August 1984

6. August 1984

7. August 1984

8. August 1984

9. August 1984

10. August 1984

11. August 1984

12. August 1984

13. August 1984

14. August 1984

15. August 1984

16. August 1984

17. August 1984

18. August 1984

19. August 1984

20. August 1984

21. August 1984

22. August 1984

23. August 1984

24. August 1984

25. August 1984

26. August 1984

27. August 1984

28. August 1984

29. August 1984

30. August 1984

31. August 1984

1. September 1984

2. September 1984

3. September 1984

4. September 1984

5. September 1984

6. September 1984

7. September 1984

8. September 1984

9. September 1984

10. September 1984

11. September 1984

12. September 1984

13. September 1984

14. September 1984

15. September 1984

16. September 1984

17. September 1984

18. September 1984

19. September 1984

20. September 1984

21. September 1984

22. September 1984

23. September 1984

24. September 1984

25. September 1984

26. September 1984

27. September 1984

28. September 1984

29. September 1984

30. September 1984

31. September 1984

1. Oktober 1984

2. Oktober 1984

3. Oktober 1984

4. Oktober 1984

5. Oktober 1984

6. Oktober 1984

7. Oktober 1984

8. Oktober 1984

9. Oktober 1984

10. Oktober 1984

11. Oktober 1984

12. Oktober 1984

13. Oktober 1984

14. Oktober 1984

15. Oktober 1984

16. Oktober 1984

17. Oktober 1984

18. Oktober 1984

19. Oktober 1984

20. Oktober 1984

21. Oktober 1984

22. Oktober 1984

23. Oktober 1984

24. Oktober 1984

25. Oktober 1984

26. Oktober 1984

27. Oktober 1984

28. Oktober 1984

29. Oktober 1984

30. Oktober 1984

31. Oktober 1984

1. November 1984

2. November 1984

3. November 1984

4. November 1984

5. November 1984

6. November 1984

7. November 1984

8. November 1984

9. November 1984

10. November 1984

11. November 1984

12. November 1984

13. November 1984

14. November 1984

15. November 1984

16. November 1984

17. November 1984

18. November 1984

19. November 1984

20. November 1984

21. November 1984

22. November 1984

23. November 1984

24. November 1984

25. November 1984

26. November 1984

27. November 1984

28. November 1984

29. November 1984

30. November 1984

31. November 1984

1. Dezember 1984

2. Dezember 1984

3. Dezember 1984

4. Dezember 1984

5. Dezember 1984

flimmer

**Während andere stolz
darauf sind, daß sie endlich
ihre ersten Bildschirmtext-
Geräte liefern können...**

frei

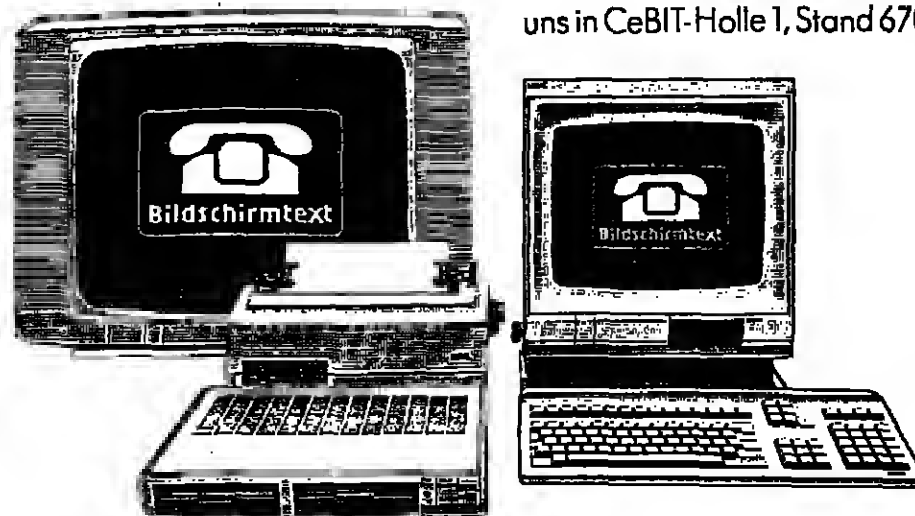
**...bietet Loewe schon den
nächsten bedeutenden Fortschritt:
die einzigartige Flimmerfrei-
Automatik für extra-scharfe
Btx-Bildqualität.**

Der Fortschritt durch Btx wird jetzt mit einer Loewe-Neuentwicklung entscheidend komfortabler nutzbar. Mit der Flimmerfrei-Automatik ist es gelungen, den Btx-Seiten auf dem Bildschirm eine einmalig scharfe Wiedergabe ohne Flimmern zu geben. Damit bietet Loewe jetzt Btx-Editier- und Dialog-Terminals, die durch entscheidende Verbesserungen der Ergonomie allen Forderungen entsprechen, die von den Berufsgenossenschaften an Bildschirm-Arbeitsplätze gestellt werden. Dieser Vorteil erleichtert das Lesen auf dem Btx-Bildschirm und entlastet die Augen ganz erheblich.

Das gilt natürlich auch für den Privatanwender, der das revolutionäre Kommunikations-System Btx zu Hause nutzt: denn auch die Loewe Btx-Fernseher sind ab sofort mit der Flimmerfrei-Automatik ausgestattet. Es gibt also einen wichtigen Grund mehr, sich bei Btx für Loewe zu entscheiden.

Besuchen Sie Ihren Fachhändler – den Loewe Profi-Partner. Oder schreiben Sie uns: Loewe »Professionelle Elektronik«, Industriestraße 11, 8640 Kranach, Btx-Nr.: * 705 #

Auf der Hannover-Messe finden Sie uns in CeBIT-Halle 1, Stand 6703.



LOEWE.

U-BIX KOPIERER

buch aktuell

Die neue Ausgabe von „buch aktuell“ gibt es jetzt kostenlos im Buchhandel. Auf über 100 Seiten finden Sie Informationen über Neuerscheinungen in diesem Frühjahr. Fragen Sie Ihren Buchhändler nach „buch aktuell“ oder fordern Sie das Heft an bei Harenberg Kommunikation, Postfach 13 05, 4600 Dortmumd (bitte 2,- DM in Briefmarken als Versandkostenanteil beifügen).

Kostenlos im Buchhandel!

Gerhard Löwenthal oder 500 Mal ZDF Magazin

Er will weitermachen

Zum 500. Mal erklingt heute abend das Grundthema aus Witold Lutoslawski's „Konzert für Orchester“. Und der musikalischen Kontinuität entspricht gewiß die publizistische wie auch die politische – dank eines Mannes, der von sich sagen kann: „Ich bin der einzige, der dieses Geschäft 15 Jahre durchhält, und davon 13 Jahre in Opposition zur Regierung.“ Tatsächlich: Während anderswo die Chefs und Moderatoren wechseln wie die Ehemänner der Liz Taylor, so übte sich das ZDF Magazin in Beständigkeit. Gerhard Löwenthal ist deswegen aus dem Magazin genauso wenig wegzudenken wie der Lange Eugen aus dem Bonner Regierungsviertel. Und daran wird sich so bald nichts ändern: „Meine Absicht, weiterzumachen, ist ungebrochen. Meine Gesundheit – toitoitoi – läßt nichts zu wünschen übrig. In den 15 Jahren meiner Moderatorentätigkeit kam ich allenfalls auf insgesamt 30 Krankheitstage. Niemals habe ich mich für eine Kur beurlauben lassen.“



Seit 15 Jahren Chef des ZDF Magazins: Gerhard Löwenthal. Foto: ZDF

Das besondere Engagement der Sendung für die deutsche Einheit und für die Freiheit Berlins ergibt sich zwar schon aus dem ZDF-Staatsvertrag und den daraus abgeleiteten Programmrichtlinien. Doch die Leidenschaft in der Sache ist wohl unüberwindbar ohne den Mann, der dem Magazin seine Handschrift gab.

Innerlich mit dem Schicksal Mitteleuropas verbunden fühlen sich

ZDF Magazin - 20.15 Uhr

auch die anderen aus Löwenthals achtköpfiger Crew. Die meisten sind – wie Löwenthal – Berliner, gebürtige oder doch gelernte. Sie sind zudem überwiegend altgediente Redaktionsleute mit mehr als einem Dutzend Magazin-Jahren. Der gebürtige Eislebener Fritz Schenk, Löwenthals Co-Pilot in Leitung und Moderation seit 1971, muß sich da fast wie ein „Nachzügler“ vorkommen. Schenks Eintritt in die Redaktion und die Umstellung des wöchentlichen auf den vierzehntägigen Turnus seit dem 1. Oktober 1973 waren die einzigen kleinen Zäsuren in der Geschichte des ZDF Magazins. Die hier interviewten und porträtierten Personen des öffentlichen Lebens bilden nahezu einen „Gotha“ der deutschen und internationalen Politik.

Wenn Gerhard Löwenthal zurückblickt, bereiten ihm einige Beiträge

und Aktionen besondere Genugtuung. Fünfmal nutzte das Magazin das alte Reichstags-Gebäude in Berlin für Sendungen mit gesamtdeutschen und Berliner Themen. In den „Hilferufen von drüben“ wurden nach der Helsinki-Konferenz von 1975 Menschenrechtsverletzungen in der „DDR“ ganz konkret beim Namen genannt. Dazu Löwenthal: „Kein einziger Betroffener sagte: Das hat uns geschadet.“ Die meisten meinten vielmehr: Je mehr Menschenrechtsverletzungen in der Öffentlichkeit kommen, desto besser. „Allein 24 Beiträge zu Afghanistan wurden seit dem sowjetischen Einmarsch produziert. Dabei konnten durch Spendenaufrufe 6 Millionen Mark zugunsten der Flüchtlinge zusammengetrommelt werden.“

Dem heutigen Jubiläum – 500 Magazinausgaben, das bedeutet insgesamt 1890 Beiträge oder 22.500 Sendeminuten – ist eine saure Woche vorausgegangen. Am vergangenen Donnerstag zog Löwenthal nach New York, wo er sich mit Henry Kissinger über dessen Vorstellungen zur Revision des Bündnisses unterhielt. Am Montag dann waren Löwenthal und Schenk im Bundeskanzleramt bei Helmut Kohl zu Gast. Im Mittelpunkt des Gesprächs stand wiederum das West-Bündnis – und bildet auch heute abend das Grundthema der Sendung.

Aus dem Osterprogramm von ARD und ZDF

Von Bach bis Ustinov

Zu Ostern bietet das Deutsche Fernsehen/ARD seinen Zuschauern eine ganze Reihe von Spielfilmen, Unterhaltung – und den Feiertagen angemessen – Berichte zu kirchlichen Ereignissen. Am Karfreitag steht zunächst Frank Beyers „DDR“-Spielfilm „Jakob der Lügner“ von 1974 auf dem Programm (20.15 Uhr), bevor der Beitrag „Gott in Rußland“ Stationen aus dem Leben der russisch-orthodoxen Kirche nachzuzeichnen versucht (21.55 Uhr).

Am Ostermontag zeigt der englische Agatha-Christie-Krimi „Das Böse unter der Sonne“ von 1981 Peter Ustinov als Hercule Poirot und neben ihm Jane Birkin und James Mason. Die Übertragung der Papstmesse mit dem Segen „Urbi et Orbi“ vom Petersplatz in Rom am Ostermontag um 10.30 Uhr an steht in diesem Jahr unter dem Motto „Der Frieden sei mit Euch“.

Der Sonntagabend beginnt mit einem spannenden Spielfilm „Giganten am Himmel“ (20.15 Uhr). Durch einen Zusammenstoß mit einem Privatflugzeug wird ein Jumbo-Jet in der Luft führerlos, und in einer dramatischen Rettungsaktion soll versucht werden, von einem Hubschrauber aus einen Piloten in das aufgesessene Cockpit abzuselen. Charlton Heston, Karen Black und Ehem Zimbalist jr. spielen die Hauptrollen.

Zum Abschluß des Ostersonntags ein Krimi in deutscher Erstausführung. Der kanadische Streifen „Vier heiße Tage“ (22.50 Uhr) erzählt von einem Fernsehreporter, dem zufällig ein Paar auf einen Film geraten ist, das es sich etwas kosten lassen will, wenn es aus dem Streifen herausgeschnitten wird. Als der Reporter entdeckt, daß der Mann ein gesuchter Verbrecher ist, versucht er, noch mehr Geld zu erpressen und wird in einen mörderischen Kriminalfall verstrickt.

Am Montagabend wird's nochmal spannend: Im NDR-Tatort-Krimi „Hale vor Helgoland“ (20.15 Uhr) Manfred Krug, erstmals als Kommissar Stoeber, muß einen kniffligen Fall lösen. Das Osterprogramm klingt musikalisch aus mit den Wiener Philharmonikern unter der Leitung von Leonard Bernstein, die die Akademische Festouvertüre c-Moll op. 80 von Johannes Brahms spielen. Sie ist Teil eines insgesamt neunstündigen WDR-Brahms-Zyklus, der am 5. Mai

1983 mit dem Violinkonzert D-Dur op. 77 begonnen hat.

Mit drei Spielfilmen zum Thema Religion beginnt das Zweite Deutsche Fernsehen sein Osterprogramm. Der erste Film „Mandala – Die blinden Augen des Herzens“ läuft am 18. April um 22.50 Uhr. Der in Südkorea entstandene Streifen erzählt die Geschichte zweier buddhistischer Mönche, die auf der Suche nach Erleuchtung durch das Land ziehen. Am 17. April bringt es den polnischen Spielfilm „Austeria – Das Haus an der Grenze“ von Jerzy Kawalerowicz. Er zeichnet die Situation osteuropäischer Juden zu Beginn des Ersten Weltkriegs. Am Karfreitag wird in dem Film „Ich glaube ...“ (17.25 Uhr) von Jacques Dreyer die Bedrohung eines Christen in einem kommunistischen Land geschildert.

Ein erster musikalischer Höhepunkt im ZDF-Osterprogramm ist eine Aufführung der Matthäus-Passion von Johann Sebastian Bach am Karfreitag um 09.15 Uhr. Die Hauptpartien dieser in Stereo gesendeten Aufführung singen Peter Schreier (Evangelist), Ernst Gerold Schramm (Jesus) und Siegmund Nimsgern (Judas/Petrus). Ein weiteres Glanzstück zum Fest verspricht auch die Wiederholung beider Teile der Gala-Veranstaltung anläßlich des 100-jährigen Jubiläums der New Yorker Metropolitan Oper an beiden Feiertagen im Vormittagsprogramm zu werden.

Im Nachmittagsprogramm des Ostersonntags ist der englische Spielfilm „Cinderella silberner Schuh“ (1977) zu sehen. Das Abendprogramm startet mit der Kriminalkomödie von Herbert Reinicke „Die Dame und die Unterwelt“, in der Inge Meysel die Hauptrolle spielt. Im Spätprogramm wird der französische Spielfilm „Jules und Jim“ von François Truffaut (1961) mit Jeanne Moreau, Oskar Werner und Henri Serre gezeigt.

Am Ostermontag sendet das ZDF nachmittags für die Freunde des Tanzsports als Aufzeichnung den 14. Worldcup der Professionals aus der Mainzer Rheingoldhalle. Danach gibt es den amerikanischen Spielfilm aus dem Jahre 1955 „Der Hofnarr“ mit Danny Kaye und am frühen Abend den ersten Teil des Fernsehfilms „Der Leutnant und sein Richter“. Zum Abschluß des Osterprogramms am Montagabend noch ein amerikanischer Spielfilm: „Little Big Man – Der letzte Held der Indianerkriege“ (1971) mit Dustin Hoffman.



ARD/ZDF-VORMITTAGSPROGRAMM

9.25	10.00	10.25	10.55	12.10	12.55	13.00
Seemannsleben	Tageschau und Tegethemen	Verkehrsgeschichte	Unschau	Report	Mit G. v. Lojewski	Tageschau
15.00	16.00	16.35	17.00	17.15	17.30	17.45
Deutschland – England	Fußball-Schüler-Länderspiel	Tageschau	Tageschau	Tageschau	Tageschau	Tageschau
17.50	18.15	18.30	18.45	19.00	19.15	19.30
Deutschland – England	Fußball-Schüler-Länderspiel	Tageschau	Tageschau	Tageschau	Tageschau	Tageschau
19.30	19.45	20.00	20.15	20.30	20.45	21.00
Deutschland – England	Fußball-Schüler-Länderspiel	Tageschau	Tageschau	Tageschau	Tageschau	Tageschau
21.00	21.15	21.30	21.45	22.00	22.15	22.30
Deutschland – England	Fußball-Schüler-Länderspiel	Tageschau	Tageschau	Tageschau	Tageschau	Tageschau
22.30	22.45	23.00	23.15	23.30	23.45	24.00
Deutschland – England	Fußball-Schüler-Länderspiel	Tageschau	Tageschau	Tageschau	Tageschau	Tageschau



Tony Bonamy, Dietmar Bär und Max Wigger (v.l.) in dem Fernsehfilm „Der Treffer“, den die ARD um 20.15 Uhr zeigt. Foto: Ursula Röhrer

III.

WEST

18.30 Sesamstraße
19.00 Aktuelle Stunde
20.00 Tageschau
20.15 Mittwoche in Düsseldorf
Gesang: Bata Uic
Musik: Die Lohn River Jazzband
21.45 Hebbel
22.30 Das Zeichen des Wächters
Amerikanischer Spielfilm (1944)
Regie: William Castle
23.30 Karl Valentin und Fritz Lang
Dr. Mabuse und Herr Wdrampff
0.15 Letzte Nachrichten

NORD

18.30 Sesamstraße
19.00 Aus der Welt des Dschungels
1. Teil: Die Noshörner von Kazhnan
19.15 Das neue Mitbrrecht
19.30 Das Jahr im Garten
20.00 Tageschau
20.15 extra drei
21.00 Teufelskinder
4. Teil: Dämonen und Narren
21.45 Unter den Dächern von Paris
Französischer Spielfilm (1950)
23.10 Satyricon
Französischer Spielfilm (1924)
23.30 Nachrichten

SÜDWEST

18.30 Sesamstraße
19.00 Tageschau
19.15 Die feindselige Familie Ko in der Zerkelstraße
19.30 Motor und Freizeit
19.45 Die Tiersprechmaschine
Kleine Hamster – große Probleme
20.15 Das aktuelle Thema
21.30 Drei aktuell und Sport
22.00 Liebesde in der Stadt
Fernsehfilm von Borney Simon
23.00 Nachrichten Postk-Vorlesung 1984

SÜDWEST

18.30 Sesamstraße
19.00 Tageschau
19.15 Die feindselige Familie Ko in der Zerkelstraße
19.30 Motor und Freizeit
19.45 Die Tiersprechmaschine
Kleine Hamster – große Probleme
20.15 Das aktuelle Thema
21.30 Drei aktuell und Sport
22.00 Liebesde in der Stadt
Fernsehfilm von Borney Simon
23.00 Nachrichten Postk-Vorlesung 1984

SÜDWEST

18.30 Sesamstraße
19.00 Tageschau
19.15 Die feindselige Familie Ko in der Zerkelstraße
19.30 Motor und Freizeit
19.45 Die Tiersprechmaschine
Kleine Hamster – große Probleme
20.15 Das aktuelle Thema
21.30 Drei aktuell und Sport
22.00 Liebesde in der Stadt
Fernsehfilm von Borney Simon
23.00 Nachrichten Postk-Vorlesung 1984

SÜDWEST

18.30 Sesamstraße
19.00 Tageschau
19.15 Die feindselige Familie Ko in der Zerkelstraße
19.30 Motor und Freizeit
19.45 Die Tiersprechmaschine
Kleine Hamster – große Probleme
20.15 Das aktuelle Thema
21.30 Drei aktuell und Sport
22.00 Liebesde in der Stadt
Fernsehfilm von Borney Simon
23.00 Nachrichten Postk-Vorlesung 1984

SÜDWEST

18.30 Sesamstraße
19.00 Tageschau
19.15 Die feindselige Familie Ko in der Zerkelstraße
19.30 Motor und Freizeit
19.45 Die Tiersprechmaschine
Kleine Hamster – große Probleme
20.15 Das aktuelle Thema
21.30 Drei aktuell und Sport
22.00 Liebesde in der Stadt
Fernsehfilm von Borney Simon
23.00 Nachrichten Postk-Vorlesung 1984

SÜDWEST

18.30 Sesamstraße
19.00 Tageschau
19.15 Die feindselige Familie Ko in der Zerkelstraße
19.30 Motor und Freizeit
19.45 Die Tiersprechmaschine
Kleine Hamster – große Probleme
20.15 Das aktuelle Thema
21.30 Drei aktuell und Sport
22.00 Liebesde in der Stadt
Fernsehfilm von Borney Simon
23.00 Nachrichten Postk-Vorlesung 1984

SÜDWEST

18.30 Sesamstraße
19.00 Tageschau
19.15 Die feindselige Familie Ko in der Zerkelstraße
19.30 Motor und Freizeit
19.45 Die Tiersprechmaschine
Kleine Hamster – große Probleme
20.15 Das aktuelle Thema
21.30 Drei aktuell und Sport
22.00 Liebesde in der Stadt
Fernsehfilm von Borney Simon
23.00 Nachrichten Postk-Vorlesung 1984

SÜDWEST

18.30 Sesamstraße
19.00 Tageschau
19.15 Die feindselige Familie Ko in der Zerkelstraße
19.30 Motor und Freizeit
19.45 Die Tiersprechmaschine
Kleine Hamster – große Probleme
20.15 Das aktuelle Thema
21.30 Drei aktuell und Sport
22.00 Liebesde in der Stadt
Fernsehfilm von Borney Simon
23.00 Nachrichten Postk-Vorlesung 1984

SÜDWEST

18.30 Sesamstraße
19.00 Tageschau
19.15 Die feindselige Familie Ko in der Zerkelstraße
19.30 Motor und Freizeit
19.45 Die Tiersprechmaschine
Kleine Hamster – große Probleme
20.15 Das aktuelle Thema
21.30 Drei aktuell und Sport
22.00 Liebesde in der Stadt
Fernsehfilm von Borney Simon
23.00 Nachrichten Postk-Vorlesung 1984

SÜDWEST

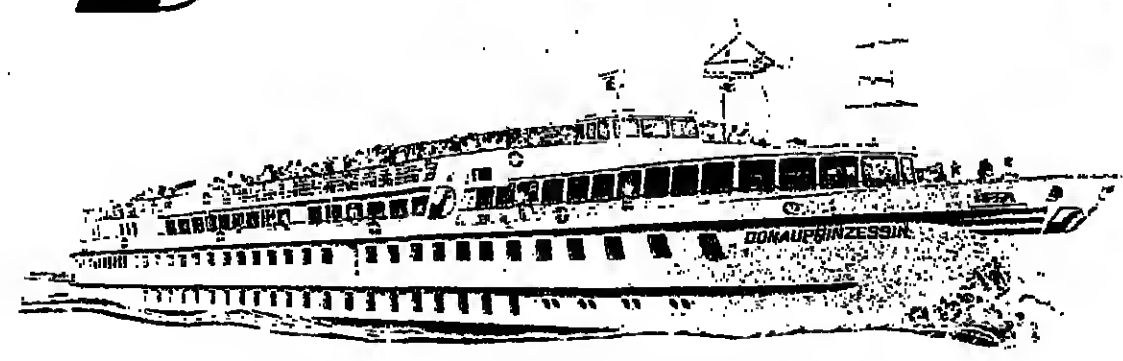
18.30 Sesamstraße
19.00 Tageschau
19.15 Die feindselige Familie Ko in der Zerkelstraße
19.30 Motor und Freizeit
19.45 Die Tiersprechmaschine
Kleine Hamster – große Probleme
20.15 Das aktuelle Thema
21.30 Drei aktuell und Sport
22.00 Liebesde in der Stadt
Fernsehfilm von Borney Simon
23.00 Nachrichten Postk-Vorlesung 1984

SÜDWEST

18.30 Sesamstraße
19.00 Tageschau
19.15 Die feindselige Familie Ko in der Zerkelstraße
19.30 Motor und Freizeit
19.45 Die Tiersprechmaschine
Kleine Hamster – große Probleme
20.15 Das aktuelle Thema
21.30 Drei aktuell und Sport
22.00 Liebesde in der Stadt
Fernsehfilm von Borney Simon
23.00 Nachrichten Postk-Vorlesung 1984

»DONAUPRINZESSIN«

Deutsche Kreuzfahrttradition



Ausführliches Programm, Auskünfte und Buchungen in Ihrem Reisebüro

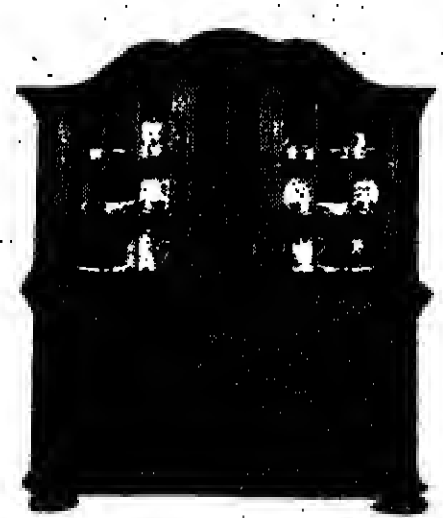
Peter Deilmann · Reederei
Am Hafensteig 19 · 2430 Neustadt/H.
Telefon 04561/60 41 · Telex 26 1225

KREUZFAHRTEN
mit dem neuen deutschen Donauschiff
FAHRPLAN 1984

TAG	HAFEN	ANKUNFT	ABFAHRT
SAMSTAG	PASSAU	18.00	19.30
SONNTAG	DÖRNSTEIN	18.00	23.00
MONTAG	BRATISLAVA	09.00	18.00
DIEBSTAG	BUDAPEST	17.00	20.00
MITTWOCH	ESZTERGOM	09.00	11.00
DONNERSTAG	WIEN	10.00	02.00
FREITAG	MELK	10.00	14.00
SAMSTAG	PASSAU	08.00	

TERMINE

MÄRZ	31.	JULI	07., 14., 21., 28.
APRIL	07., 14., 21., 28.	AUGUST	04., 11., 18., 25.
MAI	05., 12., 19., 26.	SEPTEMBER	01., 08., 15., 22., 29.
JUNI	02., 09., 16., 23., 30.	OKTOBER	06., 13., 20., 27.

Handwerkliche Möbel aus massiver Eiche
nach historischen Vorbildern

Unsere Ausstellung mit antiken und neuen Eichenmöbeln ist auch sonntags von 14 bis 18 Uhr geöffnet (keine Beratung, kein Verkauf)
Bitte fordern Sie unverbindlich Prospektmaterial an.

Eichenmöbel Wilmfen

4400 Münster-Amelsbüren, Gewerbegebiet Mühlenfeld
Schadowstraße, Telefon 0 25 01 / 5 80 88

Starten Sie in Ihre stärkste Saison...
mit tennis magazin.

Denn
Deutschlands
größte
Tenniszeitschrift
hat jedem
Tennisfreund
viel zu sagen.



... bringt Sie besser ins Spiel

tennis magazin

APRIL-HEFT:

Stationen einer Vorwand: wie man sie durch Stroboskop-Fotos verbessern kann ...
So läuft man Bälle richtig aus: nur nicht hetzen lassen, sagt Stan Smith ... Wie ein Doppel doppelt Spaß macht: Vic Braden öffnet seine Trick-Kiste ... Raus aus dem Winterschlaf: so stellen Sie sich vom Hallentennis auf die Freiluftsaison um ... Reisetip Ibiza: wo Sie auf der Baleareninsel optimal spielen können
Blousons: der schicke Schutz gegen Nässe und Wind ... Tennisschuhe: im testete 18 Paar der 84er Kollektion ... Die Hochzeit von Karerun: Yannick Noah kam unter die Haube ... und jede Menge Turniersport.

5

Atome für Zoo-Löwen

P.D. - Wenn ein Löwe im Zoo ausbricht, dann ist es sinnvoll, sich in Sicherheit zu bringen. Dann ist Angst berechtigt. Wenn aber jemand nicht in den Zoo geht, weil ein Löwe ausbrechen könnte, dann handelt es sich um eine krankhafte Angst, um eine Phobie.

Dieses Beispiel einer übertriebenen, nicht auf wirklichen Gefahren beruhenden Furcht findet sich in einer Untersuchung von Prof. L. Dupont über die „Nuclear Phobie“. Der bekannte amerikanische Psychiater hat Fernsehberichte der drei großen Netzwerke ABC, NBC und CBS zu Kernenergiefragen aus den letzten zehn Jahren analysiert. Dabei stellte er fest, dass die vorherrschende Thema eine solche Phobie war.

In den meisten Berichten wurde außerdem nicht nur gefragt, „Was wäre, wenn...“, sondern der automatisch „negative“ Antwort wurde sofort eine weitere Frage nach der Potenzierung der Negativa

nachgeschoben. So hängelte man sich von einer Katastrophenvision zur anderen - und damit immer weiter von der Wirklichkeit weg.

Das trefflichste Beispiel fand Prof. Dupont bei dem sogenannten Verbraucheranwalt Ralph Nader. Er erklärte in einer Sendung: „Alles, was die Öffentlichkeit wissen muß, ist, daß es im Kernkraftwerk Strahlungen gibt und daß sie tausendmal radioaktiver ist als die Explosion von Hiroshima.“ Auf das Löwenbeispiel bezogen, heißt das: „Alles, was der Zoobesucher wissen muß, ist, daß im Zoo Löwen sind und daß sie irgendwann einmal in Afrika nicht nur Zebras, sondern auch Menschen angefallen und gefressen haben.“

Besser läßt sich die Irrationalität dieser Argumentation nicht in Worte fassen. Aber das irritiert die Produzenten von Kampagnen nicht. Ihnen kommt es schließlich nicht auf Tatsachen, sondern nur auf Wirkungen an. Deshalb wäre es interessant zu erfahren, zu welchen Ergebnissen Prof. Dupont käme, wenn er sich einmal der Darstellung des Themas „Atomenergie“ in unseren Medien annähme.

Bellini, „I Capuleti e Montecchi“ in London

So wollte es Wagner

Romeo und Julia ohne Balkonszene. Romeo von einem Mezzosopran gesungen. Das sind die ersten Hürden für vorgefasste Meinungen über Vincenzo Bellinis Oper „I Capuleti e Montecchi“, die das Königl. Opernhaus Covent Garden mit Riccardo Muti am Pult in einer Neuinszenierung entstaubt hat.

Mit Shakespeare hat diese Oper, die Bellini 1830 als Auftragswerk für Venedig in der Rekordzeit von sechs Wochen schrieb, ebenso wenig zu tun wie mit der hochdramatischen Gestaltung der zum Mythos gewordenen verbotenen Liebesgeschichte durch Berlioz oder noch Profkeff. Covent Garden ging an der Bearbeitung Abbados aus den sechziger Jahren vorbei, die einen Tenor Romeo singen ließ, und legte im Rückgriff auf die Urfassung die wahren Intentionen Bellinis frei.

Kein geringerer als Richard Wagner hatte die echte Leidenschaft dieser Oper gerührt und ihren durchschlagenden Erfolg von der richtigen Besetzung abhängig gemacht. Wie recht er hatte, kann man jetzt in London erleben. Edita Gruberova, als Zerkine und Königin der Nacht nicht nur in Salzburg viel bewundert, vereinte ihren feinsten Abstufungen fähigen Koloratur-Sopran mit Agnes Baltas warme Leuchtkraft ausstrahlendem Mezzo zu einem wahren Bellini-Traumklang.

Bellini empfindsam-zärtliches, so oft elegisch eingefärbtes Idiom, das Muti mit dem in Bestform spielenden Opernorchestra nie zu flacher Süßigkeit gerinnen ließ, wurde hier zu einer Feier des vernünftigen, besessenen Belcanto. Die internationale Starbesetzung ergänzte der italienische Tenor Dano Raffanti als Giulietta ungeheuerlicher Fieder. Raffanti konnte seinen Ruf als ein neuer Pavarotti nicht festigen. Er überzeugte mit brillanter Technik und sehr italienischem Brio, ließ jedoch, zumindest am Premierenabend, Stimmvolumen vermissen. Freilich hatte er nach seiner Cavatina wenig Gelegenheit, sich hervorzuheben.

Zürich: Hans Christian Andersen als Bühnenheld

Saubere Regenwürmer

In Zürich ging es Schlag auf Schlag. Innerhalb von zwei Tagen gab es am Schauspielhaus zwei deutschsprachige Erstaufführungen. Nach einem Werk des jungen Franzosen Koltes kam nun das neueste Stück von Per Olov Enquist heraus: „Aus dem Leben der Regenwürmer“. Enquist, schwedischer Romancier mit Ausflügen ins Dramatiker-Fach, hatte bei seinem Achtungserfolg von 1975, der „Nacht der Tribaden“, Strindberg als Versuchsperson ausgewählt.

Diesmal geht es um den dänischen Märchenautor Hans Christian Andersen und die halbjudische, in Skandinavien, aber eben nur dort einst bekannte Schauspielerin Johanne Luise Heiberg. Diese hat ein dickbändiges Memoirenwerk hinterlassen, das ebenfalls nie über ihre Heimat hinausgekommen ist, eine Quelle gleichwohl, aus der sich vieles schöpfen lassen könnte.

Auch aus Andersen ließ sich schöpfen. Was nur wenigen bekannt ist: Ein ganz von unten kommender, alsbald gescheiterter Tänzer, Schauspieler, Romancier, wurde erst durch seine genialen Märchen bekannt. Bis zu ihrer Publikation war Andersen auf milde Gaben durch Mäzene und sogar auf den dänischen König angewiesen. Stets darauf bedacht zu gefallen, auch wenn er oft dazu unernstlich servil werden mußte, und immer in Todesangst davor, daß seine Homosexualität bekannt werden könnte, versagte er sich auch alle „Seitensprünge“. In der Tat, der kompromittierende Teilbestand, obwohl eigentlich nie etwas „geschehen“ war, kam erst nach seinem Tode heraus.

Ein tragischer Vorwurf, in der Tat. Aber Enquist zieht es vor, Andersen

Die Slowakin Gruberova aus Wien und die in Frankfurt und Berlin zu Ansehen gelangte Griechin Agnes Baltas wirkten in Bellinis von Enquist kaum belasteter Musik wie die zärtlichen Schwestern. Sopran und Mezzo, und Bellini bevorzugte Solo-Instrumente Klarinette, Cello und Horn vereinigen sich aufs Schönste, um den unerhörten lyrischen Klangzauber dieser Partitur zu entlocken.

Auch der Chor, der zwar nicht die Bedeutung wie in „Norma“ erreicht, war in der Einstudierung durch Rainer Steubing ein differenzierter Klangkörper. Covent Garden tat einen guten Griff, sich diesen Deutschen erstmals an die Themse zu holen.

Pier-Luigi Pizzi führte die Sänger mit fast statischer Gemessenheit. Da man die Charakterisierungskunst eines Verdi bei Bellini vergebens suchen würde, war dieser Stil durchaus angemessen. Bellini legt seine Szenen eher als in sich geschlossene Stimmungsbilder an, wobei die ausschwingende Melodie in noch klassisch anmutendem Ebenmaß geballt wird. Solcher Ästhetik kann Pizzi auch mit seinem Bühnenbild entgegen, das Verona, klassizistisch stilisiert mit versetzten Marmorsäulen und Pfeilern, freilich recht konventionell vorführt. Kalte Pracht mit Zypressenverkleiden und goldstrotzenden Kapitellen.

Der zweite, kürzere Akt ist dem ersten an musikalischer Substanz überlegen. Hier bietet Bellini so viel des besessenen Melos, daß die Entscheidung Covent Gardens, diese Oper seit 1948 erstmals wieder zu geben, auch anderen Häusern Mut machen sollte. Zwar steht sie hinter dem Melodienreichtum der „Norma“ oder der „Nachtwandlerin“ etwas zurück, doch besitzt sie vor den romantischen Versteigerungen dieser ihrer berühmten Schwestern den Vorzug einer Handlung von zeitübergreifender, elementarer Wirkung. Das Publikum ist fasziniert und geht leidenschaftlich mit. SIEGFRIED HELM

teils als komische Figur, teils als in die Schauspielerin Heiberg verdrängt, fast sexuell hörig, vorzuführen. Diese, wenn sie auch nie die Duse oder die Bernhardt hätte durchdrungen, so doch die Möglichkeiten - schon allein wegen ihrer Vergangenheit als Jüdin - in einem von Programmen geschnittenen Kopenhagen des beginnenden 19. Jahrhunderts.

Doch leider hat das Stück keine Handlung. Es wird immer nur geredet, geredet, geredet. Vor allem von den vielen Attacken und Verführungen, denen die schon als jüngste Ballettleitin höchst reizvolle, ja, zu sexuellen Tätlichkeiten geradezu herausfordernde spätere Heiberg ausgesetzt war. Dies alles kommt immerfort zur Sprache, man glaubt, einer Psychoanalyse beizuwohnen. Von diesem Gesichtswinkel aus ist wohl auch der ironische Untertitel „Ein Familienmahl von 1858“ zu verstehen. Denn ihre Ehe mit dem Theaterdirektor und Stückeschreiber Heiberg ist alles andere als glücklich. Und am Ende wird auch der rätselhafte Titel verständlich. Es ist eine Stelle aus ihren Memoiren: Sie hat als Kind Regenwürmer aufgelesen und immer wieder gewaschen - „bis sie schließlich vollkommen rein waren“. Symbolisch, versteht sich.

Die beiden großen Rollen werden von den exzellenten Akteuren Anne-Marie Kuster und Christoph Bantzer auf sehr eindringliche Weise dargeboten. Der junge Schweizer Regisseur Urs Schaub wahrt seines Amtes, schickt und geschickt. An ihnen allen hat es nicht gelegen, wenn das Stück, das diskursiv angelegt, letztlich nicht befriedigt. CURT RIESS

Vom Geismord bis zur „Schmutz-hält-warm“-These: Gespräch mit dem Aggressionsforscher F. Hacker

Der Trieb, der sich tausendfach maskiert

Ein Herr von knappen Formen, mit gern amüsierten, gelegentlich gezeigter Aufmerksamkeit. Wenn er sich im Restaurant die Speisekarte reicher läßt, studiert er sie mit vorsichtiger Genauigkeit, ohne sich durch die Gegenwart des Kellners (der Stift ist schon auf dem Meldeblick gesetzt...) drängen zu lassen. Hat er sich entschieden, gibt er rasch und unmissverständlich Auftrag. Ähnlich verfährt der Professor mit dem intellektuellen Präparat, das ihn berührt gemacht hat: die Definition des Begriffes „Aggression“ mit seinen Terrorfolgen. Sorgsam hat er das Auftreten dieser neuesten Großmacht im privaten und öffentlichen Bereich geortet, um sie dann, Wort für Wort, Argument gegen Argument, genau zu bestimmen.

Der Professor heißt Friedrich Hacker und ist 1914 geboren. Sein Lebensweg vollzog sich mit militanter Zielstrebigkeit. Studium - in Basel promovieren - 1940 schon an die Columbia-Universität nach den USA berufen, zugleich Präsident der Sigmund-Freud-Gesellschaft, Wien. Studien eines Arbeitsganges, die ihn heute zu einer Kapazität der Psychiatrie an der medizinischen und juristischen Fakultät der Universität von Südkalifornien werden ließen. Sein Buch „Aggression. Die Brutalisierung der modernen Welt“ von 1971 ist zum Standardwerk der ganzen Forschungsrichtung geworden. Konrad Lorenz, der berühmte Verhaltensforscher, schrieb das Vorwort dazu.

Als „beachteter Sachverständiger“ der US-Bundesgerichte verfaßte er das grundlegende Psychogramm des Mordfaßes Sharon Tate, das den Behörden die Handhabe für die Aufspürung der Täter gab. Das schwierigste Thema hat - könnte man meinen - auf ihn gewartet. Es ging da so etwas wie eine Anziehung auf Gegenseitigkeit vor sich. Unsere Zeit kam mit all ihren erschreckenden, in dieser Form noch nie beobachteten Erscheinungen seiner Scharfsicht, ja, man darf sagen: seinem Genie entgegen.

All diese Symptome, mögen sie nun aus dem Zerfall überlieferter Ordnungen resultieren oder mit der Umwertung aller Werte auf ein Neues hin zielen, sie wurden von ihm der Begrifflichkeit angehängt. Der Professor Dr. med. klärt die Zusammenhänge und entwickelt daraus ein System der Durchschauung und anvertraut



Unsere Zeit kommt seinem Genie entgegen: Prof. Friedrich Hacker. FOTO: CHRISTA KUHN

es uns, um daraus Schlüsse zu ziehen, anstatt hilflos, kopfschüttelnd und seufzend über den Unsegen der Zivilisation in ihrer „Endphase“ zu fabulieren und zu klagen.

Wie also äußert sich der Professor zum Thema. Er sagt: „Aggression ist die dem Menschen innewohnende Disposition und Energie, welche die sexuellen Triebe ergänzt, mit ihnen vermischt oder ihnen entgegengesetzt sein kann und sich in den verschiedensten individuellen und kollektiven, sozial gelehrten und sozial vermittelten Formen ausdrückt. Wird das weite Spektrum der Aggression reicht von Aktivität bis zur Zerstörung, von symptomatischer Aggression als Kontrollverlust in allen Schattierungen unbewußter und bewußter Vorgänge bis zur Aggression als geplanter Strategie, von organisierter Struktur bis zum Gewalt als offener, manifest, unmaskierter Ausdrucksform der Aggression.“

Und er gibt zu bedenken: „Durch frühe Eindrücke und vor allem durch Erziehungseinfluß wird der Ausdruck freier Aggression entmutigt und verhindert, die Bindung von Aggression ermutigt, erzwungen und or-

ganisiert. Kinder werden meist aggressiv erzogen, nicht aggressiv zu sein, besonders die manifesten, für das Kind und die Umwelt gefährlichen, zerstörerischen Äußerungsformen von Aggression werden durch Beispiel, persönliche und kulturelle Modelle und durch Anwendung der Erziehungs- und Dressurssysteme von Versprechungen, Belohnungen, Drohung und Strafe als unerwünscht hingestellt.“

Und er empfiehlt dazu: „Allerdings kennt das Verbot von Aggression bestimmte Ausnahmen: Freie Aggression ist zur Selbstverteidigung, zur Verteidigung höherer Zwecke, im Dienst, erlaubt und sogar gefordert. Dadurch werden die Ausnahmestimmungen von Aggression zur Gebrauchsanleitung für Aggression, Aggressionsanweisung wird zur Aggressionsanweisung. Freilich bleibt der weitaus überwiegende Anteil von Aggression nicht frei, wird auch nicht abgelehnt, sondern in inneren und äußeren Strukturen aufgefangen und gebunden.“

Die vorherrschenden kulturellen Wertvorstellungen, Wirklichkeitsdeutungen und Konfliktlösungsmuster,

durch die früheren Bezugspersonen vertreten und dargestellt, werden systematisch mit Hilfe des Erziehungs- und Dressursystems verinnerlicht und organisiert, so daß nach Ausbruch der Konflikte ein vereinheitlichtes, einheitliches Gewissen zustande kommt, das die innere Kontrollfunktion ausübt, die vormals durch äußeren Druck erzwungen war.“

Das verwandelt natürlich - wenn es uns überzeugt - unser ratloses Betroffensein in ein ermutigendes Erkennen.

Die Flugzeugentführungen, Attentate, Geismorde, Vergewaltigung der „kleinen Masse“ durch die größere, und umgekehrt, die Erpressungsaktionen in jeder Richtung, die vorgeblich politischen Motive der Bankräuber, Erschießung eines Säuglings im Arm der Großmutter durch einen 16jährigen Kommunisten; Bewußtseinsveränderung durch Drogen; die „Schmutz-hält-warm“-These der Hippien; Bombenwurf in einer Bank, in der schlechte Arbeitnehmer gerade ihren Lohn abheben; die Zeitbomben in Bahnhöfen, öffentlichen Gaststätten oder Pflegetstätten, die helfende Kräfte, Nonnen, ermorden; der Präsident einer Großmacht angeschossen, der Papst - höher gehts schon nicht mehr.

Dazu demonstrative Selbstverbrennungen auch im Abendland; Religionskriege wie im Mittelalter; Stadtguerillas mit perfektem beim Militär geklauter Waffenausrüstung; Brutalitäten der rivalisierenden Terroristen untereinander; Foltertechniken von wissenschaftlich erkellter Akribie; Mordserien von Kindern an Kindern, von Kindern an Erwachsenen, von Erwachsenen an Kindern - kurzum, all das, was unser täglich Gift, von den Massenmedien aufgedrängt und auch noch Hürten konsumiert, ausmacht, erscheint in der Sicht des Professors als Konsequenz aus gestrigen und vorgestriegen Ursachen, gesteigert, ja angekurbt durch die Ungeschicklichkeit der versuchten Gegenmaßnahmen.

Daß wir in allem umlernen müssen, ist der unausweichliche Befund. Will dieses Umlernen zur Tat werden soll, ist die Frage, die sich der Professor selbst und uns stellt. Was also, lieber Herr Professor, wäre täglich vorzukehren? WERNER HELWIG

Der Maler W. Pramann im Bielefelder Kunstverein

Zerrissene Strukturen

Willi Pramann wird in diesem Jahr 75. Da erwartet man eine Retrospektive. Nicht so bei diesem Maler. Der Kunstverein Bielefeld stellt Gemälde und Aquarelle aus den letzten fünf Jahren aus. Das ist sinnvoll, weil hier ein Künstler eine Reihe und innere Geschlossenheit gefunden hat, die seinem Gesamtwerk entgegen, das Verona, klassizistisch stilisiert mit versetzten Marmorsäulen und Pfeilern, freilich recht konventionell vorführt. Kalte Pracht mit Zypressenverkleiden und goldstrotzenden Kapitellen.

Pramann, der aus dem Kreis Herford stammt, in München, Düsseldorf und Berlin studierte, in Berliner Bombennächten sein gesamtes Frühwerk verlor und viele Jahre Kunstprofessor an der Bielefelder Universität war, ist kein spektakulärer Maler. Spröde, zurückhaltend sind diese Bilder. Keine gängige Richtung wird sie unter ihr Programm subsumieren wollen. Nicht einmal die Frage, ob sie gegenständlich oder abstrakt sind, läßt sich ohne weiteres beantworten. Eine müßige Frage. Wäre „Nature morte“ keine Gattungsbezeichnung für Pramann, könnte das ein Begriff sein. Tierschädel zum Beispiel malt er. Felsformationen, Strukturen, Architekturen in der Natur. Nicht realistisch, nein, auch ohne direktes Führen. Orte gibt er schon manchmal noch an: Island, Nordfrankreich zum Beispiel. Aber das besagt nichts. Als Landschaften wird man das kaum identifizieren können und wollen. To te Natur. Ohne Trauer gesehen. Ohne den Impetus der Vergänglichkeit. Da ist nichts „gestorben“. Pramanns Fi-

gurationen erwecken den Anschein des niemals lebendig Gewesenen. Erosionen finden zwar statt. Die Felsen sind hiefig geworden. Die Skelette sind porös. Schichten schieben sich übereinander. Aber das bezeichnet höchstens Veränderungen, Metamorphosen. Pramann sucht gleichsam das Wesen der Natur hinter dem Tode. Und der Tod ist selbst in seinem Vergehen entdeckt. Das Tote bezeichnet kein Ende. Es war für Pramann vor allem, wird ebenso nach allem sein. Und dazwischen verändert es sich, ohne der Illusion seines Gegenstands auch nur für Augenblicke erliegen zu sein.

Pramanns Malweise bestätigt das nachdrücklich. Die trockenen, spröden Kunststanzfarben, oft auf die Leinwand gekratzt und in ihren eigenen Strukturen zerrissen, meiden jede Annahmefähe. Sie sind selbst die Struktur dessen, was sie darstellen wollen. Sie wirken wie aufgetragener Sand, wie pulverisierte Knochenmasse. Daß diese Farben nichts Lockendes haben, nichts Abstoßendes, daß sie von demonstrativer Gleichgültigkeit sind, entspricht ihrem Thema. Diese Art von Malerei hinter allen Affekten und Effekten dokumentiert eine geradezu erschreckende Reife: die Wahrnehmung eines Seins, das der Tröstung nicht bedarf. (Bis 20. 4., Katalog: 12 Mark).

LOTHAR SCHMIDT-MÜHLISCH



Meisterlich gebaute Kurzromane: Marguerite Duras. FOTO: KÖNIG

Sie schrieb „Hiroshima, mon amour“: Marguerite Duras wird 75 Jahre alt

Die Liebe zum undefinierbaren

Es ist charakteristisch für die am 4. April 1914 geborene Schriftstellerin Marguerite Duras, daß sie Mehrzweck-Werke produziert. Daß eine ganze Reihe ihrer Romane verfilmt worden sind, und zwar von so bekannten Regisseuren wie René Clément, Jules Dassin und Jean Richardson, braucht nicht weiter zu verwundern; bemerkenswerter ist schon, daß sie ein Fernsehspiel, „La musica“, erst selbst zum Bühnenstück, dann zum Roman und dann noch zu einem Drehbuch umgestaltet hat.

Den auch in Deutschland viel gelesenen Roman „Moderato cantabile“ hat sie selbst zur Unterlage für einen Film von Peter Brook gemacht. „Détruite, dit-elle“ (Zerstört, sagt sie) hat sie 1969 als Roman veröffentlicht, doch in einem Anhang von paar Druckseiten gibt sie gleich ein paar Hinweise für eine Theateraufführung, einschließlich der geeigneten Bühnenmusik; offenbar traute sie einem Regisseur zu, den an Dialo-

gen reichen Text mit ein paar Handgriffen zu dramatisieren.

Am gleichen Objekt konnte sie gleich darauf - durch ihr Drehbuch für den Alain-Renaud-Film „Hiroshima, mon amour“ (1959) war sie inzwischen fast weltberühmt geworden - ihren Wunsch erfüllen, die eigene Vorlage selbst als Regisseurin zum Film zu gestalten. Die Geschichte spielt auf der Terrasse eines eleganten Sanatoriums, angesichts der Tennisplätze - das Aufschlagen der Bälle begleitet die gesamte Handlung - unter vier Personen, die in sehr komplizierten, vielfach gebrochenen Beziehungen zueinander stehen. Es geht um den Gegensatz von „Haben“ und „Sein“, und die schroffe Aufforderung des Titels drückt das Verlangen aus, alles Äußere zugunsten einer inneren Wahrhaftigkeit abzugeben.

Obwohl sie schon während des Zweiten Weltkrieges mit einem realistischen Roman hervorgetreten ist, wird Marguerite Duras zu den erst etwas später sich als Gruppe präsen-

Moskau zeigt „Römische Kunst“ aus Köln

Bilder aus dem Alltag

Wer „Römische Kunst und Kultur“ im Moskauer Puschkin-Museum sucht, kann leicht fehlgehen: Das Haus hat mehrere Antikensäle. Erst im Obergeschoß verweist das Plakat mit dem Augustuskopf, im Original aus blauem Glas kaum drei Zentimeter groß, auf die „Ausstellung des Römisch-Germanischen Museums der Stadt Köln“.

Sie ist im nördlichen Saal des Hauses untergebracht, dem sie mit ihrem prosaischen Vitrinengestänge hart in die Parade fährt. Die 24 Glaskästen wurden auf schlichten Gerüsten untergebracht. Ihr mangelhafter Farbstrich läßt sie so vehement ins Auge springen, daß viele sowjetische Besucher nur zögernd den Raum betreten. Sie glauben, hier werde mal wieder „remont“ gemacht, wie der russische Ausdruck für Renovierung lautet.

Was sie dann aber hinter den Scheiben von Spotlampen wirkungsvoll beleuchtet, in raffinierter Schlichtheit aufgebaut worden, bereitet ihnen sichtlich Vergnügen. Es ist der besondere Reiz dieser Ausstellung, die Anfang April nach Leningrad weiterziehen wird, daß sie die kleinen Gegenstände des römischen Alltagslebens übersichtlich ausbreitet und mit knappen Texten beschreibt.

Nichts ist kolossal wie die Kopien griechisch-römischer Kunst in den Sälen des Puschkin-Museums. Alles wirkt „geschmackvoll und elegant“,

JOURNAL

Älteste Stadt der Sabiner entdeckt

Überreste der ältesten Stadt der Sabiner sind bei Ausgrabungen nahe der Ortschaft Passo Corese, rund 40 Kilometer nordöstlich von Rom, freigelegt worden. Damit werden zum ersten Mal die Texte der antiken Geschichtsschreiber über Cures durch archaische Funde belegt. Zu den Überresten aus dem achten vorchristlichen Jahrhundert gehören eine geräumige Hütte (ein Pendant zu Funden auf dem Palatin in Rom aus der gleichen Epoche), eine Herdstätte, mehrere Brunnen, eine Art Lagerhaus sowie zahlreiche Zeugnisse des täglichen Lebens: Weizen, Gerste, Bohnen, Erbsen, Haustierknochen, bemalte Töpferwaren und Öfenreste.

Ausstellung über das „Bauhaus“ in Brüssel

Im Museum des Brüsseler Stadtteils Ixelles in der Rue Jean van Volsem 71 wird am 4. April eine Ausstellung über das „Bauhaus“ eröffnet, die das Institut für Auslandsbeziehungen in Zusammenarbeit mit dem Brüsseler Goethe-Institut zusammengestellt hat. Eine Bildersammlung und der umfangreiche Katalog (25 Mark) geben die Möglichkeit, den Einfluß des Bauhauses auf Kunst und Architektur zu studieren. Im Rahmen der Ausstellung, die bis zum 9. September dauert, findet am 10. Mai eine Tanzaufführung statt, die von Oskar Schlemmers „Triadischen Ballett“ inspiriert ist.

Heidelberg-Mensch flog nach New York

Im American Museum of Natural History in New York werden vom 12. April bis 9. September 1984 mehr als 50 wichtige Urmenschenfunde aus verschiedenen Teilen der Welt gezeigt. Darunter ist auch der Original-Unterkiefer des etwa 500 000 Jahre alten Heidelberg-Menschen von Mauer bei Heidelberg vom Typ Homo erectus (aufrechter Mensch). Dieser Knochenrest des bislang ältesten bekannten Mitteleuropäers reiste per Flugzeug nach New York. Anthropologen in aller Welt betrachten die New Yorker Ausstellung als einen „Großangriff auf Gegner der Evolutionstheorie“. Eine derart große Schau mit so vielen Originalstücken hat es bisher nie gegeben.

Gedenkstätte für Albert Schweitzer in Weimar

Eine Gedenkstätte für Albert Schweitzer (1875-1965) ist in Weimar eingerichtet worden. Die Mitte dieses Monats ihre Türen für Besucher öffnen soll. Die Gedenkstätte befindet sich in einem unter Denkmalschutz stehenden spätklassischen Bürgerhaus nahe der nationalen Forschungs- und Gedenkstätten der klassischen deutschen Literatur. In fünf Räumen wird der Lebensweg des Arztes, Philosophen, Theologen und Musikforschers, der sich sein Leben „dem Gedankengang der deutschen Klassiker und den Idealen des Humanismus verpflichtet“ fühlte, nachgezeichnet.

Dali-Stiftung ins Leben gerufen

Der surrealistische Maler Salvador Dali hat in Madrid dem spanischen Königspaar eine Botschaft überreichen lassen, mit der die Gründung einer „Stiftung Gala-Salvador Dali“ mit Sitz an seinem Geburtsort Figueras besiegelt wurde. Die Stiftung hat sich „die Verbreitung des Werks und der Gedankenwelt Dalis“ zur Aufgabe gemacht. Der Künstler hat der Stiftung 621 Gemälde, Aquarelle, Zeichnungen und Graphiken übertragen, zu denen sich die im Dali-Museum in Figueras gezeigten 180 Werke gesellen. Der Gesamtwert des Stiftungsbesitzes wird auf 3,5 Milliarden Peseten (etwa 65 Millionen Mark) geschätzt. Das bisherige Dali-Museum in Figueras, das um einen „Galatea-Turm“ erweitert wurde, zählte im vergangenen Jahr 280 000 Besucher.

Späte Ehrung für einen „anständigen“ Dichter

SAD, London. Als Noël Coward 1973 starb, lehnten Westminster-Abtei und St. Paul's Kathedrale Gedenkgottesdienste ab. Leben und Werk dieses Meisters der ironischen Gesellschaftskomödie galten noch als gar zu anständig. Elf Jahre später kam Noël Coward jetzt in der Westminster-Abtei, unweit der Gedächtnisstätte von Englands Dichtern, der „Poeten-Ecke“, zu Ehren. Die Königinmutter enthielt einen Gedenksteine in Anwesenheit von Graham Payne, dem Lebensgefährten des Dichters, Komponisten und Schauspielers, der auch sein Vermögen erbt. Sir Richard Attenborough rührte den „Master“ von der Kanzel als einen der größten Schöpfer unserer Zeit.

HELLMUT JAESRICH

Kollisions-Geräusch falsch gedeutet?

U-Boot-Kapitän sagte überraschend in Dänemark aus

DIETER F. HERTEL, Hamburg
Auch das Seeverhör in Skagen brachte gestern noch keine endgültige Klärung. Doch der Verdacht erhärtete sich, daß das in Kiel für die chilenische Marine gebaute U-Boot „Simpson“ am vergangenen Donnerstag einen dänischen Fischkutter an seinem Schleppnetz in die Tiefe gerissen hat. Drei dänische Fischer verloren beim Untergang der „Ane Kathrine“ ihr Leben. Zwei Frauen wurden zu Witwen, fünf Kinder verloren ihre Väter.

Der Werfkapitän der Großwerft „Howaldtswerke-Deutsche Werft AG“ (HDW), Holger Berndt, hatte sich ebenso wie zwei Schiffsführer des Begleitschiffs „Pegasus“ freiwillig dem Verhör durch Zivilrichter Gunnar Vork gestellt. Er sagte, zum Unglückszeitpunkt sei zwar ein „unerkennbares Geräusch“, aber kein Ruck des Schiffes registriert worden. Das Geräusch sei von der gesamten Besatzung wahrgenommen worden, als die 1440 Tonnen verdrängende „Simpson“ bei ihrer Unterwasser-Erprobungsfahrt auf neun Knoten beschleunigte.

Nach Angaben der Deutschen Presse-Agentur sagte Kapitän Berndt wörtlich: „Alle haben es gehört, aber wir konnten es uns nicht erklären, und deshalb ordnete ich ein sofortiges Stoppen der Maschinen an. Aber da war nichts Ungewöhnliches. Der Maschinenmeister hat zwar ein „Wippen“ von einem Viertel Grad festgestellt, aber das Boot geriet nicht aus dem Gleichgewicht, und es gab auch keinen Ruck.“

Farbreiste am Turm

Nach den Worten des Kapitäns hat er anschließend das U-Boot auftauchen lassen. Dabei seien Farbreiste und Schleisspuren am Turm festgestellt worden, die während der Fahrt entstanden sein mußten. Vom Begleitschiff „Pegasus“ habe er dann erfahren, daß ein U-Boot in Verbindung mit dem Zutter-Untergang gebracht werde. Daraufhin habe er sich mit der „Simpson“ an der – verglichen – Suche nach Überlebenden beteiligt.

Fachleute der dänischen Universität Århus halten es für möglich, daß die Schrammen am Boot von den Stahltrassen des Fangschiffes der „Ane Kathrine“ stammen könnten. Sie stellen außerdem fest, daß die

Unterwasser-Horchgeräte der „Simpson“ beschädigt wurden.
Der zivile U-Boots-Kapitän sagte außerdem, er sei nicht vor den Fischkuttern gewarnt worden. Doch seien diese mit Hilfe der borgelegenen Sonargeräte geortet worden: auf einer Position seitlich der „Simpson“ mit ablaufendem Kurs. Berndt wies außerdem darauf hin, daß es in diesem der Bundesrepublik Deutschland für Probefahrten zugewiesenen Seegebiet keine Regeln über das Verhalten in Fanggebieten gebe.

Wörner kondoliert

Die Tatsache, daß sich drei deutsche Seeleute freiwillig dem dänischen Seeverhör gestellt haben, wird ihnen in der dänischen Öffentlichkeit hoch angerechnet. Sie wird als Ausdruck ihrer aufrichtigen Trauer über die Tragödie gewertet. Auf völliges Unverständnis stößt hingegen das Verhalten der Bauwerft HDW. Sie ist im Besitz der Sonar-Aufzeichnungen der „Simpson“. Die dänischen Stellen hoffen, aus ihnen nähere Aufschlüsse über die Beteiligung oder auch Nichtbeteiligung des U-Bootes an dem Unglück gewinnen zu können. Die Werft hat jedoch bereits vor Verfahrensbeginn darauf hingewiesen, daß geschäftliche Papiere und sicherheitsrelevantes Material den Dänen nicht zur Verfügung gestellt werden.

Ebenso unverständlich erscheint es den Dänen, daß nur zwei Tage nach dem Untergang der „Ane Kathrine“ ein weiteres deutsches Export-U-Boot zu Probefahrten in dänische Gewässer entsandt worden ist.

Die „San Juan“ stammt nicht von HDW in Kiel, sondern von den Thyssen Nordseewerken (TNSW) in Emden. Sie ist wesentlich größer als die „Simpson“ und verdrängt bei Tauchfahrt 2300 Tonnen. Ihre Typbezeichnung lautet TR 1700.

Am Rande einer NATO-Tagung in der Türkei hat Bundesverteidigungsminister Manfred Wörner seinem dänischen Kollegen Hans Engell sein Beileben über den Untergang der „Ane Kathrine“ und den Tod der dreiköpfigen Besatzung ausgedrückt. Er hat außerdem zugesagt, daß die Bundesregierung sich an der Ausarbeitung neuer Regeln für Erprobungsfahrten von Unterseebooten beteiligen werde.

Geiselnnehmer verurteilt

Haftstrafen für Besetzer des türkischen Konsulats

dpa, Köln
Zu vier und viereinhalb Jahren Haft verurteilte das Kölner Landgericht gestern zehn 22 bis 31 Jahre alte türkische Asylbewerber, die im November 1982 das türkische Generalkonsulat in Köln mit Waffengewalt besetzt und 15 Stunden lang etwa 60 Geiseln gefangen gehalten hatten. Im Gegensatz zur Staatsanwaltschaft, die Freiheitsstrafen zwischen sieben und neun Jahren und eine Behandlung der Angeklagten als „gewöhnliche Verbrecher“ verlangte, sprach das Gericht von „achtsamen Beweggründen“ der Asylanter. Die Türken hätten auf Foltermaßnahmen in ihrer Heimat aufmerksam machen wollen, sagte der Kammervorsitzende Ernst Liptow.

Die zehn Angeklagten, darunter die als Rädelführer geltenden Murat Aydin und Oguz Yürlü, nahmen die Urteile gefaßt auf. Aydin und Yürlü erhielten eine Haftstrafe von vier Jahren und fünf Monaten, die übrigen von vier Jahren und sechs Monaten. Die Urteilsbegründung wurde für kurze Zeit unterbrochen, als eine Gruppe von Zuhörern mit erhobenen Fäusten „Hoch die internationale Solidarität“ rief und auf türkisch gegen die Militärregierung in Ankara protestierte. Zwei der Anwälte der Verurteilten

kündigten bereits an, daß sie gegen die Urteile, die selbst das Gericht als „milde“ bezeichnet hatten, Revision einlegen werden. Zwei Türken ist bereits Asyl gewährt worden, bei den übrigen laufen die Verfahren noch.

Richter Liptow billigte den Türken zwar zu, nicht aus niedrigen Beweggründen gehandelt zu haben, andererseits hätten sie ihre Tat aber auch nicht aus einem Notstand heraus begangen.

Mit der Konsulatsbesetzung hatten die Geiselnnehmer gegen die türkische Regierung protestieren wollen. Sie verlangten die öffentliche Verlesung einer vorbereiteten Erklärung. Nach stundenlangen Verhandlungen mit deutschen Behörden wurde ihnen lediglich zugesagt, daß sie Asylanträge stellen dürften. Die Angeklagten hätten ein undemokratisches System durch ein kommunistisches System ersetzen wollen, das ebenfalls nicht demokratisch gewesen wäre, sagte Liptow gestern. Die Verteidiger hatten die Tat als eine „politische Willensbetätigung“ und meinten, ein Schuldvorwurf sei nicht zu erkennen. Das dreimonatige Verfahren war unter verschärften Sicherheitsvorkehrungen geführt worden.



Das Bild täuscht: Die Hawaii-Vulkane gehören vom Typus her zu den sonst ausbrechenden feuerspeisenden Bergen. Den Gegensatz dazu bilden die Explosiv-Vulkane. (Vesuv, Kракатау, Mount Palé). Das Foto – ein Archivbild – zeigt den Kilauea-Ausbruch vom vergangenen Jahr. FOTO: DPA

Die größte Show der Welt vor leeren Rängen

K. T. ank, Hawaii

Die größte Show der Welt spielt sich vor leeren Rängen ab. Auf der Insel Hawaii spucken die zwei benachbarten Vulkane Mauna Loa und Kilauea gleichzeitig Flammen und glühende Lava aus – ein Ereignis, das so selten ist, daß es amerikanische Seismologen und Vulkanforscher bei Interviews in helle Begeisterung versetzt.

Bis zu 200 Meter hoch schießt der glühende Guss aus der Unterwelt in den urblauen Himmel. Ein grandioses Naturschauspiel. Im Augenblick sehen es aber nur wenige gewöhnliche Sterbliche mit eigenen Augen. Hawaii ist zwar die größte Insel des Hawaii-Archipels, aber kaum erschlossen und dünn besiedelt. Es liegt etwa 400 Kilometer südöstlich der dicht bevölkerten Insel Oahu mit ihrer vielbesungenen Hauptstadt Honolulu.

nohuli. Doch der Anmarsch der Vulkan-Fans hat begonnen. Jeder Ausbruch auf der abgelegenen Insel sorgt für einen kurzfristigen Touristen-Boom, auf den die Insel kaum vorbereitet ist. Es fehlt touristisch so gut wie an allem, was vor allem die Amerikaner in ihren Ferienparadiesen erwarten.

Diejenigen freilich, die im Augenblick in den Genuß wenigstens des halben Schauspiels kommen, sind die Einwohner von Hilo, einer Kleinstadt mit 45 000 Einwohnern, die 50 Kilometer vom Vulkan Mauna Loa entfernt liegt. Sie sehen am Tage die Wolke von Rauch, Staub und Asche über dem Krater – mit leichtem Bangen. Nachts aber, wenn der rote Feuererschein über dem Gipfel lodert und die rotglühende Lava sichtbar die Hänge des Vulkans herabfließt, wandelt sich das Gefühl der Bekommenheit in eine Ahnung der Bedrohung.

Der andere Vulkan, der Kilauea, der als der aktivste Vulkan der Welt gilt, liegt etwa 40 Kilometer südlich vom Mauna Loa. Sein Ausbruch hat noch weniger Zuschauer. Seine Umgebung ist noch spärlicher besiedelt. Einige Dutzend vereinzelt liegende Anwesen in seiner Nähe wurden vorwiegend halber evakuiert.

Wo nichts ist, hat auch ein Vulkan sein Recht verloren, und so haben die beiden feuerspeisenden Berge auch bisher keine Schäden angerichtet – wenn man von dem Gestrüpp an den Hängen absieht, das durch die lebenden Lavaströme in Brand gesetzt wurde.

Aber was nicht ist, kann noch kommen. Nahe der Westküste der Insel Hawaii gibt es einen dritten Vulkan, Hualalai, der sich seit langem nicht gerührt hat, aber nach Meinung der Fachleute nicht erloschen ist. „Gott behüte uns, wenn auch Hualalai loslegt“, meinte der Wissenschaftler Robert Decker vom Hawaiian Volcano Observatory. Ein leichtes Erdbeben vor wenigen Tagen könnte ein erster Hinweis sein.

Hawaii ist eine geologische Ausnahme. Die Insel ist nicht, wie man lange glaubte, der sichtbarste Endpunkt des unterseischen pazifischen Vulkangebirges, sondern speist sich aus eigener Magmakammer. Ein autonomer Vulkanspot. (SAD)

LEUTE HEUTE

Wetten, daß ... ?

Wetten um eine mögliche Zwillinggeburt von Prinzessin Diana wurden gestern von der Londoner Bookmaker-Agentur William Hill eingestellt. Die Einsätze waren der Agentur zu hoch und damit verdächtig. Nach Erklärungen eines Sprechers lagen die Wetten zu 10 zu eins, während eine Woche vorher nur einer von 50 Wettern mit königlichen Zwillingen rechnete. Zwei Einsätze von umgerechnet 2000 und 2600 Mark wurden gestern zurückgewiesen. Die Agentur führt das Ansteigen der hohen Wetten auf „Lodisaktionen“ aus dem Buckingham-Palast zurück.

Yoko Ono zahlt

Die Witwe des Ex-Beatle John Lennon, Yoko Ono, ist vom Obersten Gerichtshof des Staates New York zur Zahlung von über drei Millionen Dollar an einen Plattenproduzenten verurteilt worden. Das Gericht entschied gestern, daß der Produzent der Lennon-Platte „Double Fantasy“, Jack Douglas, Anspruch auf einen Prozentsatz am Umsatz hat.

Schadenfreude

Mit kaum verhohlener Schadenfreude gab der kanadische Zoll bekannt, was ihm bei der Zollkontrolle in die Hände gefallen ist: ein Armband aus massivem Elfenbein. Abseher: Brigitte Bardot. Das Armband im Wert von 700 Mark wurde beschlagnahmt. Kanada ist einer von 86 Staaten, die die Einfuhr von Elfenbein verbieten.

Dänenprinz kämpft ums Taschengeld

Nach 17 Ehejahren redet sich der Mann von Königin Margrethe den Frust von der Seele

R. GATERMANN, Kopenhagen

Dänemarks Prinzgemahl Henrik, seit 17 Jahren mit Margrethe II. verheiratet, fühlt sich in seiner offiziellen Stellung wirtschaftlich frustriert und diskriminiert. Einerseits verbietet ihm die Regierung, einen Beruf zu ergreifen, andererseits sei er verpflichtet, eineinhalb Schritte hinter der Königin für Dänemark zu repräsentieren, ohne dafür eine Apanage zu erhalten. Im übrigen seien die mit Königinnen verheirateten Männer schlechter gestellt als die Frauen, die einen König ehelichen. Prinz Henrik zeigt nach Stockholm, wo die Bürgerliche Silvia Sommerlatz aus Deutschland Königin wurde, als sie „Ja“ zu Carl XVI. Gustaf sagte, während er, Prinzgemahl Henrik, wie seine Kollegen in London und Den Haag sich mit dem Prinzentitel zufriedengeben müßten.

Prinz Henrik, der im Juni 50 Jahre alt wird, ließ seinen Gedanken in einem Interview mit der Kopenhagener Zeitung „Berlingske Tidende“ freien Lauf und obwohl er viel zu sagen hatte, konzentrierte sich die Reaktion von Presse, Politikern und Bürgern auf den einen Punkt, in dem er sich und seine Standesgenossen als Männer ohne eigentliche ökonomische Existenz bezeichnet. Dänemark fehle auf diesem Gebiet noch die Tradition, gibt er zu. Immerhin wurde er mit der Verfassungsänderung 1953 die Möglichkeit der weiblichen Thronfolge geschaffen, nachdem der damalige König Frederik keinen Sohn, wohl aber drei Töchter hatte.

Der französische Graf an der Seite

der dänischen Königin ist zudem noch etwas schlechter als seine europäischen Kollegen dran; diese dürfen mit Extrajobs Geld verdienen, was ihm untersagt ist und weshalb er auf das angewiesen ist, was ihm die Königin, seine Frau, auf das Konto überweist.

Justizminister Erik Ninn-Hansen beilegte sich denn auch einzuräumen, daß der Prinzgemahl eine bedeutende Repräsentationsarbeit für Dänemark leiste. Deswegen sei die Frage einer eigenen Apanage zu diskutieren. Die Politiker sind sich jedoch gleichzeitig einig darin, daß der An-

stoß dazu von der Königin kommen muß und an eine Gesamtanhebung des Hofbudgets auch nicht zu denken sei.

Immerhin ist das derzeitige Verfahren vor der Hochzeit der Königin mit Henri-Marie-Jean André Graf de Laborde de Monpezat im Jahre 1967 bewußt so ausgehandelt worden, um bissige Kommentare zu ersticken.

Inoffiziell heißt es, von Margrethes Hofetat müßten 130 Personen plus Prinz Henrik leben. Zwei Drittel der für 1984 bereitgestellten 6,7 Millionen Mark entfallen demnach auf die Personalausgaben.

Während also Prinz Henrik auf keiner offiziellen Gehaltsliste zu finden ist, beziehen neben der Königin drei weitere Mitglieder der Familie eine Apanage: Königin Mutter Ingrid, Erbprinzessin Caroline-Mathilde und Graf Ingolf af Rosenborg. Und in absehbarer Zeit wird nur noch ein Name hinzukommen, der von Kronprinz Frederik, wenn er 1986 18 Jahre alt wird. Dann steht ihm ein eigenes Bankkonto zu, während sein jüngerer Bruder Joachim wie der Papa auf die Zahlungsbereitschaft der Mutter angewiesen bleibt.

Prinz Henrik, der früher keineswegs den Eindruck erweckt hatte, im Familienleben viel von der Emanzipation zu halten, sieht sich jetzt in der paradoxen Situation, die Emanzipation für sich selbst streiten zu müssen. Er fühlt sich jedenfalls schlechter behandelt als die eingetragenen Königinnen früherer Jahrhunderte.



Henri-Marie-Jean André Graf de Laborde de Monpezat, kurz: Prinz Henrik. FOTO: DPA

67 Giftfässer in der Nordsee aufgespürt

dpa, Den Haag

Mit Hilfe von Tauchrobotern hat der niederländische Minensucher „Haarlem“ am Montag auf dem Boden der Nordsee die seit Wochen gesuchten 67 Fässer mit dem giftigen Pflanzenschutzmittel „Dinoseb“ aufgespürt. Das wurde gestern in Den Haag mitgeteilt. Ein dänisches Marineschiff soll bereits in den nächsten Tagen mit der Bergung beginnen. 80 Fässer mit dem gefährlichen Gift waren im Januar bei schwerem Sturm vom Deck eines dänischen Frachters gespült worden. Niederländische Fischkutter hatten bereits in der vergangenen Woche 13 „Dinoseb“-Fässer geborgen und die Fundstelle markiert. Hier nahm die „Haarlem“ die Suche auf. Umweltschützer hatten davor gewarnt, daß eine Katastrophe drohe, wenn es nicht gelänge, das Gift zu bergen, da die Fässer in absehbarer Zeit durchrosten und zerbersten würden. Die Tauchroboter des Minensuchers haben in Den Haag die restlichen Fässer in einem Gebiet von nur 50 mal 100 Metern verstreut auf dem Boden der Doggerbank gefunden. Erst vor kurzem hatten sich sieben dänische Fischer in der Ostsee schwere Verletzungen zugezogen, als ihnen Restbestände von Senfgas aus deutscher Produktion in die Netze gekommen waren. Der Kampfstoff war nach dem Zweiten Weltkrieg in der Ostsee versenkt worden.

Haftbefehl storniert

dpa, Düsseldorf

Zwei Gymnastinnen, ein Zivilistenleiste und ein Arbeitsloser aus Düsseldorf haben in den vergangenen zwei Monaten mindestens 94 Kilogramm Haschisch im Wiederverkaufswert von mehr als einer Million Mark aus den Niederlanden nach Deutschland geschmuggelt. Für die beiden Düsseldorf Gymnastinnen wurden die Haftbefehle, um ihr Abitur nicht zu gefährden, außer Vollzug gesetzt.

Blonde mehr gefährdet

dpa, München

Blonde Menschen haben ein siebenmal größeres Risiko, an Hautkrebs (malignes Melanom) zu erkranken, als Schwarzhäutige. Zu diesem Ergebnis kommt die Studie eines kanadischen Krebsforschungsinstituts in Vancouver, nachdem man dort 595 an Hautkrebs erkrankte Patienten untersucht hatte. Das berichtet die in München erscheinende „Ärztliche Praxis“.

Geheimdienst-Fall?

SAD, Paris

Die französische Boulevardzeitung „France Soir“ berichtet gestern, der mit einem Messerist im Herzen tot vor der rumänischen Botschaft in Paris aufgefundene Rumäne Nicolai Iuliu (32) sei ein Atomspzialist gewesen; der flüchtigen wollte. Iuliu war Sonntag aus einem Fenster im zweiten Stockwerk des Botschaftsgebäudes gestürzt. Die französische Polizei kann den Fall nicht aufklären, da ihr der Zugang zu der Botschaft, die extraterritoriale Gebiet ist, nicht gestattet wird.

Massengrab gefunden

dpa, Mailand

Ein Massengrab aus dem österreichischen Erbfolgekrieg (1741-1749) ist bei Verlegung einer Wasserleitung im hessischen Maintal-Bischhofheim zwischen Hanau und Frankfurt entdeckt worden. Bei den etwa 300 Beisetzungen handelt es sich um Opfer aus der Schlacht bei Dettingen am 27. Juni 1745, an der Engländer, Holländer, Hannoveraner und Österreicher auf der einen und Preußen, Bayern und Franzosen auf der anderen Seite teilnahmen.

JET wird eingeweiht

AFP, Brüssel

Das Labor für das europäische Forschungsprojekt zur thermonuklearen Fusion, JET, im britischen Abingdon (bei Culham) wird nach fünfjähriger Bauzeit am kommenden Montag eingeweiht. Das europäische Forschungsvorhaben gilt als „technisch fortgeschrittenere“ als vergleichbare Programme, die derzeit in den USA und in Japan entwickelt werden. Das auf sieben Jahre angelegte Projekt hat ein Budget von 300 Millionen Dollar, das zu 80 Prozent von der EG bestritten wird.

Das beste ist: eine gute Versicherung.

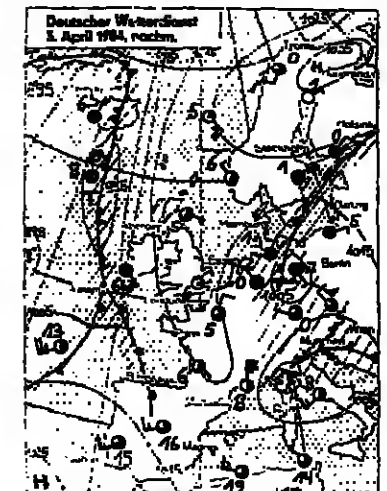
SIGNAL
VERSICHERUNGEN

ZU GUTER LETZT

„Als ich dem Thilen seinen Dielt hörte, war mir klar, daß ich bei Bayern bleibe.“ Der Münchner Fußballprofi Klaus Augenthaler in der „tz“ zu einem Angebot des LFC Köln.

WETTER: Es bleibt kalt

Wetterlage: Das mitteleuropäische Tief füllt sich unter geringer Ostverlagerung nur zögernd auf, so daß wolkenreiche und verhältnismäßig kalte Luft für Deutschland vorerst witterbestimmend bleibt.



Vorhersage für Mittwoch

Für die gesamte Bundesrepublik verbreitet stark bewölkt. Im Tagesverlauf auch Auflockerungen, vornehmlich im Westen. In den östlichen Gebieten noch strichweise leichter Schneefall oder Schneeregen. Im Westen einzelne Schneeregen. Temperaturen allgemein um 5 Grad, nachts um null Grad. In den Alpen in 2000 Meter Höhe um minus 8 Grad. Schwächer, an der Küste mäßiger Wind aus vorherrschend östlichen Richtungen.

Weitere Aussichten: Niederschlagsneigung abnehmend, weitere starke Bewölkung, nur zögernder Temperaturanstieg.

Temperaturen am Dienstag, 13. Uhr:	
Berlin	7°
Bonn	7°
Dresden	8°
Essen	8°
Frankfurt	8°
Hamburg	8°
Leipzig	8°
München	8°
Stuttgart	8°
Wien	8°
Alger	19°
Amsterdam	8°
Athen	18°
Barcelona	11°
Brüssel	8°
Bukarest	15°
Köln	8°
Konstantinopel	17°
Kairo	21°
Köpenh.	7°
Las Palmas	18°
London	6°
Madrid	16°
Moskau	16°
Mailand	8°
Marokko	14°
Nizza	12°
Oslo	3°
Paris	5°
Rom	8°
Stockholm	1°
Tel Aviv	22°
Tunis	14°
Wien	8°
Zürich	1°

Sonnenanfang am Donnerstag 4.49 Uhr, Untergang 18.02 Uhr, Mitternacht 6.31 Uhr, Untergang 22.39 Uhr. * in MEZ, zentraler Ort Kassel

Rowdies verderben Moskaus Propaganda-Bild

FRIED H. NEUMANN, Moskau

Der Jüngste ist elf Jahre alt. Wie die anderen, etwas älteren Insassen der geschlossenen Sonderschule irgendwo im Gebiet von Perm am Ural, galt er als gewalttätiger „Hof-Rowdy“, der seine Umwelt terrorisierte.

Die schwer erziehbaren Kinder, meist aus zerrütteten Familien und fast nur sich selbst überlassen, wurden auf Beschluß der Jugendkommissionen ihrer Gemeinden in die abgelegene Sonderschule eingewiesen. Kaserniert und überwacht, sollen sie hier zwei bis drei Jahre lernen und arbeiten. Die Kinderarbeit an Einzelteilen für Fleischwölfe und Handsägen brachte der Schule von Perm eine halbe Million Rubel ein. Sport- und Musikgeräte seien davon angeschafft worden, berichtete die Jugendzeitung „Komsomolskaja Prawda“, Geräte, von denen normale Schulen nur träumen könnten.

Die „schwierigen Jugendlichen“, wie russischer Sprachgebrauch die Älteren nennt, sind zu einem sozialen Problem in der Sowjetunion geworden. Öffentliche Diskussionen über diese „moralischen Krüppel“, die allmählich das Propagandabild

vom fröhlichen Jugendleben durchlöcher haben, schwanken zwischen Empörung und Ratlosigkeit. „Man sollte auch mal zuschlagen“, wurde im Fernsehen eine verbreitete Ansicht zitiert.

Schaffen es Eltern, Schulen und Arbeitskollektive jedoch nicht, die Probleme auf „Vordammern“ zu bringen, greift man zu harten Strafen. Für verurteilte Minderjährige wurde die „Erziehungsarbeitskolonie“ eingerichtet – russische Komsomolskaja Prawda durchbrach jetzt das allgemeine Schweigen darüber.

In einem Wald bei Irkutsk am sibirischen Baikalsee isoliert, von Wachposten auf Türmen umgeben, kahlschoren und in Uniformen gesteckt, müssen die Häftlinge dem vorgeschriebenen Tagesablauf, wie auf unentrinnbaren Gleisen, folgen: Nach dem Wecken um sechs bleiben den 15- bis 18-jährigen zum Anziehen 35 Sekunden. Arbeiten und lernen, alles geschieht unter Drill. Hinsetzen wird befohlen. Ansonsten hat man zu stehen. Sport bei jedem Wetter im Freien, nach „Feierabend“ noch einmal Arbeit zur Verschönerung des Lagers.

„Es gibt keine verlorenen Schicksale. Wir rechnen damit, in die Seelen das Gute einpflanzen zu können.“ Das Poetische Bekenntnis des Lagerleiters, Kostja, der sich mit einer Rastrikinke die Adem aufschnitt, ist sein Paradebeispiel: „Etwas böses ist aus mir verschwunden.“ Der 17-jährige Nikolai, sozial aufgewachsen, lernt lesen und schreiben. Wladimir, der 16-jährige Vatermörder, holt die simpelsten Schülernkenntnisse nach. Diebstahl, Raub, Körperverletzung sind die häufigsten Delikte der Jugendlichen, die hier leben.

Aggressionshandlungen, wie sie im Westen kaum noch Aufsehen erregen, erschrecken in Moskau noch wegen ihrer Sinnlosigkeit. Vier Jugendliche in Begleitung ihrer Mädchen stoßen einen älteren Mann in den Schnee, nehmen ihm die billige Pelzmütze weg, traktieren ihn mit Schlägen. Warum? Sie zucken die Achseln. Ein 16-jähriger fällt brutal über einen Sechsjährigen her und nimmt ihm 20 Kopeken ab, obwohl er fünf Rubel in der Tasche hat.

Der Psychologe eines anderen Lagers nennt auch Vergewaltigungen durch Jugendbanden ein „typisches Verbrechen“. Er unterteilt die Täter

in verwöhnte, unterdrückte und sich selbst überlassene Kinder ein. In den Familien steht er die Ursache der Fehlentwicklung. Zu den spezifisch russischen Gründen mag die Alkoholüberflutung gehören, die „doppelte Moral“ der Eltern im privaten und öffentlichen Leben ist eher eine sowjetische Erscheinung.

Russischer Tradition wie sowjetischen Prinzipien scheint die Betonung polizeilicher Methoden zu entsprechen, von denen sich Moskau Abhilfe verspricht. Innenminister Fedortschuk, der seine Kompetenz durch die Karriere beim Staatssicherheitsdienst KGB erwarb, ist oberster Jugendschützer. Er rief seine Milizspektoren dazu auf, „rechtzeitig die ungunstigen Familien ausfindig zu machen“, von denen das Verderben ausgeht, und mit Hilfe eines „breiten gesellschaftlichen Aktivistens“ dafür zu sorgen, daß kein Jugendlicher unbeachtet bleibt“. Zum Hauptthema der Polizei wurde der Jugendverband Komsomol ausgerufen. – Offenbar eine „konzertierte Aktion“. Auch die „Prawda“ befand plötzlich: Insbesondere bei der Bekämpfung der Trunksucht gehe es im Sowjetstaat „zu liberal“ zu.